

Kurzübersicht zum Vorschlag

RentAL – Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

Persönliche Daten

Versicherungsnehmer Herr Test Test
Versicherter Herr Test Test
Geburtsdatum 01.07.1990

Versicherungs- und Rentenbeginn

Versicherungsbeginn 01.12.2016
Rentenbeginn 01.12.2057 – Rentenbeginnalter 67 Jahre

Vertragsdaten

Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

Rentengarantiezeit der Altersrente keine
Pflege-Option eingeschlossen
■ mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BZ10)
Berufsgruppe 1++ (Jungakademiker)
Leistungsvereinbarung Leistung ab einem Berufsunfähigkeitsgrad von 50 %

Dauern/Schlussalter

Dauern und Schlussalter	Beitragszahlungs-dauer	Aufschubzeit	Versicherungsdauer	Leistungsdauer ⁽¹⁾	Versicherungsschlussalter
Rentenversicherung	41 Jahre	41 Jahre			
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	41 Jahre		41 Jahre	41 Jahre	67 Jahre

⁽¹⁾ ab Versicherungsbeginn

Überschussverwendung

Rentenversicherung vor Rentenbeginn Rentenzuwachs
nach Rentenbeginn Bonusrente
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers. Beitragsverrechnung

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschusssätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Leistung bei Rentenbeginn

Rentenversicherung	garantierte monatliche Altersrente	75,00 EUR
	gesamte monatliche Altersrente*	179,95 EUR
	– davon Bonusrente in der Rentenbezugszeit*	49,63 EUR
	– davon aus dem Schlussüberschussanteil*	10,23 EUR
	– davon aus dem Sockelbetrag für die Beteiligung an den Bewertungsreserven in der Aufschubzeit*	8,82 EUR
	– davon aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven in der Rentenbezugszeit*	3,60 EUR
	oder	
	garantierte einmalige Kapitalzahlung	24.180,18 EUR
	Überschussleistung*	18.479,88 EUR
	gesamte einmalige Kapitalzahlung*	42.660,06 EUR
	– davon als Schlussüberschussanteil*	3.297,84 EUR
	– davon als Sockelbetrag für die Beteiligung an den Bewertungsreserven*	2.842,78 EUR

Leistung im Todesfall

Rentenversicherung	garantierte Leistung vor Rentenbeginn	Auszahlung des Deckungskapitals (Wert der Versicherung), mindestens jedoch Beitragsrück- gewähr (ohne Beiträge der Zusatzversicherung)
	nach Rentenbeginn	keine Leistung

Leistung bei Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit

Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	Beitragsbefreiung garantierte monatliche Berufsunfähigkeitsrente	1.500,00 EUR
	Leistung bei Arbeitsunfähigkeit Beitragsbefreiung und Arbeitsunfähigkeitsrente in Höhe der Berufsunfähigkeitsrente	

Jährlicher Beitrag

	Beitrag	zu zahlender Beitrag*
Rentenversicherung	542,31 EUR	542,31 EUR
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	1.071,02 EUR	771,02 EUR
gesamt	1.613,33 EUR	1.313,33 EUR

Dynamik

Modus P	jährliche Erhöhung des Beitrages um 10,00 % des Vorjahresbeitrages (progressive Erhöhung) ■ mit beitragsfreier Dynamik (10,00 %) bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit Bei den dargestellten Leistungen und Beiträgen sind die Erhöhungen aus der Dynamik noch nicht berücksichtigt.
Erste Erhöhung	01.12.2017
Letzte Erhöhung	01.12.2056
Zusatzversicherung	Die eingeschlossene Zusatzversicherung wird mit erhöht.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Unverbindliche Beispielrechnung

Einfluss des Zinsüberschusses Die folgende Beispielrechnung zeigt Ihnen, wie sich Änderungen des Zinsüberschusses auf die Höhe der Leistungen im Alter 67 auswirken. In der Mitte finden Sie die Leistungen, die sich ergeben, wenn die Überschussätze für 2016 während der gesamten Aufschubzeit gelten würden. Außerdem nennen wir Ihnen die Leistungen, die sich ergeben, wenn der Zinsüberschuss während der gesamten Aufschubzeit 1 Prozentpunkt niedriger bzw. höher wäre.

Zinsüberschuss	Gesamte Leistungen (in EUR)*	
	monatliche Altersrente	einmalige Kapitalzahlung
1 %-Punkt niedrigerer Zinsüberschuss	127,12	34.648,02
derzeit geltende Überschussätze	179,95	42.660,06
1 %-Punkt höherer Zinsüberschuss	254,96	53.169,22

Ausführliche Informationen Die genannten Beträge stellen keine Ober- bzw. Untergrenze dar. Die tatsächlich auszahlenden Leistungen können bei einer größeren Änderung des Zinsüberschusses auch unter bzw. über diesen Beträgen liegen. In unserem Vorschlag finden Sie ausführliche Informationen zur Überschussbeteiligung unter „Unverbindliche Beispielrechnung“ und „Erläuterungen und Hinweise“.

Steuerhinweis

Besteuerung der Kapitalzahlung Wenn Sie anstelle der Rente die einmalige Kapitalzahlung wählen, ist der darin enthaltene Ertrag als Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 20 EStG zu versteuern.

gesamte einmalige Kapitalzahlung*	42.660,06 EUR
– davon steuerpflichtiger Ertrag	10.212,67 EUR

Ausführliche Steuerinformationen Detaillierte Informationen zur steuerlichen Behandlung Ihrer Versicherung finden Sie in unserem ausführlichen Vorschlag oder in unserer „Allgemeinen Steuerinformation“.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

ALTE LEIPZIGER Leben – Ihr ausgewählter Produktpartner



Unsere Erfahrung für Ihre Vorsorge

- Einer der ältesten Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit in Deutschland
- Seit mehr als 185 Jahren zuverlässiger und unabhängiger Partner in der Altersvorsorge
- 90-jährige Erfahrung in der Berufsunfähigkeitsabsicherung
- Eines der 10 größten Lebensversicherungsunternehmen in Deutschland
 - Rund 2,3 Mrd. € gebuchte Bruttobeiträge in 2015
- Top-Five-Anbieter in der betrieblichen Altersvorsorge
 - Viele namhafte Kunden bescheinigen unsere Kompetenz



Unsere Kunden sind unsere Mitglieder – Das Prinzip des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit

- Die Geschäftspolitik richtet sich ausschließlich an den Interessen der Versicherten – unserer Mitglieder – aus.
- Was wir erwirtschaften, kommt allein unseren Mitgliedern zugute.

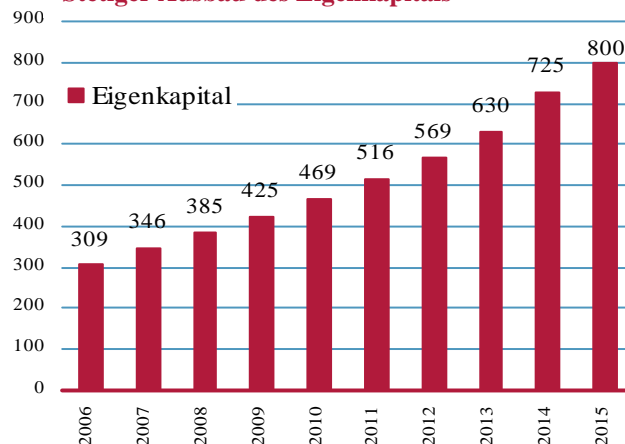


Die aktuellsten Ratings finden Sie im Internet unter www.standardandpoors.com. Ratings sind keine Garantie für die Finanzkraft eines Versicherers oder eine Empfehlung für einen Versicherer.

Sicherheit – bestens für die Zukunft aufgestellt

- Kontinuierliche und überdurchschnittliche Sicherheitsmittelausstattung
- Kapitalanlagen in Höhe von rund 21,2 Mrd. €
- Ausgezeichnete Sicherheitslage von verschiedenen namhaften Ratingagenturen bestätigt
- Zusätzliche Sicherheit für unsere Kunden: Mitglied im Sicherungsfonds für Lebensversicherer (Protector AG)

Mio. € Stetiger Ausbau des Eigenkapitals



Im Fokus unseres Handelns: Die Zufriedenheit unserer Kunden

- Hohe Produktflexibilität für Ihre individuellen Wünsche
- Unsere Produkte wurden von namhaften Ratingagenturen mehrfach ausgezeichnet.

Klassische Rente – 3. Schicht

Die klassische Rentenversicherung der ALTE LEIPZIGER kombiniert die Vorzüge einer lebenslangen Altersrente mit einer attraktiven Ertragsanteilbesteuerung in der Rentenphase – und das bei voller Flexibilität! Darüber hinaus haben Sie die Wahl zwischen einer Rente und einer Kapitalauszahlung.

Eine Rente, mit der Sie rechnen können

- Sicherheit durch garantierte Rechnungsgrundlagen (z.B. Garantiezins)
 - Gilt auch für Erhöhungen aus Zuzahlungen, Dynamiken und Überschussleistungen
- **Optional:** Ausgezeichneter Berufsunfähigkeitsschutz mit besonders kundenfreundlichen Bedingungen

Hohe Flexibilität für die Finanzplanung

- Einmalbeitrag, laufender Beitrag oder abgekürzte Beitragszahlung möglich
- Zuzahlungen pro Jahr zwischen 500 € und 20.000 € möglich
- Beiträge können dynamisiert werden.
 - Auch bei mehrfachem Widerspruch entfällt das Anpassungsrecht nicht.
- Abrufoption jederzeit, Verlängerungsoption bis Alter 85
- Verminderte Anfangsbeiträge möglich

Jetzt mit Guthabenschutz
in der Aufschiebzeit!

Vielseitige Möglichkeiten bei der Auszahlung

- Abruf der Rente / des Kapitals jederzeit ganz oder teilweise möglich
- Ihre Optionen zu Rentenbeginn:
 - Lebenslange Rente mit Todesfallschutz zur Absicherung Ihrer Hinterbliebenen
 - Einmalige Kapitalauszahlung
 - Mischung aus Rente und Kapitalzahlung
- Kapitalauszahlung auch während der Rentengarantiezeit möglich

Keine Stornogebühren für
die Rentenversicherung!

Sicherheit und Chance durch RentAL-Invest

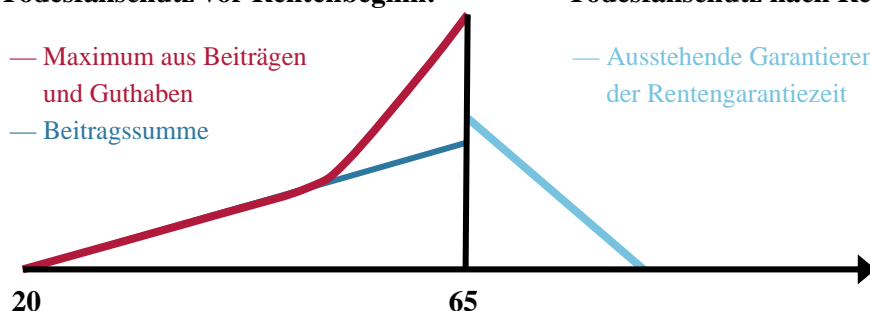
- Garantieverzinsung und Investition der jährlichen Überschussanteile in Aktienfonds
- Große Auswahl namhafter Investmentfonds aus unterschiedlichen Anlageklassen
- Möglichkeit des Fondswechsels
 - Anlagestrategie / Aktienfonds können jederzeit kostenfrei geändert werden.
 - Fondsvermögen wird ganz oder teilweise in einem renten- oder geldmarktnahen Fonds gesichert.

Todesfallschutz vor Rentenbeginn:

- Maximum aus Beiträgen und Guthaben
- Beitragssumme

Todesfallschutz nach Rentenbeginn:

- Ausstehende Garantierenten in der Rentengarantiezeit



Gute Gründe für die Pflege-Option

(zu allen aufgeschobenen Renten der Schicht 3)

Pflege-Option – Für ein gutes Gefühl

Das Thema Pflegeabsicherung ist für alle wichtig. Falls Sie sich noch nicht mit dieser Thematik auseinandersetzen möchten, ist die Pflege-Option genau das Richtige für Sie.

Kostenfreie Pflege-Option

Wann erhalten Sie die Pflege-Option und was ist das eigentlich?

- Automatischer Einschluss der Pflege-Option zu unseren aufgeschobenen Altersrenten in Schicht 3 – **kostenfrei!**
- Sie **entscheiden erst zu Rentenbeginn**, ob Sie die Pflege-Option in Anspruch nehmen möchten, d.h.:
 - Sie erhalten zu Rentenbeginn einen Pflegeschutz **OHNE Risikoprüfung!**

Was bietet die Pflege-Option?

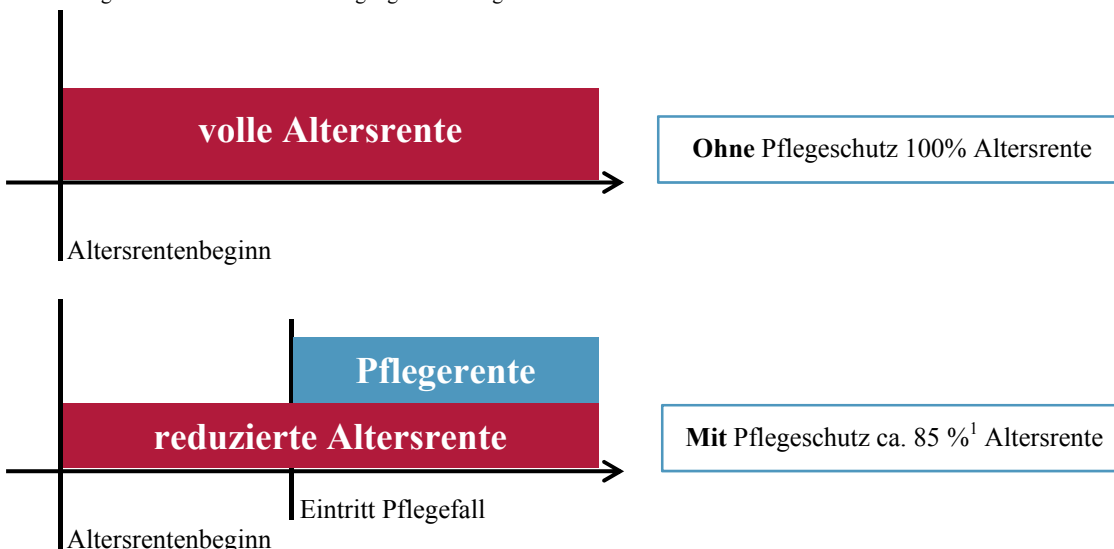
- Sie bietet die Möglichkeit sich zu Rentenbeginn für einen Pflegeschutz zu entscheiden:
 - Ihre lebenslange garantierte Altersrente reduziert sich dann um ca. 15 %¹.
 - Ihr Todesfallschutz reduziert sich auf 10 Jahre Rentengarantiezeit, wenn ein höherer Schutz vereinbart war.
 - Sie erhalten die **doppelte² Altersrente** bereits ab Pflegestufe I, 2 ADL (Aktivitäten des täglichen Lebens) oder bei mittelschwerer Demenz.
 - Überschüsse³ erhöhen Ihre garantierten Leistungen zusätzlich.

¹ Nach aktuellen Rechnungsgrundlagen. Bei Ausübung der Pflege-Option gelten die dann gültigen Rechnungsgrundlagen.

² Verdoppelt wird die garantierte reduzierte Altersrente. Die Pflegerente darf max. 4.000 € monatlich betragen.

Die reduzierte Altersrente darf höher sein, wird dann aber nicht verdoppelt.

³ Leistungen aus der Überschussbeteiligung sind nicht garantiert.



Zu Rentenbeginn haben Sie alle Möglichkeiten

- Sie haben die Wahl zwischen
 - Kapitalzahlung (auch teilweise)
 - Lebenslanger Altersrente
 - **Lebenslanger reduzierter Altersrente und Pflegerente**
Mischung aus teilweiser Kapitalzahlung und lebenslanger Altersrente / reduzierter Altersrente mit Pflegerente

Berufsunfähigkeitschutz – 3. Schicht

Der gesetzliche Schutz wurde in den letzten Jahren drastisch gekürzt. Sie bekommen - wenn überhaupt - nur noch die sogenannte Erwerbsminderungsrente, die zum Leben meist nicht ausreicht. Die hier entstandene Lücke kann durch eine private Berufsunfähigkeitsversicherung geschlossen werden.

Neben der Absicherung der Arbeitskraft ist es wichtig, dass im Falle einer Berufsunfähigkeit auch die private Altersvorsorge weiter finanziert wird. Die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (Tarife BZ10 / BZ11) stellen genau das sicher!

Flexible Tarifgestaltung

- Beitragsbefreiung der Hauptversicherung im Falle der Berufsunfähigkeit
- Vereinbarung einer Dynamik möglich
 - Beitragsfreie Dynamik bei Berufsunfähigkeit gegen Mehrbeitrag einschließbar
 - Auch bei mehrfachem Widerspruch entfällt das Anpassungsrecht nicht
- Auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Gestaltungsmöglichkeiten
- Einschluss einer garantierten Rentensteigerung möglich



Optimale Bedingungen

- Verzicht auf abstrakte Verweisung in allen Berufsgruppen – auch bei dauerhaftem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben
- Verzicht auf die gesetzlich vorgesehene Beitragserhöhungsmöglichkeit des § 163 VVG
- Keine Beitragserhöhung wenn sich das persönliche Risiko erhöht (z.B. bei Berufswechsel)
- Prüfung der finanziellen Angemessenheit bei Dynamik erst ab 40.000 € jährlicher BU-Rente
- Keine Nachmeldspflicht zwischen Antragsstellung und Versicherungsbeginn für hinzukommende Krankheiten, Unfallfolgen oder andere gefahrerhöhende Umstände wie z.B. ein neues Hobby
- Stundung oder Teilstundung der Beiträge für maximal 24 Monate – zinslos bei Arbeitslosigkeit, Elternzeit, Erwerbsminderung und Pflegebedürftigkeit
- Kein Leistungsausschluss bei Verkehrsdelikten
- Sehr umfangreiche, kostenfreie Nachversicherungs- und Ausbaugarantien zur Anpassung an Ihre finanzielle Situation



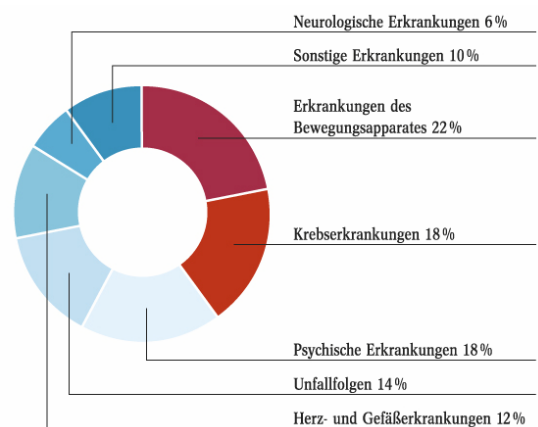
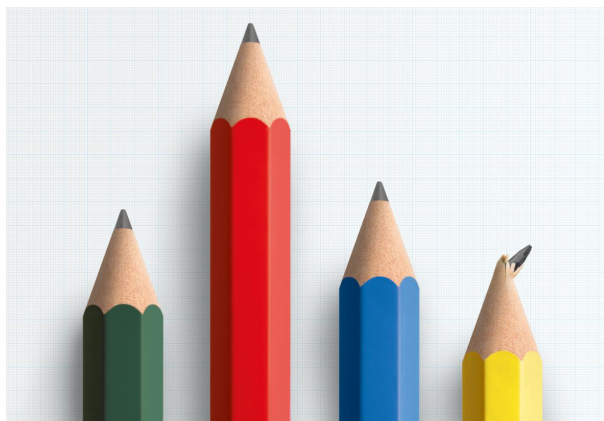
Professionelle Leistungsabwicklung

- **90-jährige Erfahrung** in der Berufsunfähigkeitsabsicherung
- Eigene Abteilung mit medizinisch ausgebildetem Personal zur Leistungsprüfung
- Keine Meldefristen bei Berufsunfähigkeit
 - Auch rückwirkende Leistung
- Keine zeitliche Befristung bei Anerkenntnis der Berufsunfähigkeit
- Keine Meldung bei gesundheitlichen Verbesserungen während Sie Leistung erhalten erforderlich
- **Servicegarantie:** Prüfung der eingereichten Unterlagen innerhalb von 10 Arbeitstagen



Berufsunfähigkeit kann jeden treffen!

»Jeder 4. wird berufsunfähig«



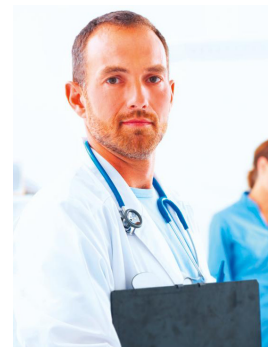
Leistungsbeispiele Berufsgruppe 1++

Selbständiger Kinderarzt, Alter 47

Depressionen

In seiner eigenen Praxis beschäftigte der Kinderarzt zwei Vollzeitkräfte und einen Azubi. Aufgrund schwerer Depressionen konnte er seinen Beruf nicht mehr ausüben. Seine Praxis musste er verkaufen.

Monatliche BU-Rente	3.380 €
Restlaufzeit	13 Jahre

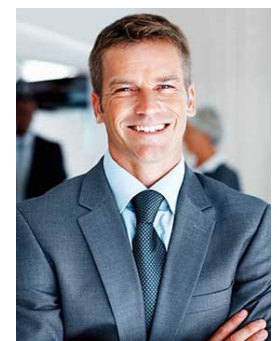


Unternehmensberater, Alter 48

Morbus Parkinson

Der Unternehmensberater war an Morbus Parkinson erkrankt. Nach Zunahme der Schübe und deren Intensität war es ihm nicht mehr möglich, seinen Beruf weiterhin auszuüben.

Monatliche BU-Rente	2.000 €
Restlaufzeit	12 Jahre



Leistung bei Arbeitsunfähigkeit – Zusatz zur BU-Absicherung

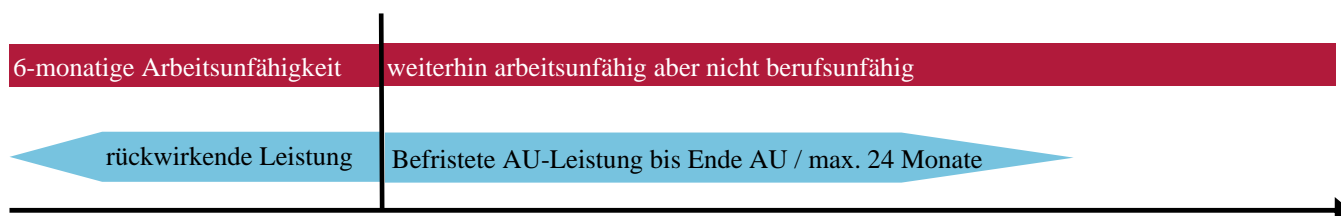
Arbeitsunfähig ist zunächst einmal jeder, der einen »gelben Schein« vom Arzt erhält. Bei der Arbeitsunfähigkeit wird - im Gegensatz zur Berufsunfähigkeit - aber davon ausgegangen, dass die Arbeitsunfähigkeit nicht dauerhaft sein wird. Da sich die Genesung mancher Krankheiten auch mal ein paar Monate hinziehen kann, bringt das so manchen Kunden in eine finanzielle Schieflage.

Für diesen Fall gibt es die Absicherung bei Arbeitsunfähigkeit, die an eine Berufsunfähigkeits(-Zusatz)versicherung gekoppelt werden kann. In Kombination mit einer Basisrente ist diese zusätzliche Absicherung nicht möglich.

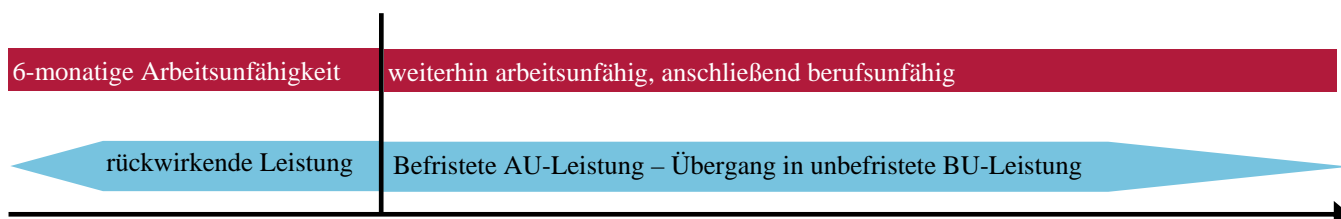
Optimale Bedingungen

- Voraussetzungen für Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit:
 - 6-monatige ununterbrochene Krankschreibung (mind. eine Facharztbescheinigung) oder
 - 4-monatige ununterbrochene Krankschreibung und Krankschreibung von einem Facharzt für weitere 2 Monate
- Leistung rückwirkend ab Eintritt der Arbeitsunfähigkeit
- Leistung in Höhe der versicherten Berufsunfähigkeitsleistung:
 - Beitragsbefreiung der Hauptversicherung
 - Arbeitsunfähigkeitsrente
 - Garantierte Rentensteigerung der Arbeitsunfähigkeitsrente möglich
 - Beitragsfreie Dynamik der Hauptversicherung möglich
- Leistung erfolgt,
 - solange eine ununterbrochene Arbeitsunfähigkeit vorliegt, max. 24 Monate pro Vertragslaufzeit oder
 - bis eine Leistung wegen Berufsunfähigkeit gezahlt wird.

Beispiel 1 – Arbeitsunfähig, aber nicht berufsunfähig



Beispiel 2 – Arbeitsunfähig mit anschließender Berufsunfähigkeit



Produktinformationsblatt

(gemäß VVG-Informationspflichtenverordnung – VVG-InfoV)

Die folgenden Informationen sollen Ihnen einen ersten Überblick über die vorgeschlagene Versicherung geben. Sie sind **nicht abschließend**. Weitere Informationen können Sie unserem Vorschlag, den beigefügten Versicherungsbedingungen und den weiteren Unterlagen entnehmen. Bitte lesen Sie daher die gesamten Vertragsgrundlagen sorgfältig.

Die in unseren Unterlagen verwendeten männlichen Bezeichnungen gelten entsprechend für weibliche Personen.

1. Art des angebotenen Versicherungsvertrages

Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

Der angebotene Vertrag ist eine Rentenversicherung mit einem in der Zukunft liegenden Rentenbeginn und lebenslanger Rentenzahlung.

Rentengarantiezeit der Altersrente keine

- mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BZ10)

Bedingungen

Grundlage sind die für Ihre Versicherung geltenden Bedingungen, die Sie der Übersicht der zum Versicherungsvorschlag gehörenden Unterlagen entnehmen können.

2. Versicherte Risiken

Versicherter	Herr Test Test
Geburtsdatum	01.07.1990

Leistung bei Rentenbeginn

Rentenversicherung

Bei Erleben des Rentenbeginns wird die Altersrente gezahlt. Die Rentenzahlung erfolgt, solange der Versicherte lebt.

monatliche Altersrente im 1. Rentenbezugsjahr:

garantierte monatliche Altersrente **75,00 EUR**

gesamte monatliche Altersrente* **179,95 EUR**

Anstelle der lebenslangen Altersrente kann eine einmalige Kapitalzahlung gewählt werden.

garantierte einmalige Kapitalzahlung **24.180,18 EUR**

gesamte einmalige Kapitalzahlung* **42.660,06 EUR**

Die gesamten Leistungen beinhalten auch Leistungen aus der Überschussbeteiligung. Bitte beachten Sie die Hinweise in der Fußnote.

Weitere Angaben zu den versicherten Leistungen und zur Überschussbeteiligung finden Sie

- in unserem Vorschlag in den Abschnitten Klassische Rente mit Rentengarantiezeit und Erläuterungen und Hinweise sowie
- in Ziffer I und II der Tarifbestimmungen und in § 2 der Allgemeinen Bedingungen.

Unsere individuelle Beispielrechnung, die über den Einfluss des Zinsüberschusses auf die möglichen Leistungen informiert, finden Sie in unserem Vorschlag.

Normierte Modellrechnung

Zusätzlich zu den Leistungsangaben auf der Grundlage unserer für 2016 festgesetzten Überschussätze verweisen wir auf die beigefügte normierte Modellrechnung gemäß § 154 VVG, die die Wirkungsweise einer unterschiedlichen Verzinsung verdeutlichen soll.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Leistung im Todesfall

Rentenversicherung

Bei Tod des Versicherten werden folgende garantierte Leistungen fällig:

vor Rentenbeginn Auszahlung des Deckungskapitals (Wert der Versicherung), mindestens jedoch Beitragsrückgewähr (ohne Beiträge der Zusatzversicherung)

nach Rentenbeginn keine Leistung

Zusätzlich zu den garantierten Leistungen können ggf. noch Leistungen aus der Überschussbeteiligung fällig werden.

Weitere Angaben zu den versicherten Leistungen und zur Überschussbeteiligung finden Sie

- in unserem Vorschlag in den Abschnitten Klassische Rente mit Rentengarantiezeit und Erläuterungen und Hinweise sowie
- in Ziffer I und II der Tarifbestimmungen und in § 2 der Allgemeinen Bedingungen.

Leistung bei Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit

Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.

Bei Eintritt der Berufsunfähigkeit des Versicherten werden ab einem Berufsunfähigkeitsgrad von 50 % folgende Leistungen gewährt:

Beitragsbefreiung und

garantierte monatliche Berufsunfähigkeitsrente

1.500,00 EUR

Die Berufsunfähigkeitsleistungen werden gewährt solange die Berufsunfähigkeit besteht, jedoch längstens bis zum Ende der Leistungsdauer.

Bei Arbeitsunfähigkeit des Versicherten werden folgende Leistungen gewährt:

Beitragsbefreiung und

Arbeitsunfähigkeitsrente in Höhe der Berufsunfähigkeitsrente

Die Arbeitsunfähigkeitsleistungen werden für den Zeitraum der Krankschreibung, jedoch insgesamt längstens für 24 Monate und längstens bis zum Ende der Leistungsdauer gewährt. Ein gleichzeitiger Bezug von Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit und Berufsunfähigkeit ist ausgeschlossen.

Ggf. können noch Leistungen aus der Überschussbeteiligung fällig werden.

Weitere Angaben zu den versicherten Leistungen und zur Überschussbeteiligung finden Sie

- in unserem Vorschlag in den Abschnitten Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung und Erläuterungen und Hinweise sowie
- in den §§ 1, 3, 10 und dem Anhang der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

Begriff der Berufsunfähigkeit

Der in § 2 und dem Anhang „Pflegebedürftigkeit“ der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung verwendete Begriff der Berufsunfähigkeit stimmt nicht mit dem Begriff der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsminderung im sozialversicherungsrechtlichen Sinne oder dem Begriff der Berufsunfähigkeit im Sinne der Versicherungsbedingungen in der Krankentagegeldversicherung überein.

3. Beitrag und Kosten

Jährlicher Beitrag

Ab Versicherungsbeginn

Rentenversicherung

Beitrag

zu zahlender Beitrag*

542,31 EUR

542,31 EUR

Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.

1.071,02 EUR

771,02 EUR

gesamt

1.613,33 EUR

1.313,33 EUR

Dynamik

Die Beitragszahlung endet nach 41 Jahren.

Die Beitragsänderungen und Leistungen, die sich aus den Erhöhungen im Rahmen der Dynamik ergeben, sind hier nicht berücksichtigt.

Hinweise zur Beitragszahlung

Beim zu zahlenden Beitrag handelt es sich um den durch Überschüsse verminderten Beitrag*.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

	<p>Der jährliche Beitrag wird zu Beginn eines jeden Versicherungsjahres fällig, erstmals zum Versicherungsbeginn.</p> <p>Der erste Beitrag (Einlösungsbeitrag) ist unverzüglich nach Abschluss des Vertrages zu zahlen, jedoch nicht vor dem Versicherungsbeginn. Alle weiteren Beiträge (Folgebeiträge) sind jeweils zum Fälligkeitstag zu zahlen. Falls Sie uns eine Erlaubnis zum Beitragseinzug (SEPA-Lastschriftmandat) erteilen, sorgen Sie bitte rechtzeitig für ausreichende Deckung auf Ihrem Konto.</p>
Verspätete Zahlung/Nichtzahlung	<p>Wenn Sie den Einlösungsbeitrag schuldhaft nicht oder nicht rechtzeitig zahlen, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange die Zahlung nicht erfolgt ist. Außerdem sind wir dann im Versicherungsfall nicht zur Leistung verpflichtet.</p> <p>Wenn Sie einen Folgebeitrag nicht oder nicht rechtzeitig zahlen, erhalten Sie eine Mahnung mit einer Zahlungsfrist von mindestens 2 Wochen. Begleichen Sie den Beitragsrückstand nicht innerhalb der gesetzten Frist, entfällt oder vermindert sich Ihr Versicherungsschutz.</p>
Weitere Angaben	<p>Weitere Angaben dazu finden Sie in den §§ 7 und 9 der Allgemeinen Bedingungen.</p>

Kosten

Abschluss- und Vertriebskosten	<p>Abschluss- und Vertriebskosten dienen einerseits der Deckung von Aufwendungen, die der Versicherer im Zusammenhang mit der Antragsbearbeitung, insbesondere für die Erstellung der Vertragsunterlagen, sowie für die Verkaufsunterlagen hat. Außerdem soll der Aufwand Ihres Beraters gedeckt werden, der sich ständig über den Markt informiert und Produktvergleiche vornimmt, um Ihnen eine fachkundige Beratung auf der Grundlage einer individuellen Versorgungs- und Risikoanalyse bieten zu können.</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Für den Abschluss und Vertrieb der Versicherung fallen insgesamt 2.784,25 EUR an. <li style="margin-left: 20px;">Davon werden zu Versicherungsbeginn einmalig 1.635,49 EUR und ab Beginn des 6. Versicherungsjahres bis zum Ende der Beitragszahlungsdauer jährlich 31,91 EUR fällig. <p>Die gesamten Abschluss- und Vertriebskosten werden nicht gesondert in Rechnung gestellt, sondern sind bereits in den Beitrag einkalkuliert.</p> <p>Ausführliche Informationen zur Verrechnung der Abschlusskosten finden Sie in § 11 der Allgemeinen Bedingungen.</p>														
Übrige einkalkulierte Kosten	<p>Daneben werden übrige Kosten (z.B. für die Verwaltung und Betreuung Ihres Vertrages während der Vertragslaufzeit) berechnet, die ebenfalls bei der Kalkulation der Beiträge und Leistungen bereits berücksichtigt sind:</p> <table border="0" style="width: 100%; text-align: right;"> <thead> <tr> <th></th> <th>jährlicher Beitragsaufwand</th> <th>jährliche übrige Kosten</th> <th>davon Verwaltungskosten</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>■ ab 01.12.2016 für 41 Jahre</td> <td>1.613,33 EUR</td> <td>193,57 EUR</td> <td>112,81 EUR</td> </tr> <tr> <td>■ Nach Rentenbeginn betragen die Kosten jährlich 1,50 EUR pro 100,00 EUR jährliche Rente (ausschließlich Verwaltungskosten).</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>				jährlicher Beitragsaufwand	jährliche übrige Kosten	davon Verwaltungskosten	■ ab 01.12.2016 für 41 Jahre	1.613,33 EUR	193,57 EUR	112,81 EUR	■ Nach Rentenbeginn betragen die Kosten jährlich 1,50 EUR pro 100,00 EUR jährliche Rente (ausschließlich Verwaltungskosten).			
	jährlicher Beitragsaufwand	jährliche übrige Kosten	davon Verwaltungskosten												
■ ab 01.12.2016 für 41 Jahre	1.613,33 EUR	193,57 EUR	112,81 EUR												
■ Nach Rentenbeginn betragen die Kosten jährlich 1,50 EUR pro 100,00 EUR jährliche Rente (ausschließlich Verwaltungskosten).															

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschusssätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Effektivkosten	<p>Die Auswirkung der Kosten auf die Wertentwicklung Ihrer Versicherung stellen wir Ihnen mit Hilfe der Effektivkostenquote (Effektivkosten in Prozent pro Jahr) dar. Die Effektivkostenquote gibt an, um wie viel sich die Wertentwicklung Ihrer Versicherung nach Berücksichtigung der Abschluss- und Vertriebskosten sowie der übrigen einkalkulierten Kosten bis zum Rentenbeginn jährlich reduziert. Bei der Effektivkostenquote werden Beitragsteile, die zur Finanzierung einer Risikoabsicherung (z.B. Berufsunfähigkeitsabsicherung) verwendet werden, und deren Überschussanteile nicht berücksichtigt. Bei der Berechnung haben wir unterstellt, dass die Überschussätze für 2016 bis zum Rentenbeginn unverändert bleiben.</p> <p>■ Effektivkostenquote 0,84 %</p>
Änderung der Kosten	<p>Alle zuvor genannten Kosten berücksichtigen den bei Vertragsabschluss vereinbarten Beitragsaufwand. Durch künftige Vertragsänderungen können sich die dargestellten Kosten erhöhen oder verringern. Für Erhöhungen im Rahmen einer vereinbarten Dynamik fallen neue Abschluss- und Vertriebskosten an und die übrigen Kosten erhöhen sich. Wenn Sie Zuzahlungen leisten, werden davon einmalig 4,00 % für Abschluss- und Vertriebskosten sowie einmalig 1,50 % für übrige Kosten erhoben. Bei einer Zuzahlung von 1.000,00 EUR wären das beispielsweise insgesamt 55,00 EUR. Außerdem fallen jährliche übrige Kosten an (ausschließlich Verwaltungskosten). Diese betragen vor und nach Rentenbeginn 1,50 EUR pro 100,00 EUR der aus der Zuzahlung gebildeten jährlichen Rente.</p>
Zusätzliche Kosten, Steuern und Gebühren	<p>Für folgende, von Ihnen verursachte, zusätzliche Verwaltungsaufwände können wir Ihnen die durchschnittlich entstehenden Kosten als pauschale Gebühr gesondert in Rechnung stellen:</p> <p>■ Fristsetzung bei Nichtzahlung von Folgebeiträgen 5,00 EUR ■ Rückläufer im Lastschriftverfahren 6,00 EUR ■ Einrichtung eines Stundungskontos 7,50 EUR ■ Verrechnung von rückständigen oder gestundeten Beiträgen 7,50 EUR ■ Einrichtung eines Ratenzahlungsplans zur Tilgung von gestundeten Beiträgen 7,50 EUR</p> <p>Die Höhe der Gebühren kann sich während der Vertragslaufzeit ändern. Weitere Informationen dazu finden Sie in § 16 der Allgemeinen Bedingungen. Darüber hinaus fallen – abgesehen von einer eventuellen Besteuerung der Versicherungsleistungen (siehe „Allgemeine Steuerinformation“) – keine weiteren Kosten, Steuern und Gebühren an.</p>
Sonstige Kosten	<p>Es fallen keine sonstigen Kosten an.</p>

4. Leistungsausschlüsse

Rentenversicherung	<p>Die folgenden Angaben sind <u>nicht abschließend</u>. Grundsätzlich besteht unsere Leistungspflicht unabhängig davon, auf welcher Ursache der Versicherungsfall beruht. Dennoch gibt es einige wenige Ausnahmen, z.B. bei Tod im Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen und bei Selbsttötung innerhalb der ersten 3 Versicherungsjahre. Nähere Informationen dazu finden Sie in den §§ 4 und 5 der Allgemeinen Bedingungen.</p>
--------------------	--

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Berufsunfähigkeits-Zusatzvers. Auch hier besteht unsere Leistungspflicht grundsätzlich unabhängig davon, wie es zur Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit gekommen ist. Dennoch gibt es einige wenige Ausnahmen, z.B. bei kriegerischen Ereignissen, absichtlicher Selbstverletzung, versuchter Selbsttötung, vorsätzlicher Ausführung oder strafbarem Versuch eines Verbrechens oder Vergehens, bei Herbeiführung der Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit des Versicherten durch eine widerrechtliche Handlung des Versicherungsnehmers und Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit durch Strahlen infolge Kernenergie. Nähere Informationen dazu finden Sie in § 4 der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung und in § 4 der Bedingungen für den vorläufigen Versicherungsschutz.

5. Pflichten bei Vertragsabschluss und Folgen der Verletzung

Bei der Antragstellung sind alle in Verbindung mit dem Versicherungsantrag gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten (vorvertragliche Anzeigepflicht).

Bei unwahren oder unvollständigen Angaben können wir je nach Verschulden vom Vertrag zurücktreten, ihn kündigen oder anpassen. Das kann sogar zur Folge haben, dass wir keine Versicherungsleistungen erbringen müssen.

Nähere Informationen dazu – insbesondere auch zu den Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung – finden Sie in § 6 der Allgemeinen Bedingungen und in § 11 Abs. 10 und 12 der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung sowie in der Belehrung zur Anzeigepflichtverletzung.

6. Pflichten während der Vertragslaufzeit und Folgen der Verletzung

Während der Vertragslaufzeit sind uns Änderungen, die das bestehende Vertragsverhältnis betreffen, z.B. Änderungen des Namens, der Postanschrift oder auch der Bankverbindung bei Einzug der Beiträge im Lastschriftverfahren, mitzuteilen.

Fehlende Informationen können den reibungslosen Vertragsablauf beeinträchtigen. Nähere Informationen dazu – insbesondere auch zu den Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung – finden Sie in § 15 der Allgemeinen Bedingungen.

7. Pflichten bei Eintritt des Versicherungsfalls und Folgen der Verletzung

Der Eintritt des Versicherungsfalls (z.B. Tod oder Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit des Versicherten) ist uns unverzüglich anzuzeigen.

Wenn Leistungen aus dem Versicherungsvertrag beansprucht werden, sind die von uns geforderten Unterlagen einzureichen – bei Tod des Versicherten sind das z.B. der Versicherungsschein, eine Sterbeurkunde des Versicherten und ein ausführliches ärztliches oder amtliches Zeugnis über die Todesursache sowie über Beginn und Verlauf der Krankheit, die zum Tod geführt hat.

Solange nicht alle Verpflichtungen erfüllt sind, können wir keine Versicherungsleistungen erbringen.

Nähere Informationen dazu – insbesondere auch zu den von uns geforderten Unterlagen und den Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung – finden Sie in § 12 der Allgemeinen Bedingungen und in den §§ 3, 5, 7, 8 und dem Anhang der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

8. Beginn und Ende des Versicherungsschutzes

Versicherungsbeginn	01.12.2016 (12 Uhr) Weitere Angaben zum Beginn des Versicherungsschutzes finden Sie in § 3 der Allgemeinen Bedingungen.
Rentenbeginn/-ende (Altersrente)	01.12.2057 (12 Uhr) – Rentenbeginnalter 67 Jahre; Rentenzahlung lebenslang

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschusssätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Vertragsende 01.12.2057 (12 Uhr) bei Wahl der einmaligen Kapitalzahlung

Dauern und Schlussalter	Beitragszahlungsdauer	Aufschubzeit	Versicherungsdauer	Leistungsdauer ⁽¹⁾	Versicherungsschlussalter
Rentenversicherung	41 Jahre	41 Jahre			
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	41 Jahre		41 Jahre	41 Jahre	67 Jahre

⁽¹⁾ ab Versicherungsbeginn

9. Kündigungsmöglichkeiten

Rentenversicherung	<p>Sie können Ihre Versicherung vor Rentenbeginn jederzeit zum Ende des laufenden Monats ganz oder teilweise schriftlich kündigen. Nach Rentenbeginn ist eine Kündigung nicht möglich. Bei Kündigung erhalten Sie den Rückkaufswert. Ausführliche Informationen zur Kündigung finden Sie in § 10 der Allgemeinen Bedingungen und in den Ziffern I und II der Tarifbestimmungen.</p>
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	<p>Die Zusatzversicherung können Sie zusammen mit der Hauptversicherung oder unter Beachtung der dort genannten Termine und Fristen auch für sich allein kündigen; eine beitragspflichtige Zusatzversicherung kann in den letzten 5 Versicherungsjahren jedoch nur zusammen mit der Hauptversicherung gekündigt werden. Bei Kündigung erhalten Sie den Rückkaufswert aus der Zusatzversicherung – sofern vorhanden. Es wird eine Stornogebühr erhoben, die bei der Berechnung des Rückkaufswertes bereits berücksichtigt ist. Ausführliche Informationen zur Kündigung finden Sie in § 11 der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.</p>
Kündigung durch den Versicherer	<p>Wir können die Versicherung nur kündigen, wenn Sie einen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen oder die vorvertragliche Anzeigepflicht verletzen.</p>
Beitragsfreistellung	<p>Anstelle einer Kündigung können Sie die Beitragsfreistellung der Versicherung beantragen, sofern die festgelegte Mindestleistung erreicht wird. Ausführliche Informationen zur Beitragsfreistellung finden Sie in den gleichen Versicherungsbedingungen und Paragraphen, in denen auch die Kündigung geregelt ist.</p>

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschusssätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie in unserem Vorschlag unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Informationen über den Versicherungsvertrag (gemäß VVG-Informationspflichtenverordnung – VVG-InfoV)

Die folgenden Informationen sollen Ihnen einen ersten Überblick über die vorgeschlagene Versicherung geben. Sie sind nicht abschließend. Weitere Informationen können Sie unserem Vorschlag, den beigefügten Versicherungsbedingungen und den weiteren Unterlagen entnehmen. Bitte lesen Sie daher die gesamten Vertragsgrundlagen sorgfältig.

Ihr Versicherer

Anschrift	ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel
E-Mail/Internet	leben@alte-leipziger.de/www.alte-leipziger.de
Rechtsform	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Sitz	Oberursel (Taunus)
Handelsregister	Amtsgericht Bad Homburg v.d.H. HRB 1583
Hauptgeschäftstätigkeit	Die Gesellschaft betreibt die Lebensversicherung in allen ihren Arten einschließlich der Kapitalisierungsgeschäfte und der Geschäfte der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen gemäß dem vom Vorstand aufgestellten Gesamtgeschäftsplan. Sie bietet Versicherungsschutz im In- und Ausland nach Maßgabe der Allgemeinen Versicherungsbedingungen. Weitere Informationen finden Sie in § 2 der Satzung der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit.

Wesentliche Merkmale und Bedingungen Ihrer Versicherung

Versicherungsart	Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15) ■ mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BZ10)
Versicherungsdauer	Angaben zur Versicherungsdauer bzw. Aufschubzeit finden Sie in unserem Vorschlag in den Abschnitten Klassische Rente mit Rentengarantiezeit und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.
Bedingungen	Die für Ihre Versicherung geltenden Bedingungen können Sie der Übersicht der zum Versicherungsvorschlag gehörenden Unterlagen entnehmen.
Leistungen	Angaben zu Art, Umfang und Fälligkeit der versicherten Leistungen finden Sie ■ in unserem Vorschlag in den Abschnitten Klassische Rente mit Rentengarantiezeit, Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung und Erläuterungen und Hinweise sowie ■ in Ziffer I der Tarifbestimmungen und in den §§ 1, 3 und dem Anhang der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.
Begriff der Berufsunfähigkeit	Angaben zur Erfüllung und zur Beanspruchung der versicherten Leistungen finden Sie in den §§ 12 und 14 der Allgemeinen Bedingungen und in den §§ 3 und 5 der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung. Der in § 2 und dem Anhang „Pflegebedürftigkeit“ der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung verwendete Begriff der Berufsunfähigkeit stimmt nicht mit dem Begriff der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsminderung im sozialversicherungsrechtlichen Sinne oder dem Begriff der Berufsunfähigkeit im Sinne der Versicherungsbedingungen in der Krankentagegeldversicherung überein.

Beitrag

Beitragshöhe	Angaben zur Höhe des Beitrages (Gesamtpreis der Versicherung) finden Sie in unserem Vorschlag im Abschnitt Jährlicher Beitrag.
Beitragszahlungsweise	jährlich

Zahlung Für die Beitragszahlung können Sie uns eine Erlaubnis zum Beitragseinzug (SEPA-Lastschriftmandat) erteilen. Sie können die Beiträge aber auch auf eines unserer Konten überweisen.
Voraussetzung für den vorläufigen Versicherungsschutz ist die Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats.
Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung genügt es, wenn Sie fristgerecht alles getan haben, damit der Beitrag bei uns eingeht.
Angaben zur Erfüllung und sonstige Regelungen zur Beitragszahlung finden Sie in § 7 der Allgemeinen Bedingungen.

Kosten

Angaben zu den Kosten Ihrer Versicherung finden Sie im Produktinformationsblatt.

Grundsätze und Maßstäbe für die Überschussermittlung und -beteiligung

Rentenversicherung Wir beteiligen Sie und die anderen Versicherungsnehmer an den Überschüssen, die jährlich bei unserem Jahresabschluss festgestellt werden.
Die Überschüsse stammen im Wesentlichen aus den Erträgen der Kapitalanlagen. Weitere Überschüsse entstehen dann, wenn Lebenserwartung und Kosten niedriger sind, als bei der Tarifikalkulation angenommen.
Ihre Versicherung erhält einen jährlichen Überschussanteil. Bei Vertragsbeendigung kann ein Schlussüberschussanteil hinzukommen. Außerdem werden Sie an den Bewertungsreserven angemessen beteiligt.
Ausführliche Informationen dazu finden Sie in § 2 der Allgemeinen Bedingungen und in Ziffer II der Tarifbestimmungen.

Berufsunfähigkeits-Zusatzvers. Überschüsse entstehen dann, wenn die Anzahl der Leistungsfälle und die Kosten niedriger sind, als bei der Tarifikalkulation angenommen. Weitere Überschüsse stammen aus den Erträgen der Kapitalanlagen.
Ihre Zusatzversicherung erhält einen jährlichen Überschussanteil. Außerdem werden Sie an den Bewertungsreserven angemessen beteiligt.
Ausführliche Informationen dazu finden Sie in § 10 der Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

Weitere Informationen Weitere Informationen zur Überschussbeteiligung, zur Überschussverwendung und zur möglichen Höhe der Überschussleistungen finden Sie in unserem Vorschlag.

Zustandekommen des Vertrages und Versicherungsbeginn

Der Vertrag kommt zustande, indem Sie einen Antrag auf Abschluss einer Versicherung bei uns stellen und wir diesen Antrag annehmen.
Ihr Versicherungsschutz beginnt mit Zugang des Versicherungsscheins, wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag (Einlösungsbeitrag) gezahlt haben und kein Widerruf erfolgt. Vor dem im Versicherungsschein angegebenen Beginn der Versicherung besteht jedoch – abgesehen von einem ggf. vereinbarten vorläufigen Versicherungsschutz – noch kein Versicherungsschutz.

Widerrufsrecht

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 30 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt, nachdem Sie den Versicherungsschein, die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die weiteren Informationen nach § 7 Abs. 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes in Verbindung mit den §§ 1 bis 4 der VVG-Informationspflichtenverordnung und diese Belehrung jeweils in Textform erhalten haben.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an die

- ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G., Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel,
Fax: 06171 24434, E-Mail: leben@alte-leipziger.de.

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs endet der Versicherungsschutz und wir erstatten Ihnen den auf die Zeit nach Zugang des Widerrufs entfallenden Teil des Beitrags, wenn Sie zugestimmt haben, dass der Versicherungsschutz vor dem Ende der Widerrufsfrist beginnt. Den Teil des Beitrags, der auf die Zeit bis zum Zugang des Widerrufs entfällt, dürfen wir in diesem Fall einbehalten; dabei handelt es sich beispielsweise um einen Betrag in Höhe von 1/360 des Jahresbeitrags bzw. 1/30 des Monatsbeitrags multipliziert mit der Anzahl der Tage, an denen Versicherungsschutz bestanden hat. Die Höhe des Beitrags entnehmen Sie bitte den Vertragsunterlagen. Den gegebenenfalls vorhandenen Rückkaufswert einschließlich der Überschussanteile nach § 169 des Versicherungsvertragsgesetzes zahlen wir Ihnen aus. Die Erstattung zurückzuzahlender Beträge erfolgt unverzüglich, spätestens 30 Tage nach Zugang des Widerrufs. Beginnt der Versicherungsschutz nicht vor dem Ende der Widerrufsfrist, hat der wirksame Widerruf zur Folge, dass empfangene Leistungen zurückzugewähren und gezogene Nutzungen (z.B. Zinsen) herauszugeben sind.

Haben Sie Ihr Widerrufsrecht nach § 8 Versicherungsvertragsgesetz wirksam ausgeübt, sind Sie auch an einen mit dem Versicherungsvertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden. Ein zusammenhängender Vertrag liegt vor, wenn er einen Bezug zu dem widerrufenen Vertrag aufweist und eine Dienstleistung des Versicherers oder eines Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Dritten und dem Versicherer betrifft. Eine Vertragsstrafe darf weder vereinbart noch verlangt werden.

Besondere Hinweise

Ihr Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag auf Ihren ausdrücklichen Wunsch sowohl von Ihnen als auch von uns vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Ende der Widerrufsbelehrung

Kündigung

	Informationen zu den Kündigungsmöglichkeiten Ihrer Versicherung finden Sie im Produktinformationsblatt.
Garantierte Leistungen	Informationen zur Höhe der garantierten Leistungen bei Kündigung enthält der „Verlauf der garantierten Leistungen“ in unserem Vorschlag.

Beitragsfreistellung

Anstelle einer Kündigung können Sie die Beitragsfreistellung der Versicherung beantragen (es gelten die gleichen Termine und Fristen wie für eine Kündigung). Dabei wird die Versicherung in eine beitragsfreie Versicherung mit herabgesetzten Leistungen umgewandelt.

Wenn die Altersrente nicht die Mindestrente in Höhe von monatlich 50,00 EUR erreicht, erlischt die Versicherung und ihr Rückkaufswert wird ausgezahlt.

Wenn die Berufsunfähigkeitsrente nicht die Mindestrente in Höhe von monatlich 50,00 EUR erreicht, erlischt die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung und ihr Wert fließt in die Hauptversicherung.

Ausführliche Informationen zur Beitragsfreistellung finden Sie in den gleichen Versicherungsbedingungen und Paragrafen, in denen auch die Kündigung geregelt ist.

Garantierte Leistungen	Informationen zur Höhe der garantierten Leistungen bei Beitragsfreistellung enthält der „Verlauf der garantierten Leistungen“ in unserem Vorschlag.
Beitragsreduzierung	Neben der Beitragsfreistellung besteht die Möglichkeit der Beitragsreduzierung. Der künftige (zu zahlende) Beitrag muss mindestens 25,00 EUR betragen und die herabgesetzten Leistungen müssen die bereits genannten Mindestleistungen erreichen.

Steuerliche Behandlung der Versicherung

Die Beiträge für diese Rentenversicherung können nicht als Sonderausgaben (Vorsorgeaufwendungen) steuerlich geltend gemacht werden. Die Altersrenten gehören nach § 22 EStG als wiederkehrende Bezüge zu den sonstigen Einkünften. Sie sind jedoch nicht mit dem vollen Betrag einkommensteuerpflichtig. Sie brauchen nur den so genannten Ertragsanteil zu versteuern. Einmalige Leistungen im Todesfall sind generell einkommensteuerfrei. Ausführliche Informationen zur steuerlichen Behandlung Ihrer Versicherung finden Sie

- in unserem Vorschlag im gleichnamigen Abschnitt sowie
- in unserer „Allgemeinen Steuerinformation“.

Gesetzlicher Sicherungsfonds

Um die Ansprüche unserer Kunden jederzeit erfüllen zu können, achten wir auf eine ausgewogene Mischung und Streuung der Kapitalanlagen. Rein spekulative Anlagen werden nicht getätigt. Darüber hinaus besteht zur Absicherung der Ansprüche aus Ihrer Versicherung ein gesetzlicher Sicherungsfonds (siehe §§ 124 ff. Versicherungsaufsichtsgesetz), der bei der Protektor Lebensversicherungs-AG, Wilhelmstraße 43 G, 10117 Berlin, www.protektor-ag.de, errichtet ist. Im Sicherungsfall wird die Aufsichtsbehörde die Verträge auf den Sicherungsfonds übertragen. Geschützt von dem Fonds sind die Ansprüche der Versicherungsnehmer, der Versicherten, der Bezugsberechtigten und sonstiger aus dem Versicherungsvertrag begünstigter Personen. Die ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G. gehört diesem Sicherungsfonds an.

Beschwerdestellen

Sollten Sie einmal Grund zur Beschwerde haben, wenden Sie sich bitte an die

- ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.,
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel.

Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde auch an die Aufsichtsbehörde wenden.

- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
– Bereich Versicherungen –
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V. Damit ist für Sie als besonderer Service die Möglichkeit eröffnet, den unabhängigen und neutralen Ombudsmann in Anspruch zu nehmen, wenn Sie mit einer Entscheidung einmal nicht einverstanden sein sollten. Entscheidungen des Ombudsmannes gegen uns sind bis zu einer Grenze von 10.000 EUR verbindlich.

- Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 08 06 32, 10006 Berlin
Telefon 0800 3696000, Telefax 0800 3699000
E-Mail: beschwerde@versicherungsombudsmann.de

Die Beschwerde bei den genannten Stellen ist für Sie kostenfrei. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rechtswegs bleibt von der Beschwerde unberührt.

Anwendbares Recht und zuständiges Gericht

Anwendbares Recht
Zuständiges Gericht

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen uns bestimmt sich die gerichtliche Zuständigkeit nach unserem Sitz Oberursel (Taunus). Ist der Versicherungsnehmer eine natürliche Person, ist auch das Gericht seines Wohnsitzes zuständig.
Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen den Versicherungsnehmer müssen

- bei einer natürlichen Person bei dem für ihren Wohnsitz zuständigen Gericht,
- bei einer juristischen Person bei dem für ihren Sitz oder ihre Niederlassung zuständigen Gericht

erhoben werden.
Ausführliche Informationen dazu finden Sie in § 18 der Allgemeinen Bedingungen.

Sprachen

Die Versicherungsbedingungen und die weiteren Informationen über den Versicherungsvertrag gemäß VVG-InfoV sind in deutscher Sprache verfasst. Die Kommunikation während der Laufzeit des Vertrages erfolgt in deutscher Sprache.

Gültigkeitsdauer

Die zur Verfügung gestellten Informationen und Berechnungen gelten für einen Versicherungsbeginn im Jahr 2016 unter der Voraussetzung, dass der Antrag zu normalen Bedingungen angenommen wird. Für andere Versicherungsbeginnjahre ändert sich das Alter des Versicherten und somit auch die berechneten Leistungen und Beiträge. Außerdem liegen der Berechnung die derzeit gültigen Tarife zugrunde. Sofern der Versicherungsbeginn in der Zukunft liegt, können wir nicht garantieren, dass diese Tarife dann noch Gültigkeit haben.

Unser Vorschlag im Überblick

RentAL – Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

- mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BZ10)

Persönliche Daten

Versicherter Herr Test Test
Geburtsdatum 01.07.1990

Jährlicher Beitrag

Versicherungsbeginn 01.12.2016

Jährlicher Beitrag	Beitrag	zu zahlender Beitrag*
Rentenversicherung	542,31 EUR	542,31 EUR
Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	1.071,02 EUR	771,02 EUR
Gesamt	1.613,33 EUR	1.313,33 EUR

Leistung bei Rentenbeginn

Rentenbeginn	01.12.2057 – im Alter 67 Jahre	
Leistung bei Rentenbeginn	lebenslange Altersrente oder einmalige Kapitalzahlung	
	garantierte monatliche Altersrente	75,00 EUR
	gesamte monatliche Altersrente*	179,95 EUR
	garantierte einmalige Kapitalzahlung	24.180,18 EUR
	gesamte einmalige Kapitalzahlung*	42.660,06 EUR

Leistung bei Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit

Berufsunfähigkeitsschutz	Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente	
	garantierte monatliche Berufsunfähigkeitsrente	1.500,00 EUR
	Summe Ihrer abgesicherten Berufsunfähigkeitsrenten zu Versicherungsbeginn	738.000,00 EUR
	Für die Ermittlung der insgesamt abgesicherten Berufsunfähigkeitsrenten haben wir angenommen, dass die Berufsunfähigkeit nach Zahlung des ersten Beitrages eintritt und bis zum Ende der Leistungsdauer besteht. Erhöhungen aus der Dynamik sind nicht berücksichtigt.	
Arbeitsunfähigkeitsschutz	Beitragsbefreiung und Arbeitsunfähigkeitsrente in Höhe der Berufsunfähigkeitsrente	

Leistung im Todesfall

Rentenversicherung	
■ vor Rentenbeginn	Auszahlung des Deckungskapitals (Wert der Versicherung), mindestens jedoch Beitragsrückgewähr (ohne Beiträge der Zusatzversicherung)
■ nach Rentenbeginn	keine Leistung

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschusssätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Dynamik

Modus P

jährliche Erhöhung des Beitrages um 10,00 % des Vorjahresbeitrages
 ■ mit beitragsfreier Dynamik (10,00 %) bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit

Durch die Dynamik werden Beiträge und Leistungen erhöht. Wenn alle Erhöhungen wie beispielhaft angenommen (Erhöhung nur jedes 3. Jahr) durchgeführt werden, ergeben sich folgende Beiträge und Leistungen.

Leistung bei Rentenbeginn	garantierte monatliche Altersrente gesamte monatliche Altersrente*	168,35 EUR 354,72 EUR
	oder	
	garantierte einmalige Kapitalzahlung gesamte einmalige Kapitalzahlung*	54.276,44 EUR 84.085,71 EUR
Leistung bei Berufsunfähigkeit	garantierte monatliche Berufsunfähigkeitsrente	3.367,00 EUR
Leistung bei Arbeitsunfähigkeit	Arbeitsunfähigkeitsrente in Höhe der Berufsunfähigkeitsrente	
Gesamter jährlicher Beitrag	Durch die Dynamik erhöht sich der Beitrag auf 6.122,01 EUR und der zu zahlende Beitrag* auf 5.234,61 EUR. Die genaue Entwicklung des Beitrages finden Sie im Verlauf der Dynamik.	

Für Sie nur das Beste

Stand 09.2016



* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Unser Vorschlag

RentAL – Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

Persönliche Daten

Versicherungsnehmer	Herr Test Test
Versicherter	Herr Test Test
Geburtsdatum	01.07.1990

Versicherungs- und Rentenbeginn

Versicherungsbeginn	01.12.2016
Rentenbeginn	01.12.2057 – im Alter 67 Jahre

Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

Vertragsdaten

Beitragszahlungsdauer	41 Jahre
Aufschubzeit bis zum Rentenbeginn	41 Jahre
Rentenbeginnalter	67 Jahre
Rentengarantiezeit der Altersrente	keine
Überschussverwendung	vor Altersrentenbeginn (während der Aufschubzeit) ■ Rentenzuwachs nach Altersrentenbeginn (während der Rentenbezugszeit) ■ Bonusrente

Leistung bei Rentenbeginn

Monatliche Altersrente	lebenslange Altersrente oder einmalige Kapitalzahlung garantierte monatliche Altersrente	75,00 EUR
	gesamte monatliche Altersrente*	179,95 EUR
	– davon Bonusrente in der Rentenbezugszeit*	49,63 EUR
	– davon aus dem Schlussüberschussanteil*	10,23 EUR
	– davon aus dem Sockelbetrag für die Beteiligung an den Bewertungsreserven*	8,82 EUR
	– davon aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven in der Rentenbezugszeit*	3,60 EUR

Oder einmalige Kapitalzahlung

garantierte einmalige Kapitalzahlung	24.180,18 EUR
Überschussleistung*	18.479,88 EUR
gesamte einmalige Kapitalzahlung*	42.660,06 EUR
– davon als Schlussüberschussanteil*	3.297,84 EUR
– davon als Sockelbetrag für die Beteiligung an den Bewertungsreserven*	2.842,78 EUR

Leistung im Todesfall

garantierte Leistung vor Rentenbeginn	■ Auszahlung des Deckungskapitals (Wert der Versicherung), mindestens jedoch Beitragsrückgewähr (ohne Beiträge der Zusatzversicherung)
nach Rentenbeginn	■ keine Leistung

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BZ10)

Vertragsdaten

Berufsgruppe	1++ (Jungakademiker)
Leistungsvereinbarung	Leistung ab einem Berufsunfähigkeitsgrad von 50 %
Beitragszahlungsdauer	41 Jahre
Versicherungsdauer	41 Jahre
Versicherungsschlussalter	67 Jahre
Leistungsdauer	41 Jahre ab Versicherungsbeginn
Beitragsfreie Dynamik	beitragsfreie jährliche Erhöhung des Beitrages bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit
Überschussverwendung	vor Eintritt der Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit <ul style="list-style-type: none"> ■ Beitragsverrechnung nach Eintritt der Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit ■ Einrechnung in die Hauptversicherung (Rentenzuwachs) für die Beitragsbefreiung ■ Rentenzuwachs für die Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeitsrente

Leistung bei Berufsunfähigkeit

Beitragsbefreiung und Berufsunfähigkeitsrente
garantierte monatliche Berufsunfähigkeitsrente 1.500,00 EUR
 (2.000,00 % der Altersrente)

Leistung bei Arbeitsunfähigkeit

Beitragsbefreiung und
 Arbeitsunfähigkeitsrente in Höhe der Berufsunfähigkeitsrente

Pflege-Option

	Zum Rentenbeginn kann die eingeschlossene Pflege-Option ausgeübt werden. In diesem Fall wird das vorhandene Kapital für eine Options-Altersrente und eine Pflege-Altersrente verwendet. Zum Rentenbeginn könnten sich – ohne Berücksichtigung der Bonusrente – folgende Renten ergeben:	
ohne Ausübung der Option	gesamte monatliche Altersrente (ohne Bonusrente)*	130,32 EUR
bei Ausübung der Option	gesamte monatliche Options-Altersrente (ohne Bonusrente)*	113,65 EUR
	gesamte monatliche Pflege-Altersrente*	113,65 EUR
	gesamte monatliche Rente bei Pflegebedürftigkeit*	227,30 EUR
Bonusrente	Die Überschussrente für die Rentenbezugszeit (Bonusrente) kommt noch zur genannten Altersrente und Options-Altersrente hinzu.	
Vertragsdaten	Folgende Vertragsdaten ändern sich bei Ausübung der Pflege-Option: <ul style="list-style-type: none"> ■ Todesfallleistung nach Rentenbeginn bleibt unverändert, keine Todesfallleistung für die Pflege-Altersrente 	

Jährlicher Beitrag

Ab Versicherungsbeginn	Beitrag	zu zahlender Beitrag*
Rentenversicherung	542,31 EUR	542,31 EUR
Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	1.071,02 EUR	771,02 EUR
Gesamt	1.613,33 EUR	1.313,33 EUR

Die Beitragszahlung endet nach 41 Jahren.
 Beim zu zahlenden Beitrag handelt es sich um den durch Überschüsse verminderten Beitrag.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Dynamik

Modus P	jährliche Erhöhung des Beitrages um 10,00 % des Vorjahresbeitrages (progressive Erhöhung) ■ mit beitragsfreier Dynamik (10,00 %) bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit
Erste Erhöhung	01.12.2017
Letzte Erhöhung	01.12.2056
Zusatzversicherung	Die eingeschlossene Zusatzversicherung wird mit erhöht.
Annahmen für die Berechnung	Grundsätzlich erfolgen die Erhöhungen jährlich und bis zum zuvor genannten letzten Erhöhungstermin. Unabhängig von den bedingungsgemäßen Regelungen werden Beiträge und Leistungen beispielhaft mit folgenden Annahmen für die Dynamik berechnet. ■ Erhöhung nur jedes 3. Jahr

Unverbindliche Beispielrechnung

Einfluss des Zinsüberschusses

Besonderen Einfluss auf die Höhe der Leistungen im Alter 67 hat der Zinsüberschuss. Mit der folgenden Beispielrechnung zeigen wir Ihnen, wie sich Änderungen des Zinsüberschusses auswirken. In der Mitte finden Sie die Leistungen, die sich ergeben, wenn die Überschussätze für 2016 während der gesamten Aufschubzeit gelten würden. Außerdem nennen wir Ihnen die Leistungen, die sich ergeben, wenn der Zinsüberschuss während der gesamten Aufschubzeit 1 Prozentpunkt niedriger bzw. höher wäre.

Zinsüberschuss	Gesamte Leistungen (in EUR)*	
	monatliche Altersrente	einmalige Kapitalzahlung
1 %-Punkt niedrigerer Zinsüberschuss	127,12	34.648,02
derzeit geltende Überschussätze	179,95	42.660,06
1 %-Punkt höherer Zinsüberschuss	254,96	53.169,22

Die genannten Beträge stellen keine Ober- bzw. Untergrenze dar. Die tatsächlich auszahlenden Leistungen können bei einer größeren Änderung des Zinsüberschusses auch unter bzw. über diesen Beträgen liegen.

Einfluss der Zusatzversicherung

Die Leistungen gelten nur dann, wenn während der gesamten Versicherungsdauer keine Leistungen aus der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung fällig werden.

Entstehung der Überschüsse

Die Beiträge für Ihre Versicherung (nicht die zu zahlenden Beiträge) sind für die gesamte Versicherungsdauer garantiert und können von uns nicht erhöht werden. Damit die garantierten Leistungen auf jeden Fall gezahlt werden können, haben wir die Beiträge unter vorsichtigen Annahmen zur künftigen Entwicklung der Kapitalerträge kalkuliert. Auch für Kosten und Leistungsfälle haben wir Sicherheiten berücksichtigt. Durch höhere Kapitalerträge, geringere Kosten und einen günstigeren Verlauf der Leistungen für Versicherungsfälle als bei der Beitragskalkulation angenommen, entstehen im Allgemeinen Überschüsse, die wir in Form der Überschussbeteiligung an Sie weitergeben.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Höhe der Überschüsse nicht garantiert	<p>Prognosen über die Entwicklung der Überschussbeteiligung sind über einen längeren Zeitraum nicht möglich, da weder die Zinsänderungen am Kapitalmarkt, noch der Verlauf der Leistungsfälle oder die Entwicklung der Kosten über die gesamte Versicherungsdauer vorhersehbar sind.</p> <p>Die angegebenen Leistungen aus der Überschussbeteiligung basieren auf einer unverbindlichen Beispielrechnung mit den für 2016 festgesetzten Überschussätzen. Dabei wurde vereinfachend unterstellt, dass diese Überschussätze während der gesamten Versicherungsdauer unverändert bleiben. Sie haben deshalb nur hypothetischen Charakter. Wir können nicht garantieren, dass Überschüsse in dieser Höhe tatsächlich anfallen.</p>
Lebenserwartung	<p>Auf die Kalkulation der lebenslangen Rentenleistungen hat die Lebenserwartung maßgeblichen Einfluss. Steigt diese stärker als kalkulatorisch angenommen an, kann das eine Minderung der Überschussätze erfordern.</p> <p>Diesem Vorschlag liegt eine unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Sterbetafel zugrunde.</p>
Schlussüberschussanteil	<p>Während der Aufschubzeit erhalten Sie eine jährlich steigende Anwartschaft auf den Schlussüberschussanteil. Die Höhe der Anwartschaft kann bis zur Fälligkeit auch für abgelaufene Versicherungsjahre neu festgesetzt werden.</p>
Beteiligung an den Bewertungsreserven	<p>Bewertungsreserven sind vorhanden, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bewertet werden.</p> <p>Sie werden nach einem verursachungsorientierten Verfahren an den Bewertungsreserven beteiligt. Aufgrund von Schwankungen des Kapitalmarktes und der damit verbundenen Schwankungen der Bewertungsreserven, kann die Beteiligung höher oder niedriger ausfallen, aber auch ganz entfallen.</p> <p>Die Höhe der während der Aufschubzeit jährlich steigenden Anwartschaft auf den Sockelbetrag kann bis zur Fälligkeit auch für abgelaufene Versicherungsjahre neu festgesetzt werden.</p>

Erläuterungen und Hinweise

Klassische Rente

Garantierte Leistung	<p>Bei Erleben des Rentenbeginns wird die Altersrente gezahlt. Die Rentenzahlung erfolgt, solange der Versicherte lebt, auch wenn die Rentensumme die Summe der Beiträge übersteigt.</p> <p>Bei Tod des Versicherten vor Rentenbeginn wird das Deckungskapital (Wert der Versicherung), mindestens jedoch die bis zu diesem Zeitpunkt für die Rentenversicherung gezahlten Beiträge (ohne Stückbeiträge sowie ohne Beiträge der Zusatzversicherung), ausgezahlt.</p> <p>Bei Tod des Versicherten nach Rentenbeginn endet die Rentenzahlung ohne weitere Leistung.</p>
Beitragszahlung	<p>Die Beitragszahlung endet bei Tod des Versicherten, spätestens bei Rentenbeginn.</p>

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Freiwillige Zuzahlung

Sie können vor Rentenbeginn bis zu 4-mal pro Jahr eine freiwillige Zuzahlung leisten. Die einzelne Zuzahlung muss mindestens 500,00 EUR betragen. Alle Zuzahlungen innerhalb eines Versicherungsjahres dürfen 20.000,00 EUR nicht übersteigen. Die Zuzahlungen bewirken eine Erhöhung der Versicherungsleistungen der Rentenversicherung, jedoch nicht der Leistungen der Zusatzversicherung.
Für Zuzahlungen gilt für die ersten 9 Jahre (nur in der Aufschubzeit) ein gestaffelter Zinsüberschussanteil (wie bei einmaliger Beitragszahlung).

Kapitalwahlrecht

Auf Wunsch erhalten Sie anstelle der lebenslangen Altersrente eine einmalige Kapitalzahlung. Die Entscheidung, ob Sie die Rente ganz oder nur teilweise kapitalisieren möchten, brauchen Sie erst bei Rentenbeginn zu treffen.

Überschussleistung

■ vor Altersrentenbeginn:

Der jährliche Überschussanteil (Zinsüberschussanteil) beträgt 1,80 %* des Deckungskapitals (Wert der Versicherung).

Dieser Überschuss wird für einen Rentenzuwachs verwendet, das heißt, es wird eine zusätzliche lebenslange Altersrente gebildet. Bei Tod vor Rentenbeginn wird das Deckungskapital des Rentenzuwachses (Wert der Überschussleistung) ausgezahlt. Bei Tod nach Rentenbeginn wird keine Leistung aus diesem Überschuss fällig.

Wenn bei Rentenbeginn die einmalige Kapitalzahlung gewählt wird, dann wird anstelle des Rentenzuwachses eine einmalige Überschussleistung ausgezahlt.

Darüber hinaus erhalten Sie eine Anwartschaft auf den Schlussüberschussanteil (jährlich 7,65 %* des Deckungskapitals), der bei Tod, spätestens bei Rentenbeginn fällig wird. Der Schlussüberschussanteil fließt bei Rentenbeginn in die Überschussrente aus der Aufschubzeit oder wird bei Wahl der einmaligen Kapitalzahlung ausgezahlt.

Außerdem werden Sie nach einem verursachungsorientierten Verfahren an den Bewertungsreserven beteiligt. Diese Beteiligung wird bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages, spätestens bei Rentenbeginn fällig. Die Beteiligung fließt bei Rentenbeginn in die Überschussrente aus der Aufschubzeit oder wird bei Wahl der einmaligen Kapitalzahlung ausgezahlt. Um Schwankungen bei der Beteiligung an den Bewertungsreserven auszugleichen, bilden wir eine jährlich steigende Anwartschaft auf einen Sockelbetrag (jährlich 0,50 %* des zu berücksichtigenden Deckungskapitals). Bei Fälligkeit erhalten Sie den aktuellen Beteiligungswert. Ist jedoch der Sockelbetrag bzw. bei Kündigung der Rückkaufswert des Sockelbetrages höher, erhalten Sie diesen höheren Betrag.

■ nach Altersrentenbeginn:

Der jährliche Überschussanteil beträgt derzeit 2,10 %* des Deckungskapitals (Wert der Versicherung).

Auch während der Rentenbezugszeit werden Sie fortlaufend an den Bewertungsreserven durch einen erhöhten jährlichen Überschussanteil (derzeit 0,15 %* – im genannten Überschusssatz bereits enthalten) beteiligt.

Aus den während der gesamten Rentenbezugszeit zu erwartenden Überschüssen wird eine gleichbleibende lebenslange Bonusrente gebildet. Im Todesfall wird keine Leistung aus diesem Überschuss fällig.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Die Bonusrente ändert sich nicht, solange die Überschussätze unverändert bleiben. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich der Überschussanteil für die Beteiligung an den Bewertungsreserven aufgrund von Kapitalmarkt-schwankungen und den damit verbundenen Schwankungen der Bewertungs-reserven jährlich ändern wird.

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung

Garantierte Leistung

Wird der Versicherte während der Versicherungsdauer berufsunfähig im Sinne unserer geltenden Bedingungen, werden ab einem Berufsunfähigkeits-grad von 50 % folgende Leistungen gewährt:

- Die Beiträge für die Versicherung brauchen nicht weiter gezahlt zu werden.
- Die Berufsunfähigkeitsrente wird gezahlt.

Berufsunfähigkeit liegt vor, wenn sie voraussichtlich mindestens 6 Monate ununterbrochen andauert.

Die Berufsunfähigkeitsleistungen werden gewährt, solange die Berufsunfähigkeit besteht, jedoch längstens bis zum Ende der Leistungsdauer. Diese endet 41 Jahre nach Versicherungsbeginn.

Wird der Versicherte während der Versicherungsdauer arbeitsunfähig im Sinne unserer geltenden Bedingungen, brauchen die Beiträge für die Versicherung nicht weiter gezahlt zu werden und es wird eine Arbeitsunfähigkeits-rente in Höhe der Berufsunfähigkeitsrente gezahlt.

Arbeitsunfähigkeit liegt bei insgesamt mindestens 6 Monate ununterbrochener Krankschreibung vor. Die Leistungen können auch beantragt werden, wenn die Arbeitsunfähigkeit bereits 4 Monate ununterbrochen bestanden hat und ein Facharzt bescheinigt, dass der Versicherte bis zum Ende des 6-monatigen Zeitraums voraussichtlich ununterbrochen arbeitsunfähig sein wird. Die Arbeitsunfähigkeitsleistungen werden für den Zeitraum der Krankschreibung (auch rückwirkend), jedoch insgesamt längstens für 24 Monate und längstens bis zum Ende der Leistungsdauer gewährt.

Ein gleichzeitiger Bezug von Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit und Berufsunfähigkeit ist ausgeschlossen.

Berufsgruppe

Die Beiträge und Überschussleistungen der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung gelten nur dann, wenn der von Ihnen ausgeübte Beruf zu den Berufen der Berufsgruppe 1++ gehört. Hierzu zählen im Wesentlichen Berufe mit akademischer Ausbildung und über 90 % Bürotätigkeit sowie Ärzte ohne operative Tätigkeit.

Sollte Ihr Beruf einer anderen Berufsgruppe angehören, ergeben sich andere Beiträge und Überschussleistungen.

Überschussleistung

- vor Eintritt der Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit:

Der Überschussanteil beträgt derzeit 28,00 %* des Beitrages für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

Der Überschuss wird mit dem Beitrag verrechnet, dadurch ergibt sich ein niedrigerer zu zahlender Beitrag. Bei einer Änderung des Überschussanteils ändert sich auch der zu zahlende Beitrag.

Außerdem werden Sie an den Bewertungsreserven beteiligt. Diese Beteiligung wird bei Beendigung des Vertrages, spätestens bei Altersrentenbeginn fällig.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

	<p>■ nach Eintritt der Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit: Die Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeitsrente erhöht sich durch den Rentenzuwachs jeweils zum Beginn des folgenden Versicherungsjahres um 2,10 %* der Vorjahresrente – im ersten Jahr gegebenenfalls anteilig. Der Überschuss, der auf die Beitragsbefreiung entfällt, wird in die Überschussleistung der Rentenversicherung eingerechnet. Auch während der Leistungszeit werden Sie fortlaufend an den Bewertungsreserven durch einen erhöhten jährlichen Überschussanteil (derzeit 0,15 %* – im genannten Überschussatz bereits enthalten) beteiligt.</p>
Pflege-Option	<p>Sie können zum Rentenbeginn die Pflege-Option ausüben. In diesem Fall wird das vorhandene Kapital für eine Options-Altersrente und eine Pflege-Altersrente verwendet. Bei der Berechnung der neuen Renten werden die zum Zeitpunkt der Ausübung der Option geltenden Rechnungsgrundlagen verwendet. Die Pflege-Option kann nur ausgeübt werden, wenn die Options-Altersrente mindestens monatlich 50,00 EUR erreicht.</p> <p>Die Options-Altersrente wird gezahlt, solange der Versicherte lebt. Bei Tod des Versicherten nach Rentenbeginn endet die Rentenzahlung ohne weitere Leistung.</p> <p>Die Pflege-Altersrente wird zusätzlich gezahlt, wenn der Versicherte pflegebedürftig im Sinne unserer dann geltenden Bedingungen wird. Stirbt der Versicherte, erlischt die Pflege-Altersrente ohne weitere Leistung.</p>
Vertragsdaten	<p>Folgende Vertragsdaten ändern sich bei Ausübung der Pflege-Option:</p> <p>■ Todesfallleistung nach Rentenbeginn bleibt unverändert, keine Todesfallleistung für die Pflege-Altersrente</p>
Dynamik	<p>Mit der Dynamik erreichen Sie eine regelmäßige Erhöhung Ihrer Beiträge und Versicherungsleistungen ohne erneute Risikoprüfung. Bei den dargestellten Leistungen und Beiträgen sind die Erhöhungen noch nicht berücksichtigt. Weitere Informationen, insbesondere über die Entwicklung der Leistungen und Beiträge, enthält unser „Verlauf der Dynamik“.</p>
Modus P	<p>Der Beitrag erhöht sich jährlich um 10,00 % des Beitrages im vorhergehenden Versicherungsjahr (progressive Erhöhung). Wenn im aktuellen Versicherungsjahr ein Beitragsteil wegfällt, bezieht sich die Erhöhung auf den Beitrag im aktuellen Versicherungsjahr (ohne die anstehende Erhöhung).</p>
Zusatzversicherung	<p>Die eingeschlossene Zusatzversicherung wird mit erhöht.</p>
Beitragsfreie Dynamik	<p>Bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit wird die Versicherung im vereinbarten Umfang weiter erhöht. Die Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeitsrente wird – abgesehen von Überschussleistungen – nicht weiter erhöht. Die Beiträge für die Erhöhungen brauchen nicht gezahlt zu werden.</p>
Hinweis	<p>Die Erhöhungen im Rahmen der Dynamik erfolgen entsprechend den bedingungsgemäßen Regelungen automatisch jährlich. Sie können der Erhöhung jedoch widersprechen.</p>
Garantiezins	<p>Bei den garantierten Leistungen ist bereits ein Garantiezins von 1,25 % jährlich berücksichtigt, dies ist der Höchstzinssatz gemäß § 2 der Deckungsrückstellungsverordnung.</p>

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Versicherungsverläufe

Weitere Informationen, insbesondere auch über den Verlauf der Leistungen bei Tod oder Kündigung unter Berücksichtigung der künftigen Überschussbeteiligung, enthalten unsere Versicherungsverläufe, die wir Ihnen auf Wunsch gerne zur Verfügung stellen.

Gültigkeit

Die zur Verfügung gestellten Informationen und Berechnungen gelten für einen Versicherungsbeginn im Jahr 2016 unter der Voraussetzung, dass der Antrag zu normalen Bedingungen angenommen wird. Für andere Versicherungsbeginnjahre ändert sich das Alter des Versicherten und somit auch die berechneten Leistungen und Beiträge. Außerdem liegen der Berechnung die derzeit gültigen Tarife zugrunde. Sofern der Versicherungsbeginn in der Zukunft liegt, können wir nicht garantieren, dass diese Tarife dann noch Gültigkeit haben.

Steuerliche Behandlung Ihrer Versicherung

vorbehaltlich gesetzlicher Änderungen

Beiträge

Die Beiträge für diese Rentenversicherung können nicht als Sonderausgaben (Vorsorgeaufwendungen) steuerlich geltend gemacht werden.

Renten

Die Renten gehören nach § 22 EStG als wiederkehrende Bezüge zu den sonstigen Einkünften. Sie sind jedoch nicht mit dem vollen Betrag einkommensteuerpflichtig. Sie brauchen nur den so genannten Ertragsanteil zu versteuern. Der Ertragsanteil richtet sich nach dem im Monat des Rentenbeginns vollendeten Lebensjahr des Versicherten und bleibt während der gesamten Rentenbezugszeit unverändert. Er beträgt hier 17 % der gesamten Rente.

Einmalige Kapitalzahlung

Wenn Sie anstelle der Rente die einmalige Kapitalzahlung wählen, ist der darin enthaltene Ertrag als Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 20 EStG zu versteuern.

Erfolgt die Auszahlung frühestens nach Ablauf von 12 Jahren seit dem Vertragsabschluss und nach Vollendung des 62. Lebensjahres des Steuerpflichtigen, muss nur der halbe Ertrag versteuert werden. Dies haben wir bei unseren Berechnungen berücksichtigt, wobei wir davon ausgegangen sind, dass der Versicherte auch der steuerpflichtige Leistungsempfänger ist.

Bei der Auszahlung werden 25 % des vollen Ertrags als Kapitalertragsteuer und zzt. 1,375 % Solidaritätszuschlag einbehalten und an das zuständige Finanzamt abgeführt.

Sofern die Leistung frühestens nach Ablauf von 12 Jahren und nach Vollendung des 62. Lebensjahres des Steuerpflichtigen ausgezahlt wird, handelt es sich um Vorauszahlungen, die auf die von Ihnen zu zahlende Einkommensteuer angerechnet werden. Andernfalls hat die 25 %ige Kapitalertragsteuer abgeltende Wirkung (Abgeltungsteuer), d.h. der Steuerpflichtige ist nicht mehr verpflichtet, diese Einkünfte in der Einkommensteuererklärung anzugeben. Bei einem niedrigeren Steuersatz kann der Steuerpflichtige jedoch über die Einkommensteuererklärung beantragen, dass der niedrigere Steuersatz angewendet wird.

Besteuerung der Kapitalzahlung:

gesamte einmalige Kapitalzahlung*	42.660,06 EUR
– davon steuerpflichtiger Ertrag	10.212,67 EUR

Leistung im Todesfall

Die Leistung bei Tod während der Aufschubzeit ist einkommensteuerfrei.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Ausübung der Pflege-Option	Bei Ausübung der Pflege-Option wird für die Finanzierung der Pflege-Altersrente Kapital entnommen. Hierbei handelt es sich nach derzeitiger steuerlicher Auffassung um eine steuerpflichtige Entnahme. Es gelten die Ausführungen für die einmalige Kapitalzahlung. Die Besteuerung der Entnahme ist in unseren Berechnungen nicht berücksichtigt.
Leistungen bei Kündigung	Für Leistungen, die bei Kündigung ausgezahlt werden, gelten sinngemäß die Ausführungen für die einmalige Kapitalzahlung. Sofern die Leistung frühestens nach Ablauf von 12 Jahren und nach Vollen- dung des 62. Lebensjahres des Steuerpflichtigen ausgezahlt wird, kann ein negativer Ertrag mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten verrechnet wer- den und somit zu einer Steuerrückerstattung führen.
Ausführliche Steuerinformationen	Detaillierte Informationen zur steuerlichen Behandlung Ihrer Rentenversiche- rung, insbesondere zur Ermittlung des steuerpflichtigen Ertrags, finden Sie in unserer „Allgemeinen Steuerinformation“.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschusssätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Verlauf der garantierten Leistungen bei Kündigung

Datum	Rückkaufswert (nach Abzug der Stornogebühr)			Beitragsfreie monatliche Altersrente nach Kündigung EUR	Stornogebühr (bereits berücksichtigt)	
	Hauptver- sicherung	Zusatzver- sicherung	gesamt		Hauptver- sicherung	Zusatzver- sicherung
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR
30.11.2017	366,96	436,35	803,31	0,00	0,00	0,00
30.11.2018	739,61	771,70	1.511,31	0,00	0,00	105,12
30.11.2019	1.118,25	955,25	2.073,50	0,00	0,00	363,93
30.11.2020	1.502,95	1.139,45	2.642,40	0,00	0,00	623,19
30.11.2021	1.893,81	1.323,85	3.217,66	0,00	0,00	882,57
30.11.2022	2.387,78	1.700,86	4.088,64	0,00	0,00	1.133,91
30.11.2023	2.887,91	2.080,63	4.968,54	0,00	0,00	1.387,08
30.11.2024	3.394,28	2.452,43	5.846,71	0,00	0,00	1.634,96
30.11.2025	3.906,96	2.814,10	6.721,06	0,00	0,00	1.876,07
30.11.2026	4.426,02	3.163,93	7.589,95	0,00	0,00	2.109,29
30.11.2027	4.951,56	3.501,74	8.453,30	0,00	0,00	2.334,49
30.11.2028	5.483,64	3.827,79	9.311,43	0,00	0,00	2.551,86
30.11.2029	6.022,35	4.143,12	10.165,47	0,00	0,00	2.762,08
30.11.2030	6.567,78	4.447,26	11.015,04	0,00	0,00	2.964,84
30.11.2031	7.120,01	4.737,80	11.857,81	0,00	0,00	3.158,54
30.11.2032	7.679,14	5.011,10	12.690,24	0,00	0,00	3.340,74
30.11.2033	8.245,25	5.264,22	13.509,47	0,00	0,00	3.509,48
30.11.2034	8.818,45	5.493,55	14.312,00	0,00	0,00	3.662,37
30.11.2035	9.398,83	5.695,74	15.094,57	0,00	0,00	3.797,17
30.11.2036	9.986,48	5.866,02	15.852,50	0,00	0,00	3.910,67
30.11.2037	10.581,51	5.998,15	16.579,66	0,00	0,00	3.998,76
30.11.2038	11.184,01	6.084,90	17.268,91	0,00	0,00	4.056,60
30.11.2039	11.794,09	6.119,51	17.913,60	0,00	0,00	4.079,67
30.11.2040	12.411,85	6.096,48	18.508,33	0,00	0,00	4.064,33
30.11.2041	13.037,41	6.008,72	19.046,13	0,00	0,00	4.005,81
30.11.2042	13.670,84	5.849,05	19.519,89	0,00	0,00	3.899,37
30.11.2043	14.312,19	5.622,68	19.934,87	0,00	0,00	3.748,45
30.11.2044	14.961,55	5.336,67	20.298,22	0,00	0,00	3.557,77
30.11.2045	15.619,04	4.990,67	20.609,71	0,00	0,00	3.327,11
30.11.2046	16.284,74	4.577,17	20.861,91	0,00	0,00	3.051,44
30.11.2047	16.958,76	4.103,05	21.061,81	0,00	0,00	2.735,36
30.11.2048	17.641,21	3.582,73	21.223,94	0,00	0,00	2.388,48
30.11.2049	18.332,18	3.012,65	21.344,83	0,00	0,00	2.008,43
30.11.2050	19.031,80	2.405,20	21.437,00	0,00	0,00	1.603,47
30.11.2051	19.740,16	1.776,37	21.516,53	0,00	0,00	1.184,25

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Datum	Rückkaufswert (nach Abzug der Stornogebühr)			Beitragsfreie monatliche Altersrente nach Kündigung EUR	Stornogebühr (bereits berücksichtigt)	
	Hauptver- sicherung	Zusatzver- sicherung	gesamt		Hauptver- sicherung	Zusatzver- sicherung
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR
30.11.2052	20.457,37	1.153,32	21.610,69	0,00	0,00	768,88
30.11.2053	21.183,55	572,69	21.756,24	0,00	0,00	381,79
30.11.2054	21.918,81	85,86	22.004,67	0,00	0,00	57,24
30.11.2055	22.663,26	0,00	22.663,26	0,00	0,00	0,00
30.11.2056	23.417,01	0,00	23.417,01	0,00	0,00	0,00
30.11.2057	24.180,18	0,00	24.180,18	0,00	0,00	0,00

Darstellung	Im Verlauf sind die garantierten Rückkaufswerte dargestellt, die bei Kündigung des gesamten Vertrages zum jeweiligen Termin gelten. Werte aus der Überschussbeteiligung sowie aus den Erhöhungen im Rahmen der Dynamik sind nicht enthalten.
Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit	Die Rückkaufswerte aus der Zusatzversicherung gelten nur solange keine Leistungen aus der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung fällig werden.
Leistungen bei Kündigung	Bei Kündigung erhalten Sie den Rückkaufswert. Die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung erlischt und ihr Rückkaufswert wird ausgezahlt.
Stornogebühr	Die ausgewiesene Stornogebühr wurde bei der Berechnung der Rückkaufswerte bereits berücksichtigt.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Verlauf der garantierten Leistungen bei Beitragsfreistellung

Datum	Beitragsfreie monatliche Altersrente EUR	Beitragsfreie monatliche Berufsunfähig- keitsrente EUR
30.11.2017	0,00	0,00
30.11.2018	0,00	0,00
30.11.2019	0,00	0,00
30.11.2020	0,00	0,00
30.11.2021	0,00	0,00
30.11.2022	0,00	0,00
30.11.2023	0,00	0,00
30.11.2024	0,00	0,00
30.11.2025	0,00	0,00
30.11.2026	0,00	0,00
30.11.2027	0,00	0,00
30.11.2028	0,00	0,00
30.11.2029	0,00	0,00
30.11.2030	0,00	0,00
30.11.2031	0,00	0,00
30.11.2032	0,00	0,00
30.11.2033	0,00	0,00
30.11.2034	0,00	0,00
30.11.2035	0,00	0,00
30.11.2036	0,00	0,00
30.11.2037	0,00	0,00
30.11.2038	0,00	0,00
30.11.2039	0,00	0,00
30.11.2040	0,00	0,00
30.11.2041	0,00	0,00
30.11.2042	0,00	0,00
30.11.2043	0,00	0,00
30.11.2044	0,00	0,00
30.11.2045	0,00	0,00
30.11.2046	0,00	0,00
30.11.2047	0,00	0,00
30.11.2048	0,00	0,00
30.11.2049	0,00	0,00
30.11.2050	0,00	0,00
30.11.2051	52,47	1.049,40

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschusssätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Datum	Beitragsfreie monatliche Altersrente	Beitragsfreie monatliche Berufsunfähig- keitsrente
	EUR	EUR
30.11.2052	55,56	1.111,20
30.11.2053	59,02	1.180,40
30.11.2054	62,85	1.257,00
30.11.2055	67,67	1.353,40
30.11.2056	72,10	1.442,00

Darstellung	Im Verlauf sind die garantierten beitragsfreien Leistungen dargestellt, die bei Beitragsfreistellung des gesamten Vertrages zum jeweiligen Termin gelten. Werte aus der Überschussbeteiligung sowie aus den Erhöhungen im Rahmen der Dynamik sind nicht enthalten.
Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit	Die angegebenen Leistungen gelten nur solange keine Leistungen aus der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung fällig werden.
Arbeitsunfähigkeitsrente	Die beitragsfreie Arbeitsunfähigkeitsrente ist genauso hoch wie die dargestellte Berufsunfähigkeitsrente.
Leistungen bei Beitragsfreistellung	Bei Beitragsfreistellung wird die Versicherung in eine beitragsfreie Versicherung mit herabgesetzten Leistungen umgewandelt. Wenn die beitragsfreie Leistung der Hauptversicherung nicht die festgelegte Mindestleistung erreicht, erlischt die Versicherung und ihr Rückkaufswert wird ausgezahlt. Wenn die Berufsunfähigkeitsrente nicht die Mindestrente erreicht, erlischt die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung und ihr Wert fließt in die Hauptversicherung. Beitragsfreie Leistungen werden im Verlauf nur dargestellt, wenn die Mindestleistung erreicht wird.
Stornogebühr	Bei Beitragsfreistellung wird die gleiche Stornogebühr erhoben wie bei Kündigung (siehe Verlauf der garantierten Leistungen bei Kündigung); diese wurde bei der Berechnung der beitragsfreien Leistungen bereits berücksichtigt.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Verlauf der monatlichen Altersrente

Darstellung Die nachfolgend genannten Renten bleiben während der gesamten Rentenbezugszeit konstant, wenn sich die Überschussätze nicht ändern.
Die Rentenzahlung erfolgt, solange der Versicherte lebt.

Garantierte Altersrente EUR	Gesamte Altersrente* EUR	Davon Bonusrente* in der Rentenbezugszeit EUR
75,00	179,95	49,63

Überschussverwendung Da die Überschüsse in der Rentenbezugszeit für eine Bonusrente verwendet werden, bleibt die gesamte Rente konstant, solange die Überschussätze unverändert bleiben. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich der Überschussanteil für die Beteiligung an den Bewertungsreserven aufgrund von Kapitalmarktschwankungen und den damit verbundenen Schwankungen der Bewertungsreserven jährlich ändern wird.

Dynamik Die Erhöhungen aus der Dynamik sind hier nicht berücksichtigt.

* Die Leistungen aus Überschüssen (Überschussätze 2016) können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter „Unverbindliche Beispielrechnung“.

Normierte Modellrechnung nach § 154 VVG

Wir sind nach dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG) verpflichtet, Ihnen die Wirkungsweise einer unterschiedlichen Verzinsung anhand einer normierten Modellrechnung darzustellen.

Dafür wurden in der VVG-Informationspflichtenverordnung (VVG-InfoV) die Zinssätze für die Gesamtverzinsung einheitlich für alle Unternehmen vorgegeben; diese entsprechen nicht unserer unternehmensindividuellen Gesamtverzinsung.

Modellrechnung

Mögliche Leistungen im Alter 67 Jahre bei Annahme verschiedener jährlicher Gesamtverzinsungen:

Angenommene jährliche Gesamtverzinsung	Gesamte Leistungen (in EUR)	
	monatliche Altersrente	einmalige Kapitalzahlung
1,25 %	75,00	24.180,18
2,09 %	103,07	29.191,67
3,09 %	150,11	36.858,84

Hinweise und Berechnungsgrundlagen

Bei der normierten Modellrechnung nach § 154 VVG handelt es sich nur um ein Rechenmodell, dem fiktive Angaben zu Grunde liegen. Aus dieser Modellrechnung können keine vertraglichen Ansprüche gegen uns abgeleitet werden.

Die Berechnung erfolgt unter Zugrundelegung der Rechnungsgrundlagen für die Beitragskalkulation, der von uns für 2016 festgesetzten Kosten- und Risikoüberschussätze, der einheitlich vorgegebenen Gesamtverzinsungen sowie der gewählten Überschussverwendung. Die Zinssätze sind nur als Beispiele anzusehen, es handelt sich weder um den Mindest- noch um den Höchstwert. Für die Gesamtverzinsung und die Überschussätze wurde unterstellt, dass sie während der gesamten Versicherungsdauer unverändert bleiben.

Die Schlussüberschussanteile und die Beteiligung an den Bewertungsreserven sind in der Modellrechnung nicht berücksichtigt.

Leistungen aus der Überschussbeteiligung können nicht garantiert werden. Angaben zur Höhe der garantierten Leistungen finden Sie in unserem Vorschlag.

Individuelle Beispielrechnung

Die anhand unserer aktuellen Überschussfestlegung möglichen Leistungen können Sie der individuellen Beispielrechnung in unserem Vorschlag entnehmen.

Satzung der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

Druck-Nr. vo 13 – 06.2014 / Stand: 14. Juni 2014

Inhaltsverzeichnis

Präambel	§ 17 Aufgaben
I. Allgemeine Bestimmungen	§ 18 Geschäftsordnung
§ 1 Name, Rechtsform, Sitz	4. Der Beirat
§ 2 Zweck der Gesellschaft	§ 19 Berufung
§ 3 Geschäftsgebiet	§ 20 Aufgaben
§ 4 Mitgliedschaft	§ 21 Geschäftsordnung
§ 5 Bekanntmachungen	III. Rechnungswesen
§ 6 Gerichtsstand	§ 22 Geschäftsjahr
II. Organe der Gesellschaft	§ 23 Jahresabschluss
§ 7 Organe	§ 24 Vermögensanlagen
1. Die Mitgliedervertretung	§ 25 Rückstellungen, Rücklagen und Überschuss- verwendung
§ 8 Zusammensetzung, Wahl und Amtsdauer	§ 26 Deckung von Fehlbeträgen
§ 9 Ort, Zeit und Einberufung	IV. Satzungsänderung, Änderung und Einführung Allgemeiner Versicherungsbedingungen
§ 10 Aufgaben	§ 27
§ 11 Geschäftsordnung	V. Auflösung
2. Der Aufsichtsrat	§ 28
§ 12 Zusammensetzung, Wahl und Amtsdauer	VI. Übertragung des Versicherungsbestandes
§ 13 Aufgaben	§ 29
§ 14 Geschäftsordnung	
3. Der Vorstand	
§ 15 Bestellung	
§ 16 Vertretungsbefugnis	

Präambel

Die Gesellschaft ist 1830 als juristische Person des gemeinen Rechts unter dem Namen »Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig« gegründet worden. Sie trat 1868 als Genossenschaft unter das Königl. Sächsische Gesetz von 1868, die Juristischen Personen betreffend, und wurde 1907 ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit nach dem Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 unter der Firma »Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit (Alte Leipziger)«.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz

(1) Die Gesellschaft führt die Firma ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit. Sie ist ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

(2) Die ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit bildet zusammen mit der HALLESCHE Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit einen Gleichordnungskonzern.

(3) Der Sitz der Gesellschaft ist Oberursel (Taunus).

§ 2 Zweck der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft betreibt die Lebensversicherung in allen ihren Arten, einschließlich der Kapitalisierungsgeschäfte und der Geschäfte der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen gemäß dem vom Vorstand aufgestellten Gesamtgeschäftsplan. Sie bietet Versicherungsschutz im In- und Ausland nach Maßgabe der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, und zwar für die Mitglieder nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit.

(2) Außerdem übernimmt sie die Versicherung gegen feste Beiträge bis zu 10 vom Hundert ihrer gesamten Beitragseinnahme auch für Nichtmitglieder.

(3) Die Gesellschaft kann in der Lebensversicherung auch die Rück- und Mitversicherung betreiben.

(4) Darüber hinaus darf die Gesellschaft Versicherungs- und Bausparverträge und den Erwerb von Investmentanteilen vermitteln sowie sonstige Geschäfte vornehmen, die im engen wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Versicherungsbetrieb stehen.

(5) Die Gesellschaft kann zur Erreichung des Unternehmenszweckes Zweigniederlassungen errichten, andere Bestände übernehmen und die Geschäfte anderer Versicherungsunternehmen fortführen oder verwalten. Sie ist weiter berechtigt, sich an Lebensversicherungsunternehmen oder Unternehmen anderer Art, deren Gegenstand mit dem Zweck der Gesellschaft im wirtschaftlichen Zusammenhang steht, zu beteiligen, insbesondere an solchen, die Bank- und sonstige Finanzdienstleistungen anbieten. Desgleichen kann sie selbstständige Versicherungsunternehmen oder damit unmittelbar zusammenhängende andere Wirtschaftsunternehmen erwerben oder neu errichten.

§ 3 Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet ist das In- und Ausland.

§ 4 Mitgliedschaft

(1) Mitglieder der Gesellschaft (Vereinsmitglieder) sind die natürlichen und nicht natürlichen Personen, die einen Versicherungsvertrag nach § 2 dieser Satzung nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit mit der Gesellschaft abgeschlossen haben.

(2) Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Abschluss eines Versicherungsvertrages. Sie endet, wenn das Versicherungsverhältnis zwischen der Gesellschaft und dem Mitglied erlischt.

(3) Der Versicherungsvertrag gegen festen Beitrag gemäß § 2 Absatz 2 der Satzung begründet keine Mitgliedschaft in der Gesellschaft.

(4) Die Verpflichtungen der Mitglieder bestimmen sich nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die den Versicherungsverhältnissen zugrunde liegen. Zur Erfüllung der Versicherungsverpflichtungen erhebt die Gesellschaft jeweils im Voraus fällige, einmalige oder wiederkehrende Beiträge.

(5) Übernimmt ein Dritter mit Genehmigung der Gesellschaft ganz oder teilweise die Rechte und Pflichten des Versicherungsnehmers, so wird er anstelle oder neben dem bisherigen Versicherungsnehmer Vereinsmitglied.

(6) Für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet den Gläubigern gegenüber nur das Gesellschaftsvermögen.

(7) Eine zusätzliche Haftung oder Nachschusspflicht der Mitglieder für irgendwelche Verbindlichkeiten der Gesellschaft ist ausgeschlossen. Entstandene Versicherungsansprüche dürfen – ausgenommen im Falle der Auflösung der Gesellschaft – nicht gekürzt werden.

§ 5 Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen, zu denen die Gesellschaft nach Gesetz oder Satzung verpflichtet ist, werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

§ 6 Gerichtsstand

Der allgemeine Gerichtsstand ist Oberursel (Taunus).

II. Organe der Gesellschaft

§ 7 Organe

(1) Organe der Gesellschaft sind:

1. Die Mitgliedervertretung
2. Der Aufsichtsrat
3. Der Vorstand

(2) Die Mitgliedervertreterversammlung wählt die Mitglieder der Mitgliedervertretung. Die Mitgliedervertretung wählt die Mitglieder des Aufsichtsrats, soweit diese nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach dem Drittelbeteiligungsgesetz zu wählen sind. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands.

1. Die Mitgliedervertretung

§ 8 Zusammensetzung, Wahl und Amtsdauer

(1) Die Mitgliedervertretung vertritt als oberstes Organ der Gesellschaft die Gesamtheit der Mitglieder. Sie besteht aus mindestens 20 und höchstens 30 Mitgliedervertretern; ihr können höchstens drei Mitglieder angehören, die keine natürlichen Personen sind.

(2) Wählbar zum Mitgliedervertreter ist jedes volljährige Mitglied, soweit nicht eine Einschränkung gemäß Absatz 3 vorliegt. Wählbar sind auch Mitglieder, die keine natürlichen Personen sind.

(3) Natürliche Personen sind zum Mitgliedervertreter nur wählbar, wenn sie zu Beginn ihrer Amtszeit das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands und des Beirats einer Gesellschaft im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzern sind nicht wählbar. Ferner können nicht gewählt werden Personen, die seitens einer Gesellschaft im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzern oder von anderen Versicherungs-, Finanzdienstleistungs-, oder Vermittlungsunternehmen Gehalt, Provisionen, Courtagen, sonstiges Entgelt oder geldwerte Vorteile aus selbstständiger oder nichtselbstständiger Tätigkeit erhalten. Ausgenommen davon sind Vergütungen und Nebenleistungen für die Tätigkeit als Mitgliedervertreter im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzern.

(4) Die Wahl der Mitgliedervertreter erfolgt auf die Dauer von bis zu sechs Jahren, wobei die Dauer bei der Wahl von der Mitgliedervertreterversammlung festgelegt wird. Das Amt endet mit dem Schluss der letzten ordentlichen Mitgliedervertreterversammlung, die sich aus der jeweiligen

Amtszeit ergibt. Die Amtszeit beginnt sofort mit Annahme der Wahl. Wiederwahl ist zulässig.

(5) Das Amt eines Mitgliedervertreterers erlischt durch Ablauf der Amtszeit, durch Rücktritt oder durch Eintritt eines die Wählbarkeit ausschließenden Umstands.

§ 9 Ort, Zeit und Einberufung

(1) Die ordentliche Mitgliedervertretererversammlung findet alljährlich innerhalb der ersten acht Monate des Geschäftsjahres statt.

(2) Den jeweiligen Ort der Mitgliedervertretererversammlung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und den Zeitpunkt bestimmt der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat.

(3) Die Mitgliedervertretererversammlung wird vom Vorstand durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger einberufen. Die Bekanntmachung muss Ort, Zeit und Tagesordnung der Mitgliedervertretererversammlung enthalten. Die Einberufungsfrist beträgt mindestens dreißig Tage vor dem Tage der Mitgliedervertretererversammlung.

(4) Bei der Bekanntmachung der Tagesordnung sind die gesetzlichen Vorschriften zu beachten. Insbesondere sind

- a) vorgeschlagene Satzungsänderungen mit dem Wortlaut bekanntzumachen;
- b) bei Wahlen zum Aufsichtsrat die gesetzlichen Vorschriften anzugeben, nach denen sich der Aufsichtsrat zusammensetzt;
- c) zu jedem Gegenstand der Tagesordnung vom Vorstand und vom Aufsichtsrat, zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern nur vom Aufsichtsrat, in der Bekanntmachung Vorschläge zur Beschlussfassung zu machen.

(5) Außerordentliche Mitgliedervertretererversammlungen sind vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat immer dann einzuberufen, wenn es die Belange der Gesellschaft erfordern. Ferner muss eine außerordentliche Mitgliedervertretererversammlung einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Mitgliedervertreter unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung beim Vorstand schriftlich beantragt. Für die Einberufung und Abhaltung außerordentlicher Mitgliedervertretererversammlungen gelten die Bestimmungen für ordentliche Mitgliedervertretererversammlungen gleichermaßen.

§ 10 Aufgaben

(1) Die Rechte und Pflichten der Mitgliedervertretererversammlung bestimmen sich nach Gesetz und Satzung. Insbesondere hat die Mitgliedervertretererversammlung folgende Aufgaben:

- a) Entgegennahme des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Berichts des Aufsichtsrats;
- b) Feststellung des Jahresabschlusses, sofern sich Vorstand und Aufsichtsrat für die Feststellung durch die Mitgliedervertretererversammlung entschieden haben oder der Aufsichtsrat den Jahresabschluss des Vorstands nicht billigt;
- c) Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats;
- d) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrats, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern gewählt werden;
- e) Festsetzung der Vergütung für den Aufsichtsrat;
- f) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung;
- g) Beschlussfassung über die Kapitalaufnahme gegen Gewährung von Genussrechten und Ermächtigung des Vorstands, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über die Zeichnungs- und Ausgabebedingungen zu entscheiden;
- h) Beschlussfassung über alle Angelegenheiten, für die Vorstand und Aufsichtsrat nach dem Gesetz und der Satzung nicht zuständig sind;
- i) Beschlussfassung über die Umwandlung oder Auflösung der Gesellschaft;

j) Beschlussfassung über die Übertragung des Versicherungsbestandes auf ein anderes Unternehmen;

k) Wahl der Mitgliedervertreter und Widerruf ihrer Bestellung. Die Bestellung kann widerrufen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Der Widerruf ist wirksam, bis seine Unwirksamkeit rechtskräftig festgestellt ist.

(2) Beschlüsse der Mitgliedervertretererversammlung werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

(3) Beschlüsse der Mitgliedervertretererversammlung über Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

(4) Beschlüsse der Mitgliedervertretererversammlung gemäß Absatz 1 i) und Absatz 1 j) bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der amtierenden Mitgliedervertreter.

§ 11 Geschäftsordnung

(1) Den Vorsitz in der Mitgliedervertretererversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreter oder bei deren Verhinderung der am längsten ununterbrochen der Mitgliedervertretung angehörende anwesende Mitgliedervertreter. Unter mehreren Anwärtern entscheidet das höhere Lebensalter, bei gleichem Lebensalter das Los. Der Vorsitzende leitet die Mitgliedervertretererversammlung und bestimmt die Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung sowie die Art und Form der Abstimmung, sofern die Mitgliedervertretererversammlung nichts anderes beschließt.

(2) Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung der Mitgliedervertretererversammlung können von mindestens einem Fünftel der Mitgliedervertreter unter Beifügung einer Begründung oder einer Beschlussvorlage gestellt werden. Diese Anträge müssen dem Vorstand mindestens 24 Tage vor der Mitgliedervertretererversammlung zugehen; der Tag des Zugangs ist nicht mitzurechnen.

(3) Gegenanträge von Mitgliedervertretern zu Gegenständen der Tagesordnung werden allen Mitgliedervertretern unverzüglich bekannt gemacht, sofern sie, verbunden mit ihrer Begründung, mindestens 14 Tage vor dem Tage der Mitgliedervertretererversammlung der Gesellschaft zugegangen sind. Der Tag des Zugangs ist nicht mitzurechnen.

(4) Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sollen mit beratender Stimme an der Mitgliedervertretererversammlung teilnehmen.

(5) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliedervertretererversammlung ist vorbehaltlich § 10 Absatz 1 i) und Absatz 1 j) beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der bestellten Mitgliedervertreter anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit der Mitgliedervertretererversammlung ist unverzüglich eine weitere Mitgliedervertretererversammlung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitgliedervertreter beschlussfähig.

(6) Bei Abstimmungen gilt Stimmgleichheit als Ablehnung. Tritt bei einer Wahl Stimmgleichheit ein, ist die Wahl zu wiederholen. Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

(7) Das Stimmrecht kann – außer bei nicht natürlichen Personen – nicht durch Bevollmächtigte ausgeübt werden.

(8) Die Beschlüsse der Mitgliedervertretererversammlung sind in einer notariellen Niederschrift festzuhalten.

(9) Die Mitgliedervertreter erhalten eine Vergütung. Die Hälfte hiervon wird nur bei Teilnahme an den Mitgliedervertretererversammlungen gezahlt. Der Vergütungszeitraum beginnt nach einer ordentlichen Mitgliedervertretererversammlung und endet mit dem Schluss der ordentlichen Mitgliedervertretererversammlung des Folgejahres. Wird das Mandat innerhalb eines Vergütungszeitraums aufgenommen oder beendet oder erfolgt eine Teilnahme nicht an allen Mitgliedervertretererversammlungen, wird die Vergütung anteilig gezahlt. Die Höhe der Vergütung wird vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festgesetzt. Sie erhalten darüber hinaus Ersatz ihrer Fahrtkosten sowie Tage- und Übernachtungsgelder. Eine ggf. zu entrichtende Umsatzsteuer wird erstattet.

(10) Soweit das Gesetz einer Minderheit Rechte gewährt, stehen sie einer Minderheit von einem Fünftel der Mitgliedervertreter zu.

(11) Die Vereinsmitglieder können Vorschläge für die Wahlen zur Mitgliedervertretung und Anträge, die nicht Fragen der Geschäftsführung betreffen, zur Beschlussfassung durch die Versammlung der Mitgliedervertreter beim Vorstand einbringen und ein Vereinsmitglied zur mündlichen Begründung in die Versammlung entsenden, wenn die Vorschläge oder Anträge von mindestens einhundert Vereinsmitgliedern unterzeichnet sind.

2. Der Aufsichtsrat

§ 12 Zusammensetzung, Wahl und Amtsdauer

(1) Der Aufsichtsrat besteht aus neun Personen, die nicht als Mitglied des Aufsichtsrats oder des Vorstands eines anderen Lebensversicherungsunternehmens tätig sein sollen; Ausnahmen können zugelassen werden. Die von der Mitgliedervertreterversammlung gewählten Personen dürfen nicht für die Gesellschaft tätig sein. Zwei Drittel sind von der Mitgliedervertreterversammlung und ein Drittel von den Arbeitnehmern gemäß den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen.

(2) Die Wahl erfolgt auf die Dauer von vier Jahren in der Weise, dass das Amt mit dem Schluss der vierten, auf die Wahl folgenden ordentlichen Mitgliedervertreterversammlung endet. Die Mitgliedervertreterversammlung kann ein Aufsichtsratsmitglied für eine kürzere Amtsdauer bestellen. Wiederwahl ist zulässig.

§ 13 Aufgaben

Die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats bestimmen sich nach Gesetz und Satzung. Insbesondere obliegen dem Aufsichtsrat folgende Aufgaben:

- a) Beratung und Überwachung der Geschäftsführung;
- b) Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und Regelung ihrer Dienstverhältnisse und Bezüge;
- c) Vertretung der Gesellschaft bei Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten mit amtierenden und ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern;
- d) Prüfung und Billigung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und der Überschussverwendung sowie Berichterstattung an die Mitgliedervertreterversammlung;
- e) Änderungen oder Ergänzungen der Satzung auf Verlangen der Aufsichtsbehörde sowie Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen;
- f) Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers;
- g) Bestellung und Abberufung des Treuhänders für das Sicherungsvermögen sowie des Stellvertreters;
- h) Bestellung und Abberufung des Verantwortlichen Aktuars;
- i) Zustimmung zur Einführung oder Änderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen gemäß der Ermächtigung in § 17 Absatz 4 dieser Satzung;
- j) Zustimmung zur Übernahme von Versicherungsbeständen anderer Versicherungsunternehmen;
- k) Bestimmung der Arten von Maßnahmen, die nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen;
- l) Zustimmung zur Ernennung von Prokuristen;
- m) Behandlung von Beschwerden der Mitglieder gegen Entscheidungen des Vorstands.

§ 14 Geschäftsordnung

(1) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter; diese Wahl gilt für die Dauer der Amtszeit der Gewählten. Endet eines dieser Ämter, so ist für den Ausgeschiedenen eine Ersatzwahl unverzüglich erforderlich.

(2) Der Vorsitzende, bei seiner Verhinderung der Stellvertreter, beruft die Sitzungen des Aufsichtsrats ein und leitet sie.

(3) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter, anwesend sind. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können durch schriftliche Stimmabgabe an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse teilnehmen. Die schriftliche Stimmabgabe kann durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied überreicht werden.

(4) Die Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei seiner Nichtteilnahme an der Beschlussfassung oder Verhinderung die Stimme seines Stellvertreters.

(5) Schriftliche, fernmündliche oder andere vergleichbare Formen der Beschlussfassungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sind nur zulässig, wenn keines seiner Mitglieder diesem Verfahren widerspricht.

(6) Der Aufsichtsrat kann durch Beschluss einzelne seiner Aufgaben Ausschüssen übertragen, soweit es das Gesetz zulässt. Die Verantwortlichkeit des gesamten Aufsichtsrats wird dadurch nicht berührt. Aufsichtsratsausschüsse sind beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Absatz 4 gilt entsprechend.

(7) Über alle Sitzungen des Aufsichtsrats sind Niederschriften anzufertigen, die der Vorsitzende, bei seiner Verhinderung der Stellvertreter, zu unterzeichnen hat.

(8) Bei Bedarf nehmen die Mitglieder des Vorstands an den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse teil. Sie werden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats dazu geladen. Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse entscheiden, ob zur Beratung über einzelne Tagesordnungspunkte weitere Personen hinzugezogen werden.

(9) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung. Die Höhe wird von der Mitgliedervertreterversammlung festgesetzt. Die Verteilung obliegt dem Aufsichtsrat. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten darüber hinaus für ihre Tätigkeit Ersatz ihrer Fahrtkosten sowie Tage- und Übernachtungsgelder. Die für die Bezüge zu entrichtende Umsatzsteuer wird gesondert erstattet.

(10) Erklärungen des Aufsichtsrats werden namens des Aufsichtsrats durch den Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter abgegeben.

(11) Auf Vorschlag des Aufsichtsrats kann die Mitgliedervertretung dem ausgeschiedenen Vorsitzenden des Aufsichtsrats in Anerkennung seiner Verdienste um das Wohl der Gesellschaft auf Lebenszeit den Titel »Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats« verleihen.

3. Der Vorstand

§ 15 Bestellung

(1) Der Vorstand, der aus mindestens zwei Personen zu bestehen hat, wird vom Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat kann sowohl ordentliche als auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

(2) Der Aufsichtsrat bestimmt die Anzahl der Mitglieder des Vorstands und deren Bestellungszeitraum, der höchstens fünf Jahre beträgt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig.

(3) Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands oder zum Sprecher des Vorstands ernennen.

§ 16 Vertretungsbefugnis

Die Gesellschaft wird gesetzlich vertreten durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

§ 17 Aufgaben

(1) Die Rechte und Pflichten des Vorstands bestimmen sich nach Gesetz und Satzung.

(2) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Geschäftsbetriebs. Er vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich.

(3) Der Vorstand ernennt die Prokuristen. Er bedarf hierzu der Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Widerruf von Prokuren erfolgt durch den Vorstand.

(4) Der Vorstand ist gemäß § 27 dieser Satzung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Allgemeine Versicherungsbedingungen einzuführen oder zu ändern.

(5) Der Vorstand informiert die Mitgliedervertreter in jeder ordentlichen Mitgliederversammlung über Satzungsänderungen gemäß § 13 e) sowie über die Einführung oder Änderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen gemäß § 13 i) dieser Satzung.

§ 18 Geschäftsordnung

(1) Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand.

(2) Die Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Sofern ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt ist, gibt bei Stimmgleichheit seine Stimme den Ausschlag, wenn der Vorstand aus mehr als zwei Personen besteht. Näheres kann der Aufsichtsrat durch Beschluss regeln.

4. Der Beirat

§ 19 Berufung

(1) Ein Beirat kann gebildet werden.

(2) Die Mitglieder des Beirats werden auf Vorschlag des Vorstands vom Aufsichtsrat berufen.

§ 20 Aufgaben

Der Beirat soll die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft fördern.

§ 21 Geschäftsordnung

(1) Der Vorstand erlässt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Beirat. Sie enthält Bestimmungen zur Zusammensetzung, Berufung, Amtsdauer, Einberufung und zur Teilnahme an den Sitzungen, zu den Aufgaben und zur inneren Ordnung.

(2) Die Mitglieder des Beirats erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung, die der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festsetzt. Sie erhalten darüber hinaus für ihre Tätigkeit Ersatz ihrer Fahrtkosten sowie Tage- und Übernachtungsgelder. Die für die Bezüge zu entrichtende Umsatzsteuer wird gesondert erstattet.

III. Rechnungswesen

§ 22 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

§ 23 Jahresabschluss

(1) Der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht, die nach den gesetzlichen und den von der Aufsichtsbehörde erlassenen Vorschriften zu erstellen sind, für das vergangene Geschäftsjahr innerhalb der vorgeschriebenen Frist aufzustellen und dem Abschlussprüfer vorzulegen.

(2) Nach Prüfung durch den Abschlussprüfer hat der Vorstand Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfungsbericht unverzüglich dem Aufsichtsrat vorzulegen und zugleich den Vorschlag für die Überschussverwendung zu unterbreiten.

§ 24 Vermögensanlagen

Das Vermögen der Gesellschaft ist nach den gesetzlichen Vorschriften und den Richtlinien der Aufsichtsbehörde anzulegen.

§ 25 Rückstellungen, Rücklagen und Überschussverwendung

(1) Die Gesellschaft hat in ihrem Jahresabschluss die nach den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Rückstellungen und Rücklagen zu bilden.

(2) Von dem sich nach Zuweisung zu den erforderlichen Rückstellungen ergebenden Rohüberschuss einschließlich Direktgutschrift im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen des VAG in Verbindung mit den für die Überschussverwendung maßgeblichen Verordnungen sind jährlich mindestens 5 vom Hundert der Verlustrücklage (§ 37 VAG) zuzuführen, bis diese 20 vom Hundert der durchschnittlichen gebuchten Bruttobeiträge der letzten drei Geschäftsjahre erreicht oder nach Inanspruchnahme wieder erreicht hat, soweit dadurch die Mindestzuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung nicht tangiert wird. Der verbleibende Rohüberschuss ist, soweit er nicht zur Bildung anderer Gewinnrücklagen verwendet wird, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen.

(3) Überschussanteile werden nur an Versicherungen ausgeschüttet, die zur Zeit der Ausschüttung noch in Kraft sind.

(4) Die Überschussbeteiligung der Versicherten richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere § 153 VVG, und den vertraglichen Vereinbarungen mit dem Versicherungsnehmer. Sie kann vom Vorstand auch mit Wirkung für bestehende Versicherungsverhältnisse geändert werden, soweit die gesetzlichen Vorschriften und die vertraglichen Vereinbarungen Änderungen zulassen. Das Versicherungsunternehmen ist darüber hinaus zu einer anderen Verwendung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung nach Maßgabe des § 56a VAG in seiner jeweils geltenden Fassung berechtigt.

§ 26 Deckung von Fehlbeträgen

Schließt ein Geschäftsjahr mit einem Verlust ab, so ist der Fehlbetrag, soweit er nicht aus anderen Gewinnrücklagen gedeckt werden kann, der Verlustrücklage (§ 37 VAG) zu entnehmen.

IV. Satzungsänderung, Änderung und Einführung Allgemeiner Versicherungsbedingungen

§ 27

(1) Zu allen Änderungen der Satzung ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich. Sie sind nach Genehmigung zur Eintragung beim Handelsregister anzumelden und satzungsgemäß bekannt zu machen.

(2) Satzungsänderungen wirken für und gegen alle Mitglieder. Sie treten mit der Eintragung in das Handelsregister in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an wirken Satzungsänderungen auch für bestehende Versicherungsverträge.

(3) Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Satzung für den Fall zu ändern, dass die Aufsichtsbehörde Änderungen bzw. Ergänzungen verlangt. Er ist ferner ermächtigt, solche Änderungen vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

(4) Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Allgemeine Versicherungsbedingungen einzuführen oder zu ändern. Über die Einführung und Änderung von Allgemeinen Versicherungsbedingungen unterrichtet der Vorstand die Mitgliedervertretung.

(5) Wird eine Bestimmung in Allgemeinen Versicherungsbedingungen durch höchstrichterliche Entscheidung oder durch bestandskräftigen Verwaltungsakt für unwirksam erklärt, kann sie vom Vorstand mit Wirkung für gekündigte und bestehende Versicherungsverhältnisse gemäß § 164 VVG ersetzt werden. Über diese Änderungen unterrichtet der Vorstand die Mitgliedervertretung.

V. Auflösung

§ 28

(1) Die Gesellschaft ist aufzulösen, wenn in einer ausdrücklich zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung eine Mehrheit von drei Vierteln der amtierenden Mitgliedervertreter die Auflösung be-

schließt. Der Antrag auf Auflösung muss entweder vom Vorstand, vom Aufsichtsrat oder von einem Drittel der Mitgliedervertreter der Mitgliederversammlung gestellt sein. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(2) Die zwischen den Mitgliedern und der Gesellschaft bestehenden Versicherungsverhältnisse erlöschen mit dem Zeitpunkt, der im Auflösungsbeschluss festgelegt ist, frühestens jedoch mit Ablauf von vier Wochen nach Wirksamwerden des Auflösungsbeschlusses. Die bis zum Erlöschen entstandenen Versicherungsansprüche werden durch die Auflösung nicht berührt.

(3) Die Abwicklung geschieht durch den Vorstand, sofern die Mitgliederversammlung nicht andere Personen zu Abwicklern bestellt.

(4) Nach der Auflösung ist das Vermögen der Gesellschaft zunächst zur Befriedigung aller vorhandenen Verbindlichkeiten einschließlich bereits bestehender Versicherungsansprüche zu verwenden. Reicht das Vermögen nicht zur Befriedigung aller Versicherungsansprüche aus, so sind diese verhältnismäßig zu kürzen. Verbleibt ein Überschuss, so wird er zugunsten der Mitglieder verwendet.

VI. Übertragung des Versicherungsbestandes

§ 29

Die Mitgliederversammlung kann auch die Übertragung des gesamten Versicherungsbestandes mit allen Aktiven und Passiven auf ein anderes Versicherungsunternehmen beschließen. Der Antrag auf Übertragung muss entweder vom Vorstand, vom Aufsichtsrat oder von einem Drittel der Mitgliedervertreter der Mitgliederversammlung gestellt sein. Der die Übernahme des Versicherungsbestandes durch ein anderes Versicherungsunternehmen begründende Vertrag muss bei der Beschlussfassung vorliegen. Die Beschlussfassung bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der amtierenden Mitgliedervertreter.

Letzte Änderung der Satzung genehmigt durch Verfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 09. Juli 2014, Geschäftszeichen: VA 22-I 5002-1007-2013/0001.

Allgemeine Bedingungen für die Rentenversicherung

Druck-Nr. pm 2100 – 01.2016

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Welche Leistungen erbringen wir?
- § 2 Wie erfolgt die Überschussbeteiligung?
- § 3 Wann beginnt Ihr Versicherungsschutz?
- § 4 Was gilt bei Wehrdienst, Unruhen oder Krieg?
- § 5 Was gilt bei Selbsttötung des Versicherten?
- § 6 Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht?
- § 7 Was haben Sie bei der Beitragszahlung zu beachten?
- § 8 Können die Beiträge für diese Versicherung angehoben werden?
- § 9 Was geschieht, wenn Sie einen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen?
- § 10 Wann können Sie Ihre Versicherung kündigen oder beitragsfrei stellen?
- § 11 Wie werden die Abschluss- und Vertriebskosten verrechnet?
- § 12 Was ist zu beachten, wenn Leistungen aus dem Versicherungsvertrag beansprucht werden?
- § 13 Welche Bedeutung hat der Versicherungsschein?
- § 14 Wer erhält die Versicherungsleistungen?
- § 15 Was gilt für Mitteilungen, die sich auf das Versicherungsverhältnis beziehen?
- § 16 Welche Kosten stellen wir Ihnen gesondert in Rechnung?
- § 17 Welches Recht findet auf Ihren Vertrag Anwendung?
- § 18 Wo ist der Gerichtsstand?

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

als Mitglied unserer Gesellschaft, die in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit organisiert ist, heißen wir Sie herzlich willkommen. Die Satzung informiert Sie über das Mitgliedschaftsverhältnis. Diesen Versicherungsbedingungen und den dazugehörigen Tarifbestimmungen können Sie die Regelungen entnehmen, die für das Vertragsverhältnis zwischen dem Versicherungsnehmer und uns gelten. Versicherungsnehmer und damit unser Vertragspartner ist derjenige, der die Versicherung beantragt hat. Mitunter ist der Versicherungsnehmer ein anderer als der Versicherte (sog. Fremdversicherung, z.B. wenn ein Arbeitgeber den Versicherungsvertrag auf das Leben eines Arbeitnehmers abgeschlossen hat).

Entsprechend unserer Rechtsform ist jeder Versicherungsnehmer Mitglied der Gesellschaft. Die in den Versicherungsbedingungen festgelegten Rechte und Pflichten betreffen vorrangig nur den Versicherungsnehmer, haben aber auch für sonstige Beteiligte Geltung.

Ein neues Versicherungsjahr beginnt bei aufgeschobenen Rentenversicherungen immer mit dem gleichen Kalendermonat für den auch der Rentenbeginn vereinbart wurde. Das erste Versicherungsjahr kann somit ggf. weniger als 12 Monate umfassen.

§ 1 Welche Leistungen erbringen wir?

Die von uns zu erbringende Leistung entnehmen Sie bitte dem Versicherungsschein und den für Ihren Vertrag geltenden Tarifbestimmungen, die sich nach dem mit uns vereinbarten Tarif richten. Außer den im Versicherungsschein ausgewiesenen garantierten Leistungen erhalten Sie weitere Leistungen aus der Überschussbeteiligung (siehe § 2).

§ 2 Wie erfolgt die Überschussbeteiligung?

(1) Wir beteiligen Sie und die anderen Versicherungsnehmer gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) an den Überschüssen und Bewertungsreserven (Überschussbeteiligung). Die Überschüsse werden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs ermittelt und jährlich im Rahmen unseres Jahresabschlusses festgestellt. Dieser wird von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft und ist unserer Aufsichtsbehörde einzureichen.

Grundsätze und Maßstäbe für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer in ihrer Gesamtheit

(2) Die Überschüsse stammen im Wesentlichen aus den Erträgen der Kapitalanlagen. Von den Nettoerträgen derjenigen Kapitalanlagen, die für künftige Versicherungsleistungen vorgesehen sind (§ 3 der Verordnung über die Mindestbeitragsrückerstattung in der Lebensversicherung, Mindestzuführungsverordnung), erhalten die Versicherungsnehmer in ihrer Gesamtheit mindestens den in dieser Verordnung genannten Prozentsatz. In der derzeitigen Fassung der Verordnung sind grundsätzlich 90 % vorgeschrieben (§ 4 Absatz 3 und § 5 Mindestzuführungsverordnung). Aus diesem Betrag werden zunächst die Beträge finanziert, die für die garantierten Versicherungsleistungen benötigt werden. Die verbleibenden Mittel verwenden wir für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer in ihrer Gesamtheit.

Weitere Überschüsse entstehen insbesondere dann, wenn Lebenserwartung und Kosten niedriger sind, als bei der Tarifikalkulation angenommen. Auch an diesen Überschüssen werden die Versicherungsnehmer in ihrer Gesamtheit angemessen beteiligt und zwar nach derzeitiger Rechtslage am Risikoergebnis (Lebenserwartung) grundsätzlich zu mindestens 90 % und am übrigen Ergebnis (einschließlich Kosten) grundsätzlich zu mindestens 50 % (§ 4 Absätze 4 und 5 sowie § 5 Mindestzuführungsverordnung).

Ansprüche auf eine bestimmte Höhe der Beteiligung Ihres Vertrags an den Überschüssen ergeben sich aus der Mindestzuführungsverordnung nicht.

Die verschiedenen Versicherungsarten tragen unterschiedlich zum Überschuss bei. Wir haben deshalb gleichartige Versicherungen zu Bestandsgruppen und innerhalb dieser zu Gewinnverbänden zusammengefasst. Bestandsgruppen bilden wir beispielsweise, um das versicherte Risiko wie das Langlebigkeits- oder Berufsunfähigkeitsrisiko zu berücksichtigen. Die Verteilung des Überschusses auf die einzelnen Bestandsgruppen und Gewinnverbände orientiert sich daran, in welchem Umfang sie zu seiner Entstehung beigetragen haben. Hat ein Gewinnverband oder eine Be-

standsgruppe nicht zur Entstehung von Überschüssen beigetragen, bekommt sie keine Überschüsse zugewiesen.

Den Überschuss führen wir der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu, soweit er nicht in Form der sog. Direktgutschrift bereits unmittelbar den überschussberechtigten Versicherungen gutgeschrieben wird. Diese Rückstellung dient dazu, Ergebnisschwankungen im Zeitablauf zu glätten. Sie darf grundsätzlich nur für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer verwendet werden. Nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde können wir hiervon nach § 56b des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) abweichen, soweit die Rückstellung nicht auf bereits festgelegte Überschussanteile entfällt. Nach der derzeitigen Fassung des § 56b VAG können wir im Interesse der Versicherten die Rückstellung für Beitragsrückerstattung heranziehen um

- einen drohenden Notstand abzuwenden,
- unvorhersehbare Verluste aus den überschussberechtigten Verträgen auszugleichen, die auf allgemeine Änderungen der Verhältnisse zurückzuführen sind oder
- die Deckungsrückstellung zu erhöhen, wenn die Rechnungsgrundlagen auf Grund einer unvorhersehbaren und nicht nur vorübergehenden Änderung der Verhältnisse angepasst werden müssen. *(Eine Deckungsrückstellung bilden wir, um zu jedem Zeitpunkt den Versicherungsschutz gewährleisten zu können. Die Deckungsrückstellung wird nach § 65 VAG und § 341e und § 341f HGB sowie den dazu erlassenen Rechtsverordnungen berechnet.)*

Wenn wir die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum Verlustausgleich oder zur Erhöhung der Deckungsrückstellung heranziehen, belasten wir die Versichertenbestände verursachungsorientiert.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

(3) Bewertungsreserven sind vorhanden, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bewertet werden. Die Bewertungsreserven zum Ende des Geschäftsjahrs sind im Geschäftsbericht ausgewiesen. Die Bewertungsreserven, die nach gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Beteiligung der Verträge zu berücksichtigen sind (verteilungsfähige Bewertungsreserven), ordnen wir den Verträgen nach einem verursachungsorientierten Verfahren anteilig rechnerisch zu. Die verteilungsfähigen Bewertungsreserven werden monatlich neu ermittelt. Näheres zur Beteiligung an den Bewertungsreserven finden Sie in Ziffer II der für Ihren Vertrag geltenden Tarifbestimmungen.

Grundsätze und Maßstäbe für die Überschussbeteiligung Ihres Vertrags

(4) Ihre Versicherung erhält Anteile an den Überschüssen derjenigen Bestandsgruppe bzw. desjenigen Gewinnverbands, der sie angehört. Die Mittel für die Überschussanteile werden bei der Direktgutschrift zu Lasten des Ergebnisses des Geschäftsjahrs finanziert, ansonsten der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen. Die Höhe der Überschussanteilsätze wird jedes Jahr vom Vorstand unseres Unternehmens auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars festgelegt. Wir veröffentlichen die Regelungen zur Überschussbeteiligung und die Höhe der Überschussanteilsätze in unserem Geschäftsbericht, den Sie bei uns anfordern können. Die Art der Überschussverwendung richtet sich nach dem mit uns vereinbarten Tarif. Einzelheiten zu der für Ihren Vertrag geltenden Überschussverwendung finden Sie in Ziffer II der für Ihren Vertrag geltenden Tarifbestimmungen.

Information über die Höhe der Überschussbeteiligung

(5) Die Höhe der Überschussbeteiligung hängt von vielen Einflüssen ab. Diese sind – allein schon wegen der in der Regel langen Vertragslaufzeit – nicht vorhersehbar und von uns nur begrenzt beeinflussbar. Wichtigster Einflussfaktor ist dabei die Zinsentwicklung des Kapitalmarkts. Aber auch die Entwicklung des versicherten Risikos und der Kosten sind von Bedeutung. Die Höhe der künftigen Überschussbeteiligung kann also nicht garantiert werden und kann auch Null sein. Den Modell- und Beispielrechnungen können Sie den möglichen Verlauf der Überschussbeteiligung entnehmen.

§ 3 Wann beginnt Ihr Versicherungsschutz?

(1) Ihr Versicherungsschutz beginnt, wenn der Vertrag abgeschlossen worden ist, jedoch nicht vor dem mit Ihnen vereinbarten, im Versicherungsschein angegebenen Versicherungsbeginn. Allerdings entfällt unsere Leistungspflicht bei nicht rechtzeitiger Beitragszahlung (siehe § 7 Absatz 3 und § 9).

(2) Ist mit Ihnen ein vorläufiger Versicherungsschutz vereinbart worden, wird dieser durch die Regelungen in Absatz 1 nicht berührt.

§ 4 Was gilt bei Wehrdienst, Unruhen oder Krieg?

(1) Grundsätzlich besteht unsere Leistungspflicht unabhängig davon, auf welcher Ursache der Versicherungsfall beruht. Wir gewähren Versicherungsschutz insbesondere auch dann, wenn der Versicherte in Ausübung des Wehr- oder Polizeidienstes oder bei inneren Unruhen, sofern er nicht auf Seiten der Unruhestifter teilgenommen hat, stirbt.

(2) Bei Tod des Versicherten in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen beschränkt sich eine für den Todesfall vereinbarte Kapitalleistung auf die Auszahlung des für den Todesfall berechneten Rückkaufswerts (siehe § 10 Absätze 3 bis 6). Für den Todesfall versicherte Rentenleistungen vermindern sich auf den Betrag, den wir aus dem für den Todesfall berechneten Rückkaufswert erbringen können. Unsere Leistungspflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Versicherte in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen stirbt, denen er während eines Aufenthalts außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und an denen er nicht aktiv beteiligt war. Außerdem werden wir leisten, wenn der Versicherte außerhalb der territorialen Grenzen der NATO-Mitgliedsstaaten stirbt und er als Mitglied der deutschen Bundeswehr, Polizei oder Bundespolizei mit Mandat der NATO, UNO, EU oder OSZE an deren humanitären Hilfeleistungen oder friedenssichernden Maßnahmen teilgenommen hat.

§ 5 Was gilt bei Selbsttötung des Versicherten?

(1) Bei vorsätzlicher Selbsttötung leisten wir, wenn seit Abschluss des Versicherungsvertrags drei Jahre vergangen sind.

(2) Bei vorsätzlicher Selbsttötung vor Ablauf der Dreijahresfrist besteht Versicherungsschutz nur dann, wenn uns nachgewiesen wird, dass die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden ist. Anderenfalls zahlen wir den für den Todesfall berechneten Rückkaufswert Ihrer Versicherung, jedoch nicht mehr als eine für den Todesfall vereinbarte Kapitalleistung (§ 10 Absätze 3 bis 6). Für den Todesfall versicherte Rentenleistungen vermindern sich auf den Betrag, den wir aus dem für den Todesfall berechneten Rückkaufswert erbringen können.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend bei einer unsere Leistungspflicht erweiternden Änderung oder bei einer Wiederherstellung der Versicherung. Die Frist nach Absatz 1 beginnt mit der Änderung oder Wiederherstellung der Versicherung bezüglich des geänderten oder wiederhergestellten Teils neu zu laufen.

§ 6 Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht?

Vorvertragliche Anzeigepflicht

(1) Wir übernehmen den Versicherungsschutz im Vertrauen darauf, dass Sie bei Antragstellung bzw. Angebotsanforderung alle in Textform gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet haben; dies gilt insbesondere für die Fragen zum Gesundheitszustand. Sofern nach diesem Zeitpunkt und vor Vertragsabschluss von uns nicht weitere Fragen in Textform gestellt werden, besteht für erstmals hinzugekommene weitere Krankheiten, Unfallfolgen oder körperliche Schäden keine Anzeigepflicht.

(2) Soll eine andere Person versichert werden, ist auch diese – neben Ihnen – für die wahrheitsgemäße und vollständige Beantwortung der Fragen verantwortlich.

Rücktritt

(3) Wenn Umstände, die für die Übernahme des Versicherungsschutzes Bedeutung haben, von Ihnen oder dem Versicherten (siehe Absatz 2) nicht oder nicht richtig angegeben worden sind, können wir vom Vertrag zurücktreten. Dies gilt nicht, wenn uns nachgewiesen wird, dass die vorvertragliche Anzeigepflicht weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verletzt worden ist. Bei grob fahrlässiger Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht haben wir kein Rücktrittsrecht, wenn uns nachgewiesen wird, dass wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.

(4) Im Fall des Rücktritts besteht kein Versicherungsschutz. Haben wir den Rücktritt nach Eintritt des Versicherungsfalls erklärt, bleibt unsere Leistungspflicht jedoch bestehen, wenn uns nachgewiesen wird, dass der nicht oder nicht richtig angegebene Umstand weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalls noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ursächlich war. Haben Sie die Anzeigepflicht arglistig verletzt, sind wir nicht zur Leistung verpflichtet.

(5) Wenn die Versicherung durch Rücktritt aufgehoben wird, zahlen wir den Rückkaufswert (§ 10 Absätze 3 bis 6). Die Rückzahlung der Beiträge können Sie nicht verlangen.

Kündigung

(6) Ist unser Rücktrittsrecht ausgeschlossen, weil die Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruhte, können wir den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Haben Sie die Anzeigepflichtverletzung nicht zu vertreten, verzichten wir auf die gesetzliche Möglichkeit der Kündigung.

(7) Wir haben kein Kündigungsrecht, wenn uns nachgewiesen wird, dass wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.

(8) Kündigen wir die Versicherung, wandelt sie sich mit der Kündigung in eine beitragsfreie Versicherung um (§ 10 Absätze 10 bis 12).

Vertragsanpassung

(9) Können wir nicht zurücktreten oder kündigen, weil wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, aber zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten, werden die anderen Bedingungen auf unser Verlangen rückwirkend Vertragsbestandteil. Haben Sie die Anzeigepflichtverletzung nicht zu vertreten, verzichten wir auf die gesetzliche Möglichkeit der Vertragsanpassung.

(10) Erhöht sich durch die Vertragsanpassung der Beitrag um mehr als 10 % oder schließen wir den Versicherungsschutz für den nicht angezeigten Umstand aus, können Sie den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung fristlos kündigen. In der Mitteilung werden wir Sie auf dieses Kündigungsrecht hinweisen.

Ausübung unserer Rechte

(11) Wir können uns auf die Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung und zur Vertragsanpassung nur berufen, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen haben. Wir müssen unsere Rechte innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht, die das von uns geltend gemachte Recht begründet, Kenntnis erlangen. Bei Ausübung unserer Rechte müssen wir die Umstände angeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Zur Begründung können wir nachträglich weitere Umstände innerhalb eines Monats nach deren Kenntniserlangung angeben.

(12) Unsere Rechte auf Rücktritt, Kündigung und Vertragsanpassung sind ausgeschlossen, wenn wir den nicht angezeigten Umstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannten.

(13) Die genannten Rechte können wir nur innerhalb von drei Jahren seit Vertragsabschluss ausüben. Ist der Versicherungsfall vor Ablauf dieser Frist eingetreten, können wir die Rechte auch nach Ablauf der Frist geltend machen. Haben Sie die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt, beträgt die Frist zehn Jahre.

Anfechtung

(14) Wir können den Versicherungsvertrag auch anfechten, falls durch unrichtige oder unvollständige Angaben bewusst und gewollt auf unsere Annahmehatscheidung Einfluss genommen worden ist. Handelt es sich um Angaben des Versicherten, können wir Ihnen gegenüber die Anfechtung erklären, auch wenn Sie von der Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht keine Kenntnis hatten. Absatz 5 gilt entsprechend.

Leistungserweiterung / Wiederherstellung der Versicherung

(15) Die Absätze 1 bis 14 gelten bei einer unsere Leistungspflicht erweiternden Änderung oder bei einer Wiederherstellung der Versicherung entsprechend. Die Fristen nach Absatz 13 beginnen mit der Änderung oder Wiederherstellung der Versicherung bezüglich des geänderten oder wiederhergestellten Teils neu zu laufen.

Erklärungsempfänger

(16) Unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung, zur Vertragsanpassung sowie zur Anfechtung üben wir durch eine schriftliche Erklärung aus, die wir Ihnen gegenüber abgeben. Sofern Sie uns keine andere Person als Bevollmächtigten benannt haben, gilt nach Ihrem Tod ein Bezugsberechtigter als bevollmächtigt, diese Erklärung entgegenzunehmen. Ist auch ein Bezugsberechtigter nicht vorhanden oder kann sein Aufenthalt nicht ermittelt werden, können wir den Inhaber des Versicherungsscheins zur Entgegennahme der Erklärung als bevollmächtigt ansehen.

§ 7 Was haben Sie bei der Beitragszahlung zu beachten?

(1) Die Beiträge zu Ihrer Rentenversicherung können Sie je nach Vereinbarung in einem einzigen Betrag (Einmalbeitrag), durch Monats-, Vierteljahres-, Halbjahres- oder Jahresbeiträge (laufende Beiträge) entrichten. Bitte beachten Sie dazu auch die Regelung zum Rechnungszins in Ziffer I der für Ihren Vertrag geltenden Tarifbestimmungen. Die Versicherungsperiode umfasst bei einmaliger und jährlicher Beitragszahlung ein Jahr, bei unterjährlicher Beitragszahlung entsprechend der Zahlungsweise einen Monat, ein Vierteljahr bzw. ein halbes Jahr.

(2) Der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) ist unverzüglich nach Abschluss des Vertrags zu zahlen, jedoch nicht vor dem mit Ihnen vereinbarten, im Versicherungsschein angegebenen Versicherungsbeginn. Alle weiteren Beiträge (Folgebeiträge) werden zu Beginn der vereinbarten Versicherungsperiode fällig.

(3) Für die Rechtzeitigkeit der Beitragszahlung genügt es, wenn Sie fristgerecht alles getan haben, damit der Beitrag bei uns eingeht. Ist die Einziehung des Beitrags von einem Konto vereinbart, gilt die Zahlung als rechtzeitig, wenn der Beitrag zu dem in Absatz 2 genannten Termin eingezogen werden kann und Sie einer berechtigten Einziehung nicht widersprechen. Konnte der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden von uns nicht eingezogen werden, ist die Zahlung auch dann noch rechtzeitig, wenn sie unverzüglich nach unserer schriftlichen Zahlungsaufforderung erfolgt. Haben Sie zu vertreten, dass der Beitrag wiederholt nicht eingezogen werden kann, sind wir berechtigt, künftig die Zahlung außerhalb des Lastschriftverfahrens zu verlangen.

(4) Die Übermittlung Ihrer Beiträge erfolgt auf Ihre Gefahr und Ihre Kosten.

(5) Sie haben die Möglichkeit, eine Stundung oder Teilstundung der Beiträge gegen Zahlung von Stundungszinsen für maximal 24 Monate zu verlangen. Hierfür ist eine schriftliche Vereinbarung mit uns erforderlich. Voraussetzungen für eine Stundung oder Teilstundung sind, dass die Beiträge für die ersten zwölf Versicherungsmonate vollständig gezahlt wurden und das Deckungskapital zum Beginn des Stundungszeitraums mindestens die Höhe der zu stundenden Beiträge aufweist.

Die Stundung ist zinslos, wenn Sie uns anhand eines Bescheids oder Leistungsnachweises eines gesetzlichen Sozialversicherungsträgers oder Versorgungswerks nachweisen, dass Sie

- arbeitslos sind,
- sich in der gesetzlichen Elternzeit befinden,

- erwerbsgemindert oder pflegebedürftig sind.

Wenn die genannten Anlässe enden, müssen Sie uns dies anzeigen. Eine weitere Stundung ist wieder zinspflichtig.

Die Nachzahlung der gestundeten Beiträge und ggf. nicht gezahlter Stundungszinsen erfolgt in einem Betrag am Ende des vereinbarten Stundungszeitraums. Sie haben aber auch die Möglichkeit, innerhalb eines Zeitraums von 48 Monaten die gestundeten Beiträge zuzüglich Zinsen in gleichen jährlichen, halbjährlichen, vierteljährlichen oder monatlichen Raten zu entrichten. Die Rückzahlungsrate muss mindestens 25 EUR betragen. Wir setzen die Versicherungsleistungen unter Verrechnung der gestundeten Beiträge und der Stundungszinsen nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik herab, wenn Sie nicht innerhalb eines Monats nach Erhalt unserer Mitteilung mit der vereinbarten Rückzahlung der gestundeten Beiträge beginnen. Die genauen Regelungen für die Rückzahlung ergeben sich aus dem individuellen Stundungsangebot, welches wir Ihnen unterbreiten. Eine erneute Stundung ist frühestens nach vollständigem Ausgleich der gestundeten Beiträge und ggf. nicht gezahlter Stundungszinsen möglich.

(6) Bei Fälligkeit der Versicherungsleistung werden wir Beitragsrückstände verrechnen.

(7) Sie können bei aufgeschobenen Rentenversicherungen vor Rentenbeginn bis zu vier Mal pro Jahr eine freiwillige Zuzahlung leisten. Die Höhe der einzelnen Zuzahlung muss mindestens 500 EUR betragen. Alle Zuzahlungen innerhalb eines Versicherungsjahrs dürfen zusammen 20.000 EUR nicht übersteigen. Die Zuzahlungen bewirken eine Erhöhung der Versicherungsleistungen, die sich nach Ihrem am Erhöhungstermin erreichten rechnungsmäßigen Alter¹, der restlichen Laufzeit bis zum vereinbarten Rentenbeginn und dem bei Abschluss des Vertrags gültigen Tarif mit den bei Vertragsabschluss geltenden Rechnungsgrundlagen errechnet. Erhöhungstermin ist jeweils der 1. des Monats, in dem der Zahlungseingang erfolgt. Wenn Sie bei den Tarifen RV15 und RV25 einen Einmalbeitrag gezahlt haben, gilt Folgendes: Für die Erhöhung aus einer Zuzahlung beträgt der Rechnungszins in den ersten acht Jahren 0,75 %. Dieser Zeitraum verlängert sich bis zum Ende des Versicherungsjahrs, wenn das erste Versicherungsjahr nach der Zuzahlung weniger als 12 Monate umfasst. Dieser verminderte Rechnungszins gilt längstens bis zum Rentenbeginn.

§ 8 Können die Beiträge für diese Versicherung angehoben werden?

Von der Möglichkeit des § 163 VVG, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Beiträge für die Rentenversicherung anzuheben bzw. die Leistungen zu kürzen, werden wir keinen Gebrauch machen.

§ 9 Was geschieht, wenn Sie einen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen?

(1) Wenn Sie den Einlösungsbeitrag nicht rechtzeitig zahlen, können wir – solange die Zahlung nicht bewirkt ist – vom Versicherungsvertrag zurücktreten. Dies gilt nicht, wenn uns nachgewiesen wird, dass Sie die nicht rechtzeitige Zahlung nicht zu vertreten haben. Bei einem Rücktritt können wir von Ihnen die Erstattung der Kosten der zur Risikoprüfung durchgeführten ärztlichen Untersuchungen verlangen.

(2) Ist der Einlösungsbeitrag bei Eintritt des Versicherungsfalls noch nicht gezahlt, sind wir nicht zur Leistung verpflichtet, sofern wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform oder durch einen auffälligen Hinweis im Versicherungsschein auf diese Rechtsfolge aufmerksam gemacht haben. Unsere Leistungspflicht besteht jedoch, wenn uns nachgewiesen wird, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben.

(3) Wenn Sie einen Folgebeitrag oder einen sonstigen Betrag, den Sie aus dem Versicherungsverhältnis schulden, nicht rechtzeitig zahlen oder dieser von uns nicht eingezogen werden konnte, erhalten Sie von uns auf Ihre Kosten eine schriftliche Mahnung. Darin setzen wir Ihnen eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen. Begleichen Sie den Rückstand nicht innerhalb der gesetzten Frist, entfällt oder vermindert sich Ihr Versiche-

¹ Ihr erreichtes rechnungsmäßiges Alter errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Beginn Ihrer Versicherung und Ihrem Geburtsjahr zuzüglich der seit Versicherungsbeginn zurückgelegten Vertragsdauer.

rungsschutz. Auf diese Rechtsfolgen werden wir Sie in der Mahnung ausdrücklich hinweisen. Die Wirkungen der Kündigung fallen fort und es besteht wieder voller Versicherungsschutz, wenn der angemahnte Gesamtbetrag innerhalb eines Monats nach Fristablauf an uns gezahlt wird. Auch nach Ablauf der genannten Frist von einem Monat können die Kündigungswirkungen beseitigt werden. Dazu müssen sämtliche rückständigen Beiträge, einschließlich der seit der Kündigung noch fällig gewordenen Beiträge, innerhalb einer Frist von sechs Monaten – vom Fälligkeitstermin des erstmals unbezahlten Beitrags an gerechnet – an uns gezahlt werden.

§ 10 Wann können Sie Ihre Versicherung kündigen oder beitragsfrei stellen?

Kündigung

(1) Sie können Ihre Versicherung jederzeit ganz oder teilweise schriftlich kündigen

- vor Rentenbeginn zum Ende des laufenden Monats und
- nach Rentenbeginn zum Ende des laufenden Rentenzahlungsabschnitts.

(2) Kündigen Sie Ihre Versicherung nur teilweise, ist diese Kündigung unwirksam, wenn die verbleibende Rente unter einen Mindestbetrag von jährlich 600 EUR sinkt. Wenn Sie in diesem Fall Ihre Versicherung beenden wollen, müssen Sie den gesamten Vertrag kündigen.

(3) Ist für den Todesfall eine Leistung vereinbart, haben wir nach § 169 VVG den Rückkaufswert zu erstatten. Der Rückkaufswert ist das nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik mit den Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation für den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird, berechnete Deckungskapital der Versicherung. Mindestens erstatten wir jedoch den Betrag des Deckungskapitals, der sich bei gleichmäßiger Verteilung der unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Höchstzillmersätze (siehe § 11 Absatz 2 Satz 3) angesetzten Abschluss- und Vertriebskosten auf die ersten fünf Vertragsjahre – bei kürzeren Beitragszahlungsdauern jedoch längstens bis zum Ende der Beitragszahlung – ergibt. Beitragsrückstände werden von dem Rückkaufswert abgezogen. Eine Stornogebühr wird nicht erhoben. In Abhängigkeit des gewählten Tarifs ist die Höhe des Rückkaufswerts ggf. auf die für den Todesfall vereinbarte Leistung begrenzt (siehe Ziffer I Nr. 1 der für Ihren Vertrag geltenden Tarifbestimmungen).

(4) Wir sind nach § 169 Absatz 6 VVG berechtigt, den nach Absatz 3 berechneten Rückkaufswert angemessen herabzusetzen, soweit dies erforderlich ist, um eine Gefährdung der Belange der Versicherungsnehmer, insbesondere durch eine Gefährdung der dauernden Erfüllbarkeit der sich aus den Versicherungsverträgen ergebenden Verpflichtungen, auszuschließen. Die Herabsetzung ist jeweils auf ein Jahr befristet.

(5) Zusätzlich zahlen wir die Ihrem Vertrag bereits zugeteilten Überschussanteile aus, soweit sie nicht bereits in dem nach den Absätzen 3 und 4 berechneten Rückkaufswert enthalten sind, sowie einen Schlussüberschussanteil (siehe Ziffer II Nr. 2 der für Ihren Vertrag geltenden Tarifbestimmungen).

(6) Ist der Rückkaufswert auf die bei Tod fällig werdende Leistung begrenzt, wird aus einem vorhandenen Restbetrag nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik eine beitragsfreie Rente gebildet. Erreicht die verbleibende beitragsfreie Rente nach Kündigung den Mindestbetrag von jährlich 600 EUR nicht, erhalten Sie den Rückkaufswert. Außerdem erhöht sich bei vollständiger Beendigung Ihres Vertrags durch Kündigung vor Rentenbeginn der Auszahlungsbetrag um Ihre Beteiligung an den Bewertungsreserven (siehe Ziffer II Nr. 3 der für Ihren Vertrag geltenden Tarifbestimmungen).

(7) Wenn Sie Ihren Vertrag kündigen, kann das für Sie Nachteile haben. In der Anfangszeit Ihres Vertrags ist wegen der Verrechnung der Abschluss- und Vertriebskosten (siehe § 11) nur der Mindestwert gemäß Absatz 3 Satz 3 als Rückkaufswert vorhanden. Der Rückkaufswert erreicht auch in den Folgejahren nicht unbedingt die Summe der eingezahlten Beiträge. Eine Aufstellung der garantierten Rückkaufswerte und der ggf. garantierten beitragsfreien Renten nach Kündigung ist im Versicherungsschein enthalten.

Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung bei Kündigung

(8) Ist für den Todesfall keine Leistung vereinbart, wandelt sich die Versicherung bei Kündigung (Voll- oder Teilkündigung) ganz oder teilweise in eine beitragsfreie Versicherung mit herabgesetzter Rente um, wenn diese und ggf. die verbleibende beitragspflichtige Rente den in Absatz 6 genannten Mindestbetrag erreichen. Für die Bemessung der herabgesetzten beitragsfreien Rente gilt Absatz 10. Bei Nichterreichen des Mindestbetrags erlischt die Versicherung und Sie erhalten den Rückkaufswert.

Beitragsrückzahlung

(9) Die Rückzahlung der Beiträge können Sie nicht verlangen.

Beitragsfreistellung

(10) Anstelle einer Kündigung nach Absatz 1 können Sie unter Beachtung der dort genannten Termine und Fristen schriftlich verlangen, ganz oder teilweise von der Beitragszahlungspflicht befreit zu werden. In diesem Fall setzen wir die versicherte Rente ganz oder teilweise auf eine beitragsfreie Rente herab, die nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik für den Zeitpunkt der Beitragsfreistellung unter Zugrundelegung des Rückkaufswerts nach Absatz 3 errechnet wird. Eine Stornogebühr wird nicht erhoben.

(11) Wenn Sie Ihren Vertrag beitragsfrei stellen, kann das für Sie Nachteile haben. In der Anfangszeit Ihres Vertrags ist wegen der Verrechnung von Abschluss- und Vertriebskosten (siehe § 11) nur der Mindestwert gemäß Absatz 3 Satz 3 zur Bildung einer beitragsfreien Rente vorhanden. Auch in den Folgejahren stehen nicht unbedingt Mittel in Höhe der eingezahlten Beiträge für die Bildung einer beitragsfreien Rente zur Verfügung. Eine Aufstellung der garantierten beitragsfreien Renten ist im Versicherungsschein enthalten.

(12) Haben Sie die vollständige Befreiung von der Beitragszahlungspflicht beantragt und erreicht die nach Absatz 10 zu berechnende beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von jährlich 600 EUR nicht, erhalten Sie den Rückkaufswert nach den Absätzen 3 bis 6. Haben Sie nur eine teilweise Befreiung von der Beitragszahlungspflicht bzw. eine Herabsetzung des Versicherungsschutzes beantragt, ist der Antrag nur wirksam, wenn die verbleibende beitragspflichtige Rente den Mindestbetrag von jährlich 600 EUR erreicht. Anderenfalls können Sie die vollständige Befreiung von der Beitragszahlungspflicht beantragen.

Wiederinkraftsetzung

(13) Sie können die Befreiung von der Beitragszahlungspflicht innerhalb von drei Jahren seit Beitragsfreistellung beenden (Wiederinkraftsetzung), indem Sie die Wiederaufnahme der Beitragszahlung zum nächstfolgenden Beitragsfälligkeitstermin bei unveränderter Beitragszahlungsweise mit uns vereinbaren. In diesem Fall werden die Leistungen bei Tod, Kündigung und bei Rentenbeginn unter Berücksichtigung der nicht gezahlten Beiträge ohne Risikoprüfung auf Basis der bei Vertragsabschluss zugrunde liegenden Rechnungsgrundlagen angepasst. Nach Wiederinkraftsetzung haben Sie die Möglichkeit, die während der beitragsfreien Zeit nicht gezahlten Beiträge ganz oder teilweise in einem Betrag in den in § 7 Absatz 7 genannten Grenzen nachzuzahlen. Bei einer eingeschlossenen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung sind zusätzlich die Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung zu beachten.

§ 11 Wie werden die Abschluss- und Vertriebskosten verrechnet?

(1) Durch den Abschluss von Versicherungsverträgen entstehen Kosten. Diese sog. Abschluss- und Vertriebskosten sind bereits pauschal bei der Tarifkalkulation berücksichtigt und werden daher nicht gesondert in Rechnung gestellt.

(2) Für Ihren Versicherungsvertrag ist das Verrechnungsverfahren nach § 4 der derzeitigen Fassung der Deckungsrückstellungsverordnung maßgebend. Hierbei werden die ersten Beiträge zur Tilgung eines Teils der Abschluss- und Vertriebskosten herangezogen, soweit die Beiträge nicht für Leistungen im Versicherungsfall, Kosten des Versicherungsbetriebs in der jeweiligen Versicherungsperiode und für die Bildung einer Deckungsrückstellung aufgrund von § 25 Absatz 2 RechVersV in Verbindung mit § 169 Absatz 3 VVG bestimmt sind. Der auf diese Weise zu tilgende

Betrag ist nach der Deckungsrückstellungsverordnung auf 2,5 % der von Ihnen während der Laufzeit des Vertrags zu zahlenden Beiträge beschränkt.

Ab dem sechsten Versicherungsjahr bis zum Ende der Beitragszahlungsdauer erheben wir jährlich weitere Abschluss- und Vertriebskosten.

(3) Die beschriebene Kostenverrechnung hat wirtschaftlich zur Folge, dass in der Anfangszeit Ihrer Versicherung nur geringe Beträge zur Bildung der beitragsfreien Renten oder für einen Rückkaufswert vorhanden sind, mindestens jedoch die nach § 10 berechneten Beträge. Nähere Informationen können Sie der in Ihrem Versicherungsschein enthaltenen Aufstellung entnehmen.

§ 12 Was ist zu beachten, wenn Leistungen aus dem Versicherungsvertrag beansprucht werden?

(1) Leistungen aus dem Versicherungsvertrag erbringen wir gegen Vorlage des Versicherungsscheins und eines amtlichen Zeugnisses über den Tag der Geburt des Versicherten.

(2) Wir können vor einer Kapitalzahlung oder vor jeder Rentenzahlung (in der Regel jährlich) ein amtliches Zeugnis darüber verlangen, dass der Versicherte noch lebt.

(3) Der Tod des Versicherten ist uns in jedem Fall unverzüglich anzuzeigen. Außer dem Versicherungsschein ist uns eine amtliche, Alter und Geburtsort enthaltende Sterbeurkunde einzureichen. Zu Unrecht empfangene Kapital- bzw. Rentenzahlungen sind an uns zurückzuzahlen.

(4) Ist für den Todesfall eine Leistung vereinbart, ist uns ferner ein ausführliches ärztliches oder amtliches Zeugnis über die Todesursache sowie über Beginn und Verlauf der Krankheit, die zum Tod des Versicherten geführt hat, vorzulegen.

(5) Zur Klärung unserer Leistungspflicht können wir notwendige weitere Nachweise und Auskünfte verlangen. Die mit den Nachweisen verbundenen Kosten trägt derjenige, der die Versicherungsleistung beansprucht.

(6) Unsere Leistungen überweisen wir dem Empfangsberechtigten auf seine Kosten. Bei Überweisungen in Länder außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums trägt der Empfangsberechtigte auch die damit verbundene Gefahr.

§ 13 Welche Bedeutung hat der Versicherungsschein?

(1) Den Inhaber des Versicherungsscheins können wir als berechtigt ansehen, über die Rechte aus dem Versicherungsvertrag zu verfügen, insbesondere Leistungen in Empfang zu nehmen. Wir können aber verlangen, dass uns der Inhaber des Versicherungsscheins seine Berechtigung nachweist.

(2) In den Fällen des § 14 Absatz 4 brauchen wir den Nachweis der Berechtigung nur dann anzuerkennen, wenn uns die schriftliche Anzeige des bisherigen Berechtigten vorliegt.

§ 14 Wer erhält die Versicherungsleistungen?

(1) Die Leistungen aus dem Versicherungsvertrag erbringen wir an Sie als unseren Versicherungsnehmer oder an Ihre Erben, falls Sie uns keine andere Person benannt haben, die die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag bei deren Fälligkeit erwerben soll (Bezugsberechtigter). Bis zur jeweiligen Fälligkeit können Sie das Bezugsrecht jederzeit widerrufen. Nach dem Tod des Versicherten kann das Bezugsrecht nicht mehr widerrufen werden.

(2) Sie können ausdrücklich bestimmen, dass der Bezugsberechtigte sofort und unwiderruflich die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag erwerben soll. Sobald wir Ihre Erklärung erhalten haben, kann dieses Bezugsrecht nur noch mit Zustimmung des von Ihnen Benannten aufgehoben werden.

(3) Sie können Ihre Rechte aus dem Versicherungsvertrag auch abtreten oder verpfänden, soweit derartige Verfügungen überhaupt rechtlich möglich sind.

(4) Die Einräumung und der Widerruf eines Bezugsrechts sowie eine Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen aus dem Versicherungsver-

trag sind uns gegenüber nur und erst dann wirksam, wenn sie uns vom bisherigen Berechtigten schriftlich angezeigt worden sind. Der bisherige Berechtigte sind im Regelfall Sie; es können aber auch andere Personen sein, sofern Sie nicht bereits vorher über Ansprüche oder Rechte aus dem Versicherungsvertrag verfügt haben.

§ 15 Was gilt für Mitteilungen, die sich auf das Versicherungsverhältnis beziehen?

(1) Die Ausübung unserer Rechte erfolgt durch eine schriftliche Erklärung, die Ihnen gegenüber abzugeben ist. Sofern Sie uns keine andere Person als Bevollmächtigten benannt haben, gilt nach Ihrem Tod ein Bezugsberechtigter als bevollmächtigt, diese Erklärung entgegenzunehmen. Ist auch ein Bezugsberechtigter nicht vorhanden oder kann sein Aufenthalt nicht ermittelt werden, können wir den Inhaber des Versicherungsscheins zur Entgegennahme der Erklärung als bevollmächtigt ansehen.

(2) Eine Änderung Ihrer Postanschrift müssen Sie uns unverzüglich mitteilen. Anderenfalls können für Sie Nachteile entstehen, da wir eine an Sie zu richtende Willenserklärung mit eingeschriebenem Brief an Ihre uns zuletzt bekannte Anschrift senden können. In diesem Fall gilt unsere Erklärung drei Tage nach Absendung des eingeschriebenen Briefs als zugegangen. Dies gilt auch, wenn Sie die Versicherung in Ihrem Gewerbebetrieb genommen und Ihre gewerbliche Niederlassung verlegt haben.

(3) Bei Änderung Ihres Namens gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Wenn Sie sich für längere Zeit außerhalb der Europäischen Union aufhalten, sollten Sie uns – auch in Ihrem Interesse – eine in der Europäischen Union ansässige Person benennen, die bevollmächtigt ist, unsere Mitteilungen für Sie entgegenzunehmen (Zustellungsbevollmächtigter).

§ 16 Welche Kosten stellen wir Ihnen gesondert in Rechnung?

(1) Falls aus besonderen, von Ihnen veranlassten Gründen ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand verursacht wird, können wir die in solchen Fällen durchschnittlich entstehenden Kosten als pauschale Gebühr gesondert in Rechnung stellen. Dies gilt bei

- Fristsetzung bei Nichtzahlung von Folgebeiträgen
- Rückläufern im Lastschriftverfahren
- Einrichtung eines Stundungskontos
- Verrechnung von rückständigen oder gestundeten Beiträgen
- Einrichtung eines Ratenzahlungsplans zur Tilgung von gestundeten Beiträgen.

Über die Höhe der bei Vertragsabschluss geltenden Gebühren werden Sie vor Vertragsabschluss informiert. Die Höhe der Gebühren kann sich im Laufe der Versicherungsdauer bei eventuellen Kostensenkungen oder -steigerungen ändern. Die aktuellen Gebühren teilen wir Ihnen auf Anfrage gerne mit.

(2) Sofern Sie uns nachweisen, dass die der pauschalen Gebühr zugrunde liegenden Annahmen in Ihrem Fall entweder dem Grunde nach nicht zutreffen oder der Höhe nach wesentlich niedriger zu beziffern sind, entfällt die Gebühr bzw. wird – im letzteren Fall – entsprechend herabgesetzt.

§ 17 Welches Recht findet auf Ihren Vertrag Anwendung?

Auf Ihren Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.

§ 18 Wo ist der Gerichtsstand?

(1) Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen uns bestimmt sich die gerichtliche Zuständigkeit nach unserem Sitz oder der für den Versicherungsvertrag zuständigen Niederlassung. Sind Sie eine natürliche Person, ist auch das Gericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk Sie zur Zeit der Klageerhebung Ihren Wohnsitz oder, in Ermangelung eines solchen, Ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

(2) Sind Sie eine natürliche Person, müssen Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen Sie bei dem Gericht erhoben werden, das für Ihren Wohnsitz oder, in Ermangelung eines solchen, den Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthalts zuständig ist. Sind Sie eine juristische Person, bestimmt sich das zuständige Gericht nach Ihrem Sitz oder Ihrer Niederlassung.

(3) Verlegen Sie Ihren Wohnsitz in einen Staat außerhalb der Europäischen Union, Islands, Norwegens oder der Schweiz, sind die Gerichte des Staats zuständig, in dem wir unseren Sitz haben.

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel

Tarifbestimmungen zu den Tarifen RV15, RV25 und RV30

Aufgeschobene Rentenversicherungen

Druck-Nr. pm 2110 – 01.2016

Inhaltsverzeichnis

- I) Vereinbarung zu § 1 der Allgemeinen Bedingungen für die Rentenversicherung (ARV): Welche Leistungen erbringen wir?
 - 1. Grundsätzliches
 - Tarif RV15
Aufgeschobene Rentenversicherung mit Rentengarantiezeit
 - Tarif RV25
Aufgeschobene Rentenversicherung mit Guthabenschutz
 - Tarif RV30
Aufgeschobene Rentenversicherung ohne Leistungen im Todesfall
 - 2. Kapitalwahlrecht
- II) Vereinbarung zu § 2 ARV: Wie erfolgt die Überschussbeteiligung?
 - 1. Jährliche Überschussanteile vor Rentenbeginn
 - a) Rentenzuwachs
 - b) Verzinssliche Ansammlung
 - c) Investmentfonds
 - 2. Schlussüberschussanteil
 - 3. Beteiligung an den Bewertungsreserven
 - 4. Jährliche Überschussanteile nach Rentenbeginn
 - a) Rentenzuwachs
 - b) Bonusrente
 - c) Wachsende Bonusrente
 - d) Barauszahlung
- III) Gestaltungsmöglichkeiten
 - 1. Nachversicherungsgarantie
 - 2. Teilauszahlungen
 - 3. Garantierte Rentensteigerung
 - 4. Abrufoption
 - 5. Verlängerungsoption
 - 6. Rentenzahlungsweise
 - 7. Todesfalleistung nach Rentenbeginn
 - 8. Überschussverwendung nach Rentenbeginn
- IV) Steuerliche Informationen

I) Vereinbarung zu § 1 der Allgemeinen Bedingungen für die Rentenversicherung (ARV): Welche Leistungen erbringen wir?

1. Grundsätzliches

Die für Sie geltenden individuellen Vertragsdaten (z.B. Höhe und Art der Leistung, Beginn, Dauer der Aufschubzeit und Rentenbeginndatum) und weitere Einzelregelungen ergeben sich in erster Linie aus dem Versicherungsschein. Dort finden Sie auch den mit uns vereinbarten Tarif. Rentenbeginn ist mittags 12:00 Uhr am Fälligkeitstag der ersten Rente.

Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie jährlich eine Mitteilung zum Stand Ihrer Versicherungsleistungen. Darin informieren wir Sie auch über die Höhe der Überschussbeteiligung Ihres Vertrags sowie darüber, inwieweit diese Überschussbeteiligung bereits garantiert ist.

Sie haben bei allen aufgeschobenen Rentenversicherungen die Möglichkeit, bei Vertragsbeginn eine garantierte Rentensteigerung für den Rentenbezug zu vereinbaren. In diesem Fall erhöht sich die Rente – unabhängig von der Überschussbeteiligung – jährlich um einen von Ihnen gewählten Prozentsatz (mindestens 1 %, maximal 3 %). Die Erhöhungen erfolgen jeweils zum Versicherungsjahrestag, erstmalig zu dem Versicherungsjahrestag, der auf den Rentenbeginn folgt. Für eingeschlossene Zusatzversicherungen gelten die jeweiligen dazu getroffenen Vereinbarungen und Versicherungsbedingungen.

Die garantierten Leistungen der Rentenversicherung werden nach versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert und basieren auf einer unternehmenseigenen vom Geschlecht unabhängigen Sterbetafel unter Ansatz der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 2004 R und dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a.; dies ist der Höchstzinsatz gemäß § 2 der derzeitigen Fassung der Deckungsrückstellungsverordnung. Wenn Sie bei den Tarifen RV15 und RV25 einen Einmalbeitrag zahlen, beträgt der garantierte Rechnungszins in den ersten acht Jahren 0,75 % p.a. Dieser Zeitraum verlängert sich bis zum Ende des Versicherungsjahrs, wenn das erste Versicherungsjahr weniger als 12 Monate umfasst. Dieser verminderte Rechnungszins gilt längstens bis zum Rentenbeginn.

Für die einzelnen Tarife gelten in Bezug auf die garantierten Leistungen folgende Besonderheiten:

Tarif RV15 Aufgeschobene Rentenversicherung mit Rentengarantiezeit

Ab Rentenbeginn zahlen wir die lebenslange Rente je nach vereinbarter Rentenzahlungsweise jährlich, halbjährlich, vierteljährlich oder monatlich im Voraus. Die Rentenzahlung erfolgt mindestens bis zum Ablauf der mit Ihnen vereinbarten Rentengarantiezeit, unabhängig davon, ob der Versicherte diesen Termin erlebt. Die Rentengarantiezeit beginnt zu Rentenbeginn. Anstelle der Rentenzahlungen oder für einen Teilbetrag der fälligen Rente können Sie unter den in Nr. 2 genannten Voraussetzungen zu Rentenbeginn eine einmalige Kapitalzahlung wählen. Das Kapitalwahlrecht besteht auch bei Ausübung der Abrufoption gemäß Ziffer III Nr. 4.

Bei Tod des Versicherten

- vor Rentenbeginn erfolgt die Auszahlung des gebildeten Deckungskapitals¹, mindestens aber die Rückzahlung aller für die Rentenversicherung gezahlten Beiträge (ohne den Stückbeitrag von jährlich 18 EUR).
- während der Rentengarantiezeit wird die Rente bis zum Ende dieser Rentengarantiezeit gezahlt. Anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit kann eine einmalige Todesfallleistung vereinbart werden, deren Höhe sich aus den bei Tod noch ausstehenden Renten durch Abzinsung mit dem Rechnungszins ergibt.

¹ Das Deckungskapital wird unter Einrechnung von Zinsen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen aus den Beiträgen (Deckungskapital der Versicherung) bzw. aus den jährlichen Überschussanteilen (Deckungskapital aus den jährlichen Überschussanteilen) gebildet. Dabei werden zunächst die für Kosten und Todesfallrisiko erforderlichen Beträge abgezogen.

- nach Ablauf der Rentengarantiezeit endet die Rentenzahlung ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung

- vor Rentenbeginn zahlen wir als Rückkaufswert das bis zum Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird, gebildete Deckungskapital.
- während der Rentengarantiezeit ist der Rückkaufswert auf die Höhe der Todesfallleistung der Rentenversicherung begrenzt. Diese errechnet sich aus den bei Tod bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Renten durch Abzinsung mit dem Rechnungszins. Todesfallleistungen aus Zusatzversicherungen bleiben dabei unberücksichtigt. Der ggf. verbleibende Restbetrag des Rückkaufswerts wird entsprechend § 10 Absatz 6 ARV für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Rentengarantiezeit verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird der Restbetrag mit ausgezahlt.
- nach Ablauf der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Die Rente bleibt unvermindert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

Tarif RV25 Aufgeschobene Rentenversicherung mit Guthabenschutz

Ab Rentenbeginn zahlen wir die lebenslange Rente je nach vereinbarter Rentenzahlungsweise jährlich, halbjährlich, vierteljährlich oder monatlich im Voraus. Anstelle der Rentenzahlungen oder für einen Teilbetrag der fälligen Rente können Sie unter den in Nr. 2 genannten Voraussetzungen zu Rentenbeginn eine einmalige Kapitalzahlung wählen. Das Kapitalwahlrecht besteht auch bei Ausübung der Abrufoption gemäß Ziffer III Nr. 4.

Bei Tod des Versicherten

- vor Rentenbeginn erfolgt die Auszahlung des gebildeten Deckungskapitals¹, mindestens aber die Rückzahlung aller für die Rentenversicherung gezahlten Beiträge (ohne den Stückbeitrag von jährlich 18 EUR).
- nach Rentenbeginn erfolgt die Auszahlung des bis zum Rentenbeginn gebildeten Deckungskapitals abzüglich der bereits gezahlten garantierten Renten.

Bei Kündigung der Versicherung

- vor Rentenbeginn zahlen wir als Rückkaufswert das bis zum Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird, gebildete Deckungskapital.
- nach Rentenbeginn ist der Rückkaufswert auf die Höhe der Todesfallleistung der Rentenversicherung begrenzt. Todesfallleistungen aus Zusatzversicherungen bleiben dabei unberücksichtigt. Der ggf. verbleibende Restbetrag wird entsprechend § 10 Absatz 6 ARV für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Todesfallleistung verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird der Restbetrag mit ausgezahlt.

Tarif RV30 Aufgeschobene Rentenversicherung ohne Leistungen im Todesfall

Ab Rentenbeginn zahlen wir die lebenslange Rente je nach vereinbarter Rentenzahlungsweise jährlich, halbjährlich, vierteljährlich oder monatlich im Voraus. Anstelle der Rentenzahlungen oder für einen Teilbetrag der fälligen Rente können Sie unter den in Nr. 2 genannten Voraussetzungen zu Rentenbeginn eine einmalige Kapitalzahlung wählen. Das Kapitalwahlrecht besteht nicht bei Ausübung der Abrufoption gemäß Ziffer III Nr. 4.

Bei Tod des Versicherten vor oder nach Rentenbeginn endet die Versicherung ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung

- während der Beitragszahlungsdauer wird die Versicherung nach § 10 Absatz 6 ARV beitragsfrei gestellt. Ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt. Das Deckungskapital wird jedoch ausgezahlt, wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht.

- nach dem Ende der Beitragszahlungsdauer ist eine Kündigung ausgeschlossen. Die Rente bleibt unvermindert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

2. Kapitalwahlrecht

Anstelle der Rentenzahlungen oder für einen Teilbetrag der fälligen Rente leisten wir zu Rentenbeginn eine einmalige Kapitalzahlung, wenn

- a) der Versicherte diesen Termin erlebt,
- b) uns Ihre Erklärung für die Wahl der Kapitalzahlung vor Rentenbeginn zugegangen ist und
- c) die Kapitalzahlung nicht durch eine besondere Vereinbarung ausgeschlossen ist.

Die Möglichkeit, anstelle der Rentenzahlungen oder für einen Teilbetrag der fälligen Rente eine einmalige Kapitalzahlung zu erhalten, bezeichnet man als Kapitalwahlrecht. Für einen Teilbetrag der fälligen Rente kann das Kapitalwahlrecht nur in Anspruch genommen werden, wenn die garantierte Rente aus dem restlichen Betrag den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr erreicht.

II) Vereinbarung zu § 2 ARV: Wie erfolgt die Überschussbeteiligung?

Die Bemessungsgrößen für die Überschussanteile (z.B. Deckungskapital¹⁾) werden nach versicherungsmathematischen Regeln mit den Rechnungsgrundlagen der Tarifikalkulation ermittelt (siehe Ziffer I Nr. 1).

Ihre Versicherung erhält zu Beginn eines jeden Versicherungsjahrs, frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahrs, einen jährlichen Überschussanteil. Außerdem zahlen wir Ihnen unter den Voraussetzungen gemäß Nr. 2 einen Schlussüberschussanteil. Darüber hinaus werden Sie nach einem verursachungsorientierten Verfahren gemäß Nr. 3 an den Bewertungsreserven beteiligt, d.h. in dem Maße, wie Ihr Vertrag zu deren Entstehung beigetragen hat.

Steigt die Lebenserwartung stärker als in den verwendeten Rechnungsgrundlagen angenommen, führt dies zu längeren durchschnittlichen Rentenzahlungszeiten. Daraus resultiert, dass die vorhandenen Rückstellungen zur Sicherung der Rente um Mittel für die zusätzlichen Rentenzahlungen ergänzt werden müssen. Dazu können Überschussanteile, die dem Vertrag nicht verbindlich gutgeschrieben wurden (zukünftig erwirtschaftete laufende Überschussanteile und Schlussüberschussanteile) zur Bildung dieser zusätzlich erforderlichen Reserven genutzt werden. Garantierte Renten bleiben davon unberührt.

Die Höhe der Überschussanteile wird jährlich festgesetzt. Der jährliche Überschussanteil setzt sich zusammen aus einem

- Überschussanteil (resultierend aus dem Kapitalanlage- und Risikoergebnis) in Prozent des maßgeblichen Deckungskapitals unter Berücksichtigung der Beitragszahlungsweise und einem
- Kostenüberschussanteil bei beitragspflichtigen Verträgen in Prozent der Rente. Für eine Zuteilung eines Kostenüberschussanteils kann eine Mindestgrenze festgelegt werden. Nach der derzeitigen Überschusserklärung muss die zu Versicherungsbeginn vereinbarte Rente mindestens 3.000 EUR im Jahr betragen.

1. Jährliche Überschussanteile vor Rentenbeginn

Für die Verwendung des jährlichen Überschussanteils vor Rentenbeginn können Sie bei Abschluss des Vertrags wählen zwischen Rentenzuwachs, verzinslicher Ansammlung oder Investmentfonds. Wird von Ihnen nichts anderes beantragt, verwenden wir die jährlichen Überschussanteile für den Rentenzuwachs (vgl. Alternative a).

a) Rentenzuwachs

Der jährliche Überschussanteil wird für eine zusätzliche lebenslange Rente (Rentenzuwachs) verwendet. Ist eine Rentengarantiezeit vereinbart, gilt diese ebenfalls für den Rentenzuwachs. Bei Vereinbarung einer garantierten Rentensteigerung für den Rentenbezug gilt diese auch für den Rentenzuwachs. Wird anstelle der Rente die einmalige Kapitalzahlung gewählt, zahlen wir anstelle des Rentenzuwachses eine einmalige Überschussleistung aus.

Wird die einmalige Kapitalzahlung nur für einen Teilbetrag der fälligen Rente beantragt, zahlen wir für den darauf entfallenden Rentenzuwachs eine einmalige Überschussleistung anteilig aus.

Bei Tod des Versicherten vor Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarife RV15 und RV25: Auszahlung des aus den jährlichen Überschussanteilen gebildeten Deckungskapitals¹.
- Tarif RV30: Der Rentenzuwachs endet.

Bei Tod des Versicherten nach Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Während der Rentengarantiezeit wird der Rentenzuwachs bis zum Ende der Rentengarantiezeit gezahlt. Anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit kann eine einmalige Todesfallleistung vereinbart werden, deren Höhe sich aus dem bei Tod bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Rentenzuwachs durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Nach der Rentengarantiezeit endet der Rentenzuwachs ohne weitere Leistungen.
- Tarif RV25: Auszahlung des bis zum Rentenbeginn aus den jährlichen Überschussanteilen gebildeten Deckungskapitals abzüglich der daraus gezahlten Überschussrenten.
- Tarif RV30: Der Rentenzuwachs endet ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung vor Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarife RV15 und RV25: Auszahlung des aus den jährlichen Überschussanteilen bis zum Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird, gebildeten Deckungskapitals.
- Tarif RV30: Der Rentenzuwachs bleibt unvermindert erhalten; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt. Der Rentenzuwachs endet jedoch unter Auszahlung des Deckungskapitals, wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht.

Bei Kündigung der Versicherung nach Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Sie erhalten den Rückkaufswert in Höhe der zu diesem Zeitpunkt bestehenden einmaligen Todesfallleistung, deren Höhe sich aus dem zum Zeitpunkt der Kündigung bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Rentenzuwachs durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Das verbleibende Deckungskapital des Rentenzuwachses wird für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Rentengarantiezeit verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird dieses verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt. Nach dem Ende der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Der Rentenzuwachs bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.
- Tarif RV25: Der Rückkaufswert ist auf die Höhe der Todesfallleistung aus dem Rentenzuwachs begrenzt. Das verbleibende Deckungskapital des Rentenzuwachses wird für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Todesfallleistung verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird dieses verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt.
- Tarif RV30: Eine Kündigung ist ausgeschlossen. Der Rentenzuwachs bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

Der Rentenzuwachs wird nach den für die Versicherung geltenden versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert, d.h. es werden eine unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Sterbetafel unter Ansatz der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 2004 R und der garantierte Rechnungszins gemäß Ziffer I Nr. 1 für die Berechnung des Rentenzuwachses und des Deckungskapitals verwendet. Deshalb fallen für den erreichten Rentenzuwachs gleichfalls Überschüsse an; hieraus ergibt sich eine weitere Erhöhung der Rente.

b) Verzinsliche Ansammlung

Die jährlichen Überschussanteile werden verzinslich angesammelt. Das so gebildete Guthaben wird mit dem garantierten Rechnungszins gemäß Ziffer I Nr. 1 verzinst. Darüber hinaus erhält Ihre Versicherung zu Beginn eines Versicherungsjahrs einen jährlich festgesetzten Ansammlungsüberschussanteil in Prozent des verzinslich angesammelten Guthabens zum Vorjahresbeginn. Außerdem werden wir Ihr verzinslich angesammeltes Guthaben nach einem verursachungsorientierten Verfahren an den Bewertungsreserven (siehe Nr. 3) beteiligen.

Bei Tod des Versicherten vor Rentenbeginn, bei Kündigung vor Rentenbeginn oder bei Wahl der einmaligen Kapitalzahlung wird das verzinslich angesammelte Guthaben zuzüglich der Beteiligung an den Bewertungsreserven ausgezahlt. Wird die einmalige Kapitalzahlung nur für einen Teilbetrag der fälligen Rente beantragt, zahlen wir das darauf entfallende Guthaben anteilig aus. Bei Rentenbeginn wird aus dem verzinslich angesammelten Guthaben und der Beteiligung an den Bewertungsreserven eine zusätzliche lebenslange Rente (Überschussrente) gebildet. Ist eine Rentengarantiezeit vereinbart, gilt diese ebenfalls für die Überschussrente. Bei Vereinbarung einer garantierten Rentensteigerung für den Rentenbezug gilt diese auch für die Überschussrente.

Bei Tod des Versicherten nach Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Während der Rentengarantiezeit wird die Überschussrente bis zum Ende der Rentengarantiezeit gezahlt. Anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit kann eine einmalige Todesfallleistung vereinbart werden, deren Höhe sich aus den bei Tod bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Überschussrenten durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Nach der Rentengarantiezeit endet die Überschussrente ohne weitere Leistungen.
- Tarif RV25: Auszahlung des bis zum Rentenbeginn verzinslich angesammelten Guthabens und der darauf entfallenden Beteiligung an den Bewertungsreserven abzüglich der daraus gezahlten Überschussrenten.
- Tarif RV30: Die Überschussrente endet ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung nach Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Sie erhalten den Rückkaufswert in Höhe der zu diesem Zeitpunkt bestehenden einmaligen Todesfallleistung, deren Höhe sich aus dem zum Zeitpunkt der Kündigung bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Überschussrenten durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Das verbleibende Deckungskapital der Überschussrente wird für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Rentengarantiezeit verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird dieses verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt. Nach dem Ende der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Die Überschussrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.
- Tarif RV25: Der Rückkaufswert ist auf die Höhe der Todesfallleistung aus der verzinslichen Ansammlung begrenzt. Das verbleibende Deckungskapital der Überschussrente wird für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Todesfallleistung verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird dieses verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt.
- Tarif RV30: Eine Kündigung ist ausgeschlossen. Die Überschussrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

Die Überschussrente wird nach den für die Versicherung geltenden versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert, d.h. es werden eine unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Sterbetafel unter Ansatz der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 2004 R und ein garantierter Rechnungszins von 1,25 % p.a. für die Berechnung der Überschussrente und des Deckungskapitals verwendet. Deshalb fallen für die Überschussrente gleichfalls Überschüsse an; hieraus ergibt sich eine weitere Erhöhung der Rente.

c) Investmentfonds

Hierfür gelten die Zusatzbedingungen für die Überschussverwendungsart "Investmentfonds".

2. Schlussüberschussanteil

Für den bei Tod des Versicherten vor Rentenbeginn – spätestens bei Rentenbeginn bzw. Wahl der einmaligen Kapitalzahlung – fälligen Schlussüberschussanteil wird eine jährlich steigende Anwartschaft gebildet. Die Höhe des Betrags, um den die Anwartschaft jährlich steigt, wird in Prozent des Deckungskapitals¹ zum Ende des Vorjahrs festgelegt. Der Prozentsatz ist abhängig von der vereinbarten Beitragszahlungsdauer. Die Höhe der Anwartschaften kann bis zur Fälligkeit des Schlussüberschussanteils auch für abgelaufene Versicherungsjahre neu festgesetzt werden. Der Schlussüberschussanteil sowie sein Rückkaufswert werden nach versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert.

Bei Kündigung der Versicherung vor Rentenbeginn wird der Rückkaufswert des Schlussüberschussanteils ausgezahlt; bei einer Kündigung während des ersten Drittels der Ansparphase (maximal während der ersten zehn Jahre) wird allerdings keine Leistung aus dem Schlussüberschussanteil fällig.

Bei Rentenbeginn wird aus dem Schlussüberschussanteil eine zusätzliche lebenslange Rente (Überschussrente) gebildet. Ist eine Rentengarantiezeit vereinbart, gilt diese ebenfalls für die Überschussrente. Bei Vereinbarung einer garantierten Rentensteigerung für den Rentenbezug gilt diese auch für die Überschussrente.

- Bei Tod des Versicherten nach Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:
- Tarif RV15: Während der Rentengarantiezeit wird die Überschussrente bis zum Ende der Rentengarantiezeit gezahlt. Anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit kann eine einmalige Todesfallleistung vereinbart werden, deren Höhe sich aus den bei Tod bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Überschussrenten durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Nach der Rentengarantiezeit endet die Überschussrente ohne weitere Leistungen.
- Tarif RV25: Auszahlung des zum Rentenbeginn fälligen Schlussüberschussanteils abzüglich der daraus gezahlten Überschussrenten.
- Tarif RV30: Die Überschussrente endet ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung nach Rentenbeginn ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Sie erhalten den Rückkaufswert in Höhe der zu diesem Zeitpunkt bestehenden einmaligen Todesfallleistung, deren Höhe sich aus dem zum Zeitpunkt der Kündigung bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Überschussrenten durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Das verbleibende Deckungskapital der Überschussrente wird für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Rentengarantiezeit verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird dieses verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt. Nach dem Ende der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Die Überschussrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.
- Tarif RV25: Der Rückkaufswert ist auf die Höhe der Todesfallleistung aus dem Schlussüberschussanteil begrenzt. Das verbleibende Deckungskapital der Überschussrente wird für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Todesfallleistung verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird dieses verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt.
- Tarif RV30: Eine Kündigung ist ausgeschlossen. Die Überschussrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

Die Überschussrente wird nach den für die Versicherung geltenden versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert, d.h. es werden eine unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Sterbetafel unter Ansatz der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 2004 R und ein garantierter Rechnungszins von 1,25 % p.a. für die Berechnung der Überschussrente und des Deckungskapitals verwendet. Deshalb fallen für die

Überschussrente gleichfalls Überschüsse an; hieraus ergibt sich eine weitere Erhöhung der Rente.

3. Beteiligung an den Bewertungsreserven

Die Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt bei vorzeitiger Beendigung Ihres Vertrags durch Tod oder Kündigung vor Beginn der Altersrente, spätestens bei Altersrentenbeginn bzw. bei Wahl der einmaligen Kapitalzahlung. Form und Art der Verwendung bei Rentenbeginn entsprechen den Regelungen zum Schlussüberschussanteil gemäß Nr. 2; in den anderen Fällen erfolgt eine Auszahlung des Betrags.

Den Anteil Ihres Vertrags an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven (Beteiligungssatz) ermitteln wir einmal jährlich zum Ende eines Kalenderjahrs.

Die Höhe Ihrer Beteiligung an den Bewertungsreserven ergibt sich aus dem gesetzlich festgelegten Anteil² der verteilungsfähigen Bewertungsreserven multipliziert mit dem für Ihren Vertrag ermittelten Beteiligungssatz (aktueller Beteiligungswert).

Aufgrund von Kapitalmarktschwankungen und damit verbundenen Schwankungen der Bewertungsreserven kann der aktuelle Beteiligungswert höher oder niedriger ausfallen oder sogar ganz entfallen. Auch aufsichtsrechtliche Regelungen können dazu führen, dass die Beteiligung an den Bewertungsreserven ganz oder teilweise entfällt.

Um Schwankungen bei der Beteiligung an den Bewertungsreserven auszugleichen, bilden wir einen Sockelbetrag. Bei Tod vor Rentenbeginn, bei Rentenbeginn oder bei Wahl der einmaligen Kapitalzahlung wird mindestens der Sockelbetrag fällig. Bei Kündigung vor Altersrentenbeginn erhalten Sie mindestens den Rückkaufswert des Sockelbetrags. Bei einer Kündigung während des ersten Drittels der Ansparphase (maximal während der ersten zehn Jahre) wird allerdings kein Rückkaufswert aus dem Sockelbetrag fällig.

Mit der Bildung einer jährlich steigenden Anwartschaft auf den Sockelbetrag wird Vorsorge getragen, dass auch in Jahren mit ungünstiger Entwicklung der Bewertungsreserven eine Beteiligung erfolgt. Dazu deklarieren wir jährlich einen Betrag (in Prozent des zu berücksichtigenden Deckungskapitals zum Ende des Vorjahrs), um den die Anwartschaft steigt. Aufgrund von Schwankungen des Kapitalmarkts und des Versicherungsbestands ist dieser Prozentsatz variabel und wird jedes Jahr im Rahmen der Überschussdeklaration neu festgelegt. Die Höhe der Anwartschaften kann bis zur Fälligkeit der Beteiligung an den Bewertungsreserven auch für abgelaufene Versicherungsjahre neu festgesetzt werden.

Während der Rentenbezugszeit erfolgt die Beteiligung an den Bewertungsreserven jährlich im Rahmen der Überschussbeteiligung durch eine Erhöhung des Zinsüberschussanteils. Der zusätzliche Überschussanteil wird jährlich neu ermittelt und im Geschäftsbericht ausgewiesen. Auch dieser Satz kann aufgrund von Kapitalmarktschwankungen und damit verbundenen Schwankungen der Bewertungsreserven höher oder niedriger ausfallen oder sogar ganz entfallen.

4. Jährliche Überschussanteile nach Rentenbeginn

Für die Verwendung des jährlichen Überschussanteils nach Rentenbeginn können Sie bei Abschluss des Vertrags wählen zwischen

- Rentenzuwachs,
- Bonusrente,
- wachsender Bonusrente oder
- Barauszahlung.

Bei Vereinbarung einer garantierten Rentensteigerung für den Rentenbezug stehen Ihnen allerdings nur die Alternativen a und d zur Verfügung. Wird von Ihnen nichts anderes beantragt, verwenden wir die jährlichen Überschussanteile ab Rentenbeginn für den Rentenzuwachs (vgl. Alternative a). Sie haben allerdings bis zum Rentenbeginn die Möglichkeit, die

gewählte Überschussverwendungsart gemäß den zuvor genannten Alternativen zu ändern.

a) Rentenzuwachs

Der jährliche Überschussanteil wird für eine zusätzliche lebenslange Rente (Rentenzuwachs) verwendet. Ist eine Rentengarantiezeit vereinbart, gilt diese ebenfalls für den Rentenzuwachs. Bei Vereinbarung einer garantierten Rentensteigerung für den Rentenbezug gilt diese auch für den Rentenzuwachs. Die Rentensteigerungen sind ebenfalls überschussberechtigend; hieraus ergibt sich eine weitere Erhöhung der Rente.

Bei Tod des Versicherten ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Während der Rentengarantiezeit wird der Rentenzuwachs bis zum Ende der Rentengarantiezeit gezahlt. Anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit kann eine einmalige Todesfallleistung vereinbart werden, deren Höhe sich aus dem bei Tod bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Rentenzuwachs durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Nach der Rentengarantiezeit endet der Rentenzuwachs ohne weitere Leistungen.
- Tarife RV25 und RV30: Der Rentenzuwachs endet ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Sie erhalten den Rückkaufswert in Höhe der zu diesem Zeitpunkt bestehenden einmaligen Todesfallleistung, deren Höhe sich aus dem zum Zeitpunkt der Kündigung bis zum Ende der Rentengarantiezeit noch ausstehenden Rentenzuwachs durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Das verbleibende Deckungskapital des Rentenzuwachses wird für eine beitragsfreie lebenslange Rente ohne Rentengarantiezeit verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird dieses verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt. Nach dem Ende der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Der Rentenzuwachs bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.
- Tarif RV25: Der Rentenzuwachs bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt. Wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird das verbleibende Deckungskapital mit ausgezahlt.
- Tarif RV30: Eine Kündigung ist ausgeschlossen. Der Rentenzuwachs bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

Der Rentenzuwachs wird nach den für die Versicherung geltenden versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert, d.h. es werden eine unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Sterbetafel unter Ansatz der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 2004 R und ein garantierter Rechnungszins von 1,25 % p.a. für die Berechnung des Rentenzuwachses und des Deckungskapitals verwendet. Deshalb fallen für den erreichten Rentenzuwachs gleichfalls Überschüsse an; hieraus ergibt sich eine weitere Erhöhung der Rente.

b) Bonusrente

Aus den während der gesamten Rentenbezugszeit zu erwartenden Überschüssen wird eine Bonusrente gebildet. Die Bonusrente ist – bei gleich bleibenden Überschusserklärungen – eine während der gesamten Rentenbezugszeit gleich bleibende lebenslange Rente. Ist eine Rentengarantiezeit vereinbart, gilt diese ebenfalls für die Bonusrente.

Bei Tod des Versicherten ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Während der Rentengarantiezeit wird die Bonusrente bis zum Ende der Rentengarantiezeit gezahlt; hierbei sind die während der noch ausstehenden Rentengarantiezeit zu erwartenden Überschüsse bereits berücksichtigt. Anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit kann eine einmalige Todesfallleistung vereinbart werden, deren Höhe sich aus den bei Tod noch ausstehenden Renten (ohne die künftigen zu erwartenden Überschüsse) durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Nach der Rentengarantiezeit endet die Bonusrente ohne weitere Leistungen.

² Die derzeitige Fassung des VVG sieht einen gesetzlich festgelegten Anteil der verteilungsfähigen Bewertungsreserven von 50 % vor (siehe § 153 Absatz 3 VVG).

- Tarife RV25 und RV30: Die Bonusrente endet ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Ein nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen festgelegter Teil des Deckungskapitals der Bonusrente wird als Rückkaufswert ausgezahlt und das restliche Deckungskapital für eine Neuberechnung der Bonusrente ohne Rentengarantiezeit verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird das Deckungskapital der Bonusrente ausgezahlt. Nach dem Ende der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Die Bonusrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.
- Tarif RV25: Die Bonusrente wird zum Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird, neu berechnet; ein Rückkaufswert aus der Bonusrente wird nicht gezahlt. Die Bonusrente endet jedoch unter Auszahlung des Deckungskapitals, wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht.
- Tarif RV30: Eine Kündigung der Bonusrente ist ausgeschlossen. Die Bonusrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

Die Höhe der Bonusrente kann nicht für die gesamte Rentenbezugszeit garantiert werden. Sie ändert sich dann, wenn die Überschussätze oder die Beteiligung an den Bewertungsreserven in einer anderen Höhe festgelegt werden. Die Bonusrente wird nach den für die Versicherung geltenden versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert, d.h. es werden eine unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Sterbetafel unter Ansatz der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 2004 R und ein garantierter Rechnungszins von 1,25 % p.a. für die Berechnung der Bonusrente und des Deckungskapitals verwendet.

c) Wachsende Bonusrente

Aus den während der gesamten Rentenbezugszeit zu erwartenden Überschüssen wird eine wachsende Bonusrente gebildet. Die Gesamrente (garantierte Rente und Bonusrente) wächst – bei gleich bleibenden Überschusserklärungen – um einen Prozentsatz (Steigerungssatz), den Sie im Rahmen unserer Regelungen wählen können. Ist eine Rentengarantiezeit vereinbart, gilt diese ebenfalls für die wachsende Bonusrente.

Bei Tod des Versicherten ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Während der Rentengarantiezeit wird die wachsende Bonusrente bis zum Ende der Rentengarantiezeit gezahlt; hierbei sind die während der noch ausstehenden Rentengarantiezeit zu erwartenden Überschüsse bereits berücksichtigt. Anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit kann eine einmalige Todesfallleistung vereinbart werden, deren Höhe sich aus den bei Tod noch ausstehenden Renten (ohne die künftigen zu erwartenden Überschüsse) durch Abzinsung mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. ergibt. Nach der Rentengarantiezeit endet die wachsende Bonusrente ohne weitere Leistungen.
- Tarife RV25 und RV30: Die wachsende Bonusrente endet ohne weitere Leistungen.

Bei Kündigung der Versicherung ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Ein nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen festgelegter Teil des Deckungskapitals der wachsenden Bonusrente wird als Rückkaufswert ausgezahlt und das restliche Deckungskapital für eine Neuberechnung der wachsenden Bonusrente ohne Rentengarantiezeit verwendet; wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, wird das Deckungskapital der wachsenden Bonusrente ausgezahlt. Nach dem Ende der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Die Bonusrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.
- Tarif RV25: Die wachsende Bonusrente wird zum Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird, neu berechnet; ein Rückkaufswert aus der wachsenden Bonusrente wird nicht gezahlt. Die wachsende Bonusrente endet jedoch unter Auszahlung des Deckungskapitals, wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht.

- Tarif RV30: Eine Kündigung der wachsenden Bonusrente ist ausgeschlossen. Die wachsende Bonusrente bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

Die Höhe und der Steigerungssatz der wachsenden Bonusrente können nicht für die gesamte Rentenbezugszeit garantiert werden. Sie ändern sich dann, wenn die Überschussätze oder die Beteiligung an den Bewertungsreserven in einer anderen Höhe festgelegt werden. Zunächst ändert sich der Steigerungssatz (im Rahmen der geltenden Regelungen), erst danach wird die Höhe der wachsenden Bonusrente verändert. Die wachsende Bonusrente wird nach den für die Versicherung geltenden versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert, d.h. es werden eine unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Sterbetafel unter Ansatz der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 2004 R und ein garantierter Rechnungszins von 1,25 % p.a. für die Berechnung der wachsenden Bonusrente und des Deckungskapitals verwendet.

d) Barauszahlung

Der jährliche Überschussanteil wird zusammen mit der Rente in gleichen Raten während des Rentenbezugsjahrs ausgezahlt. Die Höhe der Barauszahlung sinkt während der Rentenbezugszeit. Dies liegt in der Kalkulationsweise einer Rente begründet: Das bei Rentenbeginn zur Verfügung stehende Kapital wird durch die Rentenzahlungen nach und nach abgebaut. Die Höhe der Barauszahlung bemisst sich in Abhängigkeit von dem jeweils noch vorhandenen Kapital. Bei Vereinbarung einer garantierten Rentensteigerung für den Rentenbezug sind die Rentensteigerungen ebenfalls überschussberechtig.

Bei Tod des Versicherten ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Während der Rentengarantiezeit wird die Barauszahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit gezahlt. Es ergibt sich aber im Regelfall eine deutlich niedrigere Barauszahlung als sie im Erlebensfall gezahlt worden wäre. Dies liegt daran, dass für die noch ausstehenden Renten bis zum Ende der Rentengarantiezeit weniger Kapital zur Verfügung stehen muss, als für die Zahlung der ursprünglich vereinbarten Rente. Wird anstelle der weiteren Rentenzahlung bis zum Ende der Rentengarantiezeit eine einmalige Todesfallleistung gewählt, werden keine weiteren Leistungen aus der Überschussbeteiligung fällig. Nach der Rentengarantiezeit werden keine weiteren Leistungen aus der Überschussbeteiligung fällig.
- Tarife RV25 und RV30: Es werden keine weiteren Leistungen aus der Überschussbeteiligung fällig.

Bei Kündigung der Versicherung ergeben sich folgende Leistungen:

- Tarif RV15: Es ergibt sich im Regelfall eine deutlich niedrigere Barauszahlung. Dies liegt daran, dass für die verbleibende beitragsfreie Rente weniger Kapital zur Verfügung stehen muss, als für die vor der Kündigung versicherte Rente. Wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, werden keine weiteren Leistungen aus der Überschussbeteiligung fällig. Nach dem Ende der Rentengarantiezeit ist eine Kündigung ausgeschlossen. Die Barauszahlung bleibt unverändert bestehen; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.
- Tarif RV25: Es ergibt sich im Regelfall eine deutlich niedrigere Barauszahlung. Dies liegt daran, dass für die verbleibende beitragsfreie Rente weniger Kapital zur Verfügung stehen muss, als für die vor der Kündigung versicherte Rente. Wenn die garantierte beitragsfreie Rente den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr nicht erreicht, werden keine weiteren Leistungen aus der Überschussbeteiligung fällig.
- Tarif RV30: Eine Kündigung ist ausgeschlossen. Die Bemessungsgröße für die Barauszahlung bleibt unverändert; ein Rückkaufswert wird nicht gezahlt.

III) Gestaltungsmöglichkeiten

Auch nach dem Abschluss einer Rentenversicherung bleiben Sie als Versicherungsnehmer in der Gestaltung Ihrer Versicherung flexibel. Sie können den Versicherungsvertrag den zukünftigen privaten und beruflichen Entwicklungen im Rahmen der folgenden Gestaltungsmöglichkeiten anpassen. Wenn Sie eine der Gestaltungsmöglichkeiten Nr. 1 bis Nr. 4 ausüben möchten, muss eine entsprechende Mitteilung spätestens einen

Monat vor dem gewünschten Änderungszeitpunkt bei uns eingegangen sein. Wenn Sie eine der Gestaltungsmöglichkeiten Nr. 5 bis Nr. 8, die ausschließlich zum Rentenbeginn in Anspruch genommen werden können, ausüben möchten, müssen Sie uns dieses innerhalb der letzten sechs Monate vor dem vereinbarten Rentenbeginn mitteilen.

1. Nachversicherungsgarantie

Sie haben das Recht, eine neue Rentenversicherung ohne Risikoprüfung abzuschließen. Für eingeschlossene Zusatzversicherungen gelten die in den jeweiligen Bedingungen aufgeführten Regelungen. Für den Abschluss der Nachversicherung gelten die dann gültigen Tarife, Versicherungsbedingungen und Steuerregelungen.

2. Teilauszahlungen (bei den Tarifen RV15 und RV25)

Sie können vor Rentenbeginn zum Beginn des nächstfolgenden Monats Teilauszahlungen bis zur Höhe des Rückkaufswerts (siehe § 10 Absatz 3 ARV) in Anspruch nehmen, sofern die garantierte Rente aus dem restlichen Wert den Mindestbetrag von 600 EUR im Jahr erreicht. Eine Stornogebühr wird hierbei nicht erhoben. Die Beitragshöhe und -zahlungsweise bleiben nach einer Teilauszahlung unverändert. Durch die Auszahlungen verringern sich die Versicherungsleistungen entsprechend. Die neu ermittelten Versicherungsleistungen errechnen sich nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik.

3. Garantierte Rentensteigerung

Sie können eine vereinbarte garantierte Rentensteigerung während der Beitragszahlungsdauer zum Beginn eines jeden Monats verringern bzw. ganz ausschließen.

4. Abrufoption

Sie haben die Möglichkeit, durch die Abrufoption für die gesamte oder nur für einen Teilbetrag der Rente einen früheren Rentenbeginn zu wählen. Bei den Tarifen RV15 und RV25 kann bei Ausübung der Abrufoption das Kapitalwahlrecht gemäß Ziffer I Nr. 2 ausgeübt werden. Bei dem Tarif RV30 erlischt das Kapitalwahlrecht bei Ausübung der Abrufoption. Neuer Rentenbeginn ist – soweit von Ihnen nichts anderes genannt – der 1. des dem Abruf folgenden Monats. Die Rente wird mit den bei Vertragsabschluss geltenden Rechnungsgrundlagen ermittelt (siehe Ziffer I Nr. 1). Ansonsten gelten für den Abruf bzw. Teilabruf die gleichen Fristen und die gleiche Mindestrente wie für eine Kündigung oder Beitragsfreistellung.

5. Verlängerungsoption

Mit der Verlängerungsoption besteht zum Rentenbeginn die Möglichkeit, das vereinbarte Rentenbeginnalter – und damit auch das Kapitalwahlrecht gemäß Ziffer I Nr. 2 – um mindestens ein Jahr und maximal bis zum Alter 85 hinauszuschieben. Die Rentenversicherung kann mit unveränderter Beitragshöhe und -zahlungsweise oder beitragsfrei fortgeführt werden. Die Rente wird mit den bei Vertragsabschluss geltenden Rechnungsgrundlagen ermittelt (siehe Ziffer I Nr. 1). Während der Verlängerungsphase können Sie jederzeit die zuvor genannte Abrufoption in Anspruch nehmen. Die Rentengarantiezeit muss ggf. an das neue Rentenbeginnalter angepasst

werden. Eine Verlängerung kann nur im Rahmen der für unsere Tarife geltenden Regelungen erfolgen.

6. Rentenzahlungsweise

Sie können zum Rentenbeginn wiederum zwischen monatlicher, vierteljährlicher, halbjährlicher und jährlicher Rentenzahlungsweise wählen. Aufgrund der vorschüssigen Auszahlungen von Renten ergeben sich – je nach Rentenzahlungsweise – unterschiedliche Summen der in einem Jahr gezahlten Renten.

7. Todesfalleistung nach Rentenbeginn

Sie können zum Rentenbeginn nochmals die Leistungen im Todesfall nach Rentenbeginn bestimmen, indem Sie

- eine Rentengarantiezeit neu vereinbaren,
- die Dauer der bereits vereinbarten Rentengarantiezeit ändern oder
- auf eine bereits vereinbarte Rentengarantiezeit verzichten.

Alternativ können Sie beantragen, dass die Todesfalleistung nach Rentenbeginn aus der zum Rentenbeginn umgewandelten einmaligen Kapitalzahlung – abzüglich der zum Todeszeitpunkt bereits gezahlten garantierten Renten – berechnet wird.

Die Höhe der Rente berechnet sich nach einer Änderung der Todesfalleistung nach den bei Rentenbeginn für unseren Neuzugang an Altersrentenversicherungen geltenden Rechnungsgrundlagen.

8. Überschussverwendung nach Rentenbeginn

Sie haben zum Rentenbeginn die Möglichkeit, die gewählte Überschussverwendungsart zu ändern. Sie können wählen zwischen

- Rentenzuwachs,
- Bonusrente,
- wachsende Bonusrente oder
- Barauszahlung.

Detaillierte Informationen zu den Überschussverwendungsarten nach Rentenbeginn finden Sie in Ziffer II Nr. 4.

IV) Steuerliche Informationen

Die unter Ziffer I beschriebenen Tarife gehören zu den aufgeschobenen Rentenversicherungen. Die hierfür bei Vertragsabschluss geltenden gesetzlichen Steuervorschriften enthält unsere Allgemeine Steuerinformation.

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel

Zusatzbedingungen für die Rentenversicherung mit Dynamik nach Modus P

Druck-Nr. pm 2131 – 01.2015

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

mit der vereinbarten Dynamik erreichen Sie regelmäßige Erhöhungen Ihres Versicherungsschutzes ohne erneute Risikoprüfung; hierfür gelten die nachfolgenden Zusatzbedingungen.

§ 1 Nach welchem Maßstab erfolgen die regelmäßigen Erhöhungen der Beiträge?

(1) Der Beitrag für diese Versicherung einschließlich Zusatzversicherungen erhöht sich jährlich um einen festen Prozentsatz des Beitrags im vorhergehenden Versicherungsjahr (progressive Erhöhung; Modus P). Falls der Beitrag im vorhergehenden Versicherungsjahr höher oder niedriger ist als der Beitrag im aktuellen Versicherungsjahr (ohne Berücksichtigung der aktuell anstehenden Erhöhung), dann bezieht sich die Dynamik in diesem Jahr auf den aktuellen Beitrag; dies ist z.B. dann der Fall, wenn die Beitragszahlungsdauer einer Haupt- oder Zusatzversicherung vor dem Ablauf der zugehörigen Versicherungsdauer endet.

(2) Sie können im Rahmen der für unsere Tarife geltenden Regelungen jederzeit von einem höheren zu einem niedrigeren Prozentsatz übergehen; der umgekehrte Fall ist dagegen nur mit unserer Zustimmung möglich. Die Änderung der Beitragsanpassung hat keine Auswirkung auf eine mitversicherte beitragsfreie Dynamik gemäß Absatz 3.

(3) Ist im Rahmen einer Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ) eine beitragsfreie Dynamik für den Fall einer Berufsunfähigkeit mitversichert, erhöhen sich während der Dauer der Leistungspflicht aus der Beitragsbefreiung die Beiträge für die Hauptversicherung und die von der Dynamik betroffenen Zusatzversicherungen (ohne den Beitragsteil für die BUZ) um den hierfür vereinbarten Prozentsatz. Maßstab für die beitragsfreie Dynamik ist der im vorhergehenden Versicherungsjahr geltende Beitrag ohne den Beitragsteil für die BUZ.

Für diese Erhöhungen brauchen Sie für die Dauer der Leistungspflicht aus der Beitragsbefreiung keine Beiträge zu zahlen.

§ 2 Zu welchem Zeitpunkt erhöhen sich Beiträge und Versicherungsleistungen?

(1) Die Erhöhungen des Beitrags und der Versicherungsleistungen erfolgen jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahrs.

(2) Bei Tarifen mit verminderten Anfangsbeiträgen erfolgt die erste Erhöhung frühestens ein Jahr nach Umstellung auf den Folgebeitrag.

(3) Sie erhalten rechtzeitig vor dem Erhöhungstermin einen Nachtrag über die Erhöhung. Dieser Nachtrag enthält auch die neuen garantierten Rückkaufswerte und beitragsfreien Renten. Der Versicherungsschutz aus der jeweiligen Erhöhung beginnt am Erhöhungstermin.

§ 3 Wonach errechnen sich die Erhöhungen der Versicherungsleistungen?

(1) Die Erhöhungen der Versicherungsleistungen errechnen sich nach dem am Erhöhungstermin erreichten rechnermäßigen Alter¹ des Versicherten, der restlichen Beitragszahlungsdauer für die Erhöhung, der bei Vertragsabschluss erfolgten Risikoeinschätzung sowie nach den bei Vertragsabschluss geltenden Rechnungsgrundlagen. Die Versicherungsleistungen erhöhen sich nicht im gleichen Verhältnis wie die Beiträge.

(2) Ist eine BUZ eingeschlossen, sind Sie bei Eintritt der Berufsunfähigkeit für die Dauer unserer Leistungspflicht von der Zahlung der zu diesem Zeitpunkt vereinbarten Beiträge befreit.

¹ Das rechnermäßige Alter ist die Differenz zwischen dem Kalenderjahr der Erhöhung und dem Geburtsjahr des Versicherten.

(3) Sind in den Erhöhungsvorgang auch Zusatzversicherungen eingeschlossen, werden ihre Versicherungsleistungen im selben Verhältnis wie die der Hauptversicherung erhöht. Dies gilt nicht für die BUZ im Rahmen der beitragsfreien Dynamik gemäß § 1 Absatz 3.

§ 4 Welche sonstigen Bestimmungen gelten für die Erhöhungen der Versicherungsleistungen?

(1) Die Erhöhungen des Beitrags bewirken eine Erhöhung der Versicherungsleistungen ohne erneute Risikoprüfung.

(2) Alle im Rahmen des Versicherungsvertrags getroffenen Vereinbarungen, auch die Bezugsrechtsverfügung, erstrecken sich ebenfalls auf die Erhöhungen der Versicherungsleistungen. Entsprechende Anwendung findet die Regelung zu den Abschluss- und Vertriebskosten gemäß § 11 der Allgemeinen Bedingungen für die Rentenversicherung.

(3) Durch die Erhöhungen beginnen die Fristen des § 6 Absatz 13 (Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht) und des § 5 (Selbsttötung des Versicherten) der Allgemeinen Bedingungen für die Rentenversicherung nicht erneut.

(4) Voraussetzung für die Erhöhung der Berufsunfähigkeitsrente ist eine stets angemessene Relation der Berufsunfähigkeitsrente zum Bruttoeinkommen des Versicherten (bei Selbständigen des Gewinns vor Steuern). Übersteigt die gesamte jährliche Berufsunfähigkeitsrente² 40.000 EUR und übersteigt diese zuzüglich anderweitig bestehender Berufsunfähigkeitsanwartschaften³ 70 % des Bruttoeinkommens im letzten Kalenderjahr, müssen Sie der Erhöhung widersprechen. Hierauf werden wir Sie in jedem Nachtrag über die Erhöhung hinweisen.

(5) Stellen wir im Leistungsfall fest, dass zum Zeitpunkt einer Erhöhung innerhalb der letzten zehn Kalenderjahre vor Eintritt des Leistungsfalls keine angemessene Relation der Berufsunfähigkeitsrente zum Bruttoeinkommen (siehe Absatz 4) gegeben war, sind wir grundsätzlich von der Verpflichtung zur Leistung aus dieser Erhöhung frei.

Besteht jedoch bei Eintritt des Leistungsfalls unter Berücksichtigung der letzten Erhöhung eine angemessene Relation zum durchschnittlichen Bruttoeinkommen der letzten beiden Kalenderjahre, verzichten wir auf die Geltendmachung unserer Leistungsfreiheit wegen fehlender Angemessenheit für alle Erhöhungen in der Vergangenheit.

Besteht bei Eintritt des Leistungsfalls unter Berücksichtigung der letzten Erhöhung keine angemessene Relation zum durchschnittlichen Bruttoeinkommen der letzten beiden Kalenderjahre, wird für die Leistungsprüfung die letzte Erhöhung berücksichtigt, bei der noch eine angemessene Relation zum durchschnittlichen Bruttoeinkommen der letzten beiden Kalenderjahre gegeben ist. Können Sie uns nachweisen, dass Sie auch zu einem späteren Erhöhungszeitpunkt eine Berufsunfähigkeitsrente in angemessener Relation zum Bruttoeinkommen versichert hatten, werden alle Erhöhungen bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt.

Die aufgewendeten Beiträge für Erhöhungen, die im Leistungsfall wegen fehlender Angemessenheit nicht berücksichtigt werden, werden – unter Abzug bereits erhaltener Überschussanteile – ohne Zinsen zurückerstattet.

² Die gesamte jährliche Berufsunfähigkeitsrente umfasst alle bei der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung bestehenden Berufsunfähigkeitsrenten inklusive bereits erfolgter Erhöhungen.

³ Unter anderweitigen Berufsunfähigkeitsanwartschaften verstehen wir Berufsunfähigkeitsrenten bei anderen privaten Versicherungsunternehmen inklusive bereits erfolgter Erhöhungen, nicht jedoch Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder aus berufsständischen Versorgungswerken.

§ 5 Wann erfolgen keine Erhöhungen?

- (1) Die Erhöhung entfällt rückwirkend, wenn Sie ihr innerhalb eines Monats widersprechen. Die Monatsfrist zählt ab Zugang des Nachtrags, frühestens jedoch ab dem Erhöhungstermin. Auf dieses Widerspruchsrecht werden wir Sie in jedem Nachtrag über die Erhöhung hinweisen. Die Ausübung des Widerspruchsrechts hat keine Auswirkung auf eine mitversicherte beitragsfreie Dynamik gemäß § 1 Absatz 3.
- (2) Sie können beliebig oft Erhöhungen widersprechen, ohne dass Ihr Recht auf weitere Erhöhungen erlischt.
- (3) Ist in Ihrer Versicherung eine BUZ eingeschlossen, aber nicht die beitragsfreie Dynamik bei Berufsunfähigkeit, dann erfolgen keine Erhöhungen, solange wegen Berufsunfähigkeit Ihre Beitragszahlungspflicht ganz oder teilweise entfällt. Sie können aber beantragen, dass die Erhöhungen auch während einer bestehenden Berufsunfähigkeit weiter durchgeführt werden. Die Beiträge für diese Erhöhungen sind von Ihnen zu zahlen (auch während einer später ggf. erneut bestehenden Berufsunfähigkeit). Die Erhöhungen des Beitrags während einer bestehenden Berufsunfähigkeit führen ausschließlich zu einer Erhöhung der Versicherungsleistungen

aus der Rentenversicherung. Auf bereits laufende oder ggf. später anerkannte Berufsunfähigkeitsleistungen haben diese Erhöhungen jedoch keinen Einfluss.

§ 6 Wie wirken sich Erhöhungen auf die Überschussbeteiligung aus?

Die Überschussbeteiligung für eine Erhöhung setzt ein Jahr nach dem jeweiligen Erhöhungstermin ein. Die jährlichen Überschussanteile werden wie bei der ursprünglichen Versicherung verwendet (siehe § 2 der Allgemeinen Bedingungen für die Rentenversicherung).

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel

Zusatzbedingungen für die Option auf Erhöhung der Rentenleistung bei Pflegebedürftigkeit (Pflege-Option)

Druck-Nr. pm 2351 – 03.2015

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

mit dieser Pflege-Option wird der Versicherungsschutz aus Ihrer klassischen oder fondsgebundenen Rentenversicherung ergänzt. Soweit in diesen Zusatzbedingungen nichts anderes bestimmt ist, finden die Bedingungen und Bestimmungen für die Rentenversicherung sinngemäß Anwendung.

Bitte beachten Sie: Die in den §§ 2 und 3 beschriebenen Regelungen zur Definition der Pflegebedürftigkeit und zur Überschussbeteiligung haben den zum Vertragsabschluss geltenden Stand. Diese Regelungen können sich zum Ausübungstermin der Pflege-Option geändert haben. Für Leistungen aus der Pflege-Option sind die dann geltenden Rechnungsgrundlagen und Bedingungen maßgebend (siehe § 1 Absatz 4).

§ 1 Was bietet die Pflege-Option?

(1) Sofern bei Ihrer klassischen oder fondsgebundenen Rentenversicherung eine Pflege-Option eingeschlossen ist, können Sie diese unter den in Absatz 2 beschriebenen Voraussetzungen zum Rentenbeginn ausüben. Die Option selbst beinhaltet keinen Versicherungsschutz bei Pflegebedürftigkeit. Für den Einschluss der Pflege-Option wird kein zusätzlicher Beitrag erhoben. Wenn Sie diese Option ausüben möchten, müssen Sie uns dieses innerhalb der letzten sechs Monate vor dem vereinbarten Rentenbeginn mitteilen.

Bei Ausübung der Pflege-Option erbringen wir zum vereinbarten Rentenbeginn – anstatt der ursprünglich vereinbarten Rente – eine niedrigere klassische Altersrente, die so genannte Options-Altersrente. Sofern Pflegebedürftigkeit bereits zu Altersrentenbeginn besteht oder Sie während des Rentenbezugs pflegebedürftig werden, wird nach Ausübung der Pflege-Option die Options-Altersrente um die Pflege-Altersrente ergänzt. Damit verdoppelt sich im Pflegefall die Leistung aus der Options-Altersrente, sofern für die Pflege-Altersrente die maximale Höhe von derzeit 48.000 EUR im Jahr nicht überschritten wird. Beide Renten werden bis zum Tod des Versicherten gezahlt. Wenn Sie die Pflege-Option ausüben, kann diese Entscheidung nicht mehr rückgängig gemacht werden.

(2) Die Pflege-Option kann nur ausgeübt werden, wenn die Options-Altersrente den Mindestbetrag von derzeit 600 EUR im Jahr erreicht und das Rentenbeginnalter zwischen 60 und 75 Jahren liegt. Diese Altersgrenzen gelten auch, wenn Sie den ursprünglich vereinbarten Rentenbeginn im Rahmen der Abrufoption vorverlegen oder im Rahmen der Verlängerungsoption aufschieben wollen. Der Zeitraum zwischen Versicherungsbeginn und Rentenbeginn muss mindestens zehn Jahre betragen. Für die Vorverlegung des ursprünglichen Rentenbeginns ist eine Bestätigung erforderlich, dass für den Versicherten innerhalb der letzten fünf Jahre keine Leistungen gewährt oder beantragt wurden und dass auch keine Beantragung beabsichtigt ist. Dies gilt für alle Leistungen wegen Berufs- oder Dienstunfähigkeit, Erwerbsminderung, Pflegebedürftigkeit oder einer Behinderung. Dabei ist es unerheblich, ob die genannten Leistungen von einem privaten Versicherungsunternehmen, einem berufsständischen Versorgungswerk oder einem gesetzlichen Versorgungsträger erbracht werden oder erbracht werden sollen.

(3) Die Ausübung der Pflege-Option führt zu einer Umstellung Ihrer bisher gewählten Rentenversicherung in eine sofort beginnende klassische Options-Altersrente. Haben Sie für die Altersrente eine Todesfallleistung nach Rentenbeginn vereinbart, gilt für die Options-Altersrente eine Rentengarantiezeit von derzeit maximal zehn Jahren. In den Fällen, in denen für die Altersrente keine oder eine kürzere Rentengarantiezeit als zehn Jahre vereinbart ist, gilt diese Vereinbarung auch für die Options-Altersrente. Haben Sie für Ihre Rentenversicherung eine garantierte Rentensteigerung vereinbart, entfällt diese mit Ausübung der Pflege-Option. Haben Sie bei Ihrer Rentenversicherung eine Hinterbliebenenrenten- und/oder Waisenrenten-Zusatzversicherung eingeschlossen, erlöschen diese mit Ausübung der Pflege-Option. Das zu diesem Zeitpunkt vorhandene Guthaben dieser Zusatzversicherungen wird zur Erhöhung der Options-Altersrente und der

Pflege-Altersrente verwendet. Die Rentenzahlungsweise bleibt auch nach Ausübung der Option unverändert. Die Options-Altersrente wird mit den Rechnungsgrundlagen, die zum Zeitpunkt der Ausübung der Option gelten, berechnet. Diese Rechnungsgrundlagen gelten für die gesamte Rentenbezugszeit. Für die Options-Altersrente werden die Bedingungen unseres bei Ausübung der Pflege-Option geltenden Rententarisf zugrunde gelegt.

(4) Für die Pflege-Altersrente werden die Rechnungsgrundlagen und die Bedingungen mit der dann geltenden Definition der Pflegebedürftigkeit unseres bei Ausübung der Pflege-Option geltenden Pflege-Optionstarifs zugrunde gelegt.

(5) Die Pflege-Altersrente kann nicht gekündigt werden. Die Options-Altersrente kann im Rahmen der üblichen Regelungen während der Rentengarantiezeit gekündigt werden.

Wird zum Zeitpunkt der Kündigung noch keine Pflege-Altersrente gezahlt und erlischt die Options-Altersrente, weil die Mindestrente nicht erreicht wird, erlischt auch die Pflege-Altersrente. In diesem Fall wird das Deckungskapital der Pflege-Altersrente ausgezahlt.

Wird zum Zeitpunkt der Kündigung bereits eine Pflege-Altersrente gezahlt, bleibt das Deckungskapital hierfür erhalten und die Pflege-Altersrente wird unverändert weiter gezahlt.

§ 2 Was verstehen wir unter Pflegebedürftigkeit?

(1) Pflegebedürftigkeit liegt nach den derzeit geltenden Bedingungen unter folgenden Voraussetzungen vor:

- Es wird die Hilfe bei mindestens zwei Tätigkeiten des täglichen Lebens benötigt (siehe Absatz 4) oder
- es liegt eine mittelschwere Demenz vor (siehe Absatz 5) oder
- es liegt die Pflegestufe I im Sinne der §§ 14 und 15 Elftes Sozialgesetzbuch (SGB XI) vor (siehe Absatz 6).

(2) Der Anspruch auf die Pflegerente entsteht mit Beginn des Monats, der auf den Eintritt der Pflegebedürftigkeit folgt, jedoch frühestens mit dem vereinbarten Beginn der Altersrente.

(3) Der Anspruch auf die Pflege-Altersrente erlischt bei Wegfall der Pflegebedürftigkeit oder wenn der Versicherte stirbt.

Einstufung der Pflegebedürftigkeit nach den Tätigkeiten des täglichen Lebens

(4) Pflegebedürftigkeit liegt vor, wenn der Versicherte infolge Krankheit, Körperverletzung oder Kräfteverfalls voraussichtlich für mindestens sechs Monate ununterbrochen so hilflos ist, dass er für mindestens zwei der im Folgenden genannten sechs Verrichtungen auch bei Einsatz technischer und medizinischer Hilfsmittel in erheblichem Umfang täglich der Hilfe einer anderen Person bedarf. Die Pflegebedürftigkeit ist ärztlich nachzuweisen.

- Fortbewegen im Zimmer

Hilfebedarf liegt vor, wenn der Versicherte – auch bei Inanspruchnahme einer Gehhilfe oder eines Rollstuhls – die Unterstützung einer anderen Person benötigt, um sich an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsort auf ebener Oberfläche von Zimmer zu Zimmer fortzubewegen.

- Aufstehen und Zubettgehen

Hilfebedarf liegt vor, wenn der Versicherte nur mit Hilfe einer anderen Person das Bett verlassen oder in das Bett gelangen kann.

- **An- und Auskleiden**
Hilfbedarf liegt vor, wenn der Versicherte – auch bei Benutzung krankengerechter Kleidung – sich nicht ohne Hilfe einer anderen Person an- und auskleiden kann.
- **Einnehmen von Mahlzeiten und Getränken**
Hilfbedarf liegt vor, wenn der Versicherte – auch bei Benutzung krankengerechter Essbestecke und Trinkgefäße – nicht ohne Hilfe bereits vorbereitete essfertige Nahrung und Getränke aufnehmen kann.
- **Waschen**
Hilfbedarf liegt vor, wenn der Versicherte – auch bei Benutzung von Hilfsmitteln wie Wannengriffen oder einem Wannelift – sich nicht ohne Hilfe einer anderen Person so waschen kann, dass ein akzeptables Maß an Körperhygiene gewahrt bleibt. Die Unfähigkeit, ins Badezimmer zu gelangen, gilt nicht als Hilfbedarf.
- **Verrichten der Notdurft**
Hilfbedarf liegt vor, wenn der Versicherte die Unterstützung einer anderen Person benötigt, weil er
 - sich nach dem Stuhlgang nicht allein säubern kann,
 - seine Notdurft nur unter Zuhilfenahme einer Bettschüssel verrichten kann oder weil
 - der Darm bzw. die Blase nur mit fremder Hilfe entleert werden kann.

Besteht eine Inkontinenz des Darms bzw. der Blase, die durch die Verwendung von Hilfsmitteln wie Windeln, speziellen Einlagen, einem Katheter oder einem Kolostomie-Beutel ausgeglichen werden kann, liegt hinsichtlich der Verrichtung der Notdurft keine Pflegebedürftigkeit vor, solange der Versicherte bei Verwendung dieser Hilfsmittel zur Verrichtung der Notdurft nicht auf die Hilfe einer anderen Person angewiesen ist.

Einstufung der Pflegebedürftigkeit bei Vorliegen einer Demenz

(5) Pflegebedürftigkeit liegt auch vor bei mittelschweren oder schweren Hirnleistungsstörungen (Definition siehe unten), die durch Unfall oder Erkrankung verursacht wurden, wenn als deren Folge der Versicherte kontinuierliche Beaufsichtigung benötigt, weil er sich selbst oder andere sonst erheblich gefährden würde.

Eine mittelschwere oder schwere Demenz ist charakterisiert durch einen Verlust geistiger Fähigkeiten, die sich auf das Denk-, Erkennungs-, Erinnerungs- und Orientierungsvermögen auswirken.

Die Diagnose einer mittelschweren oder schweren Demenz ist durch einen Facharzt (Neurologie) auf der Basis einer ausführlichen Befunderhebung mit körperlicher sowie psychopathologischer Untersuchung und unter Verwendung psychometrischer Tests zu bestätigen. Es muss mindestens ein Schweregrad 5 „Mittelschwere kognitive Leistungseinbußen“, ermittelt über die Global Deterioration Scale (GDS 5) nach Reisberg vorliegen. Zur Bestätigung der Diagnose können Wiederholungsuntersuchungen gefordert werden. Bei leichter oder mäßiger Demenz werden keine Leistungen fällig.

Einstufung der Pflegebedürftigkeit nach dem Elften Sozialgesetzbuch (SGB XI)

(6) Pflegebedürftigkeit im Sinne dieser Bedingungen liegt auch vor, wenn der Versicherte die Voraussetzungen der Pflegestufe I (erhebliche Pflegebedürftigkeit) gemäß §§ 14 und 15 des SGB XI erfüllt.

Pflegebedürftig im Sinne des § 14 SGB XI (in der Fassung vom 15.07.2013) sind Versicherte, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen.

Als Krankheiten oder Behinderungen gelten:

1. Verluste, Lähmungen oder andere Funktionsstörungen am Stütz- und Bewegungsapparat,
2. Funktionsstörungen der inneren Organe oder der Sinnesorgane,

3. Störungen des Zentralnervensystems wie Antriebs-, Gedächtnis- oder Orientierungsstörungen sowie endogene Psychosen, Neurosen oder geistige Behinderungen.

Hilfe besteht in der Unterstützung, in der teilweisen oder vollständigen Übernahme der Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens oder in Beaufsichtigung oder Anleitung mit dem Ziel der eigenständigen Übernahme dieser Verrichtungen.

Als gewöhnliche und regelmäßig wiederkehrende Verrichtungen gelten:

1. im Bereich der Körperpflege das Waschen, Duschen, Baden, die Zahnpflege, das Kämmen, Rasieren, die Darm- oder Blasenentleerung,
2. im Bereich der Ernährung das mundgerechte Zubereiten oder die Aufnahme der Nahrung,
3. im Bereich der Mobilität das selbständige Aufstehen und Zu-Bett-Gehen, An- und Auskleiden, Gehen, Stehen, Treppensteigen oder das Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung,
4. im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung das Einkaufen, Kochen, Reinigen der Wohnung, Spülen, Wechseln und Waschen der Wäsche und Kleidung oder das Beheizen.

Pflegebedürftige der Pflegestufe I (erhebliche Pflegebedürftigkeit) sind Versicherte, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Zeitaufwand, den ein Familienangehöriger oder eine andere nicht als Pflegekraft ausgebildete Pflegeperson für die erforderlichen Leistungen der Grundpflege (Körperpflege, Ernährung und Mobilität) und hauswirtschaftlichen Versorgung benötigt, muss wöchentlich im Tagesdurchschnitt mindestens 90 Minuten betragen; hierbei müssen auf die Grundpflege mehr als 45 Minuten entfallen. Bei der Feststellung des genannten Zeitaufwands ist ein Zeitaufwand für erforderliche verrichtungsbezogene krankheitsspezifische Pflegemaßnahmen zu berücksichtigen. Verrichtungsbezogene krankheitsspezifische Pflegemaßnahmen sind Maßnahmen der Behandlungspflege, bei denen der behandlungspflegerische Hilfbedarf untrennbarer Bestandteil einer Verrichtung ist oder mit einer solchen Verrichtung notwendig in einem unmittelbaren zeitlichen und sachlichen Zusammenhang steht.

Nachweis der Pflegebedürftigkeit

(7) Die Pflegebedürftigkeit ist uns ärztlich nachzuweisen. Die Diagnose einer demenziellen Erkrankung und die Beurteilung des Schweregrads der Beeinträchtigung müssen unter Nutzung zeitgemäßer Diagnoseverfahren und standardisierter Testverfahren von einem Experten für solche Krankheitsbilder (Facharzt für Neurologie) durchgeführt werden.

§ 3 Wie erfolgt die Überschussbeteiligung?

Für die Options-Altersrente gelten die Regelungen zur Überschussbeteiligung der klassischen Rentenversicherung. Während der Rentenbezugszeit bleibt es bei klassischen Rentenversicherungen bei der ursprünglich vereinbarten Überschussverwendungsart, sofern diese in den dann geltenden Tarifen angeboten wird. Bei ursprünglich fondsgebundenen Rentenversicherungen erfolgt eine Umstellung in eine klassische Rentenversicherung mit der Überschussverwendungsart Rentenzuwachs, sofern diese in den dann geltenden Tarifen angeboten wird. Für die Pflege-Altersrente ist für die Überschussverwendung während der Rentenbezugszeit ausschließlich der "Rentenzuwachs" vorgesehen, sofern dieser in den dann geltenden Tarifen angeboten wird. Während der Rentenbezugszeit erfolgt die Beteiligung an den Bewertungsreserven sowohl für die Options-Altersrente als auch für die Pflege-Altersrente jährlich im Rahmen der Überschussbeteiligung durch eine Erhöhung des Zinsüberschussanteils. Der zusätzliche Überschussatz wird jährlich neu ermittelt und im Geschäftsbericht ausgewiesen. Dieser Satz kann aufgrund von Kapitalmarktschwankungen und damit verbundenen Schwankungen der Bewertungsreserven höher oder niedriger ausfallen oder sogar ganz entfallen. Auch aufsichtsrechtliche Regelungen können dazu führen, dass die Beteiligung an den Bewertungsreserven ganz oder teilweise entfällt.

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel

Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (Tarife BZ10 und BZ11)

Druck-Nr. pm 2500 – 08.2015

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|---|
| § 1 Welche Leistungen erbringen wir bei Berufsunfähigkeit? | § 7 Was gilt für die Nachprüfung der Berufsunfähigkeit und in welchen Fällen zahlen wir eine Wiedereingliederungshilfe? |
| § 2 Was ist Berufsunfähigkeit im Sinne dieser Bedingungen? | § 8 Was gilt bei Verletzung der Mitwirkungspflicht nach Eintritt der Berufsunfähigkeit? |
| § 3 Was gilt, wenn Sie Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit vereinbart haben? | § 9 Können die Beiträge für diese Zusatzversicherung angehoben werden? |
| § 4 In welchen Fällen ist der Versicherungsschutz ausgeschlossen? | § 10 Welche Besonderheiten gelten für die Überschussbeteiligung Ihrer Zusatzversicherung? |
| § 5 Welche Mitwirkungspflichten sind zu beachten, wenn Leistungen wegen Berufsunfähigkeit beansprucht werden? | § 11 Wie ist das Verhältnis zur Hauptversicherung? |
| § 6 Wann geben wir eine Erklärung über unsere Leistungspflicht ab? | § 12 Welche Gestaltungsmöglichkeiten bietet Ihre Zusatzversicherung? |
- Anhang "Pflegebedürftigkeit"

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

mit dieser Zusatzversicherung ergänzen Sie Ihren Versicherungsschutz aus der Hauptversicherung. Die damit verbundene Erweiterung unseres Vertragsverhältnisses ist in den nachfolgenden Bedingungen geregelt.

§ 1 Welche Leistungen erbringen wir bei Berufsunfähigkeit?

(1) Wird der Versicherte während der Dauer dieser Zusatzversicherung mindestens zu dem vereinbarten Mindestgrad von 50 %¹ berufsunfähig, erbringen wir folgende Versicherungsleistungen:

- a) Beitragsbefreiung
Volle Befreiung von der Beitragszahlungspflicht für die Hauptversicherung und die eingeschlossenen Zusatzversicherungen.
- b) Berufsunfähigkeitsrente
Zahlung einer Berufsunfähigkeitsrente, wenn diese mitversichert ist. Die Rente zahlen wir monatlich im Voraus. Bei dem Tarif BZ10 kann auch eine andere Rentenzahlungsweise vereinbart werden.
- c) Garantierte Rentensteigerung im Leistungsfall
Bei Vertragsabschluss kann zusätzlich vereinbart werden, dass sich nach Eintritt der Berufsunfähigkeit die Zahlung der zu diesem Zeitpunkt versicherten Berufsunfähigkeitsrente jährlich um einen festen Prozentsatz erhöht. Die Erhöhungen erfolgen jeweils zum Versicherungsjahrestag, erstmalig zu dem Versicherungsjahrestag, der auf den Eintritt der Berufsunfähigkeit folgt. Endet unsere Leistungspflicht aus dieser Zusatzversicherung (siehe § 7 Absatz 3) muss die Beitragszahlung – in gleicher Höhe wie vor Eintritt der Berufsunfähigkeit – wieder aufgenommen werden. Der Anspruch auf die erreichte Berufsunfähigkeitsrente (inklusive der aus der vorherigen Leistungspflicht erfolgten Rentensteigerung) bleibt bei einem erneuten Eintritt der Berufsunfähigkeit in voller Höhe erhalten. In diesem Fall errechnen sich die weiteren Erhöhungen nach der zu diesem Zeitpunkt erreichten Berufsunfähigkeitsrente. Eine vereinbarte garantierte Rentensteigerung kann während der Beitragszahlungsdauer zum Beginn des nächstfolgenden Monats, frühestens zum Schluss des ersten Versicherungsjahrs, verringert bzw. ganz ausgeschlossen werden.
- d) Beitragsfreie Dynamik
Ist für die Hauptversicherung eine Dynamik eingeschlossen, kann bei Vertragsabschluss zusätzlich vereinbart werden, dass sich nach Eintritt der Berufsunfähigkeit die Leistungen der Hauptversicherung und der in den Erhöhungsvorgang eingeschlossenen Zusatzversicherungen (ohne die Berufsunfähigkeitsrente) in einem festgelegten Umfang erhöhen und Sie von der Beitragszahlung für diese Erhöhungen befreit sind. Einzelheiten zum Maßstab und zum Umfang der Erhöhungen finden Sie in den Zusatzbedingungen für Versicherungen mit Dynamik.
- e) Einmalige Leistung
Zahlung einer einmaligen Leistung, wenn diese mitversichert ist. Diese Leistung zahlen wir in voller Höhe nach Eintritt der erstmaligen Berufsunfähigkeit, im letzten Jahr der Versicherungsdauer jedoch nur anteilig entsprechend der noch ausstehenden Monate bis zum Ende der Versicherungsdauer (pro ausstehendem Monat ein Zwölftel der einmaligen Leistung).

Die garantierten Leistungen dieser Zusatzversicherung werden nach versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert und basieren auf unternehmenseigenen vom Geschlecht unabhängigen Wahrscheinlichkeitstabellenn (bezüglich Sterblichkeit, Invalidität und Reaktivierung) und dem Rechnungszins von 1,25 % p.a.; dies ist der Höchstzinssatz gemäß § 2 der derzeitigen Fassung der Deckungsrückstellungsverordnung. Liegt der Grad der Berufsunfähigkeit unter dem Mindestgrad, besteht – sofern nicht Pflegebedürftigkeit zu Leistungen führt (siehe Anhang "Pflegebedürftigkeit") – kein Anspruch auf diese Versicherungsleistungen.

(2) Der Anspruch auf die versicherten Leistungen entsteht vorbehaltlich des Absatzes 3 mit Ablauf des Monats, in dem die Berufsunfähigkeit

eingetreten ist. Tritt die Berufsunfähigkeit gemäß § 2 Absatz 4 ein, erbringen wir unsere Leistungen vorbehaltlich des Absatzes 3 rückwirkend ab Beginn des dort vorausgesetzten sechsmonatigen Zeitraums.

Der Leistungsanspruch kann jederzeit ohne Einhaltung einer Meldefrist formlos (z.B. telefonisch oder schriftlich) geltend gemacht werden. Auch bei späterer Anzeige leisten wir immer rückwirkend für die nachgewiesene Zeit der Berufsunfähigkeit.

(3) Ist eine Karenzzeit vereinbart, entsteht der Anspruch auf die Rente erst mit dem Ablauf des Monats, in dem die Karenzzeit endet. Voraussetzung ist, dass die Berufsunfähigkeit während der Karenzzeit ununterbrochen bestanden hat und bei deren Ablauf noch andauert. Wir erbringen die Rente nur für die Zeit nach dem Ende der Karenzzeit. Die vereinbarte Karenzzeit gilt nicht für die Beitragsbefreiung, die einmalige Leistung und die beitragsfreie Dynamik. Eine Karenzzeit ist in Kombination mit einer garantierten Rentensteigerung im Leistungsfall (siehe Absatz 1 Buchstabe c) nicht vereinbar.

Karenzzeit ist der vereinbarte Zeitraum in Monaten vom Eintritt der Berufsunfähigkeit bis zum Beginn der Rente. Endet die Berufsunfähigkeit und tritt innerhalb von 24 Monaten danach erneut Berufsunfähigkeit aufgrund derselben Ursache ein, werden bereits zurückgelegte Karenzzeiten berücksichtigt.

(4) Der Anspruch auf die versicherten Leistungen erlischt,

- wenn der Grad der Berufsunfähigkeit unter den Mindestgrad sinkt oder
- wenn der Versicherte stirbt oder
- bei Ablauf der vereinbarten Leistungsdauer.

(5) Ist die vereinbarte Leistungsdauer länger als die vereinbarte Versicherungsdauer und wird die Leistung nach anerkannter Berufsunfähigkeit eingestell, weil der Grad der Berufsunfähigkeit unter den Mindestgrad gesunken ist, lebt die Leistung innerhalb der Leistungsdauer auch dann wieder auf, wenn die Versicherungsdauer schon beendet ist, sofern der Versicherte erneut wegen der ursprünglichen Ursache berufsunfähig wird. Die Bestimmung des § 5 Absatz 1 gilt entsprechend.

(6) Werden Leistungen aus dieser Zusatzversicherung beansprucht, unterstützen wir Sie auf Wunsch bei der Darlegung der Leistungsvoraussetzungen und geben Ihnen Hilfestellung für eine berufliche Reintegration. Wir unterstützen Sie insbesondere bei Fragen

- zum Verfahren der Leistungsprüfung,
- zur Beschreibung der bisherigen Berufstätigkeit,
- zum Nachweis der gesundheitlichen Beeinträchtigung,
- zu geeigneten Ansprechpartnern hinsichtlich medizinischer und beruflicher Rehabilitationsmaßnahmen,
- zu einer betrieblichen Umorganisation bei Selbständigen.

(7) Bis zu unserer Entscheidung über die Leistungspflicht müssen Sie die Beiträge in voller Höhe weiter entrichten. Bei Anerkennung der Leistungspflicht zahlen wir Ihnen die zu viel entrichteten Beiträge zurück und verzinsen darüber hinaus die ab Eingang Ihres Antrags auf Berufsunfähigkeitsleistungen zu viel entrichteten Beiträge mit einem Zinssatz von 5 % pro Jahr.

Sie haben ebenfalls das Recht, eine zinslose Stundung der ab Eingang Ihres Antrags auf Berufsunfähigkeitsleistungen zu entrichtenden Beiträge zu verlangen. Bei Ablehnung der Leistungspflicht sind die gestundeten Beiträge unverzinst in einem Betrag nachzuzahlen. Sie haben aber auch die Möglichkeit, innerhalb eines Zeitraums von 48 Monaten die gestundeten Beiträge in gleichen jährlichen, halbjährlichen, vierteljährlichen oder monatlichen Raten zu entrichten. Zinsen werden auch hierfür nicht erhoben. Die Rückzahlungsrate muss mindestens 25 EUR betragen.

Als Alternative zur Nachzahlung der Beiträge können Sie bei dem Tarif BZ10 – sofern dies tariflich möglich ist – einen Ausgleich durch eine Verrechnung mit dem ggf. vorhandenen Deckungskapital der Hauptversicherung wählen. Dies führt in der Regel zu einer Verringerung der Versicherungsleistungen.

¹ Bei Tarif BZ10 kann alternativ ein Mindestgrad von 75 % gewählt werden; wird von Ihnen nichts anderes beantragt, gilt ein Mindestgrad von 50 % als vereinbart.

Die Verzinsung bzw. Stundung erfolgt bis zu unserer Entscheidung über die Leistungspflicht (siehe § 6) oder im Fall einer gerichtlichen Auseinandersetzung bis zur rechtskräftigen Entscheidung.

(8) Der Versicherungsschutz besteht weltweit während der Berufsausübung und in der Freizeit. Veränderungen wie z.B. ein Berufswechsel – auch in einen risikoreicheren Beruf – müssen uns nicht angezeigt werden.

(9) Außer den im Versicherungsschein ausgewiesenen garantierten Leistungen erhalten Sie weitere Leistungen aus der Überschussbeteiligung (siehe § 10).

§ 2 Was ist Berufsunfähigkeit im Sinne dieser Bedingungen?

(1) Berufsunfähigkeit liegt vor, wenn der Versicherte infolge Krankheit, Körperverletzung oder Kräfteverfalls, die ärztlich nachzuweisen sind, voraussichtlich sechs Monate ununterbrochen außerstande ist, seinen zuletzt ausgeübten Beruf, so wie er ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen ausgestaltet war, auszuüben. Liegt ein Kräfteverfall im vorstehenden Sinne vor, leisten wir sowohl bei altersentsprechendem als auch bei mehr als altersentsprechendem Kräfteverfall. Die Tätigkeiten von Hausfrauen/-männern, von Schülern, Studenten und Auszubildenden sehen wir als Beruf im Sinne von Satz 1 an. Wir verzichten auf eine abstrakte Verweisung.

Berufsunfähigkeit liegt nicht vor, wenn der Versicherte in zumutbarer Weise eine andere Tätigkeit konkret ausübt, die aufgrund seiner Ausbildung und Erfahrung ausgeübt werden kann und seiner bisherigen Lebensstellung hinsichtlich Vergütung und sozialer Wertschätzung vor Eintritt der gesundheitlichen Beeinträchtigung (siehe Satz 1) entspricht (konkrete Verweisung). Für in Ausbildung oder im Studium befindliche Versicherte gelten die besonderen Regelungen gemäß Absatz 3.

Berufsunfähigkeit liegt ferner nicht vor, wenn der Versicherte in zumutbarer Weise als Selbständiger nach betrieblich sinnvoller Umorganisation ohne erheblichen Kapitaleinsatz innerhalb seines Betriebs noch eine Tätigkeit ausüben könnte, die seiner Stellung als Betriebsinhaber angemessen ist (Umorganisation). Auf die abstrakte Prüfung einer Umorganisationsmöglichkeit verzichten wir bei Selbständigen, die

- eine akademische Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben und
- im Rahmen ihrer Berufsausübung vor Eintritt der gesundheitlichen Beeinträchtigung (siehe Satz 1) mindestens zu 90 % der täglichen Arbeitszeit kaufmännische oder organisatorische Tätigkeiten ausüben.

Bei der konkreten Verweisung und bei der Umorganisation ist es nicht zumutbar, dass die Tätigkeit zu Lasten der Gesundheit geht oder dass das jährliche Bruttoeinkommen (bei Selbständigen der Gewinn vor Steuern) 20 % oder mehr unter dem Bruttoeinkommen im zuletzt ausgeübten Beruf vor Eintritt der gesundheitlichen Beeinträchtigung liegt. Sollte der Bundesgerichtshof einen geringeren Prozentsatz als nicht zumutbare Einkommensminderung festlegen, ist dieser auch für uns maßgeblich. Im begründeten Einzelfall kann aber auch bereits heute eine unter 20 % liegende Einkommensminderung unzumutbar in diesem Sinn sein.

Wenn eine Leistungspflicht nicht besteht, weil der selbständige Versicherte seinen Betrieb gemäß Satz 7 umorganisieren kann, zahlen wir als besondere Umorganisationshilfe einen Betrag in Höhe von sechs Monatsrenten. Die Zahlung erfolgt als einmalige Kapitaleistung. Voraussetzung für die Zahlung der Umorganisationshilfe ist, dass eine Rente mitversichert ist und dass bei Entstehen des Anspruchs auf Umorganisationshilfe die verbleibende Leistungsdauer für die Rente noch mindestens zwölf Monate beträgt. Sollte später aus gleichem medizinischen Grund innerhalb von sechs Monaten Berufsunfähigkeit eintreten, wird die Umorganisationshilfe auf neu entstehende Rentenansprüche angerechnet.

(2) Bei bestimmten Berufen liegt Berufsunfähigkeit auch vor, wenn eine Rechtsvorschrift/behördliche Anordnung dem Versicherten vollständig verbietet, wegen einer Infektionsgefahr Patienten zu behandeln. Dieses Tätigkeitsverbot muss mindestens für einen Zeitraum von sechs Monaten gelten. Diese Regelung gilt für Versicherte, die einen der folgenden Berufe ausüben:

- Human- oder Zahnmediziner
- Student der Human- oder Zahnmedizin

- medizinisch behandelnder bzw. pflegerischer Beruf mit Patientenkontakt. Dazu zählen beispielsweise Krankenschwestern/-pfleger, Altenpfleger/-innen, Hebammen/Entbindungspfleger und Arzthelfer/-innen.

Der Versicherte muss uns durch Vorlage der Verfügung im Original oder amtlich beglaubigt das Tätigkeitsverbot nachweisen.

Liegt bei den in den ersten beiden Spiegelstrichen genannten Berufen eine solche Verfügung nicht vor, gilt ersatzweise: Die Ansteckungsgefahr kann nach objektiven Kriterien und dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft beurteilt werden. Im Zweifel holen wir dazu ein Gutachten eines renommierten Hygienikers ein.

(3) Ist der Versicherte bei Eintritt der Krankheit, der Körperverletzung oder des Kräfteverfalls noch in der Berufsausbildung oder im Studium und hat er mindestens die Hälfte der gesetzlich vorgesehenen oder im Durchschnitt üblichen Ausbildungs- bzw. Studienzeit absolviert, wird im Rahmen der konkreten Verweisung (auf einen tatsächlich ausgeübten anderen Beruf oder eine andere Ausbildung) auf die Lebensstellung hinsichtlich Vergütung und sozialer Wertschätzung abgestellt, die regelmäßig mit dem erfolgreichen Abschluss einer solchen Berufsausbildung oder eines solchen Studiums erreicht wird.

(4) Ist der Versicherte sechs Monate ununterbrochen infolge Krankheit, Körperverletzung oder Kräfteverfalls, die ärztlich nachzuweisen sind, außerstande gewesen, seinen zuletzt ausgeübten Beruf oder eine der in Absatz 1 genannten Tätigkeiten auszuüben, gilt die Fortdauer dieses Zustands als Berufsunfähigkeit. Wir erbringen in diesem Fall unsere Leistungen vorbehaltlich des § 1 Absatz 3 rückwirkend ab Beginn dieses sechsmonatigen Zeitraums.

(5) Scheidet der Versicherte vorübergehend oder endgültig aus seiner Erwerbstätigkeit aus, besteht während der restlichen Versicherungsdauer weiterhin Versicherungsschutz für die zuletzt vor Ausscheiden ausgeübte berufliche Tätigkeit gemäß Absatz 1. Berufsunfähigkeit liegt nicht vor, wenn der Versicherte in zumutbarer Weise eine andere Tätigkeit konkret ausübt, die aufgrund der Ausbildung und Erfahrung ausgeübt werden kann und seiner Lebensstellung hinsichtlich Vergütung und sozialer Wertschätzung zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus der Erwerbstätigkeit entspricht.

§ 3 Was gilt, wenn Sie Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit vereinbart haben?

(1) Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit sind neben den versicherten Leistungen wegen Berufsunfähigkeit (siehe § 1) eine weitere Möglichkeit, aus diesem Vertrag Leistungen wegen einer gesundheitlichen Einschränkung zu erhalten. Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit und Berufsunfähigkeit können nicht gleichzeitig bezogen werden.

(2) Wird der Versicherte während der Dauer dieses Vertrags arbeitsunfähig im Sinne von Absatz 3, erbringen wir folgende Leistungen für die in den Absätzen 4 bis 6 genannte Dauer:

- Beitragsbefreiung
Volle Befreiung von der Beitragszahlungspflicht für die Hauptversicherung und die eingeschlossenen Zusatzversicherungen.
- Zahlung einer Rente in Höhe der vereinbarten Berufsunfähigkeitsrente, wenn diese mitversichert ist.
- Garantierte Rentensteigerung im Leistungsfall
Haben Sie eine garantierte Rentensteigerung im Leistungsfall (siehe § 1 Absatz 1 Buchstabe c) vereinbart, gilt dies entsprechend für die wegen Arbeitsunfähigkeit fällig werdende Rente.
- Beitragsfreie Dynamik
Haben Sie eine beitragsfreie Dynamik (siehe § 1 Absatz 1 Buchstabe d) vereinbart, gilt diese entsprechend für die wegen Arbeitsunfähigkeit fällig werdende Rente.

Haben Sie die Zahlung einer einmaligen Leistung (siehe § 1 Absatz 1 Buchstabe e) mitversichert, zahlen wir diese nur bei erstmaligen Eintritt einer Berufsunfähigkeit, nicht bei Arbeitsunfähigkeit.

Arbeitsunfähigkeit

(3) Arbeitsunfähigkeit im Sinne dieser Bedingungen liegt vor, wenn

- zum Zeitpunkt der Antragstellung die ärztlich bescheinigte Arbeitsunfähigkeit bereits mindestens vier Monate ununterbrochen bestanden hat und
- anschließend ein Facharzt bescheinigt, dass der Versicherte voraussichtlich ununterbrochen bis zum Ende eines insgesamt sechsmonatigen Zeitraums arbeitsunfähig sein wird.

Hat die Arbeitsunfähigkeit bereits sechs Monate ununterbrochen bestanden, genügt es, wenn eine der Krankmeldungen durch einen Facharzt bescheinigt worden ist.

Die ärztlichen Bescheinigungen für die Arbeitsunfähigkeit müssen der Form entsprechen, wie sie in

- § 5 Entgeltfortzahlungsgesetz („AU-Bescheinigung“) oder
 - den Vorschriften für die Geltendmachung von Krankentagegeld bei den privaten Krankenversicherungen
- vorgesehen sind.

Arbeitsversuche im Rahmen einer stufenweisen Wiedereingliederung gemäß § 74 SGB V stellen keine Unterbrechung der Arbeitsunfähigkeit dar.

Leistungsdauer

(4) Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit erbringen wir, solange

- der Versicherte ununterbrochen arbeitsunfähig im Sinne dieser Bedingungen ist,
- die vereinbarte Leistungsdauer dieser Versicherung nicht abgelaufen ist,
- wir keine Leistungen wegen Berufsunfähigkeit erbringen und
- der Versicherte lebt.

(5) Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit erbringen wir für maximal 24 Monate. Zeiträume, für die bereits Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit erbracht wurden, werden auf diesen maximalen 24-monatigen Leistungszeitraum angerechnet.

Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit werden jeweils befristet für den Zeitraum erbracht, für den ärztliche Bescheinigungen wegen Arbeitsunfähigkeit (siehe Absatz 3) vorgelegt werden. Dabei akzeptieren wir Bescheinigungen bis zu zwei Monaten in die Zukunft. § 2 Absatz 4 gilt nicht bei Arbeitsunfähigkeit.

(6) Der Anspruch auf Beitragsbefreiung und Rente entsteht vorbehaltlich des Absatzes 8 mit Ablauf des Monats, in den der Beginn der Arbeitsunfähigkeit fällt, frühestens jedoch zum vereinbarten Beginn der Zusatzversicherung. Der Anspruch endet mit Beginn des Monats, in dem die Berufsunfähigkeitsleistungen erbracht werden oder mit Ablauf des Monats, in den die letzte Krankmeldung fällt. Sie müssen uns unverzüglich informieren, wenn keine Arbeitsunfähigkeit mehr vorliegt.

(7) Wenn Sie Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit beantragen, müssen Sie nicht gleichzeitig Leistungen wegen Berufsunfähigkeit beantragen. Wir sind allerdings berechtigt, eine Prüfung wegen Berufsunfähigkeit nach §§ 5 ff. dieser Bedingungen durchzuführen.

Wenn wir Leistungen wegen Berufsunfähigkeit erbringen, besteht kein Anspruch auf Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit. Ein gleichzeitiger Bezug von Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit und Berufsunfähigkeit ist ausgeschlossen.

Wenn Berufsunfähigkeit vorliegt, werden die Leistungen wegen Berufsunfähigkeit mit den in diesem Zeitraum bereits vorher erbrachten Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit verrechnet. Bitte beachten Sie: Auf den maximalen 24-monatigen Leistungszeitraum wegen Arbeitsunfähigkeit werden dann diese Zeiträume, für die ursprünglich Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit erbracht wurden, nicht angerechnet. Bei einer erneuten Arbeitsunfähigkeit können deshalb für diese Zeiträume erneut Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit in Anspruch genommen werden.

Werden nach dem Bezug von Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit Leistungen wegen Berufsunfähigkeit beantragt, besteht nicht automatisch auch Anspruch auf Leistungen wegen Berufsunfähigkeit. Dies gilt auch, wenn eine Arbeitsunfähigkeit bereits sechs Monate und länger bestanden hat.

Die Prüfung der Leistungen wegen Berufsunfähigkeit erfolgt ausschließlich nach den in § 2 Absatz 1 beschriebenen Voraussetzungen und den weiteren Regelungen dieser Bedingungen.

Karenzzeit

(8) Ist eine Karenzzeit vereinbart, gilt diese auch bei Arbeitsunfähigkeit. Die Regelungen aus § 1 Absatz 3 gelten entsprechend. War der Versicherte während der Karenzzeit arbeitsunfähig, wird diese Zeit der Arbeitsunfähigkeit auf den maximalen 24-monatigen Leistungszeitraum angerechnet.

Sonstige Regelungen

(9) Wenn Sie Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit beantragen, müssen Sie folgende Unterlagen unverzüglich vorlegen:

- die in Absatz 3 genannten ärztlichen Bescheinigungen wegen Arbeitsunfähigkeit
- auf besondere Aufforderung weitere Angaben, beispielsweise zum Beruf.

Der Antrag ist innerhalb des Arbeitsunfähigkeitszeitraums zu stellen. Eventuell entstehende Kosten müssen Sie tragen.

Wir werden nach Eingang der zuvor genannten vollständigen Unterlagen innerhalb von fünf Arbeitstagen über die Leistungspflicht entscheiden oder Ihnen mitteilen, ob wir weitere Unterlagen benötigen.

(10) Wenn wir Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit erbringen, sind wir berechtigt zu prüfen, ob nach wie vor eine ununterbrochene Arbeitsunfähigkeit des Versicherten vorliegt.

(11) Sie können die Vereinbarung zur Arbeitsunfähigkeit jederzeit zum Ende des laufenden Monats schriftlich kündigen. Voraussetzung ist, dass keine Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit erbracht wurden oder beantragt sind. Ein Rückkaufswert wird bei Kündigung nicht fällig.

(12) Soweit in diesem Paragraphen nichts anderes geregelt ist, gelten die Regelungen dieser Zusatzversicherung entsprechend.

Wenn für Ihren Vertrag Leistungseinschränkungen für Art und Umfang des Versicherungsschutzes vereinbart sind, gelten diese auch für die Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit.

§ 4 In welchen Fällen ist der Versicherungsschutz ausgeschlossen?

(1) Grundsätzlich besteht unsere Leistungspflicht unabhängig davon, wie es zu der Berufsunfähigkeit gekommen ist.

(2) Wir leisten jedoch nicht, wenn die Berufsunfähigkeit verursacht ist:

- a) durch innere Unruhen, sofern der Versicherte auf Seiten der Unruhestifter teilgenommen hat;
- b) unmittelbar oder mittelbar durch Kriegereignisse. Unsere Leistungspflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Versicherte in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen berufsunfähig wird, denen er während eines Aufenthalts außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und an denen er nicht aktiv beteiligt war. Außerdem werden wir leisten, wenn die Berufsunfähigkeit während eines Aufenthalts außerhalb der territorialen Grenzen der NATO-Mitgliedstaaten verursacht wurde und der Versicherte als Mitglied der deutschen Bundeswehr, Polizei oder Bundespolizei mit Mandat der NATO, UNO, EU oder OSZE an deren humanitären Hilfeleistungen oder friedenssichernden Maßnahmen teilgenommen hat;
- c) durch vorsätzliche Ausführung oder den strafbaren Versuch eines Verbrechens oder Vergehens durch den Versicherten. Verkehrsdelikte und fahrlässige Verstöße sind von diesem Ausschluss nicht betroffen;
- d) durch absichtliche Herbeiführung von Krankheit oder Kräfteverfall durch den Versicherten, absichtliche Selbstverletzung oder versuchte Selbsttötung. Wenn uns jedoch nachgewiesen wird, dass diese Handlungen in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden sind, werden wir leisten;

- e) durch eine widerrechtliche Handlung, mit der Sie als Versicherungsnehmer vorsätzlich die Berufsunfähigkeit des Versicherten herbeigeführt haben;
- f) durch Strahlen infolge Kernenergie, die das Leben oder die Gesundheit zahlreicher Menschen derart gefährden oder schädigen, dass zu deren Abwehr und Bekämpfung der Einsatz der Katastrophenschutzbehörde der Bundesrepublik Deutschland oder vergleichbarer Einrichtungen anderer Länder notwendig ist.

§ 5 Welche Mitwirkungspflichten sind zu beachten, wenn Leistungen wegen Berufsunfähigkeit beansprucht werden?

(1) Werden Leistungen aus dieser Zusatzversicherung beansprucht, sind uns auf Ihre Kosten unverzüglich folgende Unterlagen einzureichen:

- a) eine Darstellung der Ursache für den Eintritt der Berufsunfähigkeit;
- b) ausführliche Berichte der Ärzte (z.B. Arztbriefe), die den Versicherten gegenwärtig behandeln bzw. behandelt oder untersucht haben, über Ursache, Beginn, Art, Verlauf und voraussichtliche Dauer des Leidens sowie über den Grad der Berufsunfähigkeit;
- c) Unterlagen über den Beruf des Versicherten, dessen Stellung und Tätigkeit im Zeitpunkt des Eintritts der Berufsunfähigkeit sowie über die eingetretenen Veränderungen.

(2) Wir können außerdem – dann allerdings auf unsere Kosten – weitere ärztliche Untersuchungen durch von uns beauftragte Ärzte sowie notwendige Nachweise – auch über die wirtschaftlichen Verhältnisse (z. B. Steuerbescheide, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Lohn- und Gehaltsabrechnungen) und ihre Veränderungen – verlangen, insbesondere zusätzliche Auskünfte und Aufklärungen. Wenn Sie für eine geforderte Untersuchung aus dem Ausland nach Deutschland reisen müssen, übernehmen wir neben den Untersuchungskosten auch die üblichen Reise- und Unterbringungskosten sowie die im konkreten Einzelfall notwendigen Kosten.

(3) Die Befolgung von ärztlichen Anordnungen ist nicht Voraussetzung für die Anerkennung der Leistungen aus der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung; ausgenommen sind der Einsatz von Hilfsmitteln des täglichen Lebens (z.B. Verwendung von Prothesen, Seh- und Hörhilfen) sowie Heilbehandlungen, die gefahrlos und nicht mit besonderen Schmerzen verbunden sind und sichere Aussicht auf Besserung des Gesundheitszustands bieten. Lässt der Versicherte darüber hinausgehende ärztlich angeordnete, insbesondere operative Behandlungsmaßnahmen zur Heilung oder Minderung der Berufsunfähigkeit nicht durchführen, steht dies einer Anerkennung der Leistungen aus dieser Zusatzversicherung nicht entgegen.

§ 6 Wann geben wir eine Erklärung über unsere Leistungspflicht ab?

(1) Nach Prüfung der uns eingereichten sowie der von uns beigezogenen Unterlagen erklären wir, ob und in welchem Umfang wir eine Leistungspflicht anerkennen. Wir sprechen keine zeitlich begrenzten Anerkenntnisse aus. Wenn Sie mit unserer Leistungsentscheidung nicht einverstanden sind, können Sie Ihren Anspruch innerhalb der dreijährigen Verjährungsfrist nach § 195 BGB geltend machen.

(2) Innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der jeweils zur Prüfung vorgelegten Unterlagen erhalten Sie von uns eine Entscheidung über die Leistungspflicht oder eine Mitteilung darüber, welche weiteren Unterlagen von Ihnen nachzureichen sind bzw. welche weiteren Schritte (z.B. neutrales Gutachten) wir einleiten werden. Während der Prüfung werden wir Sie regelmäßig – mindestens alle sechs Wochen – über den aktuellen Bearbeitungsstand informieren.

(3) Einen durch Überschreiten der in Absatz 2 genannten Frist nachweislich entstandenen Schaden werden wir ersetzen.

§ 7 Was gilt für die Nachprüfung der Berufsunfähigkeit und in welchen Fällen zahlen wir eine Wiedereingliederungshilfe?

(1) Nach Anerkennung oder Feststellung unserer Leistungspflicht sind wir berechtigt, das Fortbestehen der Berufsunfähigkeit und ihren Grad oder die Pflegebedürftigkeit (siehe Anhang "Pflegebedürftigkeit") nachzuprüfen. Dabei sind Gesundheitsveränderungen ebenso zu berücksichtigen wie das konkrete Ausüben einer zumutbaren anderen Tätigkeit im Sinne von § 2 Absatz 1. Dabei können auch neu erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten berücksichtigt werden. Vorübergehende Besserungen bleiben dabei unberücksichtigt; eine Besserung gilt dann nicht als vorübergehend, wenn sie nach drei Monaten noch anhält.

(2) Zur Nachprüfung können wir auf unsere Kosten jederzeit sachdienliche Auskünfte und einmal jährlich umfassende Untersuchungen des Versicherten durch von uns zu beauftragende Ärzte verlangen. Die Bestimmung des § 5 gilt entsprechend.

(3) Ist die Berufsunfähigkeit weggefallen oder unter den Mindestgrad gesunken, werden wir von den Leistungen frei. In diesem Fall legen wir Ihnen die Veränderung dar und teilen Ihnen die Einstellung unserer Leistungen mit. Die Einstellung unserer Leistungen wird mit Ablauf des dritten Monats nach Zugang unserer Erklärung bei Ihnen wirksam, frühestens jedoch zu Beginn der darauf folgenden Rentenzahlungsperiode. Zu diesem Zeitpunkt muss auch die Beitragszahlung wieder aufgenommen werden, frühestens zu Beginn des folgenden Beitragszahlungsabschnitts. Beitragsanteile für eine einmalige Leistung (gemäß § 1 Absatz 1 Buchstabe e) sind nicht mehr zu entrichten.

(4) Wenn unsere Leistungspflicht endet, weil der Versicherte aufgrund neu erworbener beruflicher Fähigkeiten wieder eine Tätigkeit konkret ausübt, die seiner Lebensstellung vor Eintritt der Berufsunfähigkeit entspricht, zahlen wir als besondere Wiedereingliederungshilfe einen einmaligen Betrag in Höhe von sechs Monatsrenten. Voraussetzung für die Zahlung der Wiedereingliederungshilfe ist, dass eine Rente mitversichert ist und dass bei Entstehen des Anspruchs auf Wiedereingliederungshilfe die verbleibende Leistungsdauer für die Rente noch mindestens zwölf Monate beträgt. Bei Wiedereintritt der Berufsunfähigkeit aus gleichem medizinischen Grund innerhalb von sechs Monaten wird die Wiedereingliederungshilfe auf neu entstehende Rentenansprüche angerechnet. Die Wiedereingliederungshilfe kann während der Dauer dieser Zusatzversicherung mehrmals beansprucht werden.

§ 8 Was gilt bei Verletzung der Mitwirkungspflicht nach Eintritt der Berufsunfähigkeit?

Solange eine Mitwirkungspflicht nach § 5 oder § 7 von Ihnen oder dem Versicherten vorsätzlich nicht erfüllt wird, sind wir von der Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung einer Mitwirkungspflicht sind wir berechtigt, unsere Leistung in einem der Schwere des Verschuldens entsprechendem Verhältnis zu kürzen. Dies gilt nicht, wenn Sie uns nachweisen, dass Sie die Mitwirkungspflicht nicht grob fahrlässig verletzt haben. Die Ansprüche aus der Zusatzversicherung bleiben jedoch insoweit bestehen, als die Verletzung ohne Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ist. Wenn die Mitwirkungspflicht später erfüllt wird, sind wir ab Beginn des laufenden Monats nach Maßgabe dieser Bedingungen zur Leistung verpflichtet. Die vollständige oder teilweise Leistungsfreiheit tritt nur ein, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben.

§ 9 Können die Beiträge für diese Zusatzversicherung angehoben werden?

Von der Möglichkeit des § 163 Versicherungsvertragsgesetz (VVG), bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Beiträge für diese Zusatzversicherung anzuhöhen bzw. die Leistungen zu kürzen, werden wir keinen Gebrauch machen.

§ 10 Welche Besonderheiten gelten für die Überschussbeteiligung Ihrer Zusatzversicherung?

(1) Sie erhalten gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) eine Überschussbeteiligung. Dafür gelten die Regelungen zur Überschussbeteiligung in den Allgemeinen Bedingungen Ihrer Hauptversicherung.

Nachfolgend erläutern wir Ihnen die Besonderheiten der Überschussbeteiligung dieser Zusatzversicherung.

(2) Wichtigster Einflussfaktor vor Eintritt einer Berufsunfähigkeit ist die Entwicklung des versicherten Risikos und der Kosten. Überschüsse entstehen insbesondere, wenn die Aufwendungen für das Berufsunfähigkeitsrisiko und die Kosten sich günstiger entwickeln als bei der Tarifkalkulation zugrunde gelegt.

(3) Die Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt bei vorzeitiger Beendigung der Hauptversicherung durch Tod oder Kündigung, spätestens bei Ablauf der Hauptversicherung bzw. bei Altersrentenbeginn. Die Verwendung des fälligen Betrags richtet sich nach der Hauptversicherung.

Den Anteil Ihres Vertrags an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven (Beteiligungsprozentsatz) ermitteln wir einmal jährlich zum Ende eines Kalenderjahrs.

Die Höhe Ihrer Beteiligung an den Bewertungsreserven ergibt sich aus dem gesetzlich festgelegten Anteil² der verteilungsfähigen Bewertungsreserven multipliziert mit dem für Ihren Vertrag ermittelten Beteiligungsprozentsatz (aktueller Beteiligungswert).

Da in der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung keine oder allenfalls geringfügige Beträge zur Verfügung stehen, um Kapital zu bilden, entstehen keine oder nur geringfügige Bewertungsreserven. Aufgrund von Kapitalmarktschwankungen und damit verbundenen Schwankungen der Bewertungsreserven kann der aktuelle Beteiligungswert höher oder niedriger ausfallen oder sogar ganz entfallen. Auch aufsichtsrechtliche Regelungen können dazu führen, dass die Beteiligung an den Bewertungsreserven ganz oder teilweise entfällt.

Während der Bezugszeit einer Berufsunfähigkeitsrente erfolgt die Beteiligung an den Bewertungsreserven jährlich im Rahmen der Überschussbeteiligung durch eine Erhöhung des Zinsüberschussanteils. Der zusätzliche Überschussatz wird jährlich neu ermittelt und im Geschäftsbericht ausgewiesen. Dieser Satz kann aufgrund von Kapitalmarktschwankungen und damit verbundenen Schwankungen der Bewertungsreserven höher oder niedriger ausfallen oder sogar ganz entfallen.

(4) Die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung ist grundsätzlich gesondert am Überschuss beteiligt. Die Bemessungsgrößen für die Überschussanteile (z.B. der Beitrag) werden nach versicherungsmathematischen Regeln mit den Rechnungsgrundlagen der Tarifkalkulation ermittelt. Bei der Tarifkalkulation haben wir ausschließlich unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Wahrscheinlichkeitstafeln (bezüglich Sterblichkeit, Invalidität und Reaktivierung) verwendet und als garantierten Rechnungszins für die Berechnung der Beiträge und des Deckungskapitals 1,25 % p.a. angesetzt; dies ist der Höchstzinssatz gemäß § 2 der derzeitigen Fassung der Deckungsrückstellungsverordnung. Wir veröffentlichen die Regelungen zur Überschussbeteiligung und die Höhe der Überschussanteilsätze in unserem Geschäftsbericht, den Sie bei uns anfordern können.

Während des Zeitraums, für den keine Berufsunfähigkeitsleistungen erbracht werden (Aktivitätszeit)

Während der Aktivitätszeit erhält Ihre Zusatzversicherung einen jährlichen Überschussanteil in Prozent des Beitrags für diese Zusatzversicherung (ohne Berücksichtigung von Zuschlägen). Die Höhe des Überschussanteils wird jedes Jahr vom Vorstand unseres Unternehmens auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars festgesetzt und richtet sich im Wesentlichen nach den tatsächlich erbrachten Versicherungsleistungen aller in dem Gewinnverband enthaltenen Versicherungen. Bei gleich bleibender Überschussfestsetzung ergibt sich jedoch ein über die Versicherungsdauer konstanter Überschussanteil. Für die Verwendung der jährlichen Überschussanteile während der Aktivitätszeit kann – getrennt für Beitragsbefreiung und gegebenenfalls mitversicherte Rente – eine der folgenden Verwendungsformen vereinbart sein:

- a) Beitragsverrechnung oder
- b) Einrechnung in die Hauptversicherung.

Bei dem Tarif BZ10 können Sie alternativ die folgende Verwendungsform vereinbaren:

- c) Verzinsliche Ansammlung.

a) Beitragsverrechnung

In der Aktivitätszeit wird der jährliche Überschussanteil mit den fälligen Beiträgen gleichmäßig verrechnet. Dadurch ergibt sich eine Beitragsreduzierung bereits ab Versicherungsbeginn. Werden bei Eintritt der Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Beitragsfreistellung innerhalb eines Versicherungsjahrs überzahlte Beiträge zurückerstattet, bemisst sich die Rückerstattung an dem reduzierten Beitrag. Die Verrechnung der Überschussanteile mit den Beiträgen ist nur möglich, solange laufende Beiträge gezahlt werden; während einer beitragsfreien Aktivitätszeit werden die Überschussanteile in die Hauptversicherung eingerechnet (siehe b).

b) Einrechnung in die Hauptversicherung

Bei dem Tarif BZ10 werden die jährlichen Überschussanteile während der Aktivitätszeit nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahrs in die Überschussbeteiligung der Hauptversicherung eingerechnet und erhöhen dort die versicherten Leistungen. Als Ausgleich für die gegenüber der Beitragsverrechnung (siehe a) spätere Zuteilung der Überschüsse erhalten Sie höhere jährliche Überschussanteile. Wurde bei der Hauptversicherung die Überschussverwendungsart "Investmentfonds" vereinbart und für diese Zusatzversicherung "Einrechnung in die Hauptversicherung", werden die jährlichen Überschussanteile ebenfalls zum Kauf von Fondsanteilen verwendet.

Bei dem Tarif BZ11 wird der Überschussanteil während der Aktivitätszeit in gleichen monatlichen Teilbeträgen zu Beginn eines jeden Versicherungsmonats in die Hauptversicherung eingerechnet; somit erhöht sich das Guthaben Ihrer fondsgebundenen Rentenversicherung.

c) Verzinsliche Ansammlung (nur bei dem Tarif BZ10)

Die nach Ablauf eines jeden Versicherungsjahrs zugeteilten jährlichen Überschussanteile werden während der Aktivitätszeit verzinslich angesammelt. Das so gebildete Guthaben wird mit dem garantierten Rechnungszins von 1,25 % p.a. verzinst. Darüber hinaus erhält Ihre Zusatzversicherung zu Beginn eines Versicherungsjahrs einen jährlich festgesetzten Ansammlungsüberschussanteil in Prozent des verzinslich angesammelten Guthabens zum Vorjahresbeginn. Als Ausgleich für die gegenüber der Beitragsverrechnung (siehe a) spätere Zuteilung der Überschüsse erhalten Sie höhere jährliche Überschussanteile. Das angesammelte Guthaben wird bei Tod, Kündigung oder Ablauf der Hauptversicherung ausgezahlt und gemäß Absatz 3 ebenfalls an den Bewertungsreserven beteiligt. Bei Rentenversicherungen wird das Guthaben zu Rentenbeginn inklusive der Beteiligung an den Bewertungsreserven bei der Berechnung der Überschussrente berücksichtigt. Das angesammelte Guthaben wird während einer Leistungszeit oder nach Ablauf der Zusatzversicherung bis zur Auszahlung bzw. Berechnung der Überschussrente weiterverzinst. Die Verzinsung erfolgt in diesem Zeitraum ebenfalls mit dem garantierten Rechnungszins und dem Ansammlungsüberschussanteil.

Während des Zeitraums, für den Berufsunfähigkeitsleistungen erbracht werden (Leistungszeit)

Während der Leistungszeit wird der jährliche Überschussanteil einer ggf. mitversicherten Rente für eine Erhöhung der Berufsunfähigkeitsleistungen verwendet. Dadurch ergibt sich eine steigende Leistung (Rentenzuwachs). Bei Wahl der garantierten Rentensteigerung im Leistungsfall (siehe § 1 Absatz 1 Buchstabe c) gilt diese auch für den Rentenzuwachs. Die Rentensteigerungen sind ebenfalls überschussberechtig. Der Rentenzuwachs wird erstmals – gegebenenfalls anteilig – zu Beginn des nach Eintritt der Berufsunfähigkeit folgenden Versicherungsjahrs zugeteilt. Der Rentenzuwachs wird zusammen mit der Rente in gleichen Raten ausgezahlt. Der jährliche Überschussanteil, der auf die Beitragsbefreiung entfällt, wird in die Überschussbeteiligung der Hauptversicherung eingerechnet und erhöht dort die versicherten Leistungen bzw. das Vertragsguthaben. Der Rentenzuwachs wird nach den für die Versicherung geltenden versicherungsmathematischen Grundlagen kalkuliert, d.h. es werden unternehmenseigene vom Geschlecht unabhängige Wahrscheinlichkeitstafeln und ein garantierter Rechnungszins von 1,25 % p.a. für die Berechnung des Rentenzuwachses und des Deckungskapitals verwendet.

² Die derzeitige Fassung des VVG sieht einen gesetzlich festgelegten Anteil der verteilungsfähigen Bewertungsreserven von 50 % vor (siehe § 153 Absatz 3 VVG).

Endet unsere Leistungspflicht aus dieser Zusatzversicherung (siehe § 7 Absatz 3), bleibt der Anspruch auf den erreichten Rentenzuwachs bei erneutem Eintritt der Berufsunfähigkeit in voller Höhe erhalten.

§ 11 Wie ist das Verhältnis zur Hauptversicherung?

(1) Die Zusatzversicherung bildet mit der Versicherung, zu der sie abgeschlossen worden ist (Hauptversicherung), eine Einheit; sie kann vorbehaltlich des Absatzes 8 ohne die Hauptversicherung nicht fortgesetzt werden. Spätestens wenn der Versicherungsschutz aus der Hauptversicherung endet, bei Rentenversicherungen spätestens mit Rentenbeginn, erlischt auch die Zusatzversicherung.

Kündigung

(2) Eine Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung können Sie zusammen mit der Hauptversicherung oder für sich allein kündigen; eine beitragspflichtige Zusatzversicherung kann in den letzten fünf Versicherungsjahren jedoch nur zusammen mit der Hauptversicherung gekündigt werden. Einen Rückkaufswert aus der Zusatzversicherung – soweit vorhanden – erhalten Sie nur, wenn zum Zeitpunkt der Kündigung keine Leistungen wegen Berufsunfähigkeit erbracht werden.

Kündigen Sie die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung zusammen mit der Hauptversicherung und wandelt sich dadurch die Hauptversicherung in eine beitragsfreie Versicherung um, wird auch die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung beitragsfrei gestellt (siehe Absätze 3 und 4).

Der Rückkaufswert ist das nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik mit den Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation berechnete Deckungskapital der Zusatzversicherung für den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird. Mindestens erstatten wir jedoch den Betrag des Deckungskapitals, der sich bei gleichmäßiger Verteilung der unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Höchstzillmersätze angesetzten Abschluss- und Vertriebskosten auf die ersten fünf Vertragsjahre – bei kürzeren Beitragszahlungsdauern jedoch längstens bis zum Ende der Beitragszahlung – ergibt. Von dem so ermittelten Wert werden eine Stornogebühr sowie rückständige Beiträge abgezogen. Die Stornogebühr beträgt 15 % des Deckungskapitals zuzüglich 25 % des Deckungskapitals multipliziert mit dem Verhältnis zwischen ausstehender Beitragszahlungsdauer und ausstehender Versicherungsdauer. Dabei werden diejenigen Dauern zugrunde gelegt, die bei unveränderter Fortführung der Zusatzversicherung zum Zeitpunkt der Kündigung bzw. der Beitragsfreistellung gegolten hätten. Die Stornogebühr ist zulässig, wenn sie angemessen ist. Dies ist im Zweifel von uns nachzuweisen. Wir halten die Stornogebühr für angemessen, weil mit ihr die Veränderung der Risikolage des verbleibenden Versicherungsbestands ausgeglichen wird. Zudem wird damit ein Ausgleich für kollektiv gestelltes Risikokapital vorgenommen. Wenn Sie uns nachweisen, dass die aufgrund Ihrer Kündigung von uns abgezogene Stornogebühr wesentlich niedriger liegen muss, wird diese entsprechend herabgesetzt. Wenn Sie uns nachweisen, dass die Stornogebühr nicht gerechtfertigt ist, entfällt diese. Die Höhe der Stornogebühr in Euro ist in der im Versicherungsschein enthaltenen Aufstellung der garantierten Rückkaufswerte genannt.

Beitragsfreistellung

(3) Eine Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung können Sie nur zusammen mit der Hauptversicherung in eine beitragsfreie Versicherung umwandeln. Bei Tarif BZ10 wird das Verhältnis zwischen der Berufsunfähigkeitsrente und der Leistung aus der Hauptversicherung durch die Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung nicht verändert. Bei Beitragsfreistellung wird der Rückkaufswert analog zu Absatz 2 nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik für den Zeitpunkt, zu dem die Beitragsfreistellung wirksam wird, aus dem Deckungskapital der Zusatzversicherung berechnet, wobei eine Stornogebühr abgezogen wird. Dieser so berechnete Betrag wird nach Abzug der rückständigen Beiträge für die Bildung der beitragsfreien Versicherungsleistungen verwendet. Eine ggf. mitversicherte einmalige Leistung wird bei Beitragsfreistellung im gleichen Verhältnis herabgesetzt wie die versicherte Berufsunfähigkeitsrente.

(4) Eine Fortführung der Zusatzversicherung unter Befreiung von der Beitragszahlungspflicht gemäß Absatz 3 ist allerdings nur möglich, wenn die beitragsfreie Rente jährlich mindestens 600 EUR beträgt. Anderenfalls erlischt die Zusatzversicherung und ein ggf. vorhandener Rückkaufswert (siehe Absatz 2) wird bei dem Tarif BZ10 zur Erhöhung der beitragsfreien

Leistung der Hauptversicherung verwendet. Bei dem Tarif BZ11 wird ein ggf. vorhandener Rückkaufswert (siehe Absatz 2) zur Erhöhung des Vermögensguthabens der fondsgebundenen Rentenversicherung verwendet; dadurch ändert sich eine festgelegte Garantie nicht.

(5) Bei Herabsetzung der versicherten Leistung aus der Hauptversicherung gelten die Absätze 2 bis 4 entsprechend.

Wiederinkraftsetzung

(6) Die beitragsfreie Zusatzversicherung können Sie zusammen mit der Hauptversicherung ohne erneute Risikoprüfung wieder in Kraft setzen. Voraussetzung ist, dass Sie dies innerhalb von sechs Monaten seit dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Beitragsfreistellung beantragen, innerhalb dieser sechs Monate den gesamten Beitragsrückstand ausgleichen und dass der Versicherungsfall bis zur Zahlung des gesamten Beitragsrückstands noch nicht eingetreten ist.

Hat sich die Berufsunfähigkeitsrente aufgrund einer Beitragsfreistellung oder Kündigung durch den Versicherungsnehmer reduziert oder ist die Zusatzversicherung erloschen und soll der Berufsunfähigkeitsschutz wiederhergestellt werden, können Sie – anstelle einer Wiederinkraftsetzung (siehe Sätze 1 und 2) – innerhalb von sechs Monaten den Berufsunfähigkeitsschutz des Versicherten durch den Abschluss einer selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung oder einer Rentenversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung bis zur ursprünglichen Höhe ohne erneute Risikoprüfung wieder aufstocken. Der Abschluss der neuen Versicherung erfolgt im Rahmen der zu diesem Zeitpunkt für unsere Tarife geltenden Regelungen und Bedingungen. Dies schließt auch die dann geltenden Regelungen zur Nachversicherungs- und Ausbaugarantie ein. Der Beginn der Frist für die Ausübung der Ausbaugarantie richtet sich dabei nach dem ursprünglichen Vertrag. Es gelten die entsprechenden Steuervorschriften. Für den Abschluss der neuen Versicherung darf keine Berufsunfähigkeit des Versicherten vorliegen. Der Beitrag richtet sich nach der Risikoeinstufung des zuletzt abgeschlossenen Vertrags. Sind innerhalb des zuletzt abgeschlossenen Vertrags zusätzliche Leistungseinschränkungen vereinbart, gelten diese auch für die neue Berufsunfähigkeits(-Zusatz)versicherung.

Den Neuabschluss gewähren wir im Vertrauen darauf, dass Sie bei Ihren früheren Verträgen mit unserem Hause die vorvertragliche Anzeigepflicht ordnungsgemäß erfüllt haben. Wenn wir bei einem der früher mit uns abgeschlossenen Verträge eine vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung feststellen, gelten die Regelungen des § 6 der Allgemeinen Bedingungen der Hauptversicherung.

Sonstige Regelungen

(7) Erbringen wir Leistungen aus der Zusatzversicherung, berechnen wir die Leistung aus der Hauptversicherung (Rückkaufswert, beitragsfreie Versicherungsleistung und Überschussbeteiligung der Hauptversicherung) so, als ob Sie den Beitrag unverändert weiter gezahlt hätten.

(8) Ansprüche aus der Zusatzversicherung, die auf bereits vor Kündigung oder Beitragsfreistellung der Hauptversicherung eingetretener Berufsunfähigkeit beruhen, werden durch Kündigung oder Beitragsfreistellung der Hauptversicherung nicht berührt.

(9) Ansprüche aus der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung können Sie nicht abtreten oder verpfänden.

(10) Abweichend zu § 6 Absatz 13 der Allgemeinen Bedingungen für die Hauptversicherung können wir binnen fünf Jahren seit Vertragsabschluss von diesem Zusatzvertrag zurücktreten, wenn Umstände, die für die Übernahme des Versicherungsschutzes von Bedeutung sind, von Ihnen oder dem Versicherten nicht oder nicht richtig angegeben worden sind. Ansonsten verbleibt es bei der weiteren Regelung in § 6 Absatz 13 der Allgemeinen Bedingungen für die Hauptversicherung.

(11) Für Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen in Verbindung mit einer fondsgebundenen Rentenversicherung (Tarif BZ11) gilt abweichend von den Allgemeinen Bedingungen für Ihre Hauptversicherung (siehe Paragraph „Wie werden die Abschluss- und Vertriebskosten verrechnet?“) das Verrechnungsverfahren nach § 4 der derzeitigen Fassung der Deckungsrückstellungsverordnung. Dabei werden die ersten Beiträge zur Tilgung eines Teils der Abschluss- und Vertriebskosten herangezogen, soweit die Beiträge nicht für Leistungen im Versicherungsfall, Kosten des Versicherungsbetriebs in der jeweiligen Versicherungsperiode und für die

Bildung einer Deckungsrückstellung aufgrund von § 25 Absatz 2 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen in Verbindung mit § 169 Absatz 3 VVG bestimmt sind. Der auf diese Weise zu tilgende Betrag ist nach der Deckungsrückstellungsverordnung auf 2,5 % der von Ihnen während der Laufzeit des Vertrags zu zahlenden Beiträge beschränkt. Die beschriebene Kostenverrechnung hat wirtschaftlich zur Folge, dass in der Anfangszeit Ihrer Zusatzversicherung kein Rückkaufswert und keine oder nur geringe Mittel zur Bildung einer beitragsfreien Berufsunfähigkeitsrente vorhanden sind, mindestens jedoch die nach Absatz 2 berechneten Beträge. Eine Aufstellung der garantierten beitragsfreien Renten ist im Versicherungsschein enthalten.

(12) Soweit in diesen Bedingungen nichts anderes bestimmt ist, finden die Bedingungen und Bestimmungen für die Hauptversicherung sinngemäß Anwendung.

§ 12 Welche Gestaltungsmöglichkeiten bietet Ihre Zusatzversicherung?

Auch nach dem Abschluss einer Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung bleiben Sie als Versicherungsnehmer in der Gestaltung Ihrer Zusatzversicherung flexibel. Sie können den Versicherungsschutz während der Vertragslaufzeit den zukünftigen privaten und beruflichen Entwicklungen im Rahmen der folgenden Gestaltungsmöglichkeiten anpassen³.

Nachversicherungsgarantie

Der bestehende Berufsunfähigkeitsschutz kann unter bestimmten Voraussetzungen ohne erneute Risikoprüfung durch den Abschluss einer selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung oder einer Rentenversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (Nachversicherung) erweitert werden. Haben Sie eine Rentenversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung gewählt, ist eine erneute Risikoprüfung nur erforderlich, sofern der jährliche Hauptversicherungsbeitrag für die innerhalb der letzten fünf Jahre im Rahmen der Nachversicherungs- und Ausbaugarantie abgeschlossenen Verträge die Summe von 12.000 EUR übersteigt.

Die Nachversicherungsgarantie für den Berufsunfähigkeitsschutz besteht nur, wenn:

- das Alter des Versicherten zum Zeitpunkt der Ausübung der Nachversicherungsgarantie nicht höher als 50 Jahre ist,
- eine ggf. eingeschlossene neue Jahresrente innerhalb einer Nachversicherung mindestens 600 EUR bzw. bei Abschluss einer selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung mindestens 1.800 EUR beträgt,
- die neue Jahresrente nicht mehr als 6.000 EUR beträgt,
- die gesamte Jahresrente⁴ aus allen bei uns bestehenden Versicherungen (einschl. der neu abgeschlossenen Berufsunfähigkeitsrente) nicht mehr als 30.000 EUR beträgt,
- die Relation einer ggf. mitversicherten einmaligen Leistung zur neuen Jahresrente nicht höher ist als bei der ursprünglichen Versicherung,
- eine angemessene Relation zum Einkommen nicht überschritten wird (d.h. die gesamte Jahresrente einschließlich der neu abgeschlossenen Berufsunfähigkeitsrente und einschließlich anderweitig bestehender Berufsunfähigkeitsanwartschaften darf 70 % des letzten jährlichen Bruttoeinkommens des Versicherten bzw. bei Selbständigen 70 % des durchschnittlichen Gewinns vor Steuern der letzten drei Jahre nicht übersteigen),

³ Bei Verträgen der betrieblichen Altersversorgung und/oder daraus privat fortgeführten Versicherungen entfallen die Nachversicherungs- und Ausbaugarantie dann, wenn bei Aufnahme in die Versicherung eine nur vereinfachte Gesundheitsprüfung (Dienstobliegenheitserklärung, Erweiterte Dienstobliegenheitserklärung oder verkürzter Gesundheitsfragebogen) erfolgte. Im Übrigen dürfen bei Verträgen der betrieblichen Altersversorgung die steuerlichen Höchstbeiträge (§ 3 Nr. 63 EStG, 40b EStG) durch die Nachversicherung oder den Ausbau nicht überschritten werden.

⁴ Bei der Festsetzung der Obergrenze bleiben bereits erfolgte Erhöhungen im Rahmen der Dynamik stets unberücksichtigt.

- keine Berufsunfähigkeit des Versicherten nach § 2 vorliegt und
- keine Arbeitsunfähigkeit des Versicherten nach § 3 vorliegt, sofern Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit vereinbart sind.

Sofern für den Versicherten eines der folgenden Ereignisse zutrifft, kann innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt des Ereignisses eine Nachversicherung beantragt werden:

- Heirat oder Eintragung einer Lebenspartnerschaft
- Geburt oder Adoption eines Kindes
- Scheidung oder Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft
- Beginn eines Studiums
- Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit nach der Berufsausbildung oder nach Erreichen eines akademischen Abschlusses
- Abschluss einer akademischen Weiterqualifizierung (beispielsweise Facharzt Ausbildung, Bachelor, Master, Staatsexamen); dies gilt für Akademiker, die eine ihrer Ausbildung entsprechende berufliche Tätigkeit ausüben
- Wechsel in eine berufliche Selbständigkeit (Hauptberuf)
- Befreiung des selbständigen Handwerkers von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zu dem Zeitpunkt, in dem die Mindestpflichtversicherungszeit erfüllt ist
- Wegfall der Pflichtmitgliedschaft in einem Versorgungswerk
- Reduzierung oder Wegfall einer betrieblichen Altersversorgung
- Abschluss eines Kauf- oder Darlehensvertrags über mindestens 50.000 EUR in Verbindung mit dem Kauf bzw. Aus-/Umbau von eigen genutztem Wohneigentum sowie von fremd oder gewerblich genutzten Immobilien
- Überschreiten der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung
- Nachhaltige Steigerung des Bruttojahreseinkommens bei Nicht-Selbständigen um mindestens 10 % im Vergleich zum Vorjahreseinkommen
- Nachhaltige Steigerung des durchschnittlichen Gewinns vor Steuern der letzten drei Jahre bei Selbständigen um mindestens 30 % im Vergleich zum durchschnittlichen Gewinn vor Steuern der drei davor liegenden Jahre

Nach Ablauf der sechsmonatigen Frist ist eine erneute Risikoprüfung erforderlich.

Ausbaugarantie

Innerhalb von fünf Jahren nach Vertragsbeginn kann die versicherte Berufsunfähigkeitsrente ohne erneute Risikoprüfung durch den Abschluss einer selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung oder einer Rentenversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung erweitert werden. Ist das Alter des Versicherten bei Vertragsbeginn unter 15 Jahren, besteht die Ausbaugarantie bis zum Alter 20. Haben Sie eine Rentenversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung gewählt, ist eine erneute Risikoprüfung nur erforderlich, sofern der jährliche Hauptversicherungsbeitrag für die innerhalb der letzten fünf Jahre im Rahmen der Nachversicherungs- und Ausbaugarantie abgeschlossenen Verträge die Summe von 12.000 EUR übersteigt.

Die Ausbaugarantie für den Berufsunfähigkeitsschutz besteht nur, wenn

- das Alter des Versicherten zum Zeitpunkt der Ausübung der Ausbaugarantie nicht höher als 35 Jahre ist,
- eine ggf. eingeschlossene neue Jahresrente mindestens 600 EUR bzw. bei Abschluss einer selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung mindestens 1.800 EUR beträgt,
- die gesamte Jahresrente⁴ aus allen bei uns bestehenden Versicherungen (einschl. der neu abgeschlossenen Berufsunfähigkeitsrente) nicht mehr als 30.000 EUR beträgt

- eine angemessene Relation zum Einkommen nicht überschritten wird (d.h. die gesamte Jahresrente einschließlich der neu abgeschlossenen Berufsunfähigkeitsrente und einschließlich anderweitig bestehender Berufsunfähigkeitsanwartschaften darf 70 % des letzten jährlichen Bruttoeinkommens des Versicherten bzw. bei Selbständigen 70 % des durchschnittlichen Gewinns vor Steuern der letzten drei Jahre nicht übersteigen),
- keine Berufsunfähigkeit des Versicherten nach § 2 vorliegt und
- keine Arbeitsunfähigkeit des Versicherten nach § 3 vorliegt, sofern Leistungen wegen Arbeitsunfähigkeit vereinbart sind.

Allgemeines Nachversicherungs- und Ausbaugarantie

Für den Abschluss einer Versicherung im Rahmen der Nachversicherungs- oder Ausbaugarantie gelten die zu diesem Zeitpunkt gültigen Tarife, Versicherungsbedingungen und Steuerregelungen; der Beitrag richtet sich nach der Risikoeinstufung des zuletzt abgeschlossenen Vertrags. Sind dort zusätzliche Leistungseinschränkungen vereinbart, gelten diese auch für Verträge, die über die Nachversicherungs- oder Ausbaugarantie abgeschlossen werden.

Im Rahmen der für unsere Tarife geltenden Regelungen kann für den neu abgeschlossenen Vertrag eine Dynamik vereinbart werden und – sofern bisher ein Schlussalter von mindestens 60 Jahren vereinbart wurde – ein neues Schlussalter von bis zu 67 Jahren.

Für Verträge, die im Rahmen der Nachversicherungs- oder Ausbaugarantie abgeschlossen wurden, entfallen die Nachversicherungs- und Ausbaugarantie.

Die Nachversicherungs- und Ausbaugarantie gewähren wir im Vertrauen darauf, dass Sie bei Ihren früheren Verträgen mit unserem Hause die vorvertragliche Anzeigepflicht ordnungsgemäß erfüllt haben. Wenn wir bei einem der früher mit uns abgeschlossenen Verträge eine vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung feststellen, gelten die Regelungen des § 6 der Allgemeinen Bedingungen für die Hauptversicherung.

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel

Anhang "Pflegebedürftigkeit"

Ihre Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung bietet auch Versicherungsschutz, wenn die Berufsunfähigkeit in Form von Pflegebedürftigkeit vorliegt. Im Fall der Pflegebedürftigkeit gelten die Bedingungen der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ) entsprechend mit folgenden ergänzenden Vereinbarungen:

I) Vereinbarung zu § 1 Absatz 1 BUZ

Wird der Versicherte während der Dauer der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung infolge Pflegebedürftigkeit nach Ziffern IV oder V berufsunfähig und liegt der Grad der Berufsunfähigkeit unter dem Mindestgrad, erbringen wir dennoch die vollen Leistungen aus der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

II) Vereinbarung zu § 1 Absatz 2 BUZ

Tritt die Pflegebedürftigkeit gemäß Ziffer V ein, erbringen wir unsere Leistungen vorbehaltlich des § 1 Absatz 3 BUZ (Karenzzeit) rückwirkend ab Beginn des dort vorausgesetzten sechsmonatigen Zeitraums.

III) Vereinbarung zu § 1 Absatz 4 BUZ

Der Anspruch auf die versicherten Leistungen erlischt,

- wenn bei Berufsunfähigkeit infolge Pflegebedürftigkeit keiner der Punkte nach dem Bewertungsmaßstab in Ziffer V mehr zutrifft oder
- wenn der Versicherte stirbt oder
- bei Ablauf der vereinbarten Leistungsdauer.

IV) Vereinbarung zu § 2 Absatz 1 BUZ

Berufsunfähigkeit infolge Pflegebedürftigkeit liegt vor, wenn der Versicherte infolge Krankheit, Körperverletzung oder Kräfteverfalls voraussichtlich sechs Monate ununterbrochen so hilflos ist, dass er für mindestens eine der in Ziffer V genannten gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem Umfang täglich der Hilfe einer anderen Person bedarf. Die Pflegebedürftigkeit ist ärztlich nachzuweisen.

V) Vereinbarung zu § 2 Absatz 4 BUZ

Ist der Versicherte sechs Monate ununterbrochen pflegebedürftig gewesen und benötigt er täglich Hilfe durch eine andere Person bei mindestens einer der nachfolgend genannten Verrichtungen, gilt die Fortdauer dieses Zustands als Berufsunfähigkeit. Wir erbringen in diesem Fall unsere Leistungen rückwirkend ab Beginn dieses sechsmonatigen Zeitraums.

Bewertungsmaßstab für die Einstufung des Pflegefalls ist die Art und der Umfang der erforderlichen täglichen Hilfe durch eine andere Person. Bei der Bewertung wird die nachstehende Punktetabelle zugrunde gelegt:

Der Versicherte benötigt Hilfe beim . . .

- Fortbewegen im Zimmer 1 Punkt
Hilfebedarf liegt vor, wenn der Versicherte – auch bei Inanspruchnahme einer Gehhilfe oder eines Rollstuhls – die Unterstützung einer anderen Person für die Fortbewegung benötigt.
- Aufstehen und Zubettgehen 1 Punkt
Hilfebedarf liegt vor, wenn der Versicherte nur mit Hilfe einer anderen Person das Bett verlassen oder in das Bett gelangen kann.
- Einnehmen von Mahlzeiten und Getränken 1 Punkt
Hilfebedarf liegt vor, wenn der Versicherte – auch bei Benutzung krankengerechter Essbestecke und Trinkgefäße – nicht ohne Hilfe einer anderen Person essen oder trinken kann.
- Verrichten der Notdurft 1 Punkt
Hilfebedarf liegt vor, wenn der Versicherte die Unterstützung einer anderen Person benötigt, weil er
 - sich nach dem Stuhlgang nicht allein säubern kann,
 - seine Notdurft nur unter Zuhilfenahme einer Bettschüssel verrichten kann oder weil
 - der Darm bzw. die Blase nur mit fremder Hilfe entleert werden kann.

Besteht allein eine Inkontinenz des Darms bzw. der Blase, die durch die Verwendung von Windeln oder speziellen Einlagen ausgeglichen werden kann, liegt hinsichtlich der Verrichtung der Notdurft keine Pflegebedürftigkeit vor.

Unabhängig von der Bewertung aufgrund der Punktetabelle leisten wir, wenn der Versicherte wegen einer seelischen Erkrankung oder geistigen Behinderung sich oder andere gefährdet und deshalb ständiger Beaufsichtigung bei Tag und Nacht bedarf. Das gleiche gilt für einen Versicherten, der dauernd bettlägerig ist und nicht ohne Hilfe einer anderen Person aufstehen kann.

Vorübergehende Besserungen bleiben unberücksichtigt; eine Besserung gilt dann nicht als vorübergehend, wenn sie nach drei Monaten noch anhält.

VI) Vereinbarung zu § 5 Absatz 1 BUZ

Zusätzlich zu den Unterlagen gemäß Buchstaben a bis c ist bei Pflegebedürftigkeit eine Bescheinigung der Person oder der Einrichtung, die mit der Pflege betraut ist, über Art und Umfang der Pflege einzureichen.

VII) Vereinbarung zu § 7 Absatz 4 BUZ

Liegt Berufsunfähigkeit infolge Pflegebedürftigkeit vor und ergibt unsere Nachprüfung, dass keiner der Punkte nach dem Bewertungsmaßstab in Ziffer V mehr zutrifft, werden wir vorbehaltlich eines Leistungsanspruchs

aus § 2 BUZ von den Leistungen frei. In diesem Fall legen wir Ihnen die Veränderung dar und teilen Ihnen die Einstellung unserer Leistungen mit. Die Einstellung der Leistungen wird mit Ablauf des dritten Monats nach Zugang unserer Erklärung bei Ihnen wirksam, frühestens jedoch zu Beginn der darauf folgenden Rentenzahlungsperiode. Zu diesem Zeitpunkt muss auch die Beitragszahlung wieder aufgenommen werden.

Bedingungen für den vorläufigen Versicherungsschutz

Druck-Nr. pm 2610 – 03.2015

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

als Mitglied unserer Gesellschaft, die in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit organisiert ist, heißen wir Sie herzlich willkommen. Die Satzung informiert Sie über das Mitgliedschaftsverhältnis. Den Bedingungen für den vorläufigen Versicherungsschutz können Sie die Regelungen entnehmen, die für das Vertragsverhältnis zwischen dem Versicherungsnehmer und uns gelten. Versicherungsnehmer und damit unser Vertragspartner des vorläufigen Versicherungsschutzes ist derjenige, der die Versicherung beantragt (Versicherungsantrag) oder ein Angebot für eine Versicherung angefordert hat (Angebotsanforderung). Mitunter ist der Versicherungsnehmer ein anderer als der Versicherte (sog. Fremdversicherung, z.B. wenn ein Arbeitgeber den Versicherungsvertrag auf das Leben eines Arbeitnehmers abgeschlossen hat). Entsprechend unserer Rechtsform ist jeder Versicherungsnehmer Mitglied der Gesellschaft. Die in den Versicherungsbedingungen festgelegten Rechte und Pflichten betreffen vorrangig nur den Versicherungsnehmer, haben aber auch für sonstige Beteiligte Geltung.

§ 1 Was ist vorläufig versichert?

(1) Der vorläufige Versicherungsschutz erstreckt sich auf die für den Todesfall und für den Fall der Berufsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit beantragten bzw. in der Angebotsanforderung gewählten Leistungen.

(2) Haben Sie Versicherungsschutz für den Todesfall beantragt bzw. in der Angebotsanforderung gewählt, erbringen wir bei Tod des Versicherten die garantierte Todesfalleistung.

(3) Haben Sie Versicherungsschutz für den Fall der Berufsunfähigkeit beantragt bzw. in der Angebotsanforderung gewählt und tritt während der Dauer des vorläufigen Versicherungsschutzes Berufsunfähigkeit des Versicherten ein, gilt:

- Eine Berufsunfähigkeitsrente und eine ggf. mit beantragte bzw. in der Angebotsanforderung gewählte einmalige Leistung zahlen wir nur, wenn uns die Berufsunfähigkeit innerhalb von drei Monaten seit ihrem Eintritt angezeigt worden ist.
- Die Leistungen aus der Beitragsbefreiung und aus der ggf. mit beantragten bzw. in der Angebotsanforderung gewählten beitragsfreien Dynamik erbringen wir nur, wenn die Hauptversicherung zustande gekommen ist und solange sie nicht weggefallen ist.

In jedem Fall enden die Leistungen aufgrund einer Berufsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der für die Berufsunfähigkeitsversicherung bzw. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung beantragten bzw. in der Angebotsanforderung gewählten Leistungsdauer.

(4) Haben Sie Versicherungsschutz für den Fall der Pflegebedürftigkeit beantragt bzw. in der Angebotsanforderung gewählt und tritt während der Dauer des vorläufigen Versicherungsschutzes Pflegebedürftigkeit des Versicherten ein, zahlen wir die Pflegerente nach der festgestellten Pflegestufe sowie die beantragte bzw. gewählte einmalige Leistung. Leistungen aufgrund von Pflegebedürftigkeit erbringen wir nur, wenn uns die Pflegebedürftigkeit innerhalb von drei Monaten seit ihrem Eintritt angezeigt worden ist.

(5) Im Rahmen des vorläufigen Versicherungsschutzes sind die Leistungen bei Tod, Berufsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit beschränkt. Die Begrenzungen gelten auch dann, wenn höhere Leistungen beantragt bzw. in der Angebotsanforderung gewählt oder mehrere Anträge/Angebotsanforderungen auf das Leben derselben Person bei uns gestellt worden sind.

- Im Todesfall zahlen wir höchstens 180.000 EUR.
- Bei Berufsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit betragen die jährliche Berufsunfähigkeitsrente oder Pflegerente in der Pflegestufe III inklusive der garantierten Rentensteigerung im Leistungsfall und die einmalige

ge Leistung jeweils höchstens 21.000 EUR; die Beitragsbefreiung gilt höchstens für einen jährlichen Betrag von 18.000 EUR.

(6) Haben Sie bei einer Rentenversicherung eine Hinterbliebenen- oder Waisenrente mit beantragt bzw. in der Angebotsanforderung mit gewählt, erstreckt sich der vorläufige Versicherungsschutz auch auf diese Leistungen. Hinterbliebenen- und Waisenrenten werden mit der 15fachen Jahresrente auf den in Absatz 5 genannten Höchstbetrag im Todesfall angerechnet. Wird dadurch der Höchstbetrag überschritten, werden die Leistungen im gleichen Verhältnis aufgeteilt wie sie beantragt bzw. in der Angebotsanforderung gewählt wurden.

§ 2 Unter welchen Voraussetzungen besteht vorläufiger Versicherungsschutz?

Die Voraussetzungen für den vorläufigen Versicherungsschutz sind, dass

- a) der beantragte bzw. in der Angebotsanforderung gewählte Versicherungsbeginn nicht später als drei Monate nach der Unterzeichnung des Antrags liegt;
- b) der Einlösungsbeitrag für die beantragte bzw. in der Angebotsanforderung gewählte Versicherung gezahlt oder uns eine Erlaubnis zum Beitragseinzug (SEPA-Lastschriftmandat) erteilt worden ist;
- c) Sie das Zustandekommen der beantragten bzw. in der Angebotsanforderung gewählten Versicherung nicht von einer besonderen Bedingung abhängig gemacht haben;
- d) Ihr Antrag bzw. Ihre Angebotsanforderung sich im Rahmen der von uns gebotenen Tarife, Bedingungen und Tarifbestimmungen bewegt;
- e) der Versicherte bei Unterzeichnung des Antrags bzw. der Angebotsanforderung das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

§ 3 Wann beginnt und endet der vorläufige Versicherungsschutz?

(1) Der vorläufige Versicherungsschutz beginnt mit dem Tag, an dem Ihr Antrag bzw. Ihre Angebotsanforderung bei uns eingeht.

(2) Der vorläufige Versicherungsschutz endet, wenn

- a) der Versicherungsschutz aus der beantragten bzw. in der Angebotsanforderung gewählten Versicherung begonnen hat;
- b) Sie Ihren Antrag zurückgenommen haben;
- c) Sie uns mitteilen, dass Sie am Abschluss der Hauptversicherung kein Interesse mehr haben;
- d) Sie von Ihrem Widerrufsrecht nach § 8 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) zur beantragten Versicherung Gebrauch gemacht haben;
- e) Sie einer Ihnen gemäß § 5 Absätze 1 und 2 VVG mitgeteilten Abweichung des Versicherungsscheins von Ihrem Antrag widersprochen haben;
- f) der Einzug des Einlösungsbeitrags aus von Ihnen zu vertretenden Gründen nicht möglich war oder dem Einzug widersprochen worden ist, sofern wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform oder durch einen auffälligen Hinweis im Versicherungsschein auf diese Rechtsfolge aufmerksam gemacht haben.

(3) Jede Vertragspartei kann den Vertrag über den vorläufigen Versicherungsschutz ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Unsere Kündigungserklärung wird jedoch erst nach Ablauf von zwei Wochen nach Zugang bei Ihnen wirksam.

§ 4 In welchen Fällen ist der vorläufige Versicherungsschutz ausgeschlossen?

(1) Unsere Leistungspflicht ist ausgeschlossen für Versicherungsfälle aufgrund von Ursachen, nach denen im Antrag bzw. in der Angebotsanforderung gefragt ist und von denen der Versicherte vor der Unterzeichnung Kenntnis hatte, auch wenn diese im Antrag bzw. in der Angebotsanforderung angegeben wurden. Dies gilt nicht für Umstände, die für den Eintritt des Versicherungsfalles nur mitursächlich geworden sind.

(2) Bei vorsätzlicher Selbsttötung des Versicherten besteht Versicherungsschutz nur dann, wenn uns nachgewiesen wird, dass die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden ist.

(3) Unsere Leistungspflicht entfällt, sofern Tod, Berufsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit verursacht ist:

- g) durch innere Unruhen, sofern der Versicherte auf Seiten der Unruhestifter teilgenommen hat;
 - h) unmittelbar oder mittelbar durch Kriegsereignisse. Unsere Leistungspflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Versicherte in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen stirbt bzw. berufsunfähig oder pflegebedürftig wird, denen er während eines Aufenthalts außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und an denen er nicht aktiv beteiligt war. Außerdem werden wir leisten, wenn der Tod, die Berufsunfähigkeit oder die Pflegebedürftigkeit während eines Aufenthalts außerhalb der territorialen Grenzen der NATO-Mitgliedstaaten verursacht wurde und der Versicherte als Mitglied der deutschen Bundeswehr, Polizei oder Bundespolizei mit Mandat der NATO, UNO, EU oder OSZE an deren humanitären Hilfeleistungen oder friedenssichernden Maßnahmen teilgenommen hat.
- (4) Unsere Leistungspflicht entfällt, wenn die Berufsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit verursacht ist:
- a) durch vorsätzliche Ausführung oder den strafbaren Versuch eines Verbrechens oder Vergehens durch den Versicherten. Verkehrsdelikte und fahrlässige Verstöße sind von diesem Ausschluss nicht betroffen.
 - b) durch absichtliche Herbeiführung von Krankheit oder Kräfteverfall durch den Versicherten, absichtliche Selbstverletzung oder versuchte Selbsttötung. Wenn uns jedoch nachgewiesen wird, dass diese Handlungen in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden sind, werden wir leisten;

c) durch eine widerrechtliche Handlung, mit der Sie als Versicherungsnehmer vorsätzlich die Berufsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit des Versicherten herbeigeführt haben;

d) durch Strahlen infolge Kernenergie, die das Leben oder die Gesundheit zahlreicher Menschen derart gefährden oder schädigen, dass zu deren Abwehr und Bekämpfung der Einsatz der Katastrophenschutzbehörde der Bundesrepublik Deutschland oder vergleichbarer Einrichtungen anderer Länder notwendig ist.

(5) Weitere Einschränkungen und Ausschlüsse ergeben sich aus den Bedingungen und Bestimmungen, die gemäß § 6 Absatz 1 auch für den vorläufigen Versicherungsschutz gelten.

§ 5 Was kostet Sie der vorläufige Versicherungsschutz?

Für den vorläufigen Versicherungsschutz erheben wir keinen gesonderten Beitrag. Erbringen wir aber Leistungen aufgrund des vorläufigen Versicherungsschutzes, behalten wir einen Beitrag ein. Dieser entspricht dem Beitrag für einen Beitragszahlungsabschnitt. Bei Einmalbeitragsversicherungen ist dies der einmalige Beitrag. Wir berechnen Ihnen jedoch nicht mehr als den Tarifbeitrag für die in § 1 Absatz 5 genannte Höchstsumme und Höchstrente (zuzüglich Beitragsbefreiung). Bereits gezahlte Beträge rechnen wir an.

§ 6 Wie ist das Verhältnis zur Hauptversicherung und wer erhält die Leistungen aus dem vorläufigen Versicherungsschutz?

(1) Soweit in diesen Bedingungen nichts anderes bestimmt ist, finden die Bedingungen und Bestimmungen für die beantragte bzw. in der Angebotsanforderung gewählte Versicherung Anwendung, einschließlich derjenigen für mit beantragte bzw. mit gewählte Zusatzversicherungen. Dies gilt insbesondere für die dort enthaltenen Einschränkungen und Ausschlüsse.

(2) Haben Sie im Antrag bzw. in der Angebotsanforderung ein Bezugsrecht festgelegt, gilt dieses auch für Leistungen aus dem vorläufigen Versicherungsschutz.

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel

Allgemeine Steuerinformation

Druck-Nr. pm 2600 – 01.2016

Inhaltsverzeichnis

A. Einkommensteuer

1. Private Versicherungen

- 1.1 Allgemeines
- 1.2 Rentenversicherungen
- 1.3 Kapitallebensversicherungen
- 1.4 Risikoversicherungen
- 1.5 Berufsunfähigkeitsversicherungen
- 1.6 Pflegerentenversicherungen
- 1.7 Zusatzversicherungen
- 1.8 Dynamik- und Optionsrechte
- 1.9 Versorgungsausgleich
- 1.10 Vertragsänderungen
- 1.11 Steuerpflichtiger
- 1.12 Rentenbezugsmitteilungen

2. Betriebliche Versicherungen

- 2.1 Direktversicherungen
 - 2.1.1 Pauschalversteuerung der Beiträge nach § 40b EStG in der Fassung bis 31.12.2004
 - 2.1.2 Steuerfreistellung der Beiträge nach § 3 Nr. 63 EStG in der Fassung ab 01.01.2005
 - 2.1.3 Steuerfreiheit des Übertragungswertes bei Arbeitgeberwechsel nach § 3 Nr. 55 EStG
 - 2.1.4 Übertragung von Direktversicherungen bei Arbeitgeberwechsel
 - 2.1.5 Versorgungsausgleich
 - 2.1.6 Besteuerung der Leistungen beim Arbeitnehmer/Hinterbliebenen und Rentenbezugsmitteilungen
- 2.2 Rückdeckungsversicherungen
- 2.3 Teilhaberversicherungen

B. Erbschaftsteuer

1. Allgemeines

- 2. Leistungen aus Direktversicherungen an den Arbeitnehmer

C. Versicherungsteuer

D. Umsatzsteuer

E. Steuerdatenaustausch zwischen Staaten

- 1. Meldepflichten nach dem Abkommen zwischen Deutschland und den USA
- 2. Meldepflichten innerhalb der EU-Staaten und nach multi-/bilateralen Vereinbarungen mit Nicht-EU-Staaten (Stand 10.2015)

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

mit dieser Steuerinformation erhalten Sie einen Überblick über die wichtigsten steuerrechtlichen Regelungen zu Ihrem Versicherungsvertrag. Die Angaben beruhen auf den – zum Zeitpunkt des auf der Vorderseite angegebenen Stands – geltenden steuerrechtlichen Vorschriften, die wir nach bestem Wissen wiedergeben. Keine Steuerausführungen enthält diese Information zu Versicherungen der Basisversorgung (gesetzlichen Rentenversicherungen, landwirtschaftlichen Alterskassen, berufsständischen Versorgungseinrichtungen und kapitalgedeckten Basisrentenversicherungen nach § 10 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b EStG) und zu Altersvorsorgeverträgen nach dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz.

Während der Vertragslaufzeit können Rechtsprechung und Änderungen von Gesetzen/Verordnungen Auswirkungen haben, die wir nicht beeinflussen können.

A. Einkommensteuer

1. Private Versicherungen

1.1 Allgemeines

Aus steuerlicher Sicht ist von einem Versicherungsvertrag auszugehen, wenn insbesondere

- bei Rentenversicherungen das Langlebkeitsrisiko getragen wird, in dem u.a. bei konventionellen Rentenversicherungen eine der Höhe nach betraglich garantierte Rente, bei fondsgebundenen Rentenversicherungen ein bezifferter garantierter Rentenfaktor bzw. bei Hybrid-Rentenversicherungen entsprechende Garantien konkret vereinbart ist/sind,
- bei Kapitallebensversicherungen ein nennenswertes Todesfallrisiko (Mindesttodesfallschutz) abgesichert ist und
- ein vermögensverwaltender Versicherungsvertrag nach § 20 Absatz 1 Nr. 6 Satz 5 EStG auszuschließen ist.

Dies ist bei Ihrem privaten Versicherungsvertrag gegeben, so dass je nach Art des Vertrags die folgenden steuerlichen Regelungen Anwendung finden.

1.2 Rentenversicherungen

Konventionelle, fondsgebundene oder Hybrid-Rentenversicherungen mit und ohne Kapitalwahlrecht, die nicht zur Basisversorgung bzw. zur betrieblichen Vorsorge zählen, gehören nach den steuerrechtlichen Regelungen zu den nicht förderbaren Kapitalanlageprodukten. Die Beiträge zu solchen Versicherungen sind bei der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht als Sonderausgaben absetzbar.

Die Versicherungsleistung aus einem solchen Vertrag wird wie folgt behandelt:

- Kapitalleistungen im Todesfall (z.B. Beitragsrückgewähr, Überschussleistung) sind im vollen Umfang einkommensteuerfrei (Ausnahme: bei entgeltlichen Erwerb – siehe zweiter Spiegelstrich Absatz 9).

Kapitalleistungen im Erlebensfall (z.B. Ausübung des Kapitalwahlrechts, Kündigung/Teilkündigung vor oder nach Rentenbeginn) gehören zu den Einkünften aus Kapitalvermögen (§ 20 EStG). Sie sind in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der Kapitalleistung und der Summe der auf sie entrichteten Beiträge als Ertrag einkommensteuerpflichtig. Hat der Steuerpflichtige zum Zuflusszeitpunkt das 62. Lebensjahr vollendet und liegt der Vertragsabschluss mindestens 12 Jahre zurück, beträgt der steuerpflichtige Ertrag die Hälfte des Unterschiedsbetrags.

- Auf den vollen Unterschiedsbetrag ist die abgeltende Einkommensteuer (Abgeltungsteuer) nach § 32d EStG in Höhe von 25 % zuzüglich des darauf entfallenden Solidaritätszuschlags von 5,5 % anzuwenden. Gehört der Steuerpflichtige einer kirchensteuererhebenden Religionsgemeinschaft an, reduziert sich der Steuersatz wegen des Sonderausgabencharakters der Kirchensteuer. Er beträgt bei einem Kirchensteuersatz (Prozentsatz abhängig vom Wohnsitz) von 8 % noch 24,51 % und bei 9 % noch 24,45 %. Darauf fallen der Solidaritätszu-

schlag von 5,5% und die zutreffende Kirchensteuer an. Der Versicherer hat in gleicher Höhe die Kapitalertragsteuer zuzüglich der Zuschlagsteuern zu erheben und abzuführen, so dass dieser Steuereinkhalt an der Quelle abgeltende Wirkung entfaltet. Steuerpflichtige müssen deshalb diese Einkünfte nicht mehr in ihrer Einkommensteuererklärung angeben. Sie haben aber das Recht die der Abgeltungsteuer unterliegenden Einkünfte aus Kapitalvermögen im Rahmen der Einkommensteuererklärung zu erklären, um z.B. einen bei der Erhebung der Kapitalertragsteuer nicht genutzten Sparer-Pauschbetrag oder Verlustabzug durch Neufestsetzung der Abgeltungsteuer geltend zu machen. Außerdem können sie im Zuge der Einkommensteuererklärung beantragen, dass sämtliche Einkünfte aus Kapitalvermögen den allgemeinen einkommensteuerrechtlichen Regelungen zur Ermittlung der tariflichen Einkommensteuer zu unterwerfen sind, sofern dies zu einer niedrigeren Einkommensteuer führt (Günstigerprüfung durch das Wohnsitzfinanzamt). Sollte dies nicht der Fall sein, bleibt es bei der erhobenen oder festgesetzten Abgeltungsteuer.

Beträgt der steuerpflichtige Ertrag die Hälfte des Unterschiedsbetrags, ist vom Versicherer auf den vollen Unterschiedsbetrag die Kapitalertragsteuer zuzüglich der darauf entfallenden Zuschlagsteuern – wie im vorherigen Absatz beschrieben – zu erheben und abzuführen. Diese Steuerbeträge sind Vorauszahlungen auf die persönliche Einkommensteuer und werden auf die im Rahmen der Veranlagung zu zahlenden Steuerbeträge angerechnet.

Wir sind gesetzlich verpflichtet die Kirchensteuer automatisch mit der einbehaltenen Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) und dem Solidaritätszuschlag an die Finanzverwaltung abzuführen, wenn Sie Mitglied einer kirchensteuererhebenden Religionsgemeinschaft sind. Dazu werden wir Ihre Religionsgemeinschaft und den Kirchensteuersatz in einem automatisierten Verfahren beim Bundeszentralamt für Steuern abfragen. Die Abfrage erfolgt anlassbezogen, also nur dann, wenn es zur Erhebung von Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) auf Kapitalerträge kommt.

Möchten Sie nicht, dass Ihre Kirchensteuerdaten abrufbar sind, können Sie ihr gesetzliches Widerspruchsrecht zur Abfrage (Sperrvermerk) ausüben. Bitte verwenden Sie dafür den amtlichen Vordruck unter www.formulare-bfinv.de unter dem Stichwort „Kirchensteuer“, sofern Sie dies im Zusammenhang mit Erträgen aus anderen Kapitalvermögen noch nicht getan haben. Ihre ausgefüllte und unterschriebene Sperrvermerkserklärung sollte spätestens zwei Monate vor der Anlassabfrage bei dem Bundeszentralamt für Steuern eingegangen sein. Bis zu Ihrem Widerruf ist damit die Übermittlung Ihrer Religionszugehörigkeit für die aktuelle und alle folgenden Abfragen gesperrt. Erfolgt der Sperrvermerk rechtzeitig, werden auf unsere Abfrage keine Daten übermittelt, so dass auch keine Kirchensteuer von uns einbehalten wird. Bitte beachten Sie, dass das Bundeszentralamt für Steuern Ihr zuständiges Finanzamt über erfolgte Abfragen informiert. Dieses Finanzamt ist dann gesetzlich gehalten, Sie aufzufordern, Angaben zur Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) zu machen um darauf dann Kirchensteuer zu erheben.

Ergibt sich z.B. bei Kündigung ein negativer Unterschiedsbetrag (Verlust), ist dieser nur mit positiven der Abgeltungsteuer unterliegenden Kapitaleinkünften aus Privatvermögen verrechenbar. Nicht verrechenbare Verluste dürfen jedoch in die folgenden Veranlagungsjahre vorgetragen werden und dort mit entsprechenden positiven Kapitaleinkünften verrechnet werden. Entsteht der negative Unterschiedsbetrag nach Ablauf von 12 Jahren seit Vertragsabschluss und hat der Steuerpflichtige zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr vollendet, vermindert dieser Verlust die nach den allgemeinen einkommensteuerlichen Regelungen zur Ermittlung der tariflichen Einkommensteuer zu ermittelnden Einkünfte aus Kapitalvermögen. Gleicht sich dieser Verlust nicht aus, ist der Ausgleich mit anderen Einkunftsarten vorzunehmen. Verbleibt danach ein nicht ausgeglichener Verlust, ist dieser nach Maßgabe des § 10d EStG in anderen Veranlagungszeiträumen zu verrechnen.

Der Steuerabzug ist vom Versicherer ganz oder teilweise nicht vorzunehmen, wenn der Steuerpflichtige dem Versicherer rechtzeitig einen Freistellungsauftrag oder eine Nichtveranlagungsbescheinigung vorlegt. Der Versicherer bescheinigt dem Steuerpflichtigen die Erträge oder Verluste und die abgeführten Steuerbeträge, so dass er diese

Bescheinigung im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung einsetzen kann.

Ist bereits bei Vertragsabschluss absehbar, dass sich bei Ablauf der Versicherung ein negativer Unterschiedsbetrag ergibt, besteht die Gefahr, dass bei Kündigung bzw. bei Ablauf der Versicherung der negative Unterschiedsbetrag nicht zum Verlustausgleich zugelassen wird (fehlende Einkunftserzielungsabsicht). In diesem Fall ist die Einkunftserzielungsabsicht vom Steuerpflichtigen bzw. durch seinen steuerlichen Vertreter darzulegen.

Werden die Ansprüche auf die Versicherungsleistung im Sinne des § 20 Absatz 1 Nr. 6 EStG (insbesondere für Erlebens-, Todes-, Rückkaufsfall) vom steuerpflichtigen Anspruchsinhaber veräußert (z.B. durch Übertragung, Abtretung, unwiderrufliches Bezugsrecht), ist der Veräußerungsgewinn/-verlust im Rahmen der Einkommensteuererklärung zu erklären. Er ermittelt sich aus dem Veräußerungspreis abzüglich der Summe der bis zum Veräußerungszeitpunkt entrichteten Beiträge (Anschaffungskosten) und den Aufwendungen die unmittelbar durch die Veräußerung entstanden sind. Lag bereits zuvor beim Veräußerer ein Erwerb durch Veräußerung vor, gelten sowohl die Erwerbsaufwendungen als auch die nach dem Erwerb entrichteten Beiträge als Anschaffungskosten. Der Versicherer hat in diesen Fällen dem Wohnsitzfinanzamt des Veräußerers unverzüglich die Veräußerung anzuzeigen und dem Veräußerer auf Verlangen eine Bescheinigung über die Höhe der entrichteten Beiträge auszustellen. Beim Erwerber treten beim entgeltlichen Erwerb der Versicherungsansprüche die Anschaffungskosten an die Stelle der vor dem Erwerb entrichteten Beiträge. Sie sind insoweit bei der Ermittlung des Unterschiedsbetrags oder einer späteren Veräußerung im Rahmen der Einkommensteuererklärung des Steuerpflichtigen anzusetzen, da der Versicherer für die Ermittlung des Unterschiedsbetrags nur auf die bekannte Summe der entrichteten Beiträge zurückgreifen kann. Bei Eintritt des versicherten Risikos (Todesfall) ist der Unterschiedsbetrag in voller Höhe als Einkunft aus Kapitalvermögen steuerpflichtig. Dies gilt nicht, wenn aus anderen Rechtsverhältnissen entstandene Abfindungs- und Ausgleichsansprüche arbeitsrechtlicher, erbrechtlicher oder familienrechtlicher Art durch Übertragung von Ansprüchen aus der Versicherung erfüllt werden. Der Versicherer hat jedoch in diesem Fall keine Kapitalertragsteuer zuzüglich der Zuschlagsteuern zu erheben und abzuführen.

Entnommene Vorauszahlungen auf die Versicherungsleistungen, so genannte Policendarlehen, stellen nach den Vereinbarungen steuerrechtlich Darlehen dar, so dass die erbrachte Kapitalleistung keine Steuerpflicht auslöst. Die Steuerpflicht entsteht erst im Rahmen der Verrechnung des Policendarlehens mit der Leistung im Erlebensfall oder bei Kündigung/Teilkündigung.

- Lebenslange Leibrenten unterliegen beim Steuerpflichtigen mit dem nach der Tabelle zu § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG zu ermittelnden Ertragsanteil als sonstige Einkünfte der Einkommensteuer. In die Ertragsanteilsbesteuerung sind auch sämtliche Überschussbeteiligungen einzubeziehen. Für die Höhe des Ertragsanteils ist das vollendete Lebensjahr der versicherten Person bei Beginn der Rentenzahlung maßgebend.
- Rentenzahlungen, die durch Tod des Versicherten in der Rentengarantiezeit bis zu deren Ende gezahlt werden, sind auch für den Bezugsberechtigten bzw. Rechtsnachfolger (in der Regel der Erbe) mit dem Ertragsanteil des verstorbenen Versicherten steuerpflichtig.
- Abgekürzte Leibrenten aus einer Rentenversicherung mit zeitlich befristeter Rentenzahlung (keine Berufsunfähigkeits-, Invaliditäts- oder Waisenrenten) und echte Zeitrenten sind wie Teilkapitalauszahlungen im Erlebensfall mit den in ihnen enthaltenen Erträgen als Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 20 EStG) steuerpflichtig. Bei den Teilleistungen (= Renten) sind die anteilig entrichteten Beiträge von dem jeweiligen Auszahlungsbetrag in Abzug zu bringen. Hierbei dürfen die ermittelten Beiträge die jeweilige Teilleistung nicht übersteigen, wodurch ein negativer Unterschiedsbetrag nur bei der letzten Rentenzahlung anfallen kann. Soweit einzelne Teilleistungen nach Ablauf von 12 Jahren seit dem Vertragsabschluss und nach Vollendung des 62. Lebensjahrs des Steuerpflichtigen ausgezahlt werden, beträgt der steuerpflichtige Ertrag die Hälfte des Unterschiedsbetrags. Die steuerliche Behandlung der Erträge oder Verluste erfolgt nach den Ausführungen unter dem zweiten Spiegelstrich Absätze 2 bis 9.

- Bei einer fondsgebundenen oder Hybrid-Rentenversicherung stellt sowohl der Wechsel in einen anderen Investmentfonds (Switchen) als auch das Umschichten von Fondsanteilen in einen anderen Investmentfonds (Shiften) während der Vertragslaufzeit keinen steuerpflichtigen Zufluss dar. Sofern bei Fälligkeit der Versicherung eine Übertragung der Fondsanteile gewünscht wird, ist als Versicherungsleistung der Rücknahmepreis anzusetzen, mit dem die Versicherungsleistung bei einer Geldzahlung berechnet worden wäre.
- Wird auf Grund der Ausübung einer Pflegeoption eine Pflegerente ab einem bestimmten Zeitpunkt mitversichert und deren Finanzierung aus den vorhandenen Deckungsmitteln der bestehenden Rentenversicherung bestritten, liegt nach derzeitiger steuerlicher Auffassung insoweit eine steuerpflichtige Entnahme (Teilkündigung) im Sinne des zweiten Spiegelstrichs Absätze 2 bis 8 vor. In gleicher Höhe ist steuerlich ein geleisteter Beitrag gegeben, der im Rahmen der Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Absatz 4 EStG als Sonderausgabe abzugsfähig ist. Die erbrachten Pflegerenten sind nach § 3 Nr. 1 Buchstabe a EStG einkommensteuerfrei.

1.3 Kapitallebensversicherungen

Kapitallebensversicherungen gehören zu den nicht förderbaren Kapitalanlageprodukten. Die Beiträge zu solchen Versicherungen sind bei der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht als Sonderausgaben absetzbar.

Die Versicherungsleistung wird wie folgt behandelt:

- Kapitalleistungen im Todesfall sind im vollen Umfang einkommensteuerfrei (Ausnahme: bei entgeltlichen Erwerb – siehe Nr. 1.2 zweiter Spiegelstrich Absatz 9).
- Kapitalleistungen im Erlebensfall oder bei Kündigung/Teilkündigung gehören zu den Einkünften aus Kapitalvermögen (§ 20 EStG). Sie sind in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der Kapitalleistung und der Summe der auf sie entrichteten Beiträge als Ertrag einkommensteuerpflichtig. Hat der Steuerpflichtige zum Zuflusszeitpunkt das 62. Lebensjahr vollendet und liegt der Vertragsabschluss mindestens 12 Jahre zurück, beträgt der steuerpflichtige Ertrag die Hälfte des Unterschiedsbetrags. Die steuerliche Behandlung der Erträge oder Verluste erfolgt nach den Ausführungen unter Nr. 1.2 zweiter Spiegelstrich Absätze 2 bis 8.
- Werden die Ansprüche auf die Versicherungsleistung im Erlebens-, Todesfall oder bei Rückkauf im Sinne des § 20 Absatz 1 Nr. 6 EStG vom steuerpflichtigen Anspruchsinhaber veräußert, gelten ebenso die Ausführungen zu Nr. 1.2 zweiter Spiegelstrich Absatz 9.
- Werden Policendarlehen gewährt, gelten ebenso die Ausführungen zu Nr. 1.2 zweiter Spiegelstrich Absatz 10.

1.4 Risikoversicherungen

Versicherungen, die nur für den Todesfall eine Leistung vorsehen, sind unabhängig von ihrer Ausgestaltung stets steuerbegünstigt. Die Beiträge können bei der Veranlagung zur Einkommensteuer im Rahmen der Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Absatz 4 EStG als Sonderausgaben abgezogen werden.

Leistungen aus Risikoversicherungen sind im vollen Umfang einkommensteuerfrei. Dies gilt ebenso bei verzinslicher Ansammlung der jährlichen Überschussanteile sowie bei deren Anlage in Investmentfonds.

1.5 Berufsunfähigkeitsversicherungen

Berufsunfähigkeitsversicherungen sind unabhängig von ihrer Ausgestaltung steuerbegünstigt. Die Beiträge können bei der Veranlagung zur Einkommensteuer im Rahmen der Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Absatz 4 EStG als Sonderausgaben abgezogen werden.

Geleistete Berufs- oder Arbeitsunfähigkeitsrenten aus der Berufsunfähigkeitsversicherung sind nicht mit dem vollen Rentenbetrag, sondern nur in Höhe des nach der Tabelle zu § 55 Absatz 2 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung zu ermittelnden Ertragsanteils einkommensteuerpflichtig. Danach wird der Ertragsanteil in Abhängigkeit von der voraussichtlichen Leistungsdauer mit dem in der Tabelle dazu vorgegebenen Prozentsatz aus dem im Kalenderjahr geleisteten Renten ermittelt.

Bei den Berufsunfähigkeitsrenten bestimmt sich die voraussichtliche ununterbrochene Leistungsdauer grundsätzlich nach der auf volle Jahre abgerundeten Zeitspanne zwischen dem Eintrittszeitpunkt der Leistungspflicht und dem vertraglich vereinbarten voraussichtlichen Leistungsende. Dahingegen ermittelt sich bei den Arbeitsunfähigkeitsrenten die voraussichtliche ununterbrochene Leistungsdauer nach der auf volle Jahre abgerundeten Zeitspanne zwischen dem Eintrittszeitpunkt der Leistungspflicht und dem voraussichtlichen Ende der Arbeitsunfähigkeit gemäß der letzten im Kalenderjahr ausgestellten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, begrenzt auf die maximale vertragliche Leistungsdauer.

Ist die Zeitspanne kleiner als zwei Jahre, beträgt der Prozentsatz für diese Renten 0 %, so dass sie insgesamt einkommensteuerfrei sind. Werden wegen rückwirkend eingetretener Berufsunfähigkeit in diesem Zeitraum geleistete Arbeitsunfähigkeitsrenten mit den Berufsunfähigkeitsrentenanträgen verrechnet, sind diese Renten steuerlich als geleistete Berufsunfähigkeitsrenten zu behandeln.

Kapitalleistungen sind einkommensteuerfrei. Dies gilt ebenso bei verzinslicher Ansammlung der jährlichen Überschussanteile sowie bei deren Anlage in Investmentfonds.

1.6 Pflegerentenversicherungen

Die Beiträge können bei der Veranlagung zur Einkommensteuer im Rahmen der Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen nach § 10 Absatz 4 EStG als Sonderausgaben abgezogen werden.

Die Leistungen auf Grund des eingetretenen Pflegefalls sind nach § 3 Nr. 1 Buchstabe a EStG einkommensteuerfrei. Auch im Kündigungs- oder Todesfall sind die zu erbringenden Kapitalleistungen nicht einkommensteuerpflichtig.

1.7 Zusatzversicherungen

Zu den Zusatzversicherungen zählen die

- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- Risiko-Zusatzversicherung
- Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung
- Waisenrenten-Zusatzversicherung.

Beiträge für Zusatzversicherungen sind als Vorsorgeaufwendungen steuerbegünstigt, wenn der Versicherer den auf die Zusatzversicherung entfallenden Beitrag, den Überschussanteil und die sonstige Leistung für die Zusatzversicherung getrennt ausweist.

Renten aus der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung bei Eintritt der Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit und aus der Waisenrenten-Zusatzversicherung unterliegen beim Steuerpflichtigen als abgekürzte Leibrenten mit dem nach der Tabelle zu § 55 Absatz 2 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung zu ermittelnden Ertragsanteil als sonstige Einkünfte der Einkommensteuer; dies gilt auch für die Überschussbeteiligung. Der Ertragsanteil richtet sich hierbei nach der voraussichtlichen Leistungsdauer. Bitte sehen Sie hierzu auch die Ausführungen unter Nr. 1.5 Absatz 2 ein.

Lebenslange Leibrenten aus der Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung unterliegen beim Steuerpflichtigen mit dem nach der Tabelle zu § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG zu ermittelnden Ertragsanteil als sonstige Einkünfte der Einkommensteuer; dies gilt auch für die Überschussbeteiligung. Der Ertragsanteil richtet sich hierbei nach dem vollendeten Lebensjahr des Hinterbliebenen zum Rentenbeginn.

Todesfall-Kapitalleistungen aus der Risiko-Zusatzversicherung sind einkommensteuerfrei, da sie keine steuerpflichtigen Einnahmen nach § 20 Absatz 1 Nr. 6 EStG darstellen.

1.8 Dynamik- und Optionsrechte

Enthält eine Lebensversicherung von Anfang an steuerlich zulässige Dynamik- und/oder Optionsrechte, sind die späteren Dynamiken und die ausgeübten Optionsrechte entsprechend dem Grundvertrag einkommensteuerlich zu behandeln.

1.9 Versorgungsausgleich

Wird ein Anspruch aus einem Versicherungsvertrag der ausgleichspflichtigen Person im Rahmen des Versorgungsausgleichs beim Versicherer geteilt (interne Teilung nach § 10 Versorgungsausgleichsgesetz - VersAusglG) oder auf einen anderen Versicherer übertragen (externe Teilung nach § 14 VersAusglG), liegt insoweit keine steuerpflichtige Vertragsänderung/Leistung in Höhe des Ausgleichswerts bei der ausgleichspflichtigen Person vor. Ein Ausgleich des übertragenen Ausgleichswerts kann aber steuerlich zu einem Neuvertrag mit den dann geltenden steuerlichen Regelungen führen.

Der für die ausgleichsberechtigte Person aus der Übertragung der Ansprüche gebildete Versicherungsvertrag gilt als zum gleichen Zeitpunkt abgeschlossen wie derjenige der ausgleichspflichtigen Person. Auf den Versicherungsvertrag ist insoweit die steuerliche Behandlung nach dem Gesetzesstand zum unterstellten Abschlusszeitpunkt anzuwenden. Sind Beiträge und Leistungen nicht auf den Versorgungsausgleich zurückzuführen, gelten für diese die steuerlichen Regelungen zum Vereinbarungszeitpunkt.

1.10 Vertragsänderungen

Sollte ein bestehender Vertrag außerhalb der steuerlich zulässigen Regelungen nach Nr. 1.8 geändert werden (z.B. Erhöhung der Versicherungsbeiträge, Erhöhung der Versicherungssumme, Einschluss einer Dynamik, Austausch der versicherten Person, Leistung einer freiwilligen Zuzahlung), kann dies zu einer unterschiedlichen Behandlung der Kapitaleinkünfte führen (hälftige/volle Steuerpflicht der Erträge). Bitte informieren Sie sich deshalb bei Ihrem Steuerberater oder bei uns, inwieweit die beabsichtigte Vertragsänderung die steuerliche Behandlung des Vertrags ändert.

1.11 Steuerpflichtiger

Die als Sonderausgaben abzugsfähigen Beiträge kann nur der Steuerpflichtige geltend machen, der sie als Versicherungsnehmer selbst aufgewendet hat. Bei zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern kann der Ehegatte/eingetragene Lebenspartner Beitragszahler sein.

Steuerpflichtig ist grundsätzlich der Versicherungsnehmer, sofern nicht eine andere Person wirtschaftlicher Eigentümer des Anspruchs auf die steuerpflichtige Versicherungsleistung ist. Wechselt die Person des Versicherungsnehmers durch Gesamtrechts- oder Einzelrechtsnachfolge, wird regelmäßig der Rechtsnachfolger Steuerpflichtiger.

Mit der Einräumung eines unwiderruflichen Bezugsrechts für die steuerpflichtige Versicherungsleistung gilt grundsätzlich der unwiderrufliche Bezugsberechtigte als Steuerpflichtiger. Im Falle des widerruflichen Bezugsrechts wird der Bezugsberechtigte erst mit Eintritt des Ereignisses (Tod bzw. Ablauf) Steuerpflichtiger. Bei Vorliegen einer zivilrechtlich wirksamen Abtretung, Verpfändung oder Pfändung bleibt grundsätzlich der Abtretende (Zedent) Steuerpflichtiger.

Leistungsbezieher, die im Ausland ansässig sind, unterliegen mit ihren nach § 49 EStG steuerpflichtigen Leistungen der beschränkten Einkommensteuerpflicht. Soweit ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit dem Ansässigkeitsstaat besteht, steht Deutschland nur dann ein Besteuerungsrecht zu, wenn Deutschland nach dem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung das Besteuerungsrecht ausdrücklich zugewiesen wird.

1.12 Rentenbezugsmitteilungen

Der Versicherer hat unter Beachtung der Auslegungsvorschriften im Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 07.12.2011 (BStBl I S. 1223) die im laufenden Kalenderjahr zugeflossenen Renten und anderen Leistungen nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a und § 22 Nr. 5 EStG (sonstige Einkünfte) im Folgejahr bis zum 01.03. der zentralen Stelle der Deutschen Rentenversicherung Bund auf elektronischem Weg zu übermitteln (§ 22a EStG). Von dort werden die Daten über die Landesfinanzbehörden an die zuständigen Wohnsitzfinanzämter weitergeleitet. Diese Rentenbezugsmitteilung muss die Identifikationsnummer, den Familiennamen, den Vornamen und das Geburtsdatum des Leistungsempfängers, sowie den Betrag, den Zeitpunkt des Beginns und Ende (soweit bekannt) der Rente bzw. der sonstigen Leistungen beinhalten. Hat der Leistungsempfänger eine ausländische Anschrift, ist diese und seine Staatsangehörigkeit zusätzlich mitzuteilen. Dazu hat der Leistungsempfänger dem Versicherer die erforderliche Identifikationsnummer zur Verfügung zu

stellen. Geschieht dies nicht, darf der Versicherer die Identifikationsnummer beim zuteilenden Bundeszentralamt für Steuern abfragen. Die Identifikationsnummer erhalten nach § 139a Abgabenordnung alle natürlichen Personen, die nach einem Steuergesetz steuerpflichtig sind.

Der Versicherer muss den Leistungsempfänger jeweils darüber unterrichten, dass die Leistungen der zentralen Stelle mitgeteilt werden.

2. Betriebliche Versicherungen

2.1 Direktversicherungen

Nachstehende Ausführungen gelten auch dann, wenn die Direktversicherung ganz oder teilweise durch Entgeltumwandlung finanziert wird.

Beiträge zu Direktversicherungen sind beim Arbeitgeber als Betriebsausgaben abzugsfähig.

Ansprüche aus einer Direktversicherung sind vom Arbeitgeber nicht zu aktivieren, soweit sie dem Arbeitnehmer oder seinen Hinterbliebenen auf Grund des Bezugsrechts zugerechnet werden. Sind Ansprüche aus einer Direktversicherung ganz oder teilweise dem Arbeitgeber zuzurechnen, müssen diese bei der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich aktiviert werden. Die Auszahlungen gehören insoweit zu den Betriebseinnahmen des Arbeitgebers. Auf diese ist vom Versicherer im Zufusszeitpunkt, bezogen auf den ermittelten Unterschiedsbetrag nach § 20 Absatz 1 Nr. 6 EStG, vorab Kapitalertragsteuer zuzüglich eines Solidaritätszuschlags zu erheben und abzuführen sowie zu bescheinigen.

Der Arbeitgeber hat nach § 5 Lohnsteuerdurchführungsverordnung (LStDV) besondere Aufzeichnungs- und Mitteilungspflichten zu erfüllen. Danach hat er dem Versicherer spätestens zwei Monate nach Ablauf des Kalenderjahrs oder nach Beendigung des Dienstverhältnisses im Laufe des Kalenderjahrs gesondert je Direktversicherung für den einzelnen Arbeitnehmer mitzuteilen, ob die geleisteten Beiträge steuerfrei belassen, pauschal oder individuell besteuert wurden. Die Mitteilung kann unterbleiben, wenn der Arbeitgeber weiß, dass der Versicherer die zutreffende steuerliche Behandlung der Beiträge kennt. Trifft dies nicht zu und erfolgt auch keine Mitteilung, hat der Versicherer davon auszugehen, dass die Beiträge bis zu den jeweils geltenden Höchstbeträgen nach § 3 Nr. 63 EStG steuerfrei gestellt wurden. Damit sind die darauf beruhenden Leistungen nach § 22 Nr. 5 Satz 1 EStG in voller Höhe steuerpflichtig und der Versicherer hat dem Steuerpflichtigen im Auszahlungsfall die Leistungen entsprechend zu bescheinigen (siehe Nr. 2.1.6).

2.1.1 Pauschalversteuerung der Beiträge nach § 40b EStG in der Fassung bis 31.12.2004

Der inländische Arbeitgeber kann die Beiträge zu Direktversicherungen, deren Policierungsdatum nach dem 31.12.2004 liegt, pauschal mit 20 % lohnversteuern, wenn

- die darauf beruhende Zusage arbeitsrechtlich vor dem 01.01.2005 erteilt wurde (= Altzusage),
- der Arbeitnehmer oder seine Hinterbliebenen (beliebige Personen) ganz oder teilweise bezugsberechtigt sind,
- eine Erlebensfallleistung (Kapital/Rente) frühestens nach Vollendung des 59. Lebensjahrs (siehe auch Nr. 2.1.6 Absatz 2) des Arbeitnehmers fällig wird (Ausnahme: Berufsgruppen, die üblicherweise früher Altersleistungen erhalten – z.B. Piloten),
- eine Versicherungsdauer von mindestens 5 Jahren vereinbart ist (Ausnahme: bei Erfüllung des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes sowie bei Risiko- und Berufsunfähigkeitsversicherungen),
- eine vorzeitige Kündigung der Versicherung durch den Arbeitnehmer ausgeschlossen wurde,
- eine Verfügung (Abtretung/Beleihung) über das Bezugsrecht durch den Arbeitnehmer ausgeschlossen ist,
- der Todesfallschutz bei Kapitallebensversicherungen in jedem Versicherungsjahr mindestens 60 % der Summe der nach dem Versicherungsvertrag für die gesamte Versicherungsdauer zu zahlenden Beiträge (Beitragsteile für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung sind nicht einzubeziehen) erreicht; bei Verträgen, die in den ersten drei Jahren keinen Todesfallschutz vorsehen oder bei denen der Todesfall-

schutz in diesem Zeitraum stufenweise ansteigt, ist das Erfordernis des Mindesttodesfallschutzes erfüllt, wenn bei Ablauf des Dreijahreszeitraums der Todesfallschutz mindestens 60 % der Beitragssumme beträgt,

- die Direktversicherung im Rahmen des ersten Dienstverhältnisses (auch bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen oder Aushilftätigkeiten) abgeschlossen wurde (kein Lohnsteuerabzug nach Steuerklasse VI),
- die vom Arbeitgeber zu zahlenden Beiträge von diesem als Versicherungsnehmer auch selbst gegenüber dem Versicherer vertraglich geschuldet werden,
- der Arbeitnehmer bei Entgeltumwandlung oder bei Arbeitgeberfinanzierung und Abwälzung der Pauschalsteuer auf ihn schriftlich gegenüber dem Arbeitgeber erklärt hat, auf die Steuerfreistellung nach § 3 Nr. 63 EStG für die Dauer des Dienstverhältnisses zu verzichten; die Verzichtserklärung muss bis zur ersten Beitragsleistung abgegeben worden sein; sie ist aber nur dann erforderlich, wenn die Direktversicherung die Voraussetzungen des § 3 Nr. 63 EStG in der ab 01.01.2005 gültigen Fassung erfüllt (siehe Nr. 2.1.2),
- und soweit folgende Jahreshöchstbeträge nicht überschritten werden:
 - bei „Einzel-Direktversicherungen“ 1.752 EUR
 - bei „Gemeinsamen Direktversicherungen“ 2.148 EUR, sofern der durchschnittliche Betrag aller begünstigten Arbeitnehmer 1.752 EUR nicht übersteigt und für den einzelnen Arbeitnehmer nicht mehr als 2.148 EUR an pauschalbesteuerungsfähigen Beiträgen erbracht werden,
 - bei Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Dienstverhältnis ein Vielfaches von 1.752 EUR nach der Vervielfältigungsregelung des § 40b Absatz 2 Sätze 3 und 4 EStG a.F.

Auf die zu erhebende pauschale Lohnsteuer fällt der Solidaritätszuschlag und ggf. die (pauschale) Kirchensteuer an.

Werden die Beiträge individuell nach den persönlichen Verhältnissen des Arbeitnehmers versteuert, gelten hinsichtlich des Sonderausgabenabzugs der Beiträge die Ausführungen zu den privaten Versicherungen.

2.1.2 Steuerfreistellung der Beiträge nach § 3 Nr. 63 EStG in der Fassung ab 01.01.2005

Der inländische Arbeitgeber hat auf Beiträge zu Direktversicherungen keine Steuerabzüge vorzunehmen, soweit die im Folgenden beschriebenen Gegebenheiten vorliegen:

Beruhend nach dem 31.12.2004 polizierte Direktversicherungen auf vor dem 01.01.2005 erteilten Zusagen (= Altzusagen), sind die Beitragsaufwendungen des Arbeitgebers zugunsten der beschränkt oder unbeschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmer lohn-/einkommensteuerfrei, wenn die Direktversicherung entsprechend der Zusage als

- Altersrentenversicherung mit oder ohne Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenschutz und mit oder ohne bedingungsgemäßer Möglichkeit der Kapitalzahlung anstelle der Altersrente, Auszahlung der Beitragsrückgewähr zuzüglich Überschussbeteiligung bei Tod vor Rentenbeginn und Leistungen in Renten- und/oder Kapitalform aus der Überschussbeteiligung, den Zusatzversicherungen und bei Tod innerhalb der Rentengarantiezeit,
- Berufsunfähigkeitsversicherung mit bedingungsgemäßen Leistungen in Form von Rente und/oder Kapital oder
- Risikoversicherung zugunsten der Hinterbliebenen mit oder ohne Berufsunfähigkeitsschutz mit bedingungsgemäßen Leistungen in Form von Kapital und/oder Rente

ausgestaltet ist.

Demgegenüber ist es bei nach dem 31.12.2004 erteilten Zusagen (= Neuzusagen) erforderlich, dass die darauf beruhenden Direktversicherungen für die Alters-, Hinterbliebenen- und Berufsunfähigkeitsversorgung als Auszahlungsformen vereinbarungsgemäß Rentenzahlungen ohne oder mit Auszahlung eines Kapitals in Höhe von maximal 30 % des zum Beginn der Auszahlungsphase für die Bildung der Rente zur Verfügung stehenden Kapitals vorsehen. Die Möglichkeit, anstelle der Rente eine

einmalige Kapitalzahlung wählen zu können, steht der Steuerfreiheit der Beitragsaufwendungen nicht entgegen.

Zusätzlich sind sowohl bei Altzusagen als auch bei Neuzusagen die folgenden Voraussetzungen einzuhalten:

- Die Altersleistung darf i.d.R. bei Altzusagen nicht vor Vollendung des 59. Lebensjahrs bzw. bei Neuzusagen die nach dem 31.12.2011 erteilt werden nicht vor Vollendung des 61. Lebensjahrs (siehe auch Nr. 2.1.6 Absatz 2) fällig werden (Ausnahme: Berufsgruppen, die üblicherweise schon früher Altersleistungen erhalten – z.B. Piloten).
- Die Leistungsdauer einer Berufsunfähigkeits(-Zusatz)versicherung ist so zu wählen, dass sie bis zum voraussichtlichen Entfallen der Versorgungsbedürftigkeit reicht (z.B. weil die Zahlung einer Altersrente nahtlos anschließt).
- Der Hinterbliebenenkreis des Versorgungsberechtigten ist auf dessen Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner, die Kinder im Sinne des § 32 Absatz 3, Absatz 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und Absatz 5 EStG sowie namentlich bezeichnete Pflege-/Stiefkinder, früheren Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner sowie Lebensgefährten zu beschränken. Lediglich die Auszahlung eines angemessenen Sterbegeldes ist auch an andere Personen zulässig.
- Es muss ein erstes Dienstverhältnis bestehen. Dies gilt auch bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen oder Aushilftätigkeiten. Dies ist nicht gegeben, wenn der Lohnsteuerabzug nach Steuerklasse VI erfolgte.
- Es darf sich nur um Beiträge handeln, die vom Arbeitgeber als Versicherungsnehmer selbst geschuldet und an den Versicherer geleistet werden.
- Die Arbeitnehmer dürfen bei Direktversicherungen, die auf Altzusagen beruhen, keine Verzichtserklärung zugunsten der Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG a.F. gegenüber ihrem Arbeitgeber erteilen. Sie gilt für die Dauer des Dienstverhältnisses (siehe Nr. 2.1.1).
- Gesetzlich rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer können bei Entgeltumwandlung die nach § 1a Absatz 3 Betriebsrentengesetz mögliche Förderung nach § 10a und Abschnitt XI des Einkommensteuergesetzes (Riesterförderung) verlangen, insoweit ist für diese Beiträge § 3 Nr. 63 EStG nicht anwendbar.
- Das Kapitalwahlrecht für die Altersrente darf frühestens ein Jahr vor Rentenbeginn und bei Hinterbliebenenleistungen im zeitlichen Zusammenhang mit dem Tod des Versorgungsberechtigten ausgeübt werden.
- Der Grundbetrag für die Steuerfreistellung nach § 3 Nr. 63 EStG beträgt für den einzelnen Arbeitnehmer bis zu 4 % der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (West).

Der Betrag erhöht sich um bis zu 1.800 EUR, sofern der Beitragsaufwand auf einer nach dem 31.12.2004 erteilten Zusage (Neuzusage) beruht und der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer in dem jeweiligen Kalenderjahr keine Beiträge nach § 40b Absatz 1 und 2 EStG a.F. pauschal versteuert hat.

Scheidet der Arbeitnehmer aus dem Dienstverhältnis aus, kann der Arbeitgeber pro Dienstjahr – gerechnet ab 01.01.2005 – 1.800 EUR für diesen Arbeitnehmer zusätzlich steuerfrei aufwenden (Vervielfältigungsregelung), wobei die steuerfreien Beiträge im Jahr des Ausscheidens und den sechs vorangegangenen Kalenderjahren von dem Vervielfältigungsvolumen zu kürzen sind. Diese Vervielfältigungsregelung ist nicht anwendbar, wenn für das Dienstverhältnis auf Grund einer Altzusage die Vervielfältigungsregelung für die Pauschalbesteuerung nach § 40b Absatz 2 EStG a.F. in Anspruch genommen wird oder auf die Steuerfreiheit dieser Direktversicherungsbeiträge verzichtet wurde.

Eine zeitanteilige Kürzung der steuerfreien Höchstbeträge ist nicht vorzunehmen, wenn das Arbeitsverhältnis nicht während des ganzen Kalenderjahrs besteht oder nicht für das ganze Jahr Beiträge gezahlt werden. Sie können auch erneut in Anspruch genommen werden, wenn der Arbeitnehmer sie im gleichen Jahr in einem vorangegangenen Dienstverhältnis bereits ausgeschöpft hat.

Soweit die Beiträge die steuerfreien Höchstbeträge übersteigen, sind diese nach den Lohnsteuerabzugsmerkmalen individuell zu versteu-

ern. Für die individuell versteuerten Beiträge kann eine Förderung durch Sonderausgabenabzug und Zulage nach § 10a und Abschnitt XI EStG in Betracht kommen, sofern die Direktversicherung als Rentenversicherung zumindest die Auszahlung einer Altersrente vorsieht.

2.1.3 Steuerfreiheit des Übertragungswertes bei Arbeitgeberwechsel nach § 3 Nr. 55 EStG

Übertragungsvereinbarungen im Sinne des § 4 Absatz 2 Nr. 2 und Absatz 3 des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG), die auf Grund des Arbeitgeberwechsels in der Weise geschehen, dass die gesetzlich unverfallbare Direktversicherung aufgelöst und der vorhandene Wert beim Folgearbeitgeber für eine neue wertgleiche Zusage in Form der Direktversicherung, Pensionskassenversicherung oder des Pensionsfonds verwendet wird, lösen beim Arbeitnehmer keine Steuerpflicht in Höhe des Übertragungswerts aus.

Die daraus resultierenden Leistungen gehören steuerlich zu den Einkünften, zu denen sie gehört hätten, wenn eine Übertragung nach § 4 BetrAVG nicht stattgefunden hätte (siehe Nr. 2.1.6).

2.1.4 Übertragung von Direktversicherungen bei Arbeitgeberwechsel

Wird die Direktversicherung nach den Regularien des „Abkommen zur Übertragung zwischen den Durchführungswegen Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds bei Arbeitgeberwechsel“ oder vergleichbaren Übertragungsregelungen mit den gleichwertigen Versicherungsleistungen von dem neuen Versorgungsträger des neuen Arbeitgebers weitergeführt, führt dies nicht zu einem lohnsteuerrechtlichen Zufluss beim Arbeitnehmer und Novationsfolgen werden nicht ausgelöst. Mit dem Abkommen werden Übertragungen innerhalb der genannten Durchführungswege und auch durchführungswegübergreifende Übertragungen unterstützt. Bei Pensionsfonds sind jedoch Pensionspläne ohne versicherungsförmige Garantien gemäß § 112 Absatz 1a Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) vom Abkommen ausgenommen.

2.1.5 Versorgungsausgleich

Bei dem Versorgungsausgleich von Anwartschaften oder laufenden Ansprüchen aus einer Direktversicherung der ausgleichspflichtigen Person erhält die ausgleichsberechtigte Person die versorgungsrechtliche Stellung eines aus dem Unternehmen ausgeschiedenen Arbeitnehmers im Sinne des Betriebsrentengesetzes.

Die aus einer Direktversicherung zu übertragenden Anrechte in Höhe des Ausgleichswerts sind im Rahmen des internen Versorgungsausgleichs nach § 10 Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) sowohl für die ausgleichspflichtige als auch die ausgleichsberechtigte Person steuerneutral. Die späteren Versorgungsleistungen des Ausgleichsberechtigten gehören bei der steuerlichen Behandlung in die Einkunftsart, die ohne interne Teilung anzuwenden wäre. Dies gilt auch bei einer externen Teilung der Anrechte nach § 14 VersAusglG, soweit das zu übertragende Anrecht in eine steuerlich gleichartig zu behandelnde Versorgung eingebracht wird.

2.1.6 Besteuerung der Leistungen beim Arbeitnehmer/Hinterbliebenen und Rentenbezugsmitteilungen

Leistungen (Rente oder Kapital) aus nach § 3 Nr. 63 EStG geförderten Direktversicherungen sind in vollem Umfang als sonstige Einkünfte nach § 22 Nr. 5 Satz 1 EStG einkommensteuerpflichtig.

Handelt es sich hingegen um Leistungen aus individuell oder pauschal versteuerten Beiträgen, sind sie wie die gleichartigen Leistungen im Abschnitt „Private Versicherungen“ zu behandeln. Es empfiehlt sich deshalb, die kapitalbildende Direktversicherung mindestens auf ein vollendetes 62. Lebensjahr des Versicherten abzuschließen, damit die günstigere hälftige Ertragsbesteuerung gemäß Nr. 1.2 zweiter Spiegelstrich greifen kann. Allerdings erfolgt vorab weder ein Kapitalertragsteuer-, Solidaritätszuschlags- und Kirchensteuerabzug noch greift die Abgeltungsteuer auf steuerpflichtige Leistungen.

Soweit steuerpflichtige Leistungen oder Verluste angefallen sind, erhält der Steuerpflichtige für die Einkommensbesteuerung im Folgejahr für das abgelaufene Veranlagungsjahr eine entsprechende Mitteilung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck.

Die steuerpflichtigen Einkünfte werden im Rahmen der Ermittlung der Einkommensteuer um den Werbungskosten-Pauschbetrag nach § 9a Satz 1 Nr. 3 EStG und ggf. den Altersentlastungsbetrag nach § 24a EStG von Amts wegen gekürzt.

Steuerpflichtig ist grundsätzlich der Leistungsempfänger. Dies sind bei Direktversicherungen i.d.R. der versicherte Arbeitnehmer oder seine Hinterbliebenen.

Der Versicherer hat im Falle steuerpflichtiger Leistungen (Rente oder Kapital) eine entsprechende Mitteilung an die zentrale Stelle der Deutschen Rentenversicherung Bund vorzunehmen (Rentenbezugsmitteilung gemäß § 22a EStG). Weiteres ist dazu unter Nr. 1.12 zu finden. Daneben ist dem Leistungsempfänger nach § 22 Nr. 5 Satz 7 EStG die steuerpflichtige Leistung nach amtlichem Muster mitzuteilen.

Leistungsbezieher, die im Ausland ansässig sind, unterliegen mit ihren nach § 49 EStG steuerpflichtigen Leistungen der beschränkten Einkommensteuerpflicht. Dazu gehören Direktversicherungsleistungen des inländischen Versicherers. Soweit ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit dem Ansässigkeitsstaat besteht, steht Deutschland nur dann ein Besteuerungsrecht zu, wenn Deutschland nach dem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung das Besteuerungsrecht ausdrücklich zugewiesen wird.

2.2 Rückdeckungsversicherungen

Die Beiträge stellen für das Unternehmen Betriebsausgaben dar, sofern der Abschluss des Versicherungsvertrags betrieblich veranlasst ist.

Das Unternehmen muss in seiner Bilanz die Versicherung mit dem Deckungskapital bzw. bei der Überschussverwendungsart „Investmentfonds“ zusätzlich die Fondsanteile mit deren Gegenwert aktivieren. Fondsgebundene Lebensversicherungen sind ebenfalls in Höhe des Gegenwertes der Fondsanteile zu aktivieren. Wird eine Leistung aus der Rückdeckungsversicherung ausbezahlt, führt diese zu Betriebseinnahmen des Unternehmens. Es erfolgt eine Verrechnung gegen den aktivierten Rückdeckungsanspruch. Bei der Gewinnermittlung durch Einnahmen-/Überschussrechnung erfolgt keine Aktivierung.

Der Versicherer hat auch bei Rückdeckungsversicherungen eine zu erhebende Kapitalertragsteuer einzubehalten und an das zuständige Finanzamt abzuführen. Die Abgeltungsteuer kommt nicht zur Anwendung.

2.3 Teilhaberversicherungen

Schließt eine Personengesellschaft eine Lebensversicherung in Form der Teilhaberversicherung ab, sind die Beiträge bei der Gesellschaft nicht als Betriebsausgaben abzugsfähig, sondern als Entnahmen der Gesellschafter zu behandeln. Der Anspruch auf die Versicherungsleistung ist in der Steuerbilanz der Gesellschaft nicht zu aktivieren. Demgegenüber ist eine betriebliche Veranlassung gegeben, wenn die Personengesellschaft anstelle ihres Gesellschafters einen nicht beteiligten Arbeitnehmer oder auch einen Geschäftspartner versichert, selbst aber bezugsberechtigt ist.

Sofern eine Kapitalgesellschaft eine Lebensversicherung in Form der Teilhaberversicherung abschließt, wobei die Kapitalgesellschaft gleichzeitig Versicherungsnehmerin, Beitragszahlerin und Anspruchsberechtigte ist, handelt es sich grundsätzlich um einen betrieblichen Vorgang, der analog der Rückdeckungsversicherung (siehe Nr. 2.2) behandelt wird.

Wir empfehlen bei Teilhaberversicherungen einen Steuerberater hinzuzuziehen.

B. Erbschaftsteuer

1. Allgemeines

Ansprüche oder Leistungen aus Lebensversicherungen unterliegen der Erbschaftsteuer, wenn sie auf Grund einer Schenkung des Versicherungsnehmers oder bei dessen Tod als Erwerb von Todes wegen (z.B. auf Grund eines Bezugsrechts oder als Teil des Nachlasses) erworben werden. Der Versicherer hat in diesen Fällen eine Anzeigepflicht gegenüber dem zuständigen Erbschaftsteuerfinanzamt.

Erhält der Versicherungsnehmer die Versicherungsleistung, ist sie nicht erbschaftsteuerpflichtig.

Ob sich eine Erbschaftsteuerschuld ergibt, ist von den individuellen Verhältnissen (z.B. den zur Verfügung stehenden Freibeträgen) abhängig.

2. Leistungen aus Direktversicherungen an den Arbeitnehmer

Erhält der versicherte Arbeitnehmer die Leistung, ist kein steuerpflichtiger Erwerb gegeben, da er durch das eingeräumte Bezugsrecht als wirtschaftlicher Inhaber der Leistung gilt. Im Todesfall des versicherten Arbeitnehmers sind die fälligen Hinterbliebenenbezüge beim überlebenden Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner bzw. den Kindern grundsätzlich steuerfrei. Dies gilt auch für entsprechende Hinterbliebene eines nicht beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH, soweit sie angemessen sind. Bei beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern sind die Hinterbliebenenbezüge stets erbschaftsteuerpflichtig. Stehen anderen Personen Leistungen zu, hängt eine Erbschaftsteuerschuld von den individuellen Verhältnissen (z.B. den zur Verfügung stehenden Freibeträgen) ab.

C. Versicherungsteuer

Beiträge zu Lebensversicherungen sind nach § 4 Nr. 5 Versicherungsteuergesetz (VerStG) von der Versicherungsteuer befreit, wenn der Versicherungsnehmer seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat (bzw. bei juristischen Personen der Sitz der Geschäftsleitung in Deutschland ist). Für Versicherungsnehmer, die einem der übrigen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums angehören, ist ggf. die landesübliche Versicherungsteuer von uns zu erheben.

D. Umsatzsteuer

Bei den Versicherungen in den vorgenannten Abschnitten sind die Beiträge und Leistungen nach § 4 Nr. 10 Buchstabe a Umsatzsteuergesetz (UStG) von der Umsatzsteuer befreit.

E. Steuerdatenaustausch zwischen Staaten

Mit der zunehmenden Globalisierung können Steuerpflichtige immer leichter Anlagen über Finanzinstitute außerhalb ihres Ansässigkeitsstaats tätigen, halten und verwalten. Es soll deshalb bei den beteiligten Vertragsstaaten im Rahmen des Steuerdatenaustauschs zu Zins- und anderen Kapitalkonten (u.a. bestimmte Versicherungsverträge) eine effektive Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung und eine effiziente Steuererhebung sichergestellt werden.

1. Meldepflichten nach dem Abkommen zwischen Deutschland und den USA

Deutschland und die USA haben am 31. Mai 2013 ein Abkommen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten geschlossen. Darin verpflichten sich beide Staaten zum gegenseitigen automatisierten Informationsaustausch. Hierzu haben auch Versicherer Daten zu erheben und nach amtlich vorgeschriebenen Datensatz an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln, das die erhaltenen Daten an die zuständige Behörde der USA weiterleitet.

Um einen meldepflichtigen Versicherungsvertrag handelt es sich immer dann, wenn dessen Versicherungsnehmer mindestens eine in den USA einkommensteuerpflichtige Person oder ein nicht US-amerikanischer Rechtsträger ist, der von mindestens einer in den USA einkommensteuerpflichtigen Person beherrscht wird. Bei Fälligkeit tritt an die Stelle des Versicherungsnehmers die Person, die vertragsgemäß Anspruch auf Erhalt der Versicherungsleistung hat. Zu den zu beschaffenden und auszutauschenden Informationen gehören Name, Anschrift und US-amerikanische Steueridentifikationsnummer des Versicherungsnehmers oder Anspruchsberechtigten auf die Versicherungsleistung, Vertragsnummer und der Wert der Versicherung zum Ende des Kalenderjahres oder zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung.

Nach den Ausführungen des Abkommens müssen aber nur rückkaufsfähige Versicherungsverträge und Rentenversicherungsverträge gemeldet werden, die einen bestimmten Wert übersteigen. Dies sind bei

- Bestandsverträgen (Vertragsabschluss vor dem 01.07.2014) mehr als 250.000 US-Dollar bzw.

- Neuverträgen (Vertragsabschluss nach dem 30.06.2014) mehr als 50.000 US-Dollar.

Für Meldezwecke sind alle von einer Person geführten Verträge zusammen zu fassen. Der Wert eines Vertrages wird erstmals zum 30.06.2014 und danach jeweils zum letzten Tag eines Kalenderjahres ermittelt. In Bezug auf in Euro geführte Verträge ist der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zum US-Dollar anzusetzen, der zum letzten Tag des Kalenderjahres ermittelt wird.

Es gehört zu Ihren Obliegenheiten, uns Änderungen Ihres Status in Bezug auf eine US-amerikanische Steuerpflicht mitzuteilen.

Hiervon ausgenommen sind Altersvorsorgepläne nach § 1 des Betriebsrentengesetzes und somit alle fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung. Damit sind die in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen und Direktversicherungen von der Meldepflicht nicht betroffen.

2. Meldepflichten innerhalb der EU-Staaten und nach multi-/bilateralen Vereinbarungen mit Nicht-EU-Staaten (Stand 10.2015)

Die Europäische Union hat die EU-Amtshilferichtlinie zwischen den Mitgliedstaaten auf den mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten „Standard zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (Common Reporting Standard – CRS)“ erweitert. Die Änderungen sind mit Wirkung zum 01.01.2016 in deutsches Recht umzusetzen. Damit werden nach diesem

Standard jährlich zu meldende Daten erstmals für Besteuerungszeiträume ab 2016 zum 30.09.2017 zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten ausgetauscht.

Hinzu kommt der Steuerdatenaustausch nach diesem Standard zwischen Deutschland und Nicht –EU-Staaten auf Grund entsprechender multi- oder bilateraler Vereinbarungen.

Zu melden sind rückkaufsfähige Versicherungsverträge und Rentenversicherungsverträge ohne Summenbeschränkungen. Um einen meldepflichtigen Vertrag handelt es sich, wenn der Versicherungsnehmer eine nicht in Deutschland einkommensteuerpflichtige Person ist oder ein Rechtsträger ist, der von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person beherrscht wird. Zu den zu beschaffenden und auszutauschenden Informationen gehören Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer der betreffenden Person, Vertragsnummer und der Wert des Vertrags zum Ende des Kalenderjahrs.

Altersvorsorgepläne nach den fünf Durchführungsweisen der betrieblichen Altersversorgung gemäß § 1 Betriebsrentengesetz sind voraussichtlich von der Meldepflicht ausgenommen.

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel

Annahmeerklärung

(die vom Antragsteller unterschriebene Annahmeerklärung muss bis spätestens 31.12.2016 bei der ALTE LEIPZIGER eingehen)

Vermittlername bzw. -nummer

Antragsteller/Arbeitgeber in der bAV:

Name: _____ Vorname: _____ geb. am: _____

Straße, Nr.: _____ PLZ, Ort: _____

Antrag vom: _____

Sehr geehrte/r Frau/Herr _____,

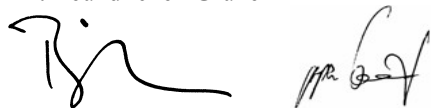
vielen Dank für Ihren Antrag auf Abschluss einer Lebensversicherung. **Wir bestätigen Ihnen hiermit, dass wir Ihren Antrag vorzeitig durch diese formelle Annahmestätigung annehmen.**

Den Versicherungsschutz übernehmen wir aber zurzeit nur unter den folgenden so genannten „auflösenden Bedingungen“. Das bedeutet, dass der Vertrag rückwirkend erlischt, wenn eine der nachfolgenden Bedingungen eintritt:

1. Sie oder die versicherte Person versäumen es, die für die Risikoprüfung aus unserer Sicht erforderlichen Unterlagen (z.B. auszufüllende Fragebögen, Ergebnisse von ärztlichen Untersuchungen o.ä.) innerhalb einer Frist von 2 Monaten seit Zugang unserer Anforderung einzureichen.
2. Der Versicherungsfall tritt vor Abschluss unserer Risikoprüfung auf Grund von Gesundheitsstörungen oder Anomalien ein, die vor dem heutigen Tage für Sie oder die versicherte Person erkennbar waren.
3. Unsere Risikoprüfung ergibt, dass die rückwirkende Anerkennung einer Erschwerung (z.B. ein höherer Beitrag, eine Ausschlussklausel o.ä.) erforderlich ist, und Sie übersenden uns Ihre Zustimmung nicht innerhalb einer Frist von 4 Wochen seit Zugang unserer entsprechenden Mitteilung.
4. Wir teilen Ihnen mit, dass wir den Vertragsabschluss mit Ihnen ablehnen.
5. Sie machen nach Erhalt des Versicherungsscheines, der Versicherungsbedingungen und der weiteren für den Vertragsinhalt maßgeblichen Verbraucherinformationen von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch. Über dieses Widerrufsrecht werden wir Sie bei Übersendung der vorgenannten Unterlagen noch ausführlich und gesondert informieren.

Voraussetzung für das Inkrafttreten des Versicherungsschutzes ist ferner, dass der Einlösungsbeitrag gezahlt wurde bzw. dass das Konto, von dem wir den Einlösungsbeitrag abbuchen, Deckung aufweist und der Abbuchung nicht widersprochen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Übergabe und Erhalt der Annahmeerklärung

Die Annahmeerklärung wurde heute übergeben. Der Antragsteller bestätigt hiermit den Erhalt der Annahmeerklärung und sein Einverständnis mit den oben genannten Abweichungen zu seinem Antrag.

Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller (bei Minderjährigen: gesetzliche Vertreter) / Arbeitgeber in der bAV ggf. mit Firmenstempel	Unterschrift Vermittler ggf. Firmenstempel

Antrag auf Abschluss einer Versicherung **Anforderung eines Angebotes**

(siehe Erklärungen und Hinweise Ziffer II.1.)

ALTE LEIPZIGER
Lebensversicherung a.G.**ALTE LEIPZIGER**

Verbund-Vermittler-Nr.	Vermittler	Versicherungsschein bzw. Angebot an <input checked="" type="checkbox"/> Versicherungsnehmer <input type="checkbox"/> Vermittler
Versicherungsnehmer (VN) <input checked="" type="checkbox"/> auch Versicherter (VT) <input checked="" type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Firma * freiwillige Angabe		
Titel, Vorname, Name Test Test		
Straße, Nr.		
PLZ, Ort		Familienstand
Geburtsdatum 0 1 0 7 1 9 9 0	Geburtsname	Geburtsort
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch oder	derzeit ausgeübter Beruf/Branche	
Telefon tagsüber*	Fax/E-Mail*	
Zusätzliche Angabe bei Abschluss einer kapitalbildenden Lebensversicherung oder (fondsgebundenen) Rentenversicherung		
Sind Sie außerhalb Deutschlands steuerpflichtig (eine spätere Änderung ist uns anzuzeigen)? <input type="checkbox"/> ja (unbedingt alle Länder mit zugehöriger Steuer-Nr. angeben) <input type="checkbox"/> nein		
Land	ausländische Steuer-Nr.	
Land	ausländische Steuer-Nr.	
Zusätzliche Angaben bei Absicherung von Berufsunfähigkeitsschutz, wenn VN auch VT		
Berufsstellung <input type="checkbox"/> Selbständiger <input type="checkbox"/> Angestellter <input type="checkbox"/> Beamter <input type="checkbox"/> Student <input type="checkbox"/> Auszubildender <input type="checkbox"/> Arbeitsuchender <input checked="" type="checkbox"/> sonstige Keine Angabe	AL-Berufsgruppe 1++	
Anteil der Bürotätigkeit <input type="checkbox"/> über 90 % <input type="checkbox"/> über 75 % bis 90 % <input type="checkbox"/> bis 75 % <input type="checkbox"/> keine	überwiegend körperlich tätig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ausbildung <input type="checkbox"/> Studium, Fachrichtung _____ abgeschlossen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> derzeit im Studium <input type="checkbox"/> Berufsausbildung als _____ abgeschlossen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> derzeit in Ausbildung		
Erklärung nach dem Geldwäschegesetz (Bei Basisrentenversicherungen nur Abschnitt IV ausfüllen, sonst bitte immer komplett ausfüllen!)		
I. Zu welchem Zweck wird der Versicherungsvertrag abgeschlossen (Mehrfachnennungen möglich)?		
<input type="checkbox"/> Altersvorsorge <input type="checkbox"/> Berufsunfähigkeitsabsicherung <input type="checkbox"/> Pflegeabsicherung <input type="checkbox"/> Hinterbliebenenversorgung <input type="checkbox"/> Praxis- oder Firmengründung <input type="checkbox"/> Darlehensabsicherung <input type="checkbox"/> anderer Zweck _____		
II. Identifizierung des Versicherungsnehmers (nicht erforderlich bei Erteilung des SEPA-Lastschriftmandats für ein deutsches Konto des VN bei einem Einmalbeitrag bis 100.000 EUR oder einem jährlichen Beitragsaufwand bis 12.000 EUR, weiter bei III.)		
Ist der VN eine natürliche Person? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (Druckstück pav 025 Abschnitt I ausfüllen und weiter bei III.)		
<input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/> Kopie – Vorder- und Rückseite – ist beigelegt (weiter bei III.)	gültig bis _____	
ausstellende Behörde, Ort _____	Ausweis-Nr. _____	
III. Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten (Erläuterung siehe Erklärungen und Hinweise Ziffer II.3.)		
1. Hat Sie ein Dritter veranlasst, den Vertrag zu schließen oder zahlt ein Dritter den Beitrag zu diesem Vertrag? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter bei IV.)		
2. Ist dieser Dritte eine natürliche Person? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (Druckstück pav 025 Abschnitt II ausfüllen und weiter bei IV.)		
Titel, Vorname, Name _____		
Anschrift _____		
Geburtsdatum _____	Geburtsort _____	Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch oder
Zusätzliche Angaben bei einem Einmalbeitrag ab 100.000 EUR oder einem jährlichen Beitragsaufwand ab 12.000 EUR		
<input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/> Kopie – Vorder- und Rückseite – ist beigelegt (weiter bei III.) gültig bis _____		
ausstellende Behörde, Ort _____	Ausweis-Nr. _____	
IV. Feststellung von politisch exponierten Personen (Erläuterung siehe Erklärungen und Hinweise Ziffer II.4.)		
Handelt es sich bei dem Versicherungsnehmer, bei dem etwaigen wirtschaftlich Berechtigten oder dem etwaigen Bezugsberechtigten um eine politisch exponierte Person? <input type="checkbox"/> ja (Druckstück scp 515 für die betreffende Person ausfüllen) <input type="checkbox"/> nein		
V. Zusätzliche Angaben bei einem Einmalbeitrag ab 250.000 EUR oder einem jährlichen Beitragsaufwand ab 60.000 EUR		
Woraus wird der Beitrag finanziert (Mehrfachnennungen möglich)? Bitte immer Nachweise beifügen.		
<input type="checkbox"/> Einkommen/Gewinn: Wie hoch war das jährliche Bruttoeinkommen bzw. der Gewinn vor Steuern des VN in den letzten 3 Jahren? Unbedingt auch ausgeübten Beruf im Abschnitt Versicherungsnehmer angeben.		
Jahr 20 _____ EUR	Jahr 20 _____ EUR	Jahr 20 _____ EUR
<input type="checkbox"/> Erbschaft <input type="checkbox"/> Kapitalvermögen <input type="checkbox"/> Ablaufleistung aus einer Versicherung <input type="checkbox"/> andere Herkunft		
Versicherter (VT) <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau * freiwillige Angabe		
Titel, Vorname, Name _____		
Straße, Nr. _____		
PLZ, Ort _____		Familienstand _____
Geburtsdatum _____	Geburtsname _____	Geburtsort _____
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch oder	derzeit ausgeübter Beruf/Branche _____	
Telefon tagsüber*	Fax/E-Mail*	
Zusätzliche Angaben bei Absicherung von Berufsunfähigkeitsschutz		
Berufsstellung <input type="checkbox"/> Selbständiger <input type="checkbox"/> Angestellter <input type="checkbox"/> Beamter <input type="checkbox"/> Student <input type="checkbox"/> Auszubildender <input type="checkbox"/> Arbeitsuchender <input type="checkbox"/> sonstige _____	AL-Berufsgruppe _____	
Anteil der Bürotätigkeit <input type="checkbox"/> über 90 % <input type="checkbox"/> über 75 % bis 90 % <input type="checkbox"/> bis 75 % <input type="checkbox"/> keine	überwiegend körperlich tätig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ausbildung <input type="checkbox"/> Studium, Fachrichtung _____ abgeschlossen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> derzeit im Studium <input type="checkbox"/> Berufsausbildung als _____ abgeschlossen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> derzeit in Ausbildung		
Mitversicherter (MV) bei Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau		
Titel, Vorname, Name _____		
Geburtsdatum _____		

Versicherungsdaten

siehe Anlage »Technische Daten« vom **1 4 1 1 2 0 1 6** Bitte immer beifügen!

SEPA-Lastschriftmandat (Bei fondsgebundenen Rentenversicherungen unbedingt erforderlich!) Konto für die fällige Rente

Ich ermächtige die ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G., Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Gläubiger-Identifikationsnummer DE84ZZZ0000082459), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN (deutsche IBAN 22 Stellen) oder deutsche Konto-Nr. (kein Sparkonto) BIC oder deutsche BLZ des Kreditinstituts

Name und Ort des Kreditinstituts

Vorname, Name, Anschrift Kontoinhaber, wenn nicht VN

Ort, Datum Unterschrift Kontoinhaber, wenn nicht VN

Bezugsrecht (nicht bei Basisrentenversicherungen) Bezugsberechtigt ist im Versicherungsfall für Versicherungsleistungen einschließlich Überschüsse:

bei Ablauf der Versicherung bzw. Erleben des Rentenbeginns, bei Berufs-/Arbeitsunfähigkeit und bei Pflegebedürftigkeit

der Versicherungsnehmer der Versicherte

der namentlich bezeichnete Empfänger, Geburtsdatum der Tod des Versicherten

der Ehegatte/eingetragene Lebenspartner des Versicherten zum Zeitpunkt seines Todes der namentlich bezeichnete Empfänger, Geburtsdatum

Belehrung zur Anzeigepflichtverletzung – Mitteilung nach § 19 Abs. 5 VVG über die Folgen einer Verletzung der gesetzlichen Anzeigepflicht

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

damit wir Ihren Versicherungsantrag bzw. Ihre Angebotsanforderung ordnungsgemäß prüfen können, ist es notwendig, dass Sie die gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantworten. Es sind auch solche Umstände anzugeben, denen Sie nur geringe Bedeutung beimessen.

Angaben, die Sie nicht gegenüber dem Versicherungsvermittler machen möchten, sind unverzüglich und unmittelbar gegenüber der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G., Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel schriftlich nachzuholen.

Bitte beachten Sie, dass Sie Ihren Versicherungsschutz gefährden, wenn Sie unrichtige oder unvollständige Angaben machen. Nähere Einzelheiten zu den Folgen einer Verletzung der Anzeigepflicht können Sie der nachstehenden Information entnehmen.

Welche vorvertraglichen Anzeigepflichten bestehen?

Sie sind bis zur Abgabe Ihrer Vertragserklärung verpflichtet, alle Ihnen bekannten gefahrerheblichen Umstände, nach denen wir in Textform gefragt haben, wahrheitsgemäß und vollständig anzuzeigen. Kommen nach Antragstellung bzw. Angebotsanforderung erstmals weitere gefahrerhebliche Umstände (z.B. Krankheiten, Unfallfolgen oder körperliche Schäden) hinzu, besteht dafür keine Anzeigepflicht.

Wenn wir nach Ihrer Vertragserklärung, aber vor Vertragsannahme in Textform nach gefahrerheblichen Umständen fragen, sind Sie auch insoweit zur Anzeige verpflichtet. In diesem Fall sind auch neu hinzugekommene gefahrerhebliche Umstände anzeigepflichtig.

Welche Folgen können eintreten, wenn eine vorvertragliche Anzeigepflicht verletzt wird?

1. Rücktritt und Wegfall des Versicherungsschutzes

Verletzen Sie die vorvertragliche Anzeigepflicht, können wir vom Vertrag zurücktreten. Dies gilt nicht, wenn Sie nachweisen, dass weder Vorsatz noch grobe Fahrlässigkeit vorliegt.

Bei grob fahrlässiger Verletzung der Anzeigepflicht haben wir kein Rücktrittsrecht, wenn wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.

Im Fall des Rücktritts besteht kein Versicherungsschutz. Erklären wir den Rücktritt nach Eintritt des Versicherungsfalles, bleiben wir dennoch zur Leistung verpflichtet, wenn Sie nachweisen, dass der nicht oder nicht richtig angegebene Umstand

- weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles
- noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ursächlich war. Unsere Leistungspflicht entfällt jedoch, wenn Sie die Anzeigepflicht arglistig verletzt haben.

Bei einem Rücktritt steht uns der Teil des Beitrags zu, welcher der bis zum Wirksamwerden der Rücktrittserklärung abgelaufenen Vertragszeit entspricht. Zusätzlich haben Sie Anspruch auf die Auszahlung eines ggf. vorhandenen Rückkaufwertes.

2. Kündigung

Können wir nicht vom Vertrag zurücktreten, weil Sie die vorvertragliche Anzeigepflicht lediglich einfach fahrlässig verletzt haben, können wir den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Der Versicherungsvertrag wandelt sich dann in eine beitragsfreie Versicherung um, sofern die dafür vereinbarte Mindestversicherungsleistung erreicht wird.

Unser Kündigungsrecht ist ausgeschlossen, wenn wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.

3. Vertragsanpassung

Können wir nicht zurücktreten oder kündigen, weil wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Gefahrumstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten, werden die anderen Bedingungen auf unser Verlangen Vertragsbestandteil. Haben Sie die Anzeigepflicht fahrlässig verletzt, werden die anderen Bedingungen rückwirkend Vertragsbestandteil.

Erhöht sich durch die Vertragsanpassung der Beitrag um mehr als 10 % oder schließen wir die Gefahrsicherung für den nicht angezeigten Umstand aus, können Sie den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung über die Vertragsanpassung fristlos kündigen. Auf dieses Recht werden wir Sie in unserer Mitteilung hinweisen.

4. Ausübung unserer Rechte

Wir können unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsanpassung nur innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht, die das von uns geltend gemachte Recht begründet, Kenntnis erlangen. Bei der Ausübung unserer Rechte haben wir die Umstände anzugeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Zur Begründung können wir nachträglich weitere Umstände angeben, wenn für diese die Frist nach Satz 1 nicht verstrichen ist.

Wir können uns auf die Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsanpassung nicht berufen, wenn wir den nicht angezeigten Gefahrumstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannten.

Unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung und zur Vertragsanpassung erlöschen mit Ablauf von fünf Jahren nach Vertragsschluss. Dies gilt nicht für Versicherungsfälle, die vor Ablauf dieser Frist eingetreten sind. Die Frist beträgt zehn Jahre, wenn Sie die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt haben.

5. Stellvertretung durch eine andere Person

Lassen Sie sich bei Abschluss des Vertrages durch eine andere Person vertreten, so sind bezüglich der Anzeigepflicht, des Rücktritts, der Kündigung, der Vertragsanpassung und der Ausschlussfrist für die Ausübung unserer Rechte die Kenntnis und Arglist Ihres Stellvertreters als auch Ihre eigene Kenntnis und Arglist zu berücksichtigen. Sie können sich darauf, dass die Anzeigepflicht nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt worden ist, nur berufen, wenn weder Ihrem Stellvertreter noch Ihnen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

Bestätigung: Hiermit bestätige ich, dass ich die Belehrung zur Anzeigepflichtverletzung zur Kenntnis genommen habe.

Ort, Datum Unterschrift Versicherungsnehmer ggf. Firmenstempel (bei Minderjährigen: gesetzliche Vertreter) Unterschrift Versicherter (bei Minderjährigen: zusätzlich gesetzliche Vertreter)

Nachversicherungs-/Ausbaugarantie zu einem bestehenden Vertrag (nicht möglich, wenn Versicherter berufsunfähig ist)

Nachversicherung mit Ereignis Ausbaugarantie zur Vers.-Nr. Ereignis bei Nachversicherung (Bitte Nachweis beifügen.)

Nachversicherung ohne Ereignis (nicht möglich bei Nachversicherung von BU- oder Pflege-Schutz)

Der Versicherte erklärt mit seiner Unterschrift, dass er zurzeit nicht berufsunfähig und – sofern auch Leistungen wegen Pflegebedürftigkeit versichert werden – nicht pflegebedürftig ist.

Bitte bei Nachversicherung/Ausbau von

- BU-Schutz im Abschnitt »Angaben zur Risikobeurteilung« auch Block B ausfüllen.
- Pflege-Schutz im Abschnitt »Angaben zur Risikobeurteilung« auch Frage 3.3 im Block A beantworten.

Gesundheitserklärung bei Nachversicherung ohne Ereignis

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich bis zum heutigen Tage weder einen Herzinfarkt erlitten habe, noch mit HIV infiziert (positiver HIV-Test) oder an einem Krebsleiden erkrankt bin.

Angaben zur Risikobeurteilung des Versicherten (VT)

Bitte beantworten Sie alle Fragen wahrheitsgemäß und vollständig. Zur Erleichterung der Beantwortung der Fragen haben wir in Klammern Erläuterungen aufgeführt, die nicht abschließend sind. Die Gesellschaft kann bei unwahren oder unvollständigen Angaben je nach Verschulden vom Vertrag zurücktreten, ihn kündigen oder anpassen (siehe Belehrung zur Anzeigepflichtverletzung). Angaben, die Sie hier nicht machen möchten, sind unverzüglich und unmittelbar schriftlich nachzureichen.

A. Besondere Gefahren und Versicherungs-/Leistungsanträge bei anderen Gesellschaften

1. Sind Sie im Beruf oder in der Freizeit besonderen Gefahren ausgesetzt (z.B. Umgang mit explosiven, radioaktiven oder anderen gefährlichen Stoffen, Wettfahrten, Motorsport, Flugsport, Fallschirmspringen, Wasser-/Tauchsport, Kampfsport, Berg-/Klettersport, Pferdesport, Radsport, Fun-/Extremsport, Leistungs-/Profisport)? Bitte ggf. entsprechenden Fragebogen beifügen.
 nein ja, welchen _____
2. Beabsichtigen Sie in den nächsten 12 Monaten einen Aufenthalt von zusammengerechnet mehr als 3 Monaten außerhalb Europas?
 nein ja, wo, wann, wie lange _____
- 3.1 Bestehen bereits Lebens-, Berufsunfähigkeits-, Dienstunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits-, Grundfähigkeits- bzw. Pflegeversicherungen oder sind solche beantragt?
 nein ja, Art der Versicherung, Gesellschaft, Höhe _____
- 3.2 Wurden innerhalb der letzten 5 Jahre derartige Anträge mit erschwerten Bedingungen beurteilt, angenommen (z.B. Zuschläge, Leistungsausschlüsse), zurückgestellt oder abgelehnt?
 nein ja, Art der Versicherung, Gesellschaft, Höhe, Erschwerung _____
- 3.3 Wurden innerhalb der letzten 5 Jahre Leistungen wegen Berufsunfähigkeit, Dienstunfähigkeit, Erwerbsminderung, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung von einem privaten Versicherungsunternehmen, einem berufsständischen Versorgungswerk oder einem gesetzlichen Versorgungsträger gewährt, dort beantragt oder ist eine Beantragung beabsichtigt?
 nein ja, welche, Leistungsgrund, von/bei wem, wann, wie lange _____

B. Zusätzliche Fragen bei einer jährlichen Berufsunfähigkeitsrente – einschließlich bestehender Anwartschaften – über 18.000 EUR

1. Haben Sie für den Fall der Berufs- oder Dienstunfähigkeit Renten zu erwarten (ohne gesetzliche Rente)? nein ja, wie hoch, woher (z.B. betriebl. Altersversorgung, Versorgungswerke) _____
2. Wie hoch war Ihr jährliches Bruttoeinkommen bzw. Gewinn vor Steuern in den letzten 3 Jahren? **Bitte letzten Nachweis bei einer jährlichen Berufsunfähigkeitsrente – einschließlich bestehender Anwartschaften – über 30.000 EUR beifügen.**
 Jahr 20__ |__|__ EUR Jahr 20__ |__|__ EUR Jahr 20__ |__|__ EUR

C. Erklärungen zum Gesundheitszustand (Erläuterungen zur Angabe von evtl. durchgeführten genetischen Untersuchungen siehe Erklärungen und Hinweise Ziffer II.6.)

Antrag/Angebotsanforderung ohne ärztliche Untersuchung mit ärztlicher Untersuchung veranlasst am _____

Zeitlich befristete Fragen

1. Bestehen oder bestanden in den letzten 5 Jahren Krankheiten, Unfallfolgen oder körperliche Schäden
 - 1.1 der Atmungsorgane (auch Nasennebenhöhlenerkrankung, Heuschnupfen, Allergie, Kehlkopf-, Rippenfellkrankung, Schlafapnoe)? nein ja
 - 1.2 des Herzens oder der Kreislauforgane/Gefäße (auch Bluthochdruck [Werte größer 140/90 mmHg], Krampfadern, Thrombose, Arteriosklerose, Durchblutungsstörungen, Lymphödem, Brustschmerzen bei körperlicher Anstrengung)? nein ja
 - 1.3 der Nieren, der Harnwege (auch Blut oder Eiweiß im Urin) oder der Geschlechtsorgane (auch Brustdrüsen, Prostata; auch Schwangerschaftskomplikationen)? nein ja
 - 1.4 der Verdauungsorgane (auch Speiseröhre, Bauchspeicheldrüse, Gallenblase, Leber; auch Sodbrennen, Magenschmerzen [mehr als 2-mal im Jahr oder länger als 48 Stunden], Blut im Stuhl)? nein ja
 - 1.5 des Stoffwechsels (auch Diabetes, Cholesterin-, Triglycerid-, Harnsäureerhöhung)? nein ja
 - 1.6.1 der Augen?

linkes Auge	rechtes Auge
<input type="checkbox"/> Kurzsichtigkeit	<input type="checkbox"/> Kurzsichtigkeit
<input type="checkbox"/> Weitsichtigkeit	<input type="checkbox"/> Weitsichtigkeit
Dioptrien _____	Dioptrien _____

 nein ja
 - 1.6.2 andere Augenerkrankungen (auch Doppelbilder, Gesichtsfeldeinschränkung, Laserbehandlung)? nein ja
 - 1.7 der Ohren (auch Schwindelzustände, Ohrgeräusche [Tinnitus])? nein ja
 - 1.8 des Rückens oder Nackens (auch Wirbelsäulen-, Bandscheibenschaden, Rückenschmerzen [mehr als 2-mal im Jahr oder länger als 48 Stunden], Schleudertrauma, Ischias, Cervicobrachialgie)? nein ja
 - 1.9 der Knochen, Gelenke, Muskeln, Sehnen und Bänder (auch Meniskus-schaden, Gicht, Rheuma, Gelenkschmerzen [mehr als 2-mal im Jahr oder länger als 48 Stunden], Fibromyalgie)? nein ja
 - 1.10 der Haut (auch Allergie)? nein ja
 - 1.11 der Drüsen (auch Schilddrüse; auch Hormonstörung), der Milz oder des Blutes (auch Gerinnungsstörungen)? nein ja
 - 1.12 des Gehirns (auch Migräne, Kopfschmerzen [mehr als 12-mal im Jahr oder länger als 48 Stunden], Demenz) oder der Nerven (auch Epilepsie, Lähmung, Multiple Sklerose)? nein ja
 - 1.13 der Psyche (auch Angst-, Essstörung, Schlafstörung [mehr als 5-mal im Monat], Erschöpfungszustände, Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom)? nein ja
 - 1.14 Infektionskrankheiten (länger als 1 Monat oder mehr als 4-mal im Jahr)? nein ja
 - 1.15 gutartige Tumore? nein ja

Zeitlich befristete Fragen

2. Haben Sie in den letzten 5 Jahren einen Selbsttötungsversuch unternommen? nein ja
3. Nehmen oder nahmen Sie in den letzten 5 Jahren regelmäßig Medikamente ein (d.h. mehr als 1 Monat lang täglich Medikamente oder an mehr als 20 Tagen im Jahr ein gleichartiges Medikament; auch Schlaf-, Schmerz-, Aufputsch- oder Beruhigungsmittel)? nein ja
4. Haben Sie in den letzten 5 Jahren Drogen zu sich genommen? nein ja
5. Nehmen oder nahmen Sie in den letzten 5 Jahren regelmäßig Alkohol zu sich (d.h. mehr als 1 Monat lang täglich oder an mehr als der Hälfte der Tage eines Jahres)? nein ja
6. Waren Sie in den letzten 5 Jahren mehr als 3 Wochen ununterbrochen arbeitsunfähig? nein ja
7. Sind Sie in den letzten 5 Jahren von Ärzten, Psychologen, Krankengymnasten oder Heilpraktikern untersucht, beraten oder behandelt worden (auch Operationen, Strahlen-, Chemotherapie)? nein ja
8. Wurden Sie in den letzten 10 Jahren stationär behandelt (auch Kuren, Reha-, Entzugsbehandlungen, Operationen, Strahlen-, Chemotherapie) bzw. ist eine solche Behandlung ärztlicherseits in den nächsten 2 Jahren vorgesehen oder empfohlen? nein ja

Zeitlich unbefristete Fragen

- 9.1 Wurde eine HIV-Infektion festgestellt oder steht ein Testergebnis noch aus? nein ja
- 9.2 Wurde eine Krebserkrankung festgestellt (bösartiger Tumor, Leukämie, Lymphome)? nein ja

Fragen zum aktuellen Gesundheitszustand

10. Bestehen Behinderungen (auch angeborene) oder haben Erkrankungen oder Unfälle Folgen hinterlassen (falls erteilt, auch Grad der Behinderung [GdB], Minderung der Erwerbsfähigkeit [MdE], Grad der Schädigungsfolgen [GdS] oder Wehrdienstbeschädigung [WDB] angeben)? nein ja
11. Wie groß und schwer sind Sie? _____ cm _____ kg
12. Welcher Arzt kann über Ihre Gesundheitsverhältnisse am besten Auskunft geben (Name, Anschrift)?

 keiner

Zusätzliche Frage bei Abschluss einer Risiko(-Zusatz)versicherung oder einer Todesfallsumme innerhalb der FR10

13. Haben Sie in den letzten 12 Monaten aktiv Zigaretten, Zigarren, Zigarillos oder Pfeife geraucht (gemeint ist sowohl das Konsumieren von Tabak unter Feuer als auch von Nikotin mittels Verwendung elektrischer Verdampfer wie E-Zigaretten, E-Zigarren oder E-Pfeifen)? Erklärungen und Hinweise Ziffer II.7. beachten. nein ja

Geben Sie hier bitte Einzelheiten zu den Fragen 1. bis 10. an, die mit »ja« beantwortet sind.

Frage Einzelheiten zu Diagnose, Krankheit, Unfall, Medikamenten Wann? Wie lange? Wie häufig? Geheilt? Folgen? ergänzende Angaben siehe Zusatzblatt
 Arzt, Psychologe, Krankengymnast, Heilpraktiker, Krankenhaus, Heilstätte (Name, Anschrift)?

Hinweis zum Datenschutz und zur Schweigepflichtbindung bei Abschluss einer Versicherung ohne Risikoprüfung

Die nachfolgenden Texte gelten sinngemäß auch bei Abschluss einer Versicherung ohne Risikoprüfung. In diesem Fall bezieht sich die Einwilligung stets auf die nach § 203 StGB geschützten Daten. Die lediglich auf die Gesundheitsdaten bezogenen Texte (Ziffern 1., 2., 3.1. und 4.) gelten nicht.

Die Erklärung ist in jedem Fall zu unterschreiben.

Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten sowie Schweigepflichtbindungserklärung

Die Regelungen des Versicherungsvertragsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Datenschutzvorschriften enthalten keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Gesundheitsdaten durch Versicherer. Um Ihre Gesundheitsdaten für diesen Antrag (mit »Antrag« ist hier und im folgenden Text auch die Angebotsanforderung gemeint) und den Vertrag erheben und verwenden zu dürfen, benötigt die ALTE LEIPZIGER daher Ihre datenschutzrechtlichen Einwilligungen. Darüber hinaus benötigt die ALTE LEIPZIGER Ihre Schweigepflichtbindungen, um Ihre Gesundheitsdaten bei schweigepflichtigen Stellen, wie z.B. Ärzten, erheben zu dürfen. Als Unternehmen der Lebensversicherung benötigt die ALTE LEIPZIGER Ihre Schweigepflichtbindung ferner, um Ihre Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 Strafgesetzbuch (StGB) geschützte Daten, wie z.B. die Tatsache, dass ein Vertrag mit Ihnen besteht, an andere Stellen, z.B. IT-Dienstleister weiterleiten zu dürfen.

Die folgenden Einwilligungs- und Schweigepflichtbindungserklärungen sind für die Antragsprüfung sowie die Begründung, Durchführung oder Beendigung Ihres Versicherungsvertrages in der ALTE LEIPZIGER unentbehrlich. Sollten Sie diese nicht abgeben, wird der Abschluss des Vertrages in der Regel nicht möglich sein.

Die Erklärungen betreffen den Umgang mit Ihren Gesundheitsdaten und sonstiger nach § 203 StGB geschützter Daten

- durch die ALTE LEIPZIGER selbst (unter 1.),
- im Zusammenhang mit der Abfrage bei Dritten (unter 2.),
- bei der Weitergabe an Stellen außerhalb der ALTE LEIPZIGER (unter 3.) und
- wenn der Vertrag nicht zustande kommt (unter 4.).

Die Erklärungen gelten für die von Ihnen gesetzlich vertretenen Personen wie Ihre Kinder, soweit diese die Tragweite dieser Einwilligung nicht erkennen und daher keine eigenen Erklärungen abgeben können.

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die ALTE LEIPZIGER

Ich willige ein, dass die ALTE LEIPZIGER die von mir in diesem Antrag und künftig mitgeteilten Gesundheitsdaten erhebt, speichert und nutzt, soweit dies zur Antragsprüfung sowie zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Versicherungsvertrages erforderlich ist.

2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten**2.1. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten zur Risikobeurteilung und zur Prüfung der Leistungspflicht**

Für die Beurteilung der zu versichernden Risiken kann es notwendig sein, Informationen von Stellen abzufragen, die über Ihre Gesundheitsdaten verfügen. Außerdem kann es zur Prüfung der Leistungspflicht erforderlich sein, dass die ALTE LEIPZIGER die Angaben über Ihre gesundheitlichen Verhältnisse prüfen muss, die Sie zur Begründung von Ansprüchen gemacht haben oder die sich aus eingereichten Unterlagen (z.B. Rechnungen, Arztberichte, Gutachten) oder Mitteilungen z.B. eines Arztes oder sonstigen Angehörigen eines Heilberufs ergeben.

Diese Überprüfung erfolgt nur, soweit es erforderlich ist. Die ALTE LEIPZIGER benötigt hierfür Ihre Einwilligung einschließlich einer Schweigepflichtbindung für sich sowie für diese Stellen, falls im Rahmen dieser Abfragen Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 StGB geschützte Informationen weitergegeben werden müssen.

Sie können diese Erklärungen bereits hier (I) oder später im Einzelfall (II) erteilen. Sie können Ihre Entscheidung jederzeit ändern.

Bitte entscheiden Sie sich für eine der beiden nachfolgenden Möglichkeiten:

Möglichkeit I:

Ich willige ein, dass die ALTE LEIPZIGER – soweit es für die Risikobeurteilung oder für die Leistungsfallprüfung erforderlich ist – meine Gesundheitsdaten bei Ärzten, Pflegepersonen, Heilpraktikern, Physiotherapeuten, Psychotherapeuten sowie bei Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Behörden erhebt und für diese Zwecke verwendet.

Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zulässigerweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antragstellung an die ALTE LEIPZIGER übermittelt werden.

Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die ALTE LEIPZIGER an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die ALTE LEIPZIGER tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht.

Ich werde vor jeder Datenerhebung nach den vorstehenden Absätzen unterrichtet, von wem und zu welchem Zweck die Daten erhoben werden sollen, und ich werde darauf hingewiesen, dass ich widersprechen und die erforderlichen Unterlagen selbst beibringen kann.

Möglichkeit II:

Ich wünsche, dass mich die ALTE LEIPZIGER in jedem Einzelfall informiert, von welchen Personen oder Einrichtungen zu welchem Zweck eine Auskunft benötigt wird. Ich werde dann jeweils entscheiden, ob ich

- in die Erhebung und Verwendung meiner Gesundheitsdaten durch die ALTE LEIPZIGER einwillige, die genannten Personen oder Einrichtungen sowie deren Mitarbeiter von ihrer Schweigepflicht entbinde und in die Übermittlung meiner Gesundheitsdaten an die ALTE LEIPZIGER einwillige
- oder die erforderlichen Unterlagen selbst beibringe.

Mir ist bekannt, dass dies zu einer Verzögerung der Antragsbearbeitung oder der Prüfung der Leistungspflicht führen kann.

Soweit sich die vorstehenden Erklärungen auf meine Angaben bei Antragstellung beziehen, gelten sie für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Vertragsschluss. Ergeben sich nach Vertragsschluss für die ALTE LEIPZIGER konkrete Anhaltspunkte dafür, dass bei der Antragstellung vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden und damit die Risikobeurteilung beeinflusst wurde, gelten die Erklärungen bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss.

2.2. Erklärungen für den Fall Ihres Todes

Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss für die ALTE LEIPZIGER konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden und damit die Risikobeurteilung beeinflusst wurde. Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtbindung.

Bitte entscheiden Sie sich für eine der beiden nachfolgenden Möglichkeiten:

Möglichkeit I:

Für den Fall meines Todes willige ich in die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten zur Leistungsprüfung bzw. einer erforderlichen erneuten Antragsprüfung ein wie im ersten Ankreuzfeld beschrieben (siehe Ziffer 2.1. – Möglichkeit I).

Möglichkeit II:

Soweit zur Prüfung der Leistungspflicht bzw. einer erforderlichen erneuten Antragsprüfung nach meinem Tod Gesundheitsdaten erhoben werden müssen, geht die Entscheidungsbefugnis über Einwilligungen und Schweigepflichtbindungserklärungen auf meine Erben oder – wenn diese abweichend bestimmt sind – auf die Begünstigten des Vertrags über.

3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der ALTE LEIPZIGER

Die ALTE LEIPZIGER verpflichtet die nachfolgenden Stellen vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit.

3.1. Datenweitergabe zur medizinischen Begutachtung

Für die Beurteilung der zu versichernden Risiken und zur Prüfung der Leistungspflicht kann es notwendig sein, medizinische Gutachter einzuschalten. Die ALTE LEIPZIGER benötigt Ihre Einwilligung und Schweigepflichtbindung, wenn in diesem Zusammenhang Ihre Gesundheitsdaten und weitere nach § 203 StGB geschützte Daten übermittelt werden. Sie werden über die jeweilige Datenübermittlung unterrichtet.

Ich willige ein, dass die ALTE LEIPZIGER meine Gesundheitsdaten an medizinische Gutachter übermittelt, soweit dies im Rahmen der Risikoprüfung oder der Prüfung der Leistungspflicht erforderlich ist und meine Gesundheitsdaten dort zweckentsprechend verwendet und die Ergebnisse an die ALTE LEIPZIGER zurück übermittelt werden. Im Hinblick auf meine Gesundheitsdaten und weitere nach § 203 StGB geschützte Daten entbinde ich die für die ALTE LEIPZIGER tätigen Personen und die Gutachter von ihrer Schweigepflicht.

3.2. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen)

Die ALTE LEIPZIGER führt bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Risikoprüfung, die Leistungsfallbearbeitung oder die telefonische Kundenbetreuung, bei denen es zu einer Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Gesundheitsdaten kommen kann, nicht immer selbst durch, sondern überträgt die Erledigung einer anderen Gesellschaft im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzern oder einer anderen Stelle. Werden hierbei Ihre nach § 203 StGB geschützten Daten weitergegeben, benötigt die ALTE LEIPZIGER Ihre Schweigepflichtbindung für sich und soweit erforderlich für die anderen Stellen.

Die ALTE LEIPZIGER führt eine fortlaufend aktualisierte Liste über die Stellen und Kategorien von Stellen, die vereinbarungsgemäß Gesundheitsdaten für die ALTE LEIPZIGER erheben, verarbeiten oder nutzen unter Angabe der übertragenen Aufgaben. Die zurzeit gültige Liste ist dem Antrag als Anlage beigefügt. Eine aktuelle Liste kann auch im Internet unter www.alte-leipzig.de/dienstleisterliste.pdf eingesehen oder bei dem Betrieblichen Datenschutzbeauftragten der ALTE LEIPZIGER (Anschrift: Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel, Telefon: 06171 66-3927, E-Mail: datenschutz@alte-leipzig.de) angefordert werden. Für die Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten an und die Verwendung durch die in der Liste genannten Stellen benötigt die ALTE LEIPZIGER Ihre Einwilligung.

Ich willige ein, dass die ALTE LEIPZIGER meine Gesundheitsdaten an die in der erwähnten Liste genannten Stellen übermittelt und dass die Gesundheitsdaten dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wie die ALTE LEIPZIGER dies tun dürfte. Soweit erforderlich, entbinde ich die Mitarbeiter des ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzerns und sonstiger Stellen im Hinblick auf die Weitergabe von Gesundheitsdaten und anderer nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

3.3. Datenweitergabe an Rückversicherer

Um die Erfüllung Ihrer Ansprüche abzusichern, kann die ALTE LEIPZIGER Rückversicherer einschalten, die das Risiko ganz oder teilweise übernehmen. In einigen Fällen bedienen sich die Rückversicherer dafür weiterer Rückversicherer, denen sie ebenfalls Ihre Daten übergeben. Damit sich der Rückversicherer ein eigenes Bild über das Risiko oder den Versicherungsfall machen kann, ist es möglich, dass die ALTE LEIPZIGER Ihren Versicherungsantrag oder Leistungsantrag dem Rückversicherer vorlegt. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Versicherungssumme besonders hoch ist oder es sich um ein schwierig einzustufendes Risiko handelt.

Darüber hinaus ist es möglich, dass der Rückversicherer die ALTE LEIPZIGER aufgrund seiner besonderen Sachkunde bei der Risiko- oder Leistungsprüfung sowie bei der Bewertung von Verfahrensabläufen unterstützt.

Haben Rückversicherer die Absicherung des Risikos übernommen, können sie kontrollieren, ob die ALTE LEIPZIGER das Risiko bzw. einen Leistungsfall richtig eingeschätzt hat. Außerdem werden Daten über Ihre bestehenden Verträge und Anträge im erforderlichen Umfang an Rückversicherer weitergegeben, damit diese überprüfen können, ob und in welcher Höhe sie sich an dem Risiko beteiligen können. Zur Abrechnung von Prämienzahlungen und Leistungsfällen können Daten über Ihre bestehenden Verträge an Rückversicherer weitergegeben werden.

Zu den genannten Zwecken werden möglichst anonymisierte bzw. pseudonymisierte Daten, jedoch auch personenbezogene Gesundheitsangaben verwendet.

Ihre personenbezogenen Daten werden von den Rückversicherern nur zu den vorgenannten Zwecken verwendet. Über die Übermittlung Ihrer Gesundheitsdaten an Rückversicherer werden Sie durch die ALTE LEIPZIGER unterrichtet.

Ich willige ein, dass meine Gesundheitsdaten – soweit erforderlich – an Rückversicherer übermittelt und dort zu den genannten Zwecken verwendet werden. Soweit erforderlich, entbinde ich die für die ALTE LEIPZIGER tätigen Personen im Hinblick auf die Gesundheitsdaten und weiteren nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

3.4. Datenweitergabe an selbständige Vermittler

Die ALTE LEIPZIGER gibt grundsätzlich keine Angaben zu Ihrer Gesundheit an selbständige Vermittler weiter. Es kann aber in den folgenden Fällen dazu kommen, dass Daten, die Rückschlüsse auf Ihre Gesundheit zulassen, oder gemäß § 203 StGB geschützte Informationen über Ihren Vertrag Versicherungsvermittlern zur Kenntnis gegeben werden.

Soweit es zu vertragsbezogenen Beratungszwecken erforderlich ist, kann der Sie betreuende Vermittler Informationen darüber erhalten, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen (z.B. Annahme mit Risikozuschlag, Ausschlüsse bestimmter Risiken) Ihr Vertrag angenommen werden kann.

Der Vermittler, der Ihren Vertrag vermittelt hat, erfährt, dass und mit welchem Inhalt der Vertrag abgeschlossen wurde. Dabei erfährt er auch, ob Risikozuschläge oder Ausschlüsse bestimmter Risiken vereinbart wurden.

Bei einem Wechsel des Sie betreuenden Vermittlers auf einen anderen Vermittler kann es zur Übermittlung der Vertragsdaten mit den Informationen über bestehende Risikozuschläge und Ausschlüsse bestimmter Risiken an den neuen Vermittler kommen. Sie werden bei einem Wechsel des Sie betreuenden Vermittlers auf einen anderen Vermittler vor der Weitergabe von Gesundheitsdaten informiert sowie auf Ihre Widerspruchsmöglichkeit hingewiesen.

Ich willige ein, dass die ALTE LEIPZIGER meine Gesundheitsdaten und sonstigen nach § 203 StGB geschützten Daten in den genannten Fällen – soweit erforderlich – an den für mich zuständigen selbständigen Versicherungsvermittler übermittelt und diese dort erhoben, gespeichert und zu Beratungszwecken genutzt werden dürfen.

Meine Einwilligung gilt entsprechend für die Datenweitergabe an und die Datenverarbeitung von Maklerpools oder anderen Dienstleistern (z.B. Betreiber von Vergleichssoftware, Maklerverwaltungsprogrammen), die mein Vermittler zum Abschluss und zur Verwaltung meiner Versicherungsverträge einschaltet. Die betreffenden Dienstleister kann ich bei meinem Vermittler erfragen.

4. Speicherung und Verwendung Ihrer Gesundheitsdaten wenn der Vertrag nicht zustande kommt

Kommt der Vertrag mit Ihnen nicht zustande, speichert die ALTE LEIPZIGER Ihre im Rahmen der Risikoprüfung erhobenen Gesundheitsdaten für den Fall, dass Sie erneut Versicherungsschutz beantragen. Die ALTE LEIPZIGER speichert Ihre Daten auch, um mögliche Anfragen weiterer Versicherer beantworten zu können. Ihre Daten werden bei der ALTE LEIPZIGER bis zum Ende des dritten Kalenderjahres nach dem Jahr der Antragstellung gespeichert.

Ich willige ein, dass die ALTE LEIPZIGER meine Gesundheitsdaten – wenn der Vertrag nicht zustande kommt – für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem Ende des Kalenderjahres der Antragstellung zu den genannten Zwecken speichert und nutzt.

Ort, Datum	Unterschrift Versicherungsnehmer ggf. Firmenstempel (bei Minderjährigen: gesetzliche Vertreter)	Unterschrift Versicherter (bei Minderjährigen: zusätzlich gesetzliche Vertreter)
------------	--	--

Besondere Vereinbarungen Jungakademiker mit Sondereinstufung in Berufsgruppe 1++ (Nachweis liegt bei).

Einwilligung zur Datenübermittlung bei Basisrentenversicherungen

Gesetzliche Voraussetzung für die einkommensteuerliche Berücksichtigung der Beiträge für Basisrentenversicherungen ist die Meldung dieser Beiträge an die zentrale Stelle. Ich willige ein, dass die dazu erforderlichen Daten (Name, Vertragsdaten, Steuer-Identifikationsnummer, geleistete Beiträge) über die zentrale Stelle (Deutsche Rentenversicherung Bund) an die zuständige Finanzbehörde elektronisch übermittelt werden. Mir ist bewusst, dass die steuerliche Berücksichtigung der Beiträge nicht gegeben ist, wenn ich diese Einwilligung nicht erteile oder wenn ich die Einwilligung schriftlich widerrufe. Die nachgelagerte Besteuerung der späteren Leistungen erfolgt auch dann, wenn die Beiträge nicht steuerlich berücksichtigt wurden.

Steuer-Identifikationsnummer (Bei Basisrentenversicherungen und sofort beginnenden Rentenversicherungen immer angeben.)

Die Steuer-Identifikationsnummer wird bei Basisrenten vom Versicherungsnehmer und bei sofort beginnenden Renten vom Leistungsempfänger benötigt.

Empfangsbestätigung bei Antragstellung (Nicht erforderlich bei Angebotsanforderung.)

Hiermit bestätige ich, dass ich die in der „Übersicht der zum Versicherungsvorschlag gehörenden Unterlagen“ und der „Anlage »Technische Daten«“ aufgeführten Unterlagen, die Bestandteil des Versicherungsvertrags sind, vor Antragstellung in Textform erhalten habe:

als PDF-Datei (z.B. auf USB-Stick/CD oder per E-Mail), deren Lesbarkeit ich geprüft habe, oder auf Papier, als Fax.

Ort, Datum	Unterschrift Versicherungsnehmer ggf. Firmenstempel (bei Minderjährigen: gesetzliche Vertreter)
------------	---

Wichtige Hinweise

Bevor Sie diesen Antrag bzw. diese Angebotsanforderung unterschreiben, lesen Sie bitte auf den folgenden Seiten die »Erklärungen des Versicherungsnehmers und des Versicherten sowie besondere Hinweise«. Diese Erklärungen und Hinweise sind wichtiger Bestandteil Ihres Antrags bzw. Ihrer Angebotsanforderung und enthalten insbesondere die **Erklärung zum Datenschutz** sowie zum Versichererwechsel (bei Tod des Versicherungsnehmers wird der Versicherte neuer Versicherungsnehmer). Dort finden Sie unter anderem Hinweise zum Widerrufsrecht (Ziffer I.2.), zum vorläufigen Versicherungsschutz (Ziffer I.3.), zur Nachversicherungs- und Ausbaugarantie (Ziffer I.5.) und zu den Vertragsgrundlagen (Ziffer II.2.). Sie machen mit Ihren Unterschriften die Erklärungen und Hinweise zum Inhalt dieses Antrags bzw. dieser Angebotsanforderung. Sie stimmen zu, dass der Versicherungsschutz zu Ihrem Vertrag bereits vor Ende der Widerrufsfrist beginnt, sofern der Versicherungsbeginn vor dem Ende dieser Frist liegt. Eine Durchschrift/Kopie wird Ihnen sofort nach Unterzeichnung ausgehändigt.

Erklärung des Vermittlers

Ich bestätige mit meiner Unterschrift auch, dass die ggf. erforderlichen Angaben zur Identifizierung nach dem Geldwäschegesetz und die ggf. beigefügte Ausweiskopie mit dem Originalausweis übereinstimmen.

Der Versicherungsnehmer – sofern er eine natürliche Person ist – war bei der Identifizierung **nicht** persönlich anwesend.

Ort, Datum	Unterschrift Versicherungsnehmer ggf. Firmenstempel (bei Minderjährigen: gesetzliche Vertreter)	Unterschrift Versicherter und ggf. Mitversicherer (bei Minderjährigen: zusätzlich gesetzliche Vertreter)	Unterschrift Vermittler ggf. Firmenstempel
------------	--	---	--

Erklärungen des Versicherungsnehmers und des Versicherten sowie besondere Hinweise

I. Erklärungen des Versicherungsnehmers und des Versicherten

1. Erklärung zum Datenschutz

A. Information zur Verwendung Ihrer Daten

Zur Einschätzung des zu versichernden Risikos vor dem Abschluss des Versicherungsvertrags, zur Abwicklung des Vertragsverhältnisses, insbesondere im Leistungsfall, benötigen wir personenbezogene Daten von Ihnen. Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung dieser Daten ist grundsätzlich gesetzlich geregelt. Die ALTE LEIPZIGER ist dem vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in enger Abstimmung mit den Datenschutzaufsichtsbehörden und dem Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) entwickelten »Code of Conduct« beigetreten. Die beigetretenen Unternehmen verpflichten sich darin, nicht nur die datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze streng einzuhalten, sondern auch darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Förderung des Datenschutzes zu ergreifen. Erläuterungen dazu können Sie den Verhaltensregeln entnehmen, die Sie im Internet unter www.alte-leipzig.de/code-of-conduct.pdf abrufen können. Ebenfalls im Internet abrufen können Sie eine Liste der Unternehmen unseres Konzerns, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen, sowie der Auftragnehmer und der Dienstleister, zu denen nicht nur vorübergehende Geschäftsbeziehungen bestehen (www.alte-leipzig.de/dienstleisterliste.pdf). Die zurzeit gültige Liste ist dem Antrag als Anlage beigefügt. Auf Wunsch senden wir Ihnen auch gern einen Ausdruck dieser Liste oder der Verhaltensregeln per Post.

Sie können Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten beantragen. Darüber hinaus können Sie die Berichtigung Ihrer Daten verlangen, wenn diese unrichtig oder unvollständig sind. Ansprüche auf Löschung oder Sperrung Ihrer Daten können bestehen, wenn deren Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sich als unzulässig oder nicht mehr erforderlich erweist. Diese Rechte können Sie beim Betrieblichen Datenschutzbeauftragten der ALTE LEIPZIGER (Anschrift: Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel, Telefon: 06171 66-3927, E-Mail: datenschutz@alte-leipzig.de) geltend machen.

B. Einwilligung in die Verwendung allgemeiner personenbezogener Daten

Für die in der nachfolgenden Erklärung genannten Tätigkeiten benötigen wir Ihre individuelle Einwilligung.

Ich willige ein, dass meine allgemeinen personenbezogenen Daten (z.B. Alter oder Adresse) unter Beachtung der Grundsätze der Datensparsamkeit und der Datenvermeidung verwendet werden

- zur Antrags-, Angebots-, Vertrags- und Leistungsabwicklung, indem die ALTE LEIPZIGER selbst Informationen über mein allgemeines Zahlungsverhalten einholt. Dies kann auch erfolgen durch ein Unternehmen im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHER Konzern oder eine Auskunftstelle (z.B. Arvato Infoscore, Creditreform, SCHUFA).
- zur Antrags-, Angebots-, Vertrags- und Leistungsabwicklung, indem die ALTE LEIPZIGER oder eine Auskunftstelle eine auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren erzeugte Einschätzung meiner Zahlungsfähigkeit bzw. der Kundenbeziehung (Scoring) einholt.

C. Hinweis auf das Widerspruchsrecht in die Verwendung von Daten für Zwecke der Werbung sowie Markt- und Meinungsforschung

Ihre personenbezogenen Daten werden ohne Ihre ausdrückliche Einwilligung zur Werbung für unsere eigenen Versicherungsprodukte und für andere Produkte des ALTE LEIPZIGER – HALLESCHER Konzerns sowie zur Markt- und Meinungsforschung unseres Unternehmens verwendet. Dem können Sie jederzeit formlos widersprechen.

2. Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 30 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt, nachdem Sie den Versicherungsschein, die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die weiteren Informationen nach § 7 Abs. 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes in Verbindung mit den §§ 1 bis 4 der VVG-Informationspflichtenverordnung und diese Belehrung jeweils in Textform erhalten haben. Bei Anforderung eines Angebotes ist für diesen Fristbeginn zusätzlich der Erhalt unserer Bestätigung über das Zustandekommen des Vertrages erforderlich.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an die:

ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G., Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel, Telefax 06171 24434, E-Mail: leben@alte-leipzig.de.

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs endet der Versicherungsschutz und wir erstatten Ihnen den auf die Zeit nach Zugang des Widerrufs entfallenden Teil des Beitrags, wenn Sie zugestimmt haben, dass der Versicherungsschutz vor dem Ende der Widerrufsfrist beginnt. Den Teil des Beitrags, der auf die Zeit bis zum Zugang des Widerrufs entfällt, dürfen wir in diesem Fall einbehalten; dabei handelt es sich beispielsweise um einen Betrag in Höhe von 1/360 des Jahresbeitrags bzw. 1/30 des Monatsbeitrags multipliziert mit der Anzahl der Tage, an denen Versicherungsschutz bestanden hat. Die Höhe des Beitrags entnehmen Sie bitte den Vertragsunterlagen. Den gegebenenfalls vorhandenen Rückkaufswert einschließlich der Überschussanteile nach § 169 des Versicherungsvertragsgesetzes zahlen wir Ihnen aus. Die Erstattung zurückzuzahlender Beträge erfolgt unverzüglich, spätestens 30 Tage nach Zugang des Widerrufs. Beginnt der Versicherungsschutz nicht vor dem Ende der Widerrufsfrist, hat der wirksame Widerruf zur Folge, dass empfangene Leistungen zurückzugewähren und gezogene Nutzungen (z.B. Zinsen) herauszugeben sind.

Haben Sie Ihr Widerrufsrecht nach § 8 Versicherungsvertragsgesetz wirksam ausgeübt, sind Sie auch an einen mit dem Versicherungsvertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden. Ein zusammenhängender Vertrag liegt vor, wenn er einen Bezug zu dem widerrufenen Vertrag aufweist und eine Dienstleistung des Versicherers oder eines Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Dritten und dem Versicherer betrifft. Eine Vertragsstrafe darf weder vereinbart noch verlangt werden.

Besondere Hinweise

Ihr Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag auf Ihren ausdrücklichen Wunsch sowohl von Ihnen als auch von uns vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Ende der Widerrufsbelehrung

3. Vorläufiger Versicherungsschutz (VVS) und Verzicht auf die Verbraucherinformationen/Versicherungsbedingungen

Der vorläufige Versicherungsschutz wird gemäß den Bedingungen für den VVS mit beantrag, sofern die Erlaubnis zum Beitragsentzug (SEPA-Lastschriftmandat) erteilt oder der Einlösungsbeitrag gezahlt wurde. Die Höchstgrenzen der Leistungen sowie Beginn und Ende meines VVS ergeben sich aus diesen Bedingungen. Bei einer Angebotsanforderung verzichte ich für den VVS auf die vollständigen Verbraucherinformationen, Versicherungsbedingungen und weiteren Vertragsunterlagen (Ziffer II.2.), die mir spätestens mit dem Angebot übermittelt werden.

4. Versicherungsnehmerwechsel

Der Versicherungsnehmer und der Versicherte beantragen hiermit, dass bei Tod des Versicherungsnehmers während der Dauer dieses Vertrages der Versicherte neuer Versicherungsnehmer sein und zu diesem Zeitpunkt in alle dann bestehenden Rechte und Pflichten aus dem Vertrag eintreten soll. Der Versicherte erklärt sich schon jetzt mit künftigen Verfügungen des Versicherungsnehmers zu der Versicherung einverstanden.

Diese Erklärung gilt nur für sog. Fremdversicherungen, also wenn Versicherungsnehmer und Versicherter verschiedene Personen sind. Sie gilt nicht, wenn der Versicherte im Zeitpunkt des Todes des Versicherungsnehmers noch minderjährig ist.

5. Erklärung zur Nachversicherungs- und Ausbaugarantie (Anzeigepflichtverletzung)

Die Nachversicherungs- bzw. Ausbaugarantie gewähren wir im Vertrauen darauf, dass Sie bei Ihren früheren Verträgen mit unserer Gesellschaft die vorvertragliche Anzeigepflicht ordnungsgemäß erfüllt haben. Sie erklären, dass Sie die Angaben zur Risikobeurteilung bei Ihren früheren Verträgen wahrheitsgemäß und vollständig gemacht haben. Wir können von diesem Vertrag und den früheren Verträgen bei unwahren oder unvollständigen Angaben je nach Verschulden vom Vertrag zurücktreten, ihn kündigen oder anpassen (siehe Belehrung zur Anzeigepflichtverletzung).

II. Besondere Hinweise

1. Unverbindliche Anforderung eines Angebotes

Wenn Sie bei uns unverbindlich ein Angebot anfordern, sind Sie noch nicht vertraglich gebunden. Sie erhalten von uns zunächst ein Angebot (erstellt auf der Grundlage Ihrer Angaben in diesem Formular, etwaiger Anlagen sowie weiterer Informationen, die Sie uns bei Bedarf geben), dem alle Informationen, Bedingungen usw. beigefügt sind. Anschließend können Sie frei entscheiden, ob Sie unser Angebot annehmen oder nicht. Nehmen Sie unser Angebot nicht an, entstehen für Sie weder Kosten noch Verpflichtungen. Nehmen Sie unser Angebot durch eine ausdrückliche schriftliche Annahmeerklärung an, kommt der Versicherungsvertrag zustande. Von einer Erlaubnis zum Beitragsentzug (SEPA-Lastschriftmandat), die Sie uns erteilen, machen wir erst nach Zustandekommen des Versicherungsvertrages Gebrauch.

2. Vertragsgrundlagen

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Ferner gelten für Ihre Versicherung(en) – außer diesem Antrag bzw. dieser Angebotsanforderung – die Allgemeinen Bedingungen ggf. mit Tarifbestimmungen, die Bedingungen für den vorläufigen Versicherungsschutz und unsere Satzung; ggf. auch die Zusatzbedingungen für die Dynamik, die Zusatzbedingungen für die Überschussverwendungsart »Investmentfonds« und die Bedingungen für die Zusatzversicherungen sowie Zusatzbestimmungen und Besondere Vereinbarungen. Diese erhalten Sie vor Antragstellung bzw. bei einer Angebotsanforderung zusammen mit dem Angebot.

3. Wirtschaftlich Berechtigter

Wirtschaftlich Berechtigter im Sinne des Geldwäschegesetzes ist diejenige natürliche Person, welche den VN letztlich veranlasst, den Vertrag abzuschließen. Das kann z.B. vorliegen, wenn ein Dritter den Abschluss des Vertrages vom VN verlangt oder anstelle des VN den Beitrag zahlt. In diesem Fall muss der VN Angaben zur Person des Dritten machen (Titel, Vorname, Name, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit).

Ein Unternehmen selbst fällt nicht unter den Begriff des »wirtschaftlich Berechtigten«, sondern diejenigen natürlichen Personen in deren Eigentum (mit mehr als 25 % der Kapitalanteile) oder unter deren Kontrolle (mit mehr als 25 % der Stimmanteile) es steht (siehe Auszug aus dem Geldwäschegesetz).

Auszug aus dem Geldwäschegesetz: Wirtschaftlich Berechtigter im Sinne dieses Gesetzes ist die natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Vertragspartner letztlich steht, oder die natürliche Person, auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird. Hierzu zählen insbesondere:

1. bei Gesellschaften, die nicht an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes notiert sind und keinen dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertigen internationalen Standards unterliegen, jede natürliche Person, welche unmittelbar oder mittelbar mehr als 25 Prozent der Kapitalanteile hält oder mehr als 25 Prozent der Stimmrechte kontrolliert,
2. bei rechtsfähigen Stiftungen und Rechtsgestaltungen, mit denen treuhänderisch Vermögen verwaltet oder verteilt oder die Verwaltung oder Verteilung durch Dritte beauftragt wird, oder diesen vergleichbaren Rechtsformen,
 - a) jede natürliche Person, die 25 Prozent oder mehr des Vermögens kontrolliert,
 - b) jede natürliche Person, die als Begünstigte von 25 Prozent oder mehr des verwalteten Vermögens bestimmt worden ist,
 - c) die Gruppe von natürlichen Personen, zu deren Gunsten das Vermögen hauptsächlich verwaltet oder verteilt werden soll, sofern die natürliche Person, die Begünstigte des verwalteten Vermögens werden soll, noch nicht bestimmt ist.

4. Politisch exponierte Personen

Nach dem Geldwäschegesetz muss der Versicherer auch feststellen, ob es sich beim Versicherungsnehmer, einem etwaigen wirtschaftlich Berechtigten oder einem etwaigen Bezugsberechtigten um eine politisch exponierte Person handelt. Zu diesem Personenkreis gehören insbesondere Inhaber öffentlicher Ämter auf Staatsebene (z.B. als Staatsoberhaupt, Minister, stellvertretender Minister, Staatssekretär, sonstiges Regierungsmitglied, Mitglied des Parlaments oder des Senats), Mitglieder eines wichtigen staatlichen Organs (z.B. einer obersten Behörde, eines obersten Gerichts, eines obersten Rechnungshofes, einer Zentralbank) oder Inhaber sonstiger wichtiger öffentlicher Ämter auf nationaler Ebene, Gemeinschaftsebene oder internationaler Ebene (z.B. als Botschafter, Geschäftsträger, hochrangiger Offizier, Mitglied in Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorganen staatlicher Unternehmen). Nach dem Gesetz fallen unter den Begriff einer »politisch exponierten Person« auch bestimmte Familienmitglieder (Partner, Ehepartner, Kind oder Elternteil einer politisch exponierten Person) und die ihr nahestehenden Personen (im Sinne einer Geschäftsbeziehung, z.B. als gemeinsamer Eigentümer einer Rechtsperson). Sofern der Versicherungsnehmer, wirtschaftlich Berechtigter oder Bezugsberechtigte zu diesem Personenkreis gehört, ist für die betreffende Person das Druckstück scp 515 auszufüllen.

5. Besondere Vereinbarungen und Gebühren

Erklärungen/Nebenabreden müssen schriftlich festgehalten werden. Sie bedürfen der schriftlichen Bestätigung der Gesellschaft.

Die Vermittler selbst sind nicht berechtigt (Neben-)Gebühren zu erheben.

6. Genetische Untersuchungen

Wir weisen darauf hin, dass wir den Vertragsabschluss nicht von der Durchführung genetischer Untersuchungen oder Analysen abhängig machen und diese nicht verlangen. Sie müssen uns jedoch Vorerkrankungen und Erkrankungen, nach denen wir Sie in Textform gefragt haben, anzeigen, auch wenn in diesem Zusammenhang genetische Untersuchungen oder Analysen vorgenommen wurden. Sie müssen uns jedoch keine genetischen Untersuchungen mitteilen, die allein mit dem Ziel vorgenommen wurden, eine erst zukünftig auftretende Erkrankung oder gesundheitliche Störung abzuklären. Diese Ausnahme von der Anzeigepflicht gilt nicht, wenn eine Leistung von mehr als 300.000 EUR oder mehr als 30.000 EUR Jahresrente vereinbart wird.

7. Anzeigepflicht für Nichtraucher

Sofern der Versicherte in der Risiko(-Zusatz)versicherung oder innerhalb der FR10 als Nichtraucher versichert ist, ist uns unverzüglich schriftlich zu melden, wenn der Versicherte während der Versicherungsdauer zum Raucher wird. Ab diesem Zeitpunkt werden wir für die (Zusatz)versicherung die Rechnungsgrundlagen für einen Raucher zugrunde legen. Wenn Sie uns die Änderung nicht mitteilen, wird bei Tod des Versicherten die Leistung gekürzt, es sei denn das Rauchen war hierfür nicht ursächlich. Nähere Informationen dazu finden Sie in den Versicherungsbedingungen.

8. Versicherungen für Kinder unter 7 Jahren

Für sog. Kinderversicherungen gilt folgende Besonderheit: Bei Abschluss von Todesfallsummen über 8.000 EUR werden bei Tod vor Vollendung des 7. Lebensjahres für den Teil der Todesfallsumme, der 8.000 EUR übersteigt, nur die entrichteten Beiträge erstattet. Der Versicherungsschein enthält einen entsprechenden Hinweis.

9. Aufgabe bestehender Versicherungen

Die Aufgabe einer bestehenden Versicherung zum Zweck des Abschlusses einer Versicherung bei demselben oder einem anderen Unternehmen ist für den Versicherungsnehmer im Allgemeinen unzweckmäßig und für beide Unternehmen unerwünscht.

10. Beschwerdestellen

Sollten Sie einmal Grund zur Beschwerde haben, wenden Sie sich bitte an die ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G., Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel.

Darüber hinaus können Sie sich auch an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – Bereich Versicherungen –, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn wenden.

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V. Damit ist für Sie als besonderer Service die Möglichkeit eröffnet, den unabhängigen und neutralen Ombudsmann in Anspruch zu nehmen, wenn Sie mit einer Entscheidung einmal nicht einverstanden sein sollten. Das Verfahren ist für Sie kostenfrei.

Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 08 06 32, 10006 Berlin
Telefon 0800 3696000, Telefax 0800 3699000
E-Mail: beschwerde@versicherungsombudsmann.de

11. Gesetzlicher Sicherungsfonds

Um die Ansprüche unserer Kunden jederzeit erfüllen zu können, achten wir auf eine ausgewogene Mischung und Streuung der Kapitalanlagen. Rein spekulative Anlagen werden nicht getätigt. Darüber hinaus besteht zur Absicherung der Ansprüche aus Ihrer Versicherung ein gesetzlicher Sicherungsfonds (siehe §§ 124 ff. Versicherungsaufsichtsgesetz), der bei der Protektor Lebensversicherungs-AG, Wilhelmstraße 43 G, 10117 Berlin, www.protektor-ag.de, errichtet ist. Im Sicherungsfall wird die Aufsichtsbehörde die Verträge auf den Sicherungsfonds übertragen. Geschützt von dem Fonds sind die Ansprüche der Versicherungsnehmer, der Versicherten, der Bezugsberechtigten und sonstiger aus dem Versicherungsvertrag begünstigter Personen. Die ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G. gehört diesem Sicherungsfonds an.

ALTE LEIPZIGER
Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit
Alte Leipziger-Platz 1 · 61440 Oberursel
Bundesrepublik Deutschland
Telefon 06171 66-00 · Telefax 06171 24434
www.alte-leipzig.de · E-Mail: leben@alte-leipzig.de
Bankverbindung: Postbank Frankfurt am Main · IBAN: DE67 5001 0060 0061 5576 00 · BIC: PBNKDEFF

Vors. des Aufsichtsrats: Wolfgang Stertenbrink
Vorstand: Dr. Walter Botermann (Vors.), Christoph Bohn (stv. Vors.), Frank Kettmaker, Wiltrud Pekarek, Martin Rohm, Dr. Jürgen Bierbaum (stv.)
Sitz Oberursel (Taunus) · Rechtsform Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit · Amtsgericht Bad Homburg v.d.H. HRB 1583 · St.-Nr. 045 223 00421 (UStG)
Beiträge zu Lebensversicherungen unterliegen nicht der Versicherungsteuer (§ 4 Nr. 5 VersStG)

Anlage „Technische Daten“

RentAL – Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

Persönliche Daten

Versicherungsnehmer Herr Test Test
Versicherter Herr Test Test
Geburtsdatum 01.07.1990

Versicherungs- und Rentenbeginn

Versicherungsbeginn 01.12.2016 (12 Uhr)
Rentenbeginn 01.12.2057 (12 Uhr) – Rentenbeginnalter 67 Jahre

Vertragsdaten

Klassische Rente mit Rentengarantiezeit (RV15)

Rentengarantiezeit der Altersrente keine
Pflege-Option eingeschlossen
■ mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BZ10)
Berufsgruppe 1++ (Jungakademiker)
Leistungsvereinbarung Leistung ab einem Berufsunfähigkeitsgrad von 50 %

Dauern/Schlussalter

Dauern und Schlussalter	Beitragszahlungs-dauer	Aufschubzeit	Versicherungsdauer	Leistungsdauer ⁽¹⁾	Versicherungsschlussalter
Rentenversicherung	41 Jahre	41 Jahre			
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	41 Jahre		41 Jahre	41 Jahre	67 Jahre

⁽¹⁾ ab Versicherungsbeginn

Überschussverwendung

Rentenversicherung vor Rentenbeginn Rentenzuwachs
nach Rentenbeginn Bonusrente
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers. Beitragsverrechnung

Leistung bei Rentenbeginn

Rentenversicherung **garantierte monatliche Altersrente** **75,00 EUR**
oder
garantierte einmalige Kapitalzahlung **24.180,18 EUR**

Leistung im Todesfall

Rentenversicherung garantierte Leistung vor Rentenbeginn Auszahlung des Deckungskapitals (Wert der Versicherung), mindestens jedoch Beitragsrückgewähr (ohne Beiträge der Zusatzversicherung)
nach Rentenbeginn keine Leistung

Leistung bei Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit

Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	Beitragsbefreiung garantierte monatliche Berufsunfähigkeitsrente	1.500,00 EUR
	Leistung bei Arbeitsunfähigkeit Beitragsbefreiung und Arbeitsunfähigkeitsrente in Höhe der Berufsunfähigkeitsrente	

Jährlicher Beitrag

	Beitrag	zu zahlender Beitrag*
Rentenversicherung	542,31 EUR	542,31 EUR
Berufsunfähigkeits-Zusatzvers.	1.071,02 EUR	771,02 EUR
gesamt	1.613,33 EUR	1.313,33 EUR

* Der zu zahlende Beitrag ist der um Überschüsse verminderte Beitrag (Beitragsverrechnung). Er kann nicht garantiert werden und gilt, solange die für 2016 festgesetzten Überschussätze unverändert gelten.

Dynamik

Modus P	jährliche Erhöhung des Beitrages um 10,00 % des Vorjahresbeitrages (progressive Erhöhung) ■ mit beitragsfreier Dynamik (10,00 %) bei Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeit Bei den dargestellten Leistungen und Beiträgen sind die Erhöhungen aus der Dynamik noch nicht berücksichtigt.
Erste Erhöhung	01.12.2017
Letzte Erhöhung	01.12.2056
Zusatzversicherung	Die eingeschlossene Zusatzversicherung wird mit erhöht.

Steuerhinweis

Ausführliche Steuerinformationen: Detaillierte Informationen zur steuerlichen Behandlung Ihrer Versicherung finden Sie in unserem ausführlichen Vorschlag oder in unserer „Allgemeinen Steuerinformation“.

Übersicht der zum Versicherungsvorschlag gehörenden Unterlagen

Diese Unterlagen sind Bestandteil des Versicherungsvertrags.

Produktinformationsblatt (gemäß VVG-Informationspflichtenverordnung – VVG-InfoV)

Informationen über den Versicherungsvertrag (gemäß VVG-Informationspflichtenverordnung – VVG-InfoV)

Unser Vorschlag

- mit Verlauf der garantierten Leistungen

Normierte Modellrechnung nach § 154 VVG

Satzung, Versicherungsbedingungen und Steuerinformation

- Satzung der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit (vo 13 – 06.2014)
- Allgemeine Bedingungen für die Rentenversicherung (pm 2100 – 01.2016)
- Tarifbestimmungen zu den Tarifen RV15, RV25 und RV30 (pm 2110 – 01.2016)
- Zusatzbedingungen für die Rentenversicherung mit Dynamik nach Modus P (pm 2131 – 01.2015)
- Zusatzbedingungen für die Option auf Erhöhung der Rentenleistung bei Pflegebedürftigkeit (Pflege-Option) (pm 2351 – 03.2015)
- Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (Tarife BZ10 und BZ11) (pm 2500 – 08.2015)
- Bedingungen für den vorläufigen Versicherungsschutz (pm 2610 – 03.2015)
- Allgemeine Steuerinformation (pm 2600 – 01.2016)

Antrag

- mit Anlagen (z.B. Anlage „Technische Daten“, Dienstleisterliste)

Von den ALTE LEIPZIGER Gesellschaften beauftragte Dienstleister(-Kategorien)*

Aufgaben, zu deren Bearbeitung personenbezogene Daten (z. B. Name, Adresse) an Dritte weitergegeben werden können

Übertragene Aufgaben	Auftragnehmer/Dienstleistungskategorien
<ul style="list-style-type: none"> ■ Adressprüfung ■ Auskunftseinholung zur Antrags- und/oder Leistungsbearbeitung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Adressermittler, Einwohnermeldeämter ■ Wirtschaftsauskunfteien (Schufa Holding AG, Creditreform e. V., Arvato Infoscore GmbH, Forum Finanzplanung GmbH, informa HIS GmbH) ■ Auskunftsdienste von Arztberichten für Personenschäden (ACTINEO)
<ul style="list-style-type: none"> ■ Beratung, treuhänderische Tätigkeiten, Tarifierung ■ Bestandsverwaltung und Schadenbearbeitung (Sach-/Rechtsschutzversicherung) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Beratungsunternehmen, Treuhänder, Aktuare ■ Assekuradeure, Makler, Hamburger Vermögensschaden Risikomanagement GmbH (HVR)
<ul style="list-style-type: none"> ■ Datenträger-/Aktenentsorgung ■ Druck-/Kuertierarbeiten, Briefabholung und Versand 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Entsorgungsunternehmen ■ Druckereien und Postdienstleister
<ul style="list-style-type: none"> ■ Forderungsmanagement, gerichtliches und außergerichtliches Mahnverfahren, Beratung (juristisch), allgemeine Dienstleistung in begründeten Einzelfällen ■ IT-Dienstleistungen (Programmiertätigkeiten, User-Help-Desk, Hard- und Softwareimplementierung und -unterstützung, Archivierung von aufbewahrungspflichtigen Daten) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Rechtsanwälte Ohletz ■ Rechtsanwalt Andreas Conzelmann ■ Externe IT-Dienstleistungsunternehmen
<ul style="list-style-type: none"> ■ IT-Plattform für Zeitwertkonten ■ Marketing (Marktanalysen, Marktforschung, Servicestudien, Kundenbefragungen auch im Rahmen von Ratings) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Collogia AG ■ Marketing-/Marktforschungsunternehmen, Ratingagenturen, ASSEKURATA
<ul style="list-style-type: none"> ■ Riester-Service, Rürup-Service, Rentenbezugsmitteilungs-Service, Zentralruf, Notruf ■ Prüfung von Kostenvoranschlägen, Rechnungen, Schadenware 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) ■ Prüfdienstleister, Sachverständige
<ul style="list-style-type: none"> ■ Reparatur, Sanierung, Ersatz ■ Vermittlung von Reparaturaufträgen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Handwerksbetriebe, Sanierer, Werkstätten, Mietwagenunternehmen ■ Innovation Group, Eurogarant AG

Aufgaben, zu deren Bearbeitung auch Gesundheitsdaten an Dritte weitergegeben werden können

Übertragene Aufgaben	Auftragnehmer/Dienstleistungskategorien
<ul style="list-style-type: none"> ■ Alle zum Geschäftsbetrieb der ALTE LEIPZIGER Pensionskasse AG und der ALTE LEIPZIGER Pensionsfonds AG gehörenden Aufgaben ■ Assistance-Leistungen, Rehabilitationsmaßnahmen, Hilfs- und Pflegeleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G. ■ Assistance- und Reha-Dienstleister ■ ROLAND Assistance GmbH (Pflege-Dienstleister) ■ ReIntra GmbH (Reha-Dienstleister)
<ul style="list-style-type: none"> ■ Außenregulierung, berufskundliche Gutachten, Rückversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Rückversicherer, Mercur Grip, Regulierungsbeauftragte
<ul style="list-style-type: none"> ■ Bestandsverwaltung (Private Unfallversicherung) ■ Erstellen von Sachverständigengutachten, Schadenprüfung, Belegprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ degenia Versicherungsdienst AG ■ Sachverständige, Gutachter, Ärzte (inkl. Ärztlicher Dienst der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.)
<ul style="list-style-type: none"> ■ Juristische Beratung, Schadenbearbeitung ■ Regressbearbeitung, Außenregulierung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Rechtsanwälte ■ INTERSCHADEN GmbH
<ul style="list-style-type: none"> ■ Schadenbearbeitung ■ Telefonischer Kundendienst 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Schaden Service Schweitzer ■ Schaden Management Schweitzer GmbH
<ul style="list-style-type: none"> ■ Übersetzungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Übersetzungsbüros

* Liste der Dienstleister gemäß Ihrer »Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung«



Gemeinsame Stammdatenverarbeitung der Gesellschaften im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzern

- ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung a.G.
- HALLESCHE Krankenversicherung a.G.
- ALTE LEIPZIGER Versicherung AG
- RECHTSSCHUTZ UNION Schaden GmbH
- ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
- ALTE LEIPZIGER Trust
Investment-Gesellschaft mbH
- ALTE LEIPZIGER Treuhand GmbH
- ALTE LEIPZIGER Pensionskasse AG
- ALTE LEIPZIGER Pensionsfonds AG
- ALTE LEIPZIGER Pensionsmanagement GmbH

Um die Anliegen im Rahmen der Antrags-, Anmelde-, Angebots-, Vertrags- und Leistungsabwicklung schnell, effektiv und kostengünstig bearbeiten zu können (z. B. Zuordnung von Post und eingehenden Telefonaten), werden die Stammdaten der Antragsteller, Anmeldenden, Interessenten und Versicherten der Unternehmen im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzern in einer gemeinschaftlich genutzten Datenbank geführt. Diese Stammdaten umfassen Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Kunden- und Versicherungsnummer, Kontoverbindung, Telekommunikationsdaten sowie Sperrvermerke zu Werbung und Markt-/Meinungsforschung.

Die Datenverarbeitung umfasst ferner IT-Dienstleistungen sowie Verträge über die Nutzung von Räumlichkeiten und Technik.

Die Legitimationsgrundlage für eine Datenübermittlung an andere Stellen ergibt sich aus der Schweigepflichtentbindungserklärung und aus der Datenschutzerklärung im Antrag. Diese Maßgaben haben auch für die Versicherungsunternehmen im ALTE LEIPZIGER – HALLESCHE Konzern Gültigkeit. Ansonsten besteht eine getrennte Datenhaltung in den einzelnen Unternehmen.

Übersicht der zum Versicherungsvorschlag gehörenden Unterlagen

Diese Unterlagen sind Bestandteil des Versicherungsvertrags.

Produktinformationsblatt (gemäß VVG-Informationspflichtenverordnung – VVG-InfoV)

Informationen über den Versicherungsvertrag (gemäß VVG-Informationspflichtenverordnung – VVG-InfoV)

Unser Vorschlag

- mit Verlauf der garantierten Leistungen

Normierte Modellrechnung nach § 154 VVG

Satzung, Versicherungsbedingungen und Steuerinformation

- Satzung der ALTE LEIPZIGER Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit (vo 13 – 06.2014)
- Allgemeine Bedingungen für die Rentenversicherung (pm 2100 – 01.2016)
- Tarifbestimmungen zu den Tarifen RV15, RV25 und RV30 (pm 2110 – 01.2016)
- Zusatzbedingungen für die Rentenversicherung mit Dynamik nach Modus P (pm 2131 – 01.2015)
- Zusatzbedingungen für die Option auf Erhöhung der Rentenleistung bei Pflegebedürftigkeit (Pflege-Option) (pm 2351 – 03.2015)
- Bedingungen für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (Tarife BZ10 und BZ11) (pm 2500 – 08.2015)
- Bedingungen für den vorläufigen Versicherungsschutz (pm 2610 – 03.2015)
- Allgemeine Steuerinformation (pm 2600 – 01.2016)

Antrag

- mit Anlagen (z.B. Anlage „Technische Daten“, Dienstleisterliste)

Verlauf der Dynamik

Zum 01.12.	Jährlicher Gesamtbeitrag	Zu zahlender jährlicher Gesamtbeitrag	Garantierte monatliche Altersrente	Garantierte einmalige Kapitalzahlung	Garantierte monatliche Berufsunfähig- keitsrente
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2016	1.613,33	1.313,33	75,00	24.180,18	1.500,00
2017	1.774,66	1.444,30	82,39	26.562,73	1.647,80
2018	1.774,66	1.444,30	82,39	26.562,73	1.647,80
2019	1.774,66	1.444,30	82,39	26.562,73	1.647,80
2020	1.951,94	1.588,46	89,91	28.987,20	1.798,20
2021	1.951,94	1.588,46	89,91	28.987,20	1.798,20
2022	1.951,94	1.588,46	89,91	28.987,20	1.798,20
2023	2.147,08	1.747,36	97,51	31.437,46	1.950,20
2024	2.147,08	1.747,36	97,51	31.437,46	1.950,20
2025	2.147,08	1.747,36	97,51	31.437,46	1.950,20
2026	2.361,67	1.922,47	105,16	33.903,84	2.103,20
2027	2.361,67	1.922,47	105,16	33.903,84	2.103,20
2028	2.361,67	1.922,47	105,16	33.903,84	2.103,20
2029	2.597,80	2.115,76	112,82	36.373,44	2.256,40
2030	2.597,80	2.115,76	112,82	36.373,44	2.256,40
2031	2.597,80	2.115,76	112,82	36.373,44	2.256,40
2032	2.857,58	2.329,10	120,43	38.826,92	2.408,60
2033	2.857,58	2.329,10	120,43	38.826,92	2.408,60
2034	2.857,58	2.329,10	120,43	38.826,92	2.408,60
2035	3.143,14	2.564,62	127,94	41.248,16	2.558,80
2036	3.143,14	2.564,62	127,94	41.248,16	2.558,80
2037	3.143,14	2.564,62	127,94	41.248,16	2.558,80
2038	3.457,20	2.825,16	135,30	43.621,04	2.706,00
2039	3.457,20	2.825,16	135,30	43.621,04	2.706,00
2040	3.457,20	2.825,16	135,30	43.621,04	2.706,00
2041	3.802,48	3.114,16	142,49	45.939,11	2.849,80
2042	3.802,48	3.114,16	142,49	45.939,11	2.849,80
2043	3.802,48	3.114,16	142,49	45.939,11	2.849,80
2044	4.182,67	3.436,99	149,46	48.186,26	2.989,20
2045	4.182,67	3.436,99	149,46	48.186,26	2.989,20
2046	4.182,67	3.436,99	149,46	48.186,26	2.989,20
2047	4.600,48	3.799,24	156,10	50.327,01	3.122,00
2048	4.600,48	3.799,24	156,10	50.327,01	3.122,00
2049	4.600,48	3.799,24	156,10	50.327,01	3.122,00
2050	5.060,24	4.210,88	162,13	52.271,10	3.242,60
2051	5.060,24	4.210,88	162,13	52.271,10	3.242,60
2052	5.060,24	4.210,88	162,13	52.271,10	3.242,60
2053	5.565,97	4.685,17	166,80	53.776,72	3.336,00
2054	5.565,97	4.685,17	166,80	53.776,72	3.336,00
2055	5.565,97	4.685,17	166,80	53.776,72	3.336,00

Zum 01.12.	Jährlicher Gesamtbeitrag	Zu zahlender jährlicher Gesamtbeitrag	Garantierte monatliche Altersrente	Garantierte einmalige Kapitalzahlung	Garantierte monatliche Berufsunfähig- keitsrente
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2056	6.122,01	5.234,61	168,35	54.276,44	3.367,00

Darstellung

In jedem Jahr sind die Beiträge und garantierten Leistungen dargestellt, die sich ergeben, wenn alle Erhöhungen bis zu diesem Zeitpunkt wie beispielhaft angenommen (Erhöhung nur jedes 3. Jahr) durchgeführt wurden.

Werden künftig keine Erhöhungen mehr durchgeführt, dann bleiben die Beiträge und garantierten Leistungen auf dem aktuellen Stand. Wenn zwischenzeitlich eine oder mehrere Erhöhungen abweichend von der Annahme aus- gelassen oder zusätzlich durchgeführt werden, ergibt sich ein anderer Verlauf.

Altersrente und Kapitalzahlung

Die Altersrente und die einmalige Kapitalzahlung anstelle der Rente gelten zum Rentenbeginn (01.12.2057).

Wenn alle Erhöhungen wie beispielhaft angenommen durchgeführt werden, ergeben sich zum Rentenbeginn (01.12.2057) folgende Leistungen.

garantierte monatliche Altersrente	168,35 EUR
gesamte monatliche Altersrente	354,72 EUR
– davon Bonusrente in der Rentenbezugszeit	97,98 EUR
– davon aus dem Schlussüberschussanteil	15,55 EUR
– davon aus dem Sockelbetrag für die Beteiligung an den Bewertungsreserven	14,41 EUR
– davon aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven in der Rentenbezugszeit	7,12 EUR
oder	
garantierte einmalige Kapitalzahlung	54.276,44 EUR
gesamte einmalige Kapitalzahlung	84.085,71 EUR
– davon als Schlussüberschussanteil	5.007,49 EUR
– davon als Sockelbetrag für die Beteiligung an den Bewertungsreserven	4.647,73 EUR

Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit

Bei Eintritt der Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit

- bezieht sich die Beitragsbefreiung auf den gesamten erreichten Beitrag; also auch auf die Beiträge für die Erhöhungen.
- werden die Leistungen im Rahmen der beitragsfreien Dynamik im vereinbarten Umfang (Erhöhung jedes Jahr, letzte Erhöhung am 01.12.2056) weiter erhöht. Die Berufs- bzw. Arbeitsunfähigkeitsrente wird – abgesehen von Überschussleistungen – nicht weiter erhöht.
- ergibt sich ein anderer Verlauf der Dynamik.

Arbeitsunfähigkeitsrente

Die Arbeitsunfähigkeitsrente ist genauso hoch wie die dargestellte Berufsunfähigkeitsrente.

Leistungen aus
Überschüssen nicht garantiert

Die Leistungen aus Überschüssen können nicht garantiert werden. Sie sind trotz der exakten Darstellung nur als unverbindliches Beispiel anzusehen.

Es wurde unterstellt, dass die für 2016 festgesetzten Überschussätze während der gesamten Versicherungsdauer unverändert bleiben.

Steuerhinweis

Die Renten sind als sonstige Einkünfte nach § 22 EStG mit dem so genannten Ertragsanteil zu versteuern.

Der in der einmaligen Kapitalzahlung enthaltene Ertrag ist als Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 20 EStG zu versteuern.
Besteuerung der Kapitalzahlung (01.12.2057):

gesamte einmalige Kapitalzahlung	84.085,71 EUR
– davon steuerpflichtiger Ertrag	0,00 EUR

Ausführliche Steuerinformationen finden Sie im Vorschlag unter „Steuerliche Behandlung Ihrer Versicherung“.